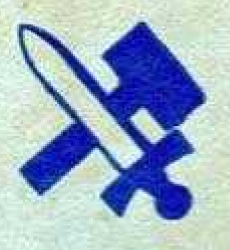
DREISSIG

NOVEMBER KÖPFE



von

ALFRED ROSENBERG

Dreißig Novemberköpfe

Das Dritte

der Kampfverlags-Bücher

Die Bücher des Kampfverlages

im

Berlin

III

1 · 9 · 2 · 7

DREISSIG

NOVEMBER KÖPFE



von

ALFRED
ROSENBERG

Die Buchausstattung besorgte
H a n s S t e i g e r



Den Druck Hermann Freyhoff
O r a n i e n b u r g

Der Inhalt:

„Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt.“

Crispien, 2. Vorsitzender der S. P. D. am 11. Januar 1922.

„Die einzige Gefahr, die die Welt bedroht, ist die weiße Rasse.“

Prof. Lessing-Lazarus auf dem Antikolonial-Kongreß zu Brüssel im Februar 1927.

EINLEITUNG

Die Geschichte, sagt man, werde von großen Männern gemacht. Große Männer aber sind letzten Endes nichts anderes als die vernehmlich gewordene Stimme einer Volkheit, das heißt jenes dunklen Willens, der nach Entladung ringt, jedoch durch die Masse und ihre Trägheit gewöhnlich unterdrückt wird. Jede große Prüfung und echte Umwälzung im Schicksal eines Volkes ist deshalb auch durch starke Persönlichkeiten gekennzeichnet. Und umgekehrt wird man beim Fehlen großer Männer in Zeiten der Schicksalswenden auf ein Erschüttertsein des Volkstums, auf eine Vergiftung seiner Lebenssubstanz schließen müssen.

Das Wesen jeder Epoche großer Entscheidungen wird durch die Beurteilung einiger Wendepunkte, oft eines einzigen Tages versinnbildlicht. Für den Franzosen ist der 14. Juli 1789 jener Tag, über dessen Einschätzung seit 130 Jahren gestritten wird; jener Tag, an dem sich die Geister des alten Frankreichs von dem „Geist der modernen Demokratie" schieden. Jedem Deutschen wiederum gilt der 18. Januar 1871 als ein Prüfstein für sein eigenes Wesen. Deshalb ist dieser Tag der Reichsgründung von den einen gefeiert, von den anderen jahrzehntelang verspottet worden. Ein solcher Schicksalstag ist auch der 9. November 1918. Um seine Bedeutung wird in leidenschaftlichster Weise gerungen, und während gewisse Kreise heute bemüht sind, ihn zu einem Nationalfeiertag zu stempeln, steht er in den Augen vieler Millionen da als ein Tag des schmählichsten Zusammenbruches nicht nur der Formen einer vergangenen Zeit, sondern als Zeugnis eines Zusammenbruches deutscher Selbstbehauptung schlechthin, als ein Sieg des Meineids und des Verrats über die guten Kräfte des deutschen Volkes.

Eine echte Zeitwende wird, wie gesagt, durch große Männer charakterisiert; die Anzahl dieser Gestalten ist

aber nie groß, das Führertum versinnbildlicht sich in ganz wenigen Persönlichkeiten. Bismarck, Moltke und Kaiser Wilhelm I. kennzeichnen die gewaltigste Gründung deutscher Geschichte, die Erfüllung der Sehnsucht vieler deutscher Geschlechter. Fragt man sich aber, welche Führer die Tat vom 9. November 1918 aufzuweisen hat, so wird man lange herumsuchen müssen. Einerseits betonen einige — als Persönlichkeiten unbedeutende — Radikale, die Vorbereitung für die Revolte seit Jahren bewußt betrieben und den Umsturz herbeigeführt zu haben, erklären aber, daß die heutigen Nutznießer dazwischengetreten wären und ihnen den Sieg aus den Händen gewunden hätten. Die Marxisten und Demokraten als diese heutigen Nutznießer des Umsturzes haben nun zwar in den Novembertagen 1918 den Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches als den Sieg ihrer Politik in Anspruch genommen; sie haben durch Flugblätter und Flugschriften, durch Reden und Bücher sich als die eigentlichen Führer dieser Tage dem Volke vorgestellt und die Republik ausgerufen. Heute aber, wenn man sie daran erinnert, so wollen sie aus unverständlicher Bescheidenheit nichts vom 9. November 1918 wissen; sie wollen nicht leitend an den großen Streiken beteiligt gewesen sein, welche die flackernden Vorzeichen des kommenden Zusammenbruchs darstellten; sie wollen auch Anfang November nicht aktiv eingegriffen haben, als es galt, das deutsche Reich zu stürzen. Die Führer von heute, die Nutznießer des 9. November 1918, wollen also selbst nicht die Führer der „großen Bewegung" gewesen sein, dank der sie in die herrschende Schicht eingerückt sind, und wenn überhaupt durch irgend etwas, so wird durch diese Tatsache allein schon bewiesen, daß selbst ihnen jene Umsturztat als anrüchig erscheint, als eine ideenlose, chaotische Folge einer langsamen, bohrenden Unterhöhlungs- und Unterwühlungsarbeit. Weil die im November 1918 geborene Demokratie von keinem großen Gedanken beseelt war, deshalb fehlte es ihr an Führern, und umgekehrt, weil kein großer Mann an seinem Volke Verrat üben wollte, deshalb haben Tausende von kleinen Verschwörern die vorbereitende, aktive Arbeit besorgt. Wenn man also die Geschichte der Novemberdemokratie schreibt, so wird man sich nicht auf die Tat weniger „Größen" beschränken können, die sich von dem Hintergrunde eines einheitlichen Wollens ab-

heben, sondern wird Worte, Schriften und Taten einer Unzahl kleiner Männer zusammenfügen müssen. Erst aus dieser Zusammenstellung ergibt sich ein gewisses Bild, oder richtiger gesagt, die Grimasse unserer heutigen Zeit als „Ausdruck“ einer Epoche von Charakterlosigkeit, Würdelosigkeit und jämmerlichen Bereitschaft, sich unter das Diktat unserer Todfeinde außerhalb und innerhalb der deutschen Grenzen zu beugen.

Seit Jahrzehnten wird der Kampf gegen den deutschen Staat und gegen das Deutschtum überhaupt seitens der internationalen Parteien und ihrer Organe in Deutschland durch Angriffe auf die führenden Persönlichkeiten geführt, indem man ihre Ehre antastete oder sie doch wenigstens in den Augen des Volkes herunterzusetzen bemüht war. In dieser Weise kämpfte seit Jahrzehnten das Zentrum gegen die Persönlichkeit Martin Luthers, der nach den Schilderungen gewisser Geschichtsschreiber als ein Ausbund von Roheit und Sittenverderbtheit, Zuchtlosigkeit und Gemeinheit zu gelten hätte. So kämpften auch Demokraten und Marxisten einheitlich gegen Bismarck, der, wenn man wiederum diesen Schilderungen Recht geben wollte, ein roher, ungebildeter Krautjunker gewesen sein müßte, der nichts anderes zu tun verstanden hätte, als mit seinen Kürassierstiefeln die zarten Seelen der Weltverbesserer zu zertreten.

Wir haben heute gleichfalls die Pflicht, mit den Persönlichkeiten, die sich uns in den letzten Jahren als führend und bestimmend geoffenbart haben, abzurechnen. Wir wollen nicht das Verfahren der schwarz-rot-gelben Parteien einschlagen und unsere Novemberdemokraten verächtlich machen, sondern wir wollen sie lediglich schildern, wie sie sind. Allein all jene Hunderte von schwankenden Gestalten — darunter Dokumentenfälscher, Fahrraddiebe, Zuchthäusler usw. — welche in den letzten Jahren hohe Posten bekleidet haben, können wir aus technischen Gründen nicht behandeln. Aus allen Gruppen der Novemberparteien sollen jedoch einige Vertreter gewürdigt werden; sie zeigen den „Geist“, der im November 1918 „auf der ganzen Linie“ über Deutschland siegte und unser Volk dann hinwarf zum Ausbeutungsobjekt für seine sämtlichen inneren Gegner und äußeren Feinde.

In der Beurteilung der Tat vom 9. November 1918 scheiden sich die Geister. Er ist ein Schicksalstag und jeder

Deutsche muß wissen, ob er diesen Tag, die Taten, die zu ihm führten, und die Folgen, die aus ihm entstanden sind, bejaht, oder ob er ihn mit seiner ganzen Leidenschaft ablehnt als einen Tag der Schmach und der Schande, aus welcher nur durch rücksichtslosen Kampf gegen die in ihr sich offenbarenden Kräfte allein Deutschland einst wieder auferstehen kann.

München, im Juni 1927.

Alfred Rosenberg.




WALTER RATHENAU




An die Spitze sämtlicher Betrachtungen über die führenden Novemberdemokraten gehört vor allem die Würdigung Walter Rathenaus. Er ist eine jener Persönlichkeiten, deren Wirken schon lange vor dem 9. November 1918 begann; eine von jenen, die schon zur Kaiserzeit an führender Stelle standen, um dann ebenso führend, ja noch mehr hervorgestellt, in der neuen Republik zu wirken. Walter Rathenau zeigt vielleicht am deutlichsten, daß die Tat vom 9. November 1918 keine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes gewesen ist, keine Bewegung, in der eine neue Schicht eines Volkes mit elementarer Gewalt hervordringt und das Alte wegspült, sondern daß der 9. November nur die Krönung jener Aushöhlungsarbeit darstellt, die schon früher wirkte und geduldet wurde von führenden Persönlichkeiten des sich selbst demokratisch zersetzenden Kaisertums.

Die Schöpfung der volksauswuchernden Kriegsgesellschaften, deren Tätigkeit u. a. der Zusammenbruch zu verdanken ist, geht auf Walter Rathenau zurück, und anstatt daß eine echte deutsche Revolution diesen Mann unschädlich gemacht hätte, wurde gerade er der außenpolitische Führer jener Parteien, die sich um das schwarze, das rote und das goldene „Banner" zusammenscharten. In der Beurteilung Walter Rathenaus stehen sich heute viele Gruppen in unversöhnlicher Kampffront gegenüber und eine genaue Auseinandersetzung mit ihm gehört zur ersten Notwendigkeit, um über das Wesen der Börsenrevolte von 1918 ein genaues Bild zu gewinnen.

1.

Zwei Aussprüche Rathenaus sind in den letzten Jahren durch die ganze völkische Presse Deutschlands gegangen. Der eine entstammt der Schrift Rathenaus „Der Kaiser" und besagt: falls Kaiser Wilhelm, begleitet von seinen Paladinen, als Sieger durchs Brandenburger Tor eingezogen wäre, so hätte die Weltgeschichte ihren

Sinn verloren. Das andere Wort ist einem Aufsatze Rathenaus aus der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 25. Dezember 1909 entnommen. Es heißt dort kalt, dreihundert Männer, von denen jeder jeden kenne, leiteten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchten sich ihre Nachfolger aus ihrem Kreise. An der Hochfinanz sei es jetzt, die Regierungszügel der Kaiser und Könige zu ergreifen. Und noch ein drittes Wort Rathenaus, aus der Vorkriegszeit, gehört hierher. Er schrieb im Roten „Tag“ (3. Febr. 1911): „Der Staat wird und muß den Juden die Mitwirkung an den gemeinsamen Arbeiten zugunsten des Staatswohls gewähren und dies in kürzerer Zeit, als die Beteiligten annehmen“.

Für den aufmerksamen Politiker hätten solche Worte aus dem Munde eines an hervorragender Stelle stehenden Menschen schon ein Programm bedeuten müssen, was sie — wie sich später herausstellte — auch fraglos waren. Das Wirken Rathenaus ist abgeschlossen. Seit seinem Tode ist genügend Zeit vergangen, um alles Für und Wider an der Hand seiner Reden, Schriften und Taten zu prüfen, wozu man um so nachdrücklicher veranlaßt wird, als seine Persönlichkeit heute von den Leitern und Handlangern der Novemberrepublik mit dem Glorienschein des „für das Vaterland“ gestorbenen Märtyrers umgeben wird, zu seinem Schutz aber der sogenannte „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ besteht, der jeden des Ministersessels in diesem Staate der Schönheit und Erhabenheit würdig Gewesenen zu einer Majestät erhebt, der gegenüber Prädikate kritischer Art schwere Gefängnisstrafen zur „gesetzlichen“ Folge haben.

Ein viel zu wenig beachtetes Wort Walter Rathenaus enthüllt mit aller Deutlichkeit die Tatsache, daß jene Aussprüche vor 16 Jahren nicht zufällige waren, sondern einem ganz bestimmt eingestellten Charakter entsprungen sind, der unveränderlich geblieben ist trotz aller „Schöngeistigkeit“ und „Philosophie“ auch über andere „kommende Dinge“ . . .

Es war am 12. Januar 1922 auf der Konferenz zu Cannes. Als Reichsminister a. D. hielt Rathenau dort eine große Rede, in welcher er die „Leistungen“ Deutschlands gegenüber der Entente darlegte und seine finanzielle Zerrüttung nachwies. Er berechnete das Defizit

auf 1 bis 2 Milliarden Goldmark jährlich: „So zehrt das Land sich allmählich auf. Es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder Mittel für Erneuerungen, noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungszuwachses". Und nachdem Rathenau trotz dieses Bekenntnisses erklärt hatte, „am Wiederaufbau Europas" teilnehmen zu wollen, wenn Deutschland nicht in der Lage sei, „dem Kapitalmarkt der Welt Mittel im Ausmaße reicher Staaten zur Verfügung zu stellen", sagte er wörtlich: „Der Weg, auf den man sich begeben wird, erscheint mir richtig: ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat". („Frankfurter Zeitung" Nr. 44 vom 17. Jan. 1922, 2. Morgenblatt.)

Damit war die Politik der internationalen Weltvertrustung in der denkbar klarsten Form ausgedrückt worden: Ueber alle Völker und Regierungen hinweg sollen die genannten Dreihundert als Privatsyndikat die Welt „wiederaufbauen", d. h. diktatorische Maßnahmen treffen, die das Anlagekapital der Mitaktionäre hoch verzinsen. Am 7. März 1922 wies Rathenau im Hauptausschuß des Reichstages nochmals auf das sich in London bildende internationale Konsortium hin, welches sich nicht nur auf Osteuropa beschränken, sondern auch ganz Zentraleuropa „in die Hand" nehmen werde („Frankfurter Zeitung", 8. März 1922.) Dieses internationale (alljüdische) Privatsyndikat ist nun seit Jahr und Tag am Werke; alle jene „Reparations"- und andere Kommissionen und deren politische Machtmittel (Drohungen mit militärischen Einbrüchen, Ruhrüberfall usw.) stellen jene „aufbauende" Tätigkeit dar, wie sie die Ausbeuter in London und Paris vorgesehen haben. Bis sie schließlich im Dawesdiktat der Wallstreet eine vorläufige Abrundung erfahren haben.

Man muß diesen Kernpunkt der heutigen Politik — jüdisch — weltvertrustend — ganz erfassen. Aus ihm allein erscheinen auch Rathenaus übrige Worte und Taten begreiflich. Aus ihm ist erklärlich, warum er Monarchist und Republikaner, Hochfinanzier und Bolschewist, Rassejude und liberaler „Schöngeist" sein konnte.

In seiner Schrift „Von kommenden Dingen" sagt Rathenau: „Nicht aus bloßer Abneigung gegen Wahlumtriebe und Strebereien, gegen Advokaten- und Publi-

zistenmache bin ich Anhänger des monarchistischen Gedankens, sondern aus angeborener Empfindung und der Ueberzeugung, daß an der Spitze staatlicher Macht ein tief verantwortlicher Mensch stehen soll, allen Wünschen ... enthoben und entrückt; ein Geweihter, nicht der Arrivierte einer glücklichen Karriere."

Rathenaus Tod aber betrauerte der Arrivierte der Sozialdemokratie und erste, vom Volk jedoch niemals gewählte Präsident der Novemberrepublik, Fritz Ebert. Rathenaus, des „überzeugten" Monarchisten Tod wurde der Anlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik. Als dieser Monarchist aus „angeborener Empfindung" übernahm Walter Rathenau 1914 gütigst die Organisation der berüchtigten Kriegsgesellschaften. Die volksausbeuterischen Taten dieser zu 90 % jüdischen Wucheranstalten (vgl. Armin: Die Juden in den Kriegsgesellschaften) waren ihm später jedoch ein wenig unbequem geworden und so erklärte er im Reichstag nach der Revolution (am 2. Juni 1921), er sei kein Freund der Kriegswirtschaft, er sei auch nicht der Schöpfer dieser Kriegswirtschaft gewesen, sondern der Schöpfer der Kriegsrohstoffabteilung. Rathenau mußte sich nun von Dr. Frenzel im „Reichswart" (Nr. 28, 1921) sagen lassen, daß er die Wahrheit zweimal „mit Füßen getreten" habe. Ihm wurde ein langer Aufsatz seines Freundes Emil Ludwig (Cohn) aus der „Zukunft" (26. Sept. 1916) unter die Augen gehalten, in welchem dieser Herr erklärte, gerade Rathenau sei es gewesen, der den Begriff der Kriegs-Wirtschafts-Gesellschaften gefunden und jede Woche neue Gesellschaften gegründet hätte, zuerst die Kriegsmetall-, dann die Kriegschemikalien-Gesellschaften usw. Der von Volkswirtschaft nichts verstehende Ludwig-Cohn hat seine Informationen offenbar von Rathenau selbst gehabt, da er sogar wußte, was dieser dem deutschen Kriegsminister in einer Unterredung erklärt hatte! „Das Vaterland soll seine Retter kennen", sagte Herr Cohn! 1921 aber wollte Rathenau von dieser „Rettungsaktion" nichts mehr wissen, nahm aber die Rohstoffversorgung für sich in Anspruch. Hier mußte er sich nachweisen lassen, daß er sich diesen Plan vom Unterstaatssekretär von Moellendorf angeeignet hatte, ohne diesen je zu nennen.

Vor und während des Krieges ist Rathenau Annexionist gewesen. Am 25. Dezember 1913 forderte er Land für Deutschland, bis es annähernd so gesättigt sei, wie seine Nachbarn. Am 10. Oktober 1914 erklärte er auf der Jahresversammlung der A.E.G., der Friede dürfe „nicht erhandelt" sondern müsse „von Deutschland diktiert" werden. Das könne aber nur dann geschehen, wenn der Feind niedergekämpft worden sei; nur (!) dann werde eine Grundlage für den Frieden geschaffen sein. Am 10. September 1917 sagte er vor demselben Forum, eine Materialerschöpfung Deutschlands sei ausgeschlossen, möge der Krieg auch noch so lange dauern. Am 6. September 1916 schrieb Rathenau in einem Brief an Ludendorff, er fürchte nichts so sehr, als eine Nachgiebigkeit England gegenüber, das uns für Herausgabe Belgiens den Frieden anbiete! „Wenn Rußland — so heißt es weiter — für ein Bündnis, besser Gefolgschaft, reif gemacht werden soll, so können nur die gewaltigen Schläge Ihrer Armeen diesem Ziele entgegenführen; demnach glaube ich nicht an einen Separatfrieden mit Rußland." (Das war etwas, wovor der gesamten Judenschaft Angst und Bange war!) Ferner begrüßte Rathenau auch den Gedanken eines Westangriffes und predigte einen — Alexanderzug nach Aegypten, den er als gar nicht mehr utopistisch hinstellte . . . Am 5. Juli 1918 (!!) forderte Rathenau in der „Frankf. Zeitung" einen deutschen Frieden, pries den U-Bootkrieg und stellte eine Erweiterung Deutschlands als ein „organisches Gesetz" hin. Im „Berliner Tagebl." vom 2. Oktober 1918 (!) betonte er nochmals: „Ein für allemal: Wir halten den Krieg beliebig lange aus . . ."

Nichtsdestoweniger hatte derselbe Mann später die Stirn, in seinem Buche: „Der Kaiser" 1919 zu schreiben, als der Krieg begann, sei er gleich von dessen schlimmen Ausgang überzeugt gewesen, und darüber zu spotten, daß der Krieg „gegen die Völker des Erdballs" vier Jahre lang für durchführbar gehalten worden war. In einem offenen Brief an Oberst House („Vorwärts", 6. Dez. 1918) erklärt Rathenau, er habe in seinen Schriften vor dem Kriege gewarnt, er habe dann nach der Rohstoffversorgung versucht, „einen Frieden der Versöhnung, Abkehr von Gewaltpolitik und Annexionismus" zu ver-

treten, der deutsche Wille sei aber gebunden gewesen durch die „furchtbarste Militärmacht" (welcher er in der Person Ludendorffs Huldigungsbriefe geschrieben hatte . . .). Zu Weihnachten 1918 erklärte Rathenau einem Reporter, er habe Ludendorff vor der Fortsetzung des Krieges gewarnt; im „Berl. Tagebl." vom 23. November 1919 wiederholte er diese Behauptung, die durch seinen obengenannten Brief genügend gekennzeichnet wird . . . . . (Dasselbe wiederholt Rathenau noch in „Was wird werden?".)

In seiner Schrift „An Deutschlands Jugend" meinte Rathenau wegwerfend, es sei nicht nötig, ein Gerede vom Vernichtungswillen des Gegners zu machen; zu Weihnachten 1918 veröffentlichte Rathenau in der „Zukunft" einen Aufruf für die „Blätter des neutralen Auslandes", in dem es u. a. heißt: „Das deutsche Volk duldete den Militarismus und Feudalismus, es ließ sich töten und tötete, wenn das befohlen war." Um aber allem die Krone aufzusetzen, schrieb er am 1. Februar 1919 in der „Frankf. Ztg.": „Das Unrecht, das wir in Belgien begangen haben, ist nicht zu bestreiten, auch die gefeierte (!) Verwüstung der Rückzugszone in Frankreich war ein Unrecht. Ein Unrecht war die Vernichtung der belgischen und nordfranzösischen Industriewerke und der Abtransport der belgischen Arbeiter."

Diese denunziatorischen Worte reihen sich würdig den traurigen Reden Bethmann-Hollwegs an und den „Bekenntnissen" des Eisner-Kosmanowsky über Deutschlands „Schuld am Kriege". Ein Gegenstück fanden sie später in der Verurteilung der Torpedierung der mit Munition beladenen „Lusitania" durch den Kardinal Faulhaber.

Es ist nach allem nur zu verständlich, daß ein Typus wie Walter Rathenau zu einem Idealbild der kapitalistisch-marxistischen Novemberdemokratie werden konnte. Unter dem demokratischen Kaisertum Wilhelms II. im Geheimen herschend durch die Bethmann-Hollwegs und Genossen, wurde ihm durch die ahnungslosen Arbeiterschädel ein Postament zu fast unbeschränkter offener Herrschaft errichtet. Alle seine Loyalitätsbeteuerungen, Annexionspläne, Vaterlandsrettungen usw. entpuppten sich nun in einer ganz eindeutigen Weise, die man unter

dem „Gesetze“ zum Schutze der Novemberrepublik jedoch nicht mit einem richtigen Prädikat versehen kann.

Wenn ein Deutscher heute Walter Rathenau als einen Vertreter nichtdeutscher, ausländischer, feindlicher weltpolitischer Kräfte hinzustellen sich erdreisten würde, so hätte er eine schwere Gefängnisstrafe wegen „Verleumdung“ in Aussicht. Wir verzeichnen jedoch als bemerkenswert die Stimme eines auf Rathenau byzantinische Loblieder singenden Freundes, des schon einmal genannten Emil Ludwig-Cohn. Anläßlich der Ernennung Rathenaus zum „Aufbauminister“ für die zerstörten Gebiete Frankreichs schrieb dieser Herr in der „Neuen Zürcher Ztg.“:

„Nach außen bedeutet also seine Ernennung zum Aufbauminister verständige Verhandlung zwischen Europäern, nach innen sozialen Ausgleich zwischen Erneuerung (!) und Arbeitslosen (!). Klassen- und Völkerversöhnung wäre Rathenaus Ideal, zu dem er, nach seiner Art, fertige praktische Programme mitbringt, was aber heute und in Deutschland ganz bedingt und in den ersten Anfängen erreichbar sein kann.“ „. . . Seine Klippen heißen: erstens Stinnes, zweitens Antisemitismus, drittens Kollegialität, denn Rathenau hat, bei aller Konzilianz der Formen die Denkweise eines Diktators, lernt nur nach Sachlichkeiten und wird lieber fortgehen, als den einzigen Weg, den er seit einem Jahrzehnt durchdacht hat, modifizieren: Sein Geist muß das Kabinett durchdringen oder ganz weichen.“

„Dem Betrachter ist es diesmal leicht gemacht, diesen Weg vorweg kennen zu lernen. Seit dem Frieden gibt Rathenau etwa alle Vierteljahre in Broschürenform seine Vorschläge zum Aufbau einer neuen Gesellschaft kund, einer neuen Wirtschaft, neuer Soziologie. Theoretisch ist er längst Aufbauminister, und indem er es stets für Europa (!!) zu sein versucht, hat er etwas von jenem Hoover an sich, der denn auch in Staaten und Millionen denkt. Staatssozialismus, wie er ihn im Kriege (lies also Kriegsgesellschaften! D. V.) in Deutschland schuf, ist sein Plan für den Frieden.“ („Internationales Privatsyndikat“, wie Rathenau in Cannes sagte.)

Weiter: „Rathenau ist Antimilitarist, Antinationalist, Antikapitalist (der an Schweizer Franken millionenschwere Rathenau!). Er lehrt Vereinfachung, Ent-

militarisierung, Planwirtschaft, internationale Oekonomie. So ist er eigentlich der Kandidat des Auslandes, namentlich Englands, aber nur sehr wenige wissen, daß er allein (!) in Spa, August 1920, den Bruch verhütet und so die einzige Einigung (!) herbeigeführt hat, die seit 1918 zwischen den Kriegsgegnern zustande kam. („D. Z." 8. Juni 1921.)

Ein Freund Rathenaus also darf ihn, den deutschen Minister, offen als Kandidaten des feindlichen Auslandes hinstellen; vergleicht man hierzu Rathenaus Brief an General Ludendorff, in dem er gerade England gegenüber den schärfsten Kampf fordert, so tritt die Persönlichkeit des internationalen Juden in denkbar schärfstem Umriß vor unser Auge, namentlich wenn man weiß, daß die Politik „Englands" heute zum größten Teil von der jüdischen City gemacht wird mit Anthony und Lionel Rothschild an der Spitze, Alfred Mond, Reading-Isaacs, Herbert Samuel (ehem. Vizekönig von Palästina, jetzt Minister) und so weiter. (Näheres in meiner Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik".)

Mit derselben Dreistigkeit wie Ludwig-Cohn triumphierte der „deutsche" Minister a. D. Bernhard Dernburg im „Berl. Tagebl.". Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums durch Rathenau lag diesem Juden „in der Logik der Dinge", was ohne Zweifel der Fall war, denn die logische Entwicklung vom 9. November 1918 zur plutokratischen Demokratie war durch den Charakter ihrer Führer tatsächlich festgelegt. „Es handelt sich," schrieb Dernburg weiter, „um eine Organisation großen Stils. Die Welt (!!) weiß, daß der neue Minister dazu alles mitbringt, was in unseren Grenzen gefunden werden kann (also restlose Verfügung über deutsches Gut! D. V.). Als er seinerzeit die deutsche Kriegswirtschaft organisierte (ein paar Tage später, am 7. Juni, rückte Rathenau von diesem „Verdienst" weit ab! D. V.), hat Rathenau sich ein hohes Verdienst erworben (davon weiß das ausgeplünderte deutsche Volk zu berichten! D. V.). Es darf ihm eine Genugtuung sein, daß er heute berufen wird, den europäischen Frieden zu organisieren. Denn solange die offene Wunde Frankreichs und Belgiens nicht geheilt ist, kann jener Zustand innerer Beruhigung und not-

wendigen Gleichgewichts in der Welt nicht wiederkehren."*)

Nach diesem Geplänkel Dernburgs folgte dann der Kern seiner Erklärungen:

„Dem Auslande ist Rathenau kein Fremder. Er ist im besten Sinne international („Antinationalist" sagte Ludwig-Cohn. D. V.), weil er aus einem Weltgeschäft kommt . . „ weil er im Laufe eines langen Lebens viele Freundschaften unter den vornehmsten Geschäftsleuten und den besten Denkern (auf Deutsch: Börsianern. D. V.), die doch letzten Endes die Geschicke der Völker bestimmen, erworben hat. Und es wäre eine Kurzsichtigkeit, die man auch in den Kreisen unserer (der Juden! D. V.) Gegner nicht zu erwarten braucht, wenn auch von ihnen seine Ernennung nicht als ein eminent praktischer Schritt in der richtigen (!) Richtung angesehen wurde." (Vgl. „D. Z.", Nr. 284, 1. Juni 1921.)

Einen deutlicheren Hohn über die „Regierungen" aller Länder kann man sich schwarz auf weiß kaum noch denken. Von den deutschen Nöten ist selbstverständlich keine Rede; alles, was unsere Grenzen bergen, sollte zu Rathenaus Verfügung stehen, um die „offenen Wunden" unserer Todfeinde zu stillen (die zudem dies gar nicht anstrebten, da sie diese als Reklame möglichst lange herumzeigen wollten).

Rathenau stand an der Spitze eines der größten Unternehmungen Deutschlands, der A.E.G., deren Aktienkapital sich im November 1921 auf 1,1 Milliarden Mark belief; er kam aus einem „Weltgeschäft"*) und forderte

*) Diese Besorgnis um das Wohlergehen Frankreichs, nicht Deutschlands, ist charakteristisch für unsere alljüdische Presse, ähnlich, wie auch die „Voss. Ztg." noch am 17. März 1923 die „Sicherheit der Grenzen des ethnographischen, historischen (!) Frankreichs" forderte; nur (!) dann könne „die dauernde Sicherheit für Frankreich" kommen, das durch den Ausbruch des Krieges eine „furchtbare Ueberraschung" erlebt hätte. („Voss. Ztg." 1. 12. 1924.)

*) Die A.E.G. ist ein Musterbeispiel jüdisch-internationaler Geschäftsbeziehungen. Stellvertreter Rathenaus ist der Jude Karl Fürstenberg-Berlin. Im Aufsichtsrat sitzt folgende Auslese: Dr. Fürstenberg; Geh. Kommerzienrat Eugen Gutmann, Dir. d. Deutschen Bank; R. Witting (Witkowsky), Dir. d. Nationalbank f. Deutschland, Bruder von Isidor Witkowsky-Harden; Geh.

ein „internationales Privatsyndikat" als Herrn über die Leistungen, die Fronarbeit aller Völker. Er repräsentierte den Typus des reinen Privatkapitalisten. Nichtsdestoweniger wurde derselbe Mann zum Heiligen der „antikapitalistischen" Novemberrepublik erklärt und die marxistischen Organe konnten und können sich in der „Anerkennung seiner Verdienste" nicht genug tun. Im August 1926 haben sie ihm, Erzberger und Ebert sogar ein Denkmal „geweiht". Die „Arbeiterzeitung" in Wien (Chefredakteur Austerlitz) bekannte:

„Aus hochkapitalistischer Sphäre ist Rathenau gekommen, sein Vater war der Allgewaltige, einer der beiden großen deutschen Elektrotrusts und einer der sechs Berliner Großbanken zugleich. Die Großbank, die sich die großen Werke der elektrotechnischen Industrie untertan macht, sie zu einem Trust verschmilzt und ihm in einer Unzahl von ihr gegründeter und kontrollierter Tochtergesellschaften monopolisierten Absatzmarkt sichert — diese ganz gewaltige, für das moderne Finanzkapital so charakteristische Organisation war des Vaters Werk gewesen." Wenn man nun glauben sollte, die „Arbeiterzeitung" des Herrn Austerlitz würde jetzt *gegen* diesen Moloch zu Felde ziehen, so irrt man schwer. Denn es erfolgte eine *Verhimmelung* der — Kriegsgesellschaften, die ausgesprochene Genugtuung darüber, daß Herr Rathenau „*die Welt zu gut gekannt*" hätte, um an einen Sieg des deutschen Imperialismus zu glauben. Und dann: „*Mit Walter Rathenau tritt einer der wenigen bedeutenden Menschen Deutschlands ans Ruder*". (31. Mai 1921.)

Kommerzienrat Ed. Arnhold, i. Fa. Cäsar Wollheim, Kohlen en gros; Bankier A. Blaschke, i. Fa. S. Bleichröder; Geh. Oberfinanzrat v. Klitzing; S. Samuel, Dir. d. Schaffhausenschen Bankvereins; Dr. A. Salomonsohn, Inh. d. Diskontogesellschaft; Frhr. S. A. v. Oppenheim, Köln, i. Fa. Sal. Oppenheim jun. & Co., Aufsichtsratsmitglied der Darmstädter Bank und 1. Vorsitzender der Phönix A.G. (Otto-Wolff-Konzern!).

Außerdem sind Aufsichtsratsmitglieder: Geh. Justizrat M. Kempner; Kommerz.-Rat Ludwig Born, Graf Henckel Fürst von Donnersmarck (jüdisch versippt); Gen.-Dir. Oskar Oliven; Henry Nathan; Dir. Dr. Schacht; Geh. Kommerz.-Rat Dr. Louis Hagen (Levy); Bankier Max Warburg usw (Näheres „Heimatland", Nr. 30, 1922.)

Von allen Genannten sind vielleicht zwei Nichtjuden.

Man vergleiche hierzu noch das Hosianna, mit dem die „Frankf. Ztg." die Freudenbotschaft von der Ernennung Rathenaus für den „Wiederaufbau" empfing:

„Für das Kabinett bedeutet, so hoffen wir, sein (Rathenaus) Eintritt Zuwachs an dem, wovon heute aller Erfolg und alle Erfüllung (!!!) der neuen Regierung abhängig ist: Persönlichkeit ... Entscheidend ist die grundsätzliche Einstellung: der leidenschaftliche Ernst zur Wahrheit (!), die aus der sittlichen Notwendigkeit geborene Abkehr von dem Materialismus einer falschen, entgeistigten Kultur ... Als ein Anwalt einer solchen neuen Zeit hat Walter Rathenau bis jetzt gesprochen und geschrieben. Jetzt steht er an der Stelle, die ihm Recht und Pflicht gibt, so zu handeln." (Nr. 395, 1921.)

Wir hatten als gewöhnliche Deutsche gemeint, die „Erfüllung" sei nur möglich, wenn wir a u f g e b e n, worauf es überhaupt ankommt: die Persönlichkeit; aber da erscheint schon der Neutalmudist und belehrt uns, gerade das Aufgeben bedeute den „Erfolg" und die „Erfüllung". Fragt sich bloß für wen.

Früher galt ein Rabbiner erst dann für voll, wenn er das Unreinste was es gab, das Aas, auf 150 Arten als rein zu erklären verstand. Heute, nach 2000 Jahren, ist die Denkmethode des auserwählten Volkes noch immer dieselbe, und „deutsche" Leser hören aufmerksam lauschend auf diese orientalische Posaune. Und was sagte doch der „Temps", das Organ des Pariser Konzerns, zur Ausbeutung Europas, zu der Rede Walter Rathenaus vor dem Reichstag: „Das sind ehrliche und bestimmte Worte. Es gibt für Deutschland nur eine Möglichkeit, seine Verpflichtung zu mildern, nämlich die, sie zu achten." („Münch. Post", 7. Juli 1921.)

Diese herrliche Uebereinstimmung aller Feinde eines d e u t s c h e n Deutschlands sollte kein Deutscher je vergessen!

II.

Die Worte des „Temps" leiten aber auch hinüber zu einem Problem und zu einer Politik, die mit dem Namen Rathenau (und Wirth) untrennbar verknüpft ist: zur sogenannten „Reparation", zur E r f ü l l u n g s p o l i t i k. Zunächst ist schon charakteristisch, daß unsere gesamte pseudodeutsche Presse sich die propagandistischen Prägungen unserer Feinde ohne weiteres aneignete, was

zur Folge hatte, daß die „Berechtigung" jüdisch-französischer Maßnahmen schon durch den Wortgebrauch anerkannt wurde. Von „Reparation" (Wiedergutmachung) wagte man in Deutschland zu sprechen, als hätte dieses irgend etwas gutzumachen und nicht die Entente (namentlich Amerika), wo es doch schon gerichtsnotorisch festgestellt worden ist, daß ihre Völker unter lügnerischen Vorspiegelungen in den Krieg getrieben worden waren; von „Verpflichtung" spricht man, statt von Zwang, von „Sanktionen" statt von Vergewaltigung, und die verzweifelte deutsche Notwehr an der Ruhr nannte man auch in Deutschland — Sabotage. . . .

Die Reden Walter Rathenaus strotzen von jenen, von den Franzosen geprägten oder unseren Gegnern angenehmen Wortgebilden, und in seine Hand wurde die Auslieferung der Sachwerte des deutschen Volkes gelegt, um eine „moralische Pflicht", wie Fr. W. Foerster sagte, abzutragen.

Die Reden Rathenaus zeigen den Geist der Novemberdemokratie in seiner ganzen Glorie. Eine „bedeutende" hielt er nach seiner Ernennung zum Aufbauminister. Zum „Reparations"problem äußerte er: „Ich halte sie (die Unterschrift) nur für erfüllbar, wenn wir entschlossen sind, uns in tiefe Not zu begeben . . . Es gibt keine absolute Unerfüllbarkeit, denn es handelt sich lediglich (!) darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen darf." Diese ungeheuerlichen Worte hatten selbst im Reichstag etwas wie eine Entrüstung hervorgerufen und Rathenau fand es schließlich doch für gut, in einer späteren Rede zu erklären, er habe den Nachdruck auf das Wort „darf" gelegt. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß ein Minister des Deutschen Reiches eine restlose Erfüllung auch des Ungeheuerlichsten für möglich erklärt hatte.

Als Rathenau später in der oberschlesischen Frage anderer Anschauung war als seine (demokratische) Fraktion, trat er auf einige Zeit vom Ministerposten zurück. Er hielt darauf am 27. Oktober 1921 in Mannheim vor 7000 Menschen eine große Rede, in welcher er die „sinnlose (?) Wirtschaftsordnung", die uns in Oberschlesien aufgezwungen worden sei, angriff. Darauf zitierte Rathenau die Erklärung eines elsässischen Abgeordneten von 1871 in der Pariser Nationalversammlung, in

welcher der damalige Vertrag als durch Mißbrauch der Gewalt herbeigeführt und als null und nichtig erklärt wird. Diese Zitierung hätte doch nur den Zweck haben können, dieselben nationalen Folgerungen zu ziehen, einen einmütigen Protest gegen die Zerreißung Oberschlesiens auszusprechen, die Abmachung von Genf als ungerecht, vertragswidrig und null und nichtig hinzustellen. Aber Herr Rathenau sagte, wir dürften dies nicht tun und beschloß seine „pazifistische" Rede mit den Sätzen: „Aber das Land darf auch nicht dahin gedrängt werden, daß es unter seiner Last zusammenbricht. Der größte Teil unserer künftigen Politik wird Reparationspolitik sein müssen." (Berl. Lokal-Anz. Nr. 499 vom 28. Okt. 1921.)

Jawohl, wir dürften nicht! Aber wir wurden und werden ja gedrängt und Rathenau selber erklärte ja, es gäbe keine absolute Unerfüllbarkeit. Zwei Wochen später sprach er über dasselbe Problem auf dem Parteitag der Demokraten. Nachdem er den Gedanken des Widerstandes abgelehnt hatte, sagte er: „Der zweite Standpunkt der passiven Resistenz ist noch verwerflicher, weil er schlapp ist (1½ Jahre später war der „passive Widerstand" an der Ruhr das Evangelium der Rathenauverhimmler! D. V.) und zu den schlimmsten Konsequenzen führt . . ." „Wir wollen also leisten und zwar innerhalb der Grenzen, in denen wir leistungsfähig sind. Auf diesem Boden müssen wir zu einer Verständigung mit unseren Gegnern gelangen. Es wäre ein Fehler, die Entschädigungsleistung als etwas für uns rein Negatives zu betrachten. Es ist etwas Großes für uns, im Urteil der Welt, wenn wir es in die Hand nehmen, Europa wieder zur Ordnung zu verhelfen. Das ist die Mission Deutschlands." („Deutsche Ztg." Nr. 514 v. 13. Nov. 1921.)

Diese Worte waren, wenn man bewußten Hohn nicht annehmen will, sachlich betrachtet eine grobe Irreführung des deutschen Volkes. Deutschland lieferte, fronte, zahlte Tribut, hatte aber über das Abgelieferte keinerlei Verfügungsrecht. Das In-die-Hand nehmen taten unsere Todfeinde und wir waren und sind es, die in die Hand genommen wurden. Dafür von den Northcliffes und

Poincarés gelobt zu werden, soll für uns also „etwas Großes" bedeuten . . .

Dann verteidigte Rathenau sein Wiesbadener Abkommen mit Loucheur, das bekanntlich an Stelle Geldzahlungen Sachlieferungen festsetzte. Dieses Abkommen ist von der deutschen Presse angegriffen, von der demokratischen und marxistischen in den Himmel gehoben worden. Die tatsächliche Folge hat sich heute für jeden in Augenscheinlichkeit erwiesen: Die Weißblutung unseres Wirtschaftskörpers, das langsame Verhungern eines ganzen Volkes. „Es handelt sich lediglich darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen darf . . ."

In der „Deutschen Tagesztg." hatte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Reichert das Wiesbadener Abkommen einer vernichtenden Kritik unterzogen, ein Abkommen, das Herr Rathenau — der Demokrat — selbstherrlich abschloß ohne den Deutschen Reichstag zu befragen. Zunächst kannten überhaupt nur die Franzosen den genauen Inhalt des Vertrages, dann fühlte sich Rathenau doch bewogen — — sich selbst zu loben. Er empfing am 7. Oktober 1921 Vertreter der Presse und erklärte: „Seit Jahren fand zum erstenmal eine Verhandlung statt, bei der jeder Teil auf die Interessen des andern Rücksicht genommen hat und bei dem ein nichtdiktiertes Abkommen das Ergebnis war." „Es ist von französischer Seite viel für den Wiederaufbau geleistet worden, viel bleibt noch zu leisten übrig. Es war notwendig, nicht nur im französischen, sondern auch im Weltinteresse (deutsche kamen, scheint es, nicht in Betracht. D. V.), daß diese schwärzeste, aber zugleich gefährlichste Spur des Krieges verschwindet. Vielleicht liegt eine symbolische Bedeutung darin, daß die beiden Nationen, die sich in vielen aufeinanderfolgenden Kriegen bekämpft haben, zum erstenmal zu einem wirklichen Friedenswerk sich vereinigten." Deutschland brächte ein „großes Opfer", doch sei das (die Vorleistung) das „kleinere Uebel". (W.T.B. 7. Okt. 1921.) Auch die „Frankf. Ztg." lobhudelte ihm und gab einen Rückblick über die Vergangenheit vor Rathenau, in der Frankreich auf nichts eingegangen sei, um dann zu schreiben: „Und nun hat die Zeit gearbeitet . . . Aus der Beteiligung Deutscher (als Arbeitssklaven. D. V.) — ein Gedanke, der sich in deutschen (?) Köpfen als

heilige Pflicht malte — ist nichts geworden. Aber am Werk des Wiederaufbaues Nordfrankreichs wird Deutschland durch die Leistungen seiner Wirtschaft teilnehmen. (Welche Ehre! D. V.) Frankreich rechnet bestimmt damit . . . Es ist die Zeit gewesen, die ihre Lehren austeilt und Gefühle glättet. Aber es ist auch der überzeugende Wille und die Geschicklichkeit Walter Rathenaus gewesen, der den Fortschritt in den Beziehungen der beiden Nationen ganz (!) sichtbar gefördert hat. Daß sich Franzosen und Deutsche ganz einfach als Unterhändler an einen Tisch setzen . . ., das ist ganz zweifellos ein ganz erfreulicher Fortschritt. Der Weg der direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich . . . kann zur Erleichterung unserer Situation in künftigen Fällen beitragen." (Frkf. Ztg. Nr. 657 v. 4. Sept. 1921.)

Es tut gut, diese Ausführungen, dieses schleimige Gefasel jetzt nach dem Ruhreinbruch, nach dem Entwaffnungsdiktat, nach der Luftfahrtnote wieder aus der Versenkung herauszuholen, um die „Verdienste" Rathenaus richtig zu würdigen.

Mit den deutschen Sachlieferungen wurden zweifellos auch die französischen Einbruchstruppen an der Ruhr ausgerüstet.

Die „Verständigung" Rathenau—Loucheur in Wiesbaden hatte nun, wie gesagt, sofort eine scharfe Kritik erfahren. Dr. Reichert führte aus (was auch Monsieur Georges Bernhard zugibt), daß das Abkommen über das Versailler Diktat sowohl als auch über das Londoner Ultimatum hinausging. Frankreich erhielt einen Lieferanspruch von 7 Milliarden Goldmark. Daneben lief der regelmäßige Tribut. Der Anspruch Frankreichs erhöhte sich nach dem „nichtdiktatorischen" Abkommen auf 63 %. Ferner wies Dr. Reichert nach, daß Frankreich bei denkbar stärkstem Bezug unserer Waren nur 2,45 Milliarden anrechne, während in derselben Zeit wir uns zu 23,2 Milliarden verpflichteten: „Es werden also nur 10 % unserer dank Rathenaus politischer Kunst künstlich erhöhten Verpflichtungen tatsächlich mit Sachleistungen abgedeckt." Die Inflation würde notwendig weiter steigen; eine Versorgung anderer ausländischer Mächte neben einer Versorgung des Inlandes und Frankreichs läßt sich nur durch Erhöhung unserer

Leistungsfähigkeit denken (dies bedeutet Auswucherung unserer Volkskraft); wir müßten Verzicht leisten auf gute Auslandsaufträge; ein neuer Druck unserer Valuta sei die Folge des Wiesbadener Abkommens. (Deutsche Tageszeitung Nr. 473, 474 v. 9. u. 10. Okt. 1921.)

Nichts, was die „Frkf. Ztg.", der „Vorwärts" und andere Börsengazetten versprochen hatten, ist eingetreten. Wohl aber alles, was die Gegner Rathenaus vorhersagten. Deshalb wohl bleibt er der Märtyrer der Novemberrepublik?

Als Rathenau nach dem Fall Oberschlesiens zurücktrat, war es natürlich klar, daß man den Vielgepriesenen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder holen würde. Tatsächlich trat er — ohne Ausschußmitglied, ja ohne Reichstagsmitglied zu sein — am 18. Januar 1922 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages auf und ergriff als erster das Wort. („Deutsche Ztg." Nr. 31 vom 19. Jan. 1922.) Vorher war er von Wirth zu geheimen Unterhandlungen nach London gesandt worden — „der Kandidat des Auslandes, namentlich Englands" — was das „Berl. Tageblatt." mit folgender, uns alle verhöhnender Glosse bedachte: „In der Geschichte sind die Beispiele solcher nichtamtlicher Verbindungsleute überaus zahlreich; man kann an jenen Ephraim denken, den Friedrich Wilhelm II. nach Paris schickte .. („B. T." Nr. 19 v. 12. Jan. 1922.)

Am 31. Januar 1922 wurde Rathenau dann schließlich auch offiziell Außenminister der Novemberrepublik. Die „Frkf. Ztg." begrüßte dies als echte Demokratie (Nr. 81 v. 1. Febr. 1922), aber bald wurde ruchbar, wie diese „Ernennung" vor sich gegangen war. Rathenau hatte sich nämlich Wirth ständig als Außenminister in Anbetracht der kommenden Genueser Konferenz angeboten und zwar, wie das offiziöse Blatt der Deutschen Volkspartei (die „Zeit") feststellte, mit Festsetzung des Termins seiner „Ernennung". Dr. Wirth mußte „zwingende Gründe" haben, nachzugeben, denn trotzdem er der Deutschen Volkspartei erklärte, die Verhandlungen über die beabsichtigte „Große Koalition" könnten erst nach zwei bis drei Tagen beginnen (weil die sozialdemokratischen Funktionäre tagten), bestand er auf der sofortigen Ernennung Rathenaus. Wenige Minuten darauf wurde diese vollzogen. („Münch. Neueste Nachr." Nr. 47 vom

2. Februar 1922 und „M. A. A.“ Nr. 50 v. 3. Febr. 1922.) So ernannte sich also der „demokratische“ Rathenau selbst zum Außenminister der Republik, in der Friedrich Ebert ungewählter Präsident war. Die „Frkf. Ztg.“ hatte das Dementi über die Selbsternennung natürlich sofort bei der Hand und erklärte, Dr. Wirth hätten nur sachliche Gründe geleitet. (2. Febr. 1922.) Aber um das Wesen dieser sachlichen Gründe handelte es sich ja gerade. Die Selbsternennung bestätigte nach dem Tode Rathenaus auch sein Freund Ludwig — Cohn im Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ v. 23. Juni 1923. Es heißt da in einem Aufsatz:

„Uns hat er immer gesagt: Wehe uns Siegern! Es wäre nicht mehr zu atmen in diesem Lande!

Als er aber (im letzten Kriegsjahr D. V.) zuletzt zur Verteidigung aufrief, war's, wie er mir später einmal sagte, nur ‚um Liquidation statt Konkurs zu erreichen'.

Mit der Republik fühlte er seine Stunde gekommen. Langsam schob er sich, zuerst beratend, in den Vordergrund. Zu Ende 1921 hatte er schließlich das Reich in den Händen, ein frommer Christ (Wirth!! D. V.) hatte diesen entschiedenen Juden erkannt und ließ sich von ihm leiten. In dieser Stellung mußte er verharren, von rückwärts herregieren, wie Ballin, da er als offener Leiter der Dinge den Deutschen unerträglich war. Das alles wußte Rathenau!

Trotzdem erzwang er sich die amtliche Führung. Als er der Unentbehrlichste dem Ausland gegenüber geworden war, stellte er ein Ultimatum von heut auf morgen und erdrohte sich die äußeren Zeichen einer Macht (gemeint ist die Ernennung zum Außenminister D. V.), die er seit Monaten übte. Einmal mußte er es haben, einmal zumindest mußte seine Erinnerung es gehabt haben, dies Regiererzimmer in der Wilhelmstraße!“

Dr. Rathenau — Außenminister des Deutschen Reiches — fand in der ganzen jüdischen Presse (der privatkapitalistischen wie marxistischen) ein einmütig frohes Echo. Die Stimmen der „Frkf. Ztg.“, des „B. T.“ usw. näher zu zitieren, hieße Eulen nach Athen tragen. Für den deutschen Arbeiter aber dürfte es von Interesse sein, wie seine „antikapitalistischen“ Organe den Vertreter des

„internationalen Privatsyndikates" begrüßten. Der „Vorwärts" erblickte in ihm (Nr. 53 v. 1. Febr. 1922) den „berufenen Mann", Deutschland in Genua zu vertreten; die Ernennung sei „auch deshalb zu begrüßen, weil durch sie die Vorstellung, als seien gewisse Leute schon die Diktatoren Deutschlands, zerstört wird. Man darf in dieser Ernennung eine sachliche und persönliche Garantie dafür erblicken, daß jene Vorstellung falsch war." Die unabhängig-marxistische „Freiheit" schrieb am gleichen Tage, Rathenau sei ein Mann mit „größerer Befähigung" als die Herren der Deutschen Volkspartei.

Begeistert war auch die Presse der Republik Rothschild. Das „Petit Journal" erklärte Rathenau als „besonders qualifiziert" für den Posten eines Staatsministers; das „Oeuvre" nannte ihn einen „geschickten Unterhändler"; der „Gaulois" sprach von der „Geschmeidigkeit und außerordentlich höflichen Art" Rathenaus, er sei ein Mann, „mit dem man verhandeln" könne. Die „Times" berichtete aus Frankreich: „Die Berufung Rathenaus wird in Paris im allgemeinen mit Zustimmung aufgenommen." („Presseberichte" der Presseabt. der Reichsregierung Nr. 33 u. 34 v. 2. u. 3. Febr. 1922.)

Ob man in Frankreich wohl auch zugestimmt hätte, wenn nicht ein Rathenau sondern ein Mann von der Struktur Bismarcks die Zügel Deutschlands in die Hand genommen hätte? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Rathenau setzte seine gegen die „Katastrophenpolitiker" gerichtete „rettende" Erfüllungspolitik tatkräftig fort. Deutschland zahlte mit dem blutigen Schweiß seines darbenden Volkes Tribut über Tribut, Rate über Rate. Herr Doktor Rathenau aber sandte als Außenminister an den französischen Spitzel- und Würgegeneral Nollet am 16. März 1922 folgende Note: „Die deutsche Regierung ist durchaus gewillt, die bisher von ihr gehandhabte loyale Erfüllungspolitik weiter fortzusetzen. Sie ist bereit, den Forderungen der J. K. K. zu entsprechen, selbst da, wo die deutsche Regierung eine Grundlage in den übernommenen Verpflichtungen nicht zu finden vermag, als es sich mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Reiches noch

irgend (!) vereinbaren läßt." („D. Z." Nr. 124 vom 17. März 1922.) Darf man sich dann noch wundern, wenn der „Progreß" in einem Leitartikel schreibt, Rathenau sei der erste deutsche Minister, welcher es gut mit Frankreich meine, die vollste Bezahlung der auferlegten Summe wolle und auf die Erfassung aller Goldwerte dringt. „Seine Lieblingsidee," sagt der „Progreß", „ist, daß Deutschland auf viele Jahre hinaus auf das ärmlichste und unter Entbehrungen jeder (!) Art leben müsse, um seine Schuldner befriedigen zu können." (Laut „Deutscher Tageszztg." Nr. 81 v. 14. Febr. 1922.)

Am 29. März 1922 ergriff Rathenau das Wort zu seiner „großen Rede" über die „Reparations"frage. Nachdem er seinen „Erfolg" in Cannes vermerkt hatte, gestand er, daß unsere Erwartungen in der Tributfrage (er sagte „Reparationsverhältnisse") schwer enttäuscht worden seien; die Inflation nehme zu, die Steuerbelastung erhöhe sich kolossal; die „Reparationen" des letzten Jahres beliefen sich auf 1½ Milliarden Goldmark, was einer Jahresarbeit von einer Million deutscher Arbeiter gleichkomme. Um Rohstoffe zu erhalten, müßten wir weitere Arbeit leisten: „Wir kommen also zu der Rechnung, daß drei (!) Millionen Deutsche gegenwärtig Jahr für Jahr zu arbeiten haben, um jenen Stand einigermaßen herzustellen, der uns vor dem Kriege ohne diese Arbeit beschieden war. Es wird also gleichsam von drei Millionen Menschen die Arbeit kompensationslos verzehrt." Rathenau fügte nur nicht hinzu, daß zu diesen drei Millionen Arbeitenden noch ihre Familien kommen, daß also 12 bis 15 Millionen für die Entente fronen mußten. Diese Zahlen Rathenaus sind dabei noch niedrig gegriffen.

Dann schilderte Rathenau alle abbezahlten Tributlasten Deutschlands, welche sich auf 45,6 Milliarden Goldmark beliefen, ohne die Werte unserer Kolonien und der abgetretenen Wirtschaftswerte Oberschlesiens und Westpreußens dabei in Anrechnung zu bringen, was zusammen etwa 100 Milliarden ausgemacht hätte.

Rathenau fügte ferner hinzu: „Es ist die stärkste Zahlungsleistung von Deutschland ausgegangen, die jemals von einem Volke der Erde an andere Völker geleistet worden ist." Rathenau sagte „Leistung", ein an-

derer Minister hätte gesagt, eine solche Sklavenarbeit sei nie getan worden, wie die, die unter der Herrschaft unserer Erfüllungspolitiker dem deutschen Volke zugemutet worden war. Dann schilderte Rathenau die schmähliche Entwaffnung Deutschlands: 5,8 Millionen Karabiner, 102 000 M. G., 28 000 Minenwerfer, 53 000 Rohre und Geschütze, 31 Millionen Artilleriegeschosse, 14 Millionen Wurfgranaten, 56 Millionen Zünder, 390 Millionen Handwaffenmunition. Man sollte nun meinen, ein Deutscher müßte vor Scham versinken, wenn er diese Liste vor versammelter Volksvertretung vorzulesen gezwungen wäre. Rathenau aber sagte: „Die deutsche Abrüstung ist eine Leistung von unerhörter Größe." (Nicht eine noch nie dagewesene Schmach! D. V.) „. . . Noch in hundert Jahren wird man vermutlich irgendwo im deutschen Boden vergrabene Waffen finden, gerade so gut, wie man heute noch römische Münzen oder langobardische Schwerter im Boden findet." „Deutsche Allgemeine Ztg." Nr. 151 v. 30. März 1922.)

Es ist selbstverständlich, daß ein Außenminister eines besiegten Staates nicht im Augenblicke einer militärischen Ohnmacht zu den Waffen ruft. Aber die Selbstentwaffnung als große Leistung darzustellen und den Gedanken eines machtvollen dereinstigen Wiederaufstiegs lächerlich zu machen, blieb dem Liebling der Novemberrepublik vorbehalten. Und der Reichstag dieser Republik Rathenau entrüstete sich nicht, oh bewahre, sondern hörte diese Worte, wie der Bericht bemerkt, mit „heiterer Zustimmung" an . . .

Später war viel die Rede von „infernalischem Haß" und der „Beschimpfung" Rathenaus; aus diesem „geistigen Sumpf" sei die Tat entstanden, die ihm das Leben gekostet hätte. Ein Volkspsychologe wird jedoch in den Worten und Taten Rathenaus nach den Gründen dafür suchen müssen.

Kurz vorher (am 7. März 1922), ehe Rathenau diese furchtbaren Enthüllungen über die Schmach Deutschlands machte, hatte er im Hauptausschuß des Reichstages noch eine große „Reparations"rede gehalten, die gleichfalls ein vorzügliches Selbstporträt darstellt. Er sagte: „Sie (die Reichsregierung) sei davon ausgegangen, daß unter

allen (!!) Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen (!) Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen" (als ob man noch weiter gehen könnte! D. V.). In einem Verteidigungsversuch seiner schon zitierten Worte über die Möglichkeit des Alles-Erfüllbaren sagte er: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Fragestellung ‚Möglichkeit oder Unmöglichkeit' der Erfüllung für das Reparationsproblem überhaupt (!!) nicht von ausschlaggebender Bedeutung sei. (Also: ob das deutsche Volk zugrunde geht oder nicht, spielt keine Rolle. Oder wie will die „Frkf. Ztg." sie sonst erklären? D. V.). Vielmehr hat sich ergeben, daß eine weitere Frage bedeutend schärfer hervortrat, nämlich die: Wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich sei; denn die auf den Weltmarkt gebrachte Zwangsarbeit (das ist das richtige Wort, nicht „Reparation"! D. V.) eines Landes führe dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerrütten." Genua werde der Ort sein, um die allgemeinen Ursachen der Welterkrankung zu erörtern, doch sei das Reparationsproblem nur ein Teil des allgemeinen Weltverschuldungskreises. Daß diese Verschuldung die Zinsknechtschaft aller Völker an die jüdische internationale Börse bedeutet, sagte Rathenau nicht. Ueber den Schluß der Rede berichtete die „Frkf. Ztg." (Nr. 179 v. 8. März 1922): „Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß in Amerika die Kräfte wach und stark sein würden, die die Auffassung verstehen, Europa dürfe nicht zugrunde gehen."

Also Tribut unter allen Umständen, keine Sorgeäußerung über die Not des deutschen Volkes, jedoch die Hoffnung für — Europa . . .

3.

Wir haben schon mehrfach auf die Tatsache hingewiesen, daß Rathenau, der Vertreter des reinen Privatkapitalismus, nicht nur von den offen demokratisch-plutokratischen Blättern, sondern auch von der marxistischen Presse in den Himmel gehoben wurde. Wie in allen anderen Dingen, so stehen auch hier Tatsachen gegen Tatsachen, die nur dann zu erklären sind, wenn man weiß, was bei

Rathenau Ziel — instinktives oder bewußtes — gewesen ist, und was bloß Mittel war.

Die „M.A.A." hatte einmal (Nr. 248, 1921, auch in der „Tribuna" v. 5. März 1921) eine Notiz gebracht, in welcher sie die zeugenmäßig zu erhärtende Aussage wiedergab, daß der Milliardär Walter Rathenau Ende Oktober 1920 dem tschechoslowakischen Staatsingenieur H. Fleischner gesagt hatte: „In seiner gesamten Geschäftsführung richtet sich Herr Lenin nach meinen Arbeiten. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß die russische Sowjetrepublik seinerzeit bei mir die Organisationspläne zur Einrichtung der Kommissare, vor allem des Kommissariats für Wirtschaft und Arbeit bestellte. Heute arbeitet man also in Rußland durchwegs auf der Basis dieser von mir ausgearbeiteten Pläne."

Im Jahre 1919 schrieb Rathenau (in seiner „Kritik der dreifachen Revolution" S. 56): „Das Rätewesen ist berufen, den westlichen Parlamentarismus abzulösen ..." In „Der Kaiser": „Der praktische Zukunftsgedanke: Aufhebung der europäischen Schichtung unter der Staatsform sozialisierender Freistaaten. In einem Jahrhundert wird der praktische Gedanke des Ostens so restlos verwirklicht sein, wie heute der praktische Gedanke des Westens. Im Hintergrund der Zeiten steht wartend ein letzter Gedanke: Die Auflösung der Staatsform und eine Ersetzung durch ein bewegliches System selbstverwaltender Kulturverbände unter der Herrschaft transzendenter Ideen." Es ist für die jüdische „Seele" bezeichnend, daß der kapitalistische Jude Rathenau genau dasselbe predigt, wie das offizielle jüdisch-kommunistische Programm vom Oktober 1922, welches mit folgenden Worten über den zu erstrebenden „Endzustand" schließt: „Der Staat stirbt ab und geht über in die kommunistische Gesellschaft." Dem Gesetz des Nomadentums ist auch Walter Rathenau, der „Europäer", welcher einst von seinen Rassegenossen als von einer „asiatischen Horde auf märkischem Sande" gesprochen hatte, nicht entronnen.

Die Pariser „Liberté" berichtete (laut „Reichswart", Nr. 28, 1921) am 27. September 1920, Rathenau habe ihrem Berliner Vertreter erklärt, der Zusammenbruch Deutschlands stehe bevor, Bayern würde sich mit Oesterreich vereinigen, die Rheinprovinz würde abfallen, der

Norden aber würde „unwiderstehlich“ dem Bolschewismus verfallen. „Der Bolschewismus in Preußen wird methodisch organisiert sein, wie es in früheren Zeiten das Kaiserreich war. Die Intellektuellen werden seine eifrigsten Führer werden . . .“

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages wurde am 23. Februar 1922 offen der Vorwurf erhoben, Rathenau habe ohne Wissen des Kabinetts und des Ausschusses selbständig mit Radek verhandelt. Rathenau hat dies nicht bestritten. („Südd. Ztg.“ Nr. 59 v. 24. Febr. 1922.) Er hat Sobelsohn sogar später offen einen fähigen Kopf genannt, also eine der übelsten politischen Gaunertypen gelobt, die je den europäischen Erdteil unsicher gemacht haben. Ganz in diesem Sinne hat sich auch der Freund und jüdische Mitdirektor der A.E.G., Felix Deutsch, dem Vertreter der bolschewistischen Zeitung „Nowy Mir“ gegenüber geäußert. Dieser Herr sagte wörtlich: „Das einzige Mittel zur Rettung Europas ist die volle Anerkennung der Sowjetregierung!!!“ „Ich war immer der Ueberzeugung, daß die Sowjetgewalt auf keine Weise gestürzt werden könne und daß es ein großes Unglück für die ganze Welt wäre, wenn die Sowjetgewalt fiele.“ (Nowy Mir“ Nr. 33 v. 14. Febr. 1922. Ueber nähere Zusammenhänge zwischen jüdischer Plutokratie und dem jüdischen Bolschewismus siehe meine Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“.)

Die schon angeführten jüdisch-marxistischen Stimmen lassen sich also sehr wohl verstehen, denn sachlich betrachtet trieb Rathenau eine rein bolschewistische Politik, die sich von derjenigen Sowjetjudäas nur dadurch unterschied, daß sie auf w i r t s c h a f t l i c h e m Gebiete den Boden für eine Gewaltherrschaft vorbereitete, während in Rußland dies durch einen p o l i t i s c h e n Machtkampf gelang. Auch in Deutschland hatte es der Bolschewismus mehrfach versucht, mit Gewalt zur Diktatur zu schreiten. Die Versuche mißlangen, weil selbst im zermürbten deutschen Volk die Widerstandskräfte noch zu stark waren, um restlos den Truppen des Chaos zu erliegen. Eine bolschewistische Politik mußte also jedes Element begrüßen, das die nationale Zersetzung förderte und die moralischen Mächte des Widerstandes lahmzulegen versprach. Aus diesem Grunde mußte die entnervende Erfüllungspolitik, die den Hunger brachte, und das große Elend des Volkes in das bolsche-

wistische Programm hineinpassen, mochten auch dessen parlamentarische Vertreter einen Theaterdonner über die Ausplünderung des Proletariats inszenieren. Daß zugleich die deutsche Freiheitsbewegung anwuchs, war freilich ein fataler Strich in der jüdischen Rechnung.

Was nun die sich scheinbar widersprechende Einstellung des Bolschewismus zum schrankenlosen Privatkapitalismus betrifft, so werden allmählich auch die demokratischen Säuglinge begreifen müssen, daß der Bolschewismus nicht kommunistisch war, sondern den rücksichtslosesten Privatkapitalismus aller Zeiten darstellt. Das russische Eigentum ist durch Gewaltbestrebungen irregeleiteter Massen hinübergespielt worden in die Hände eines Haufens von jüdischen Terroristen und ihrer fanatischen Freunde. Daß sich gegen dieses Betrugssystem auch im geknechteten, seiner Intelligenz durch Mord beraubten Rußland Widerstände allenthalben regen und die derzeitigen Machthaber mit ihnen rechnen müssen, ist wieder eine Frage für sich. (Vgl. Kolshorn, „Rußland und Deutschland" und meine Schrift, „Pest in Rußland".)

Man versteht vielleicht jetzt die weltpolitischen Hintergründe der Washingtoner Konferenz, auf welcher (laut „Israelit", Nr. 46, 1921) der „Segen der Propheten Israels von Anfang an" geruht hatte: dort wurde durch den damaligen Präsidenten Harding eine Ernährungshilfe für Sowjetrußland ohne jede Bedingung zugesagt, zugleich wurde beschlossen, die Vertreter Sowjetjudäas auf die nächste internationale Konferenz zu laden. Dies war Genua. Wirth-Rathenau drückten dort den Tschitscherin-Litwinow (Finkelstein) die Hände und schlossen den Vertrag von Rapallo ab!

Dieser Vertrag von Rapallo soll angeblich ein rein wirtschaftliches Abkommen gewesen sein! Wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß neben ihm noch ein geheimes militärisches Bündnis vorgesehen war, so mußte doch jeder Säugling wissen, daß ein offizieller Vertrag, gleich welcher Art, unter diesen Umständen ein Schritt rein politischer Natur war, da er die Anerkennung Sowjetjudäas in sich schloß. Man könnte schlimmstenfalls verstehen, wenn ein straff regierter, von Sowjetjudäa durch viele Länder getrennter Nationalstaat ein Handelsabkommen mit Lenin-Trotzky abschließen würde, wenn zugleich für die bolschewistische Agitation kein Platz im betreffenden Lande ist;

aber im Augenblick, als die Novemberrepublik das tat, war sie überschwemmt mit den Genossen Radek-Sobelsohns, bestand die bolschewistische Partei und betrieb ungehindert ihre Organisation weiter. Der Vertrag von Rapallo hat denn auch dieser Volkszersetzung Vorschub geleistet, in Rußland die Stellung der Zerstörer des Landes gestärkt und den Nationalrussen eine Hoffnung genommen. Auf den Deutschen lastete von nun an das Odium, als die ersten ausbeuterische Absichten bekundet zu haben.

Rathenau-Wirth wurden ob der großen Tat von Rapallo von der gesamten marxistischen nud demokratischen Presse Deutschlands gelobt, von der Linderung der Not wußte man viel zu erzählen, die jetzt durch Lebensmittelsendungen aus dem „Staate der Arbeiter und Bauern" eintreten werde. Tatsächlich sind außer einigen Schiffen mit Mehl nicht viel Dinge nach Deutschland gekommen. Selbst von ihnen war der größte Teil amerikanisches oder aus Danzig kommendes Getreide, das in Petersburg umgeladen und als „russisches" nach Stettin geschickt wurde, was alle Zeitungen dann als ein großes Ereignis zu buchen pflegten.

Heute spricht kein Mensch mehr von Rapallo. Die Juden, weil sie wissen, daß kein Kapital mehr aus diesem Namen zu schlagen ist, die „Nationalen" aus geborener Unfähigkeit, das Wesen der Machenschaften der Novemberdemokraten dem deutschen Volk wirklich ins Bewußtsein zu führen.

So hielt denn Rathenau, betreut von seiner jüdischen Umgebung, in Genua-Rapallo seine Reden über Wiederaufbau und Völkerverständigung. Sein ehemalig intimer Freund Isidor Witkowsky (Maxim. Harden) war sich über das Wesen, worauf ein deutsch-russischer Sowjetvertrag hinauslaufen sollte, im Klaren. Er schrieb am 4. März 1922 in seiner „Zukunft": Deutschland habe Techniker, Arbeiter und Werkzeuge zum Wiederaufbau Rußlands zu liefern; und fragt man, warum?, so antwortet Herr Harden: „Damit Nordfrankreich (!) wiederhergestellt und der Exporthandel Englands und Nordamerikas wieder aufblühen kann."

Ob auch der „Kandidat des Auslandes, namentlich Englands" diese Gedanken gehabt hat? . . . Soviel ist jedenfalls sicher, daß er nicht daran dachte, in der Erge-

bungspolitik den Börsenmächten gegenüber nachzulassen. Ueber ein bezeichnendes Geschehnis zu Genua im Garten des „Berliner-Tageblatt"-Juden Theodor Wolff berichtet der Vertreter des „Matin", Jules Sauerwein:

„— Neulich gab Herr Theodor Wolff in seinem Garten in Nervi eine Garden-Party vor einem Publikum von Journalisten aller Nationalitäten, mit Ausnahme der französischen. Wer stand auf der Tribüne? Zwei Engländer, der Weltwirtschaftler Keynes und der Herausgeber des „Observer", Garvin, und endlich Herr Rathenau. Von den dreien war Herr Rathenau der gemäßigtste. Als Herr Garvin von dem Zusammenbruch der Entente sprach, drehte Herr Rathenau schamhaft sein Haupt weg. Als Herr Keynes von der Zahlungsmöglichkeit Deutschlands sprach, widersprach Herr Rathenau mit Freundlichkeit aber mit Bestimmtheit, um zu erklären, daß Deutschland zahlen wolle. (Vgl. „Heimatland", Nr. 18, 1922.)

Damit dürfte der Rundgang um Walter Rathenaus Persönlichkeit abgeschlossen sein. In Genua hat der „Kapitalismus in Reinkultur" („Frkft. Ztg.", 7. Jan. 1922) gesiegt. Isidor Witkowsky wußte auch von diesem neuen Schritt zur Weltvertrustung, zum „internationalen Privatsyndikat", das ohne Zweifel den „Sinn der Weltgeschichte" bedeutet. Er schrieb: „Der Kapitalismus wird, was der Sozialismus schien: international; er meidet Konkurrenzkampf, der ohne Not Kräfte verbraucht und Preise verdirbt, gibt jede Arbeit dem dazu Tauglichsten, läßt von Grenzpfählen und Schlagbäumen die Rechnung nicht stören und schätzt, jenseits von Haß und Liebe, die Völker nach ihrer Schöpferleistung." Das Geld als Herrn, die Völker als Sklaven, das ist der Traum des Judentums, auch eines Harden. Und um den Hohn vollzumachen, fügt er hinzu: „Deshalb (!) darf Deutschland aufatmen". (Die „Zukunft", Nr. 16, 1922.)

Walter Rathenau aber, der von Amerika schwärmte und zugleich den Sieg der „praktischen Idee des Ostens" erwartete, schrieb über des deutschen Volkes Zukunft 1919: „Die deutschen Städte werden . . . stehen als halberstorbene steinerne Blöcke, noch zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen . . . Rings umher erblühen erstarkt alte und neue Länder in

Glanz und Leben neuer Technik und Kraft, ernährt vom Blute des verstorbenen Landes, bedient von seinen vertriebenen Söhnen ..."

Das war der geistige Führer der Novemberdemokratie ...

4.

Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau im Grunewald auf der Fahrt nach Berlin erschossen. Die Folge war eine Kampferklärung der Reichsregierung und des Reichstages an das völkische Deutschland, die Errichtung des „Staatsgerichtshofes" zu Leipzig.

Dr. Wirth verlas auf der Trauersitzung u. a. einen ihm zugegangenen Brief, in dem es hieß, Rathenau habe alle Verträge nur im Interesse seiner Judensippschaft abgeschlossen und setzte „empört" hinzu: „Meine Herren! Diese Auffassung im Volke verbreiten heißt unser Vaterland rettungslos dem Untergang entgegentreiben." Wirth erklärte nicht, warum dies denn geschehen müsse, er hätte dann nämlich nur feststellen können, daß die Juden in der Weltpolitik schon eine solche Macht besäßen, ein völkisches Deutschland hindernislos vernichten zu können. Als Gegenstück zu dem von Dr. Wirth zitierten Brief sei ein Aufsatz zum Gedächtnis Rathenaus angeführt, wie ihn sein Freund Bernhard Dernburg fürs „Berl. Tagebl." (Nr. 295, 1922) verfaßt hatte. Nach ihm war Rathenau „der reine Extrakt einer uralten, treu geheiligten Tradition", ein „Edelmensch und ein Edelmann von Gottes Gnaden". Und damit man ihn nur ja richtig verstehe: „Rathenau war seiner Rasse wie seinem Geschlecht ein treuer Sohn". Das war für Israel bestimmt. Zehn Zeilen tiefer lesen wir (wohl an die Adresse der Gojims gerichtet) „... und so war ein guter Deutscher, ja einer der besten, ein guter Europäer."

Der Jude Georg Bernhard von der „Voss. Ztg." aber behauptete klipp und klar (Nr. 297, 1922): „Dieses Wesen (Rathenaus) ist nur (!) aus der Höchstzüchtung eines Individuums aus Rasseeinheit (!!) zu erklären". Gleich darauf schrieb er in ähnlichen Talmud-Gedankengängen wie Dernburg: „Er wurzelte mit seiner Bildung und seiner Gedanken-

welt im Deutschtum . . .; er verfügte über die messerscharfe Dialektik der Generationen, die ihr geistiges Leben mit der Auslegung der göttlichen Gesetze zubrachten". Er verfügte über „intuitive Sicherheit", die „an die Sehergabe der alten Propheten erinnerte . . ." . . .

Der marxistische (nichtjüdische) Reichstagspräsident Loebe aber sagte in seiner Trauerrede über den „Feldmarschall der Geschäfte", wie Rathenau vielfach genannt wurde: „Einer nach dem andern von uns (das sagt ein „Arbeiterführer"! D. V.) erliegt der kalten Mörderhand. Der Reichstag spricht dem Manne Dank aus für alles, was er für das deutsche Volk getan." Dr. Wirth sagte: „Er fiel nicht nur um seines Volkes (welches Volk? D. V.), sondern um der Menschheit wegen". Der Zentrumsführer und spätere Reichskanzler Marx bekannte: „Einer der besten wurde aus unserer Mitte genommen". Friedrich Ebert aber meinte: „Mit den Verwandten trauert in herbem Schmerz die ganze Nation („ein treuer Sohn seiner Rasse" sagte der Jude Dernburg) um diesen Mann, der im Dienste des Vaterlandes (!) stand, für des Reiches Wohl arbeitete und für die Zukunft Deutschlands Wertvolles zu schaffen berufen war, wie wenige . . . Sein Wort galt in der Welt und in den Kreisen jener, die sie zurzeit beherrschen." („300, von denen jeder jeden kennt", sagte Rathenau.) „Sie (die Tat) ist ein Anschlag auf die Nation (welche?), der sie einen der besten Patrioten („Kandidat des Auslandes" sagte Rathenaus Freund Cohn), der fähigsten Köpfe und Vorkämpfer des deutschen Aufbaues raubte." „Mit heißem Dank und mit der Versicherung unvergänglichen Gedenkens bringe ich dem toten Freunde und Mitarbeiter den letzten Gruß des Volkes (!) dar!"*)

*) Als interessant dürfte an dieser Stelle zu vermerken sein, was dem sozialdemokratischen „Vorwärts" in Reichenberg einmal entschlüpfte. Er schrieb (laut „Tag" Nr. 122 vom 9 August 1922) über die A.E.G.-Union, deren Präsident Rathenau war:

„Einiges über die A.E.G.-Union. Eine der schäbigsten Firmen, welche in Nordböhmen das Geschäft der Ausbeutung der Arbeiterschaft besorgen, ist zweifellos die A.E.G.-Union. Die Firma zahlt den Hilfsarbeitern bei angestrengter Arbeit, die dieselben bei der Elektrifizierung einiger Gemeinden des Deutsch-Gabeler- und Niemesergebietes zu leisten haben, einen Stundenlohn von K. 3,30. Trotzdem nun das Millionenunternehmen diesen schäbigen Lohn, der sogar von weiblichen Hilfskräften in

Und trotzdem alle Lobeshymnen der Loebe und Ebert und trotzdem die Führer des Judentums in Deutschland Rathenau ausdrücklich als treuen Sohn der jüdischen Rasse für sich in Anspruch nahmen und ihn und sein Wesen nur mit der Rasseeinheit des Judentums erklärten, folglich offen behaupteten, er habe nicht dem deutschen Volk, sondern der jüdischen Rasse und ihren Interessen gedient.

Der Bolschewist Paul Levi machte seinen Anhängern den Tod des Walter Rathenau folgendermaßen „klar": „Erzberger und Rathenau sind nicht von ihrer Klasse, aber die deutschen Proletarier erkennen: deren Feind ist auch ihr Feind, das Blei, das Erzberger und Rathenau traf, galt nicht nur denen, die auf der Höhe standen, sondern den Kräften, die sie auf die Höhe hoben. Das Blei galt dem deutschen Proletariat." („Freiheit", Nr. 256 vom 26. Juli 1922.) Auch von Levi muß man sagen, daß er die „Auslegung der Göttlichen Gesetze" versteht. . . .

Der „Vorwärts" schrieb (26. Juli 1922), Rathenau sei ein treuer Arbeiter für die Schaffung eines wahren Völkerfriedens gewesen und rief den Proletariern zu: „Vergeßt nie, daß ihr dabei gewesen seid, als sich die Massen am Begräbnistag Walter Rathenaus zum Treuschwur für die Republik zusammenfanden, und bewahrt

---

der Textilindustrie übertroffen wird, nur für „Hilfsarbeiter" einstellt, verwendet es dieselben doch zu qualifizierten Arbeiten. Die Lohnberechnung wird ohne jeden Vertrag nach Gutdünken der vorgesetzten Stellen berechnet, so daß die Firma auch bei Monteuren mitunter verhältnismäßig gute Löhne bezahlt und so die Arbeiterschaft gegeneinander auszuspielen versteht. Eine vom klassenbewußten Geist beseelte Organisation gibt es unter der Arbeiterschaft dieses Unternehmens nicht, Vertrauensmänner existieren ebenfalls nicht, Versammlungen werden keine abgehalten, in welchen die Forderungen und Beschwerden zum Ausdruck kommen könnten. Wenn sich die Arbeiter bei diesem Unternehmen nicht bald rühren, so werden sie auch die Arbeiterschaft bei den anderen Elektrizitätsgesellschaften zu derselben Lage verurteilen, in der sie sich befinden. Heißt es doch, daß die A.E.G.-Union die Siemens-Schuckertwerke bereits wegen Lohntreiberei beim Kartell angezeigt hat. Nur die Selbsthilfe der dort beschäftigten Arbeiter wird diesen erbärmlichen Zuständen ein Ende machen."

Kurz vor Rathenaus Tode war eine „Hilfe für geistige Arbeiter" ins Leben gerufen worden. Unter den Beiträgen von 120 000 Mark steht am Ende der Name Dr. Walter Rathenau mit — 300 Mark . . . („Voss. Ztg.", 1. Juli 1922.)

dieses Blatt zum Gedächtnis an einen Mann, der gefallen ist, auf daß sein Volk lebe". Die drei letzten Worte sind vom „Vorwärts" als die einzigen des ganzen Aufsatzes fett gedruckt. Die Juden werden diesen Hohn verstanden haben. „Sein Volk" lebt tatsächlich herrlich in dieser Novemberrepublik.

Der marxistische „Tagesbote" in Brünn schrieb am 23. Juli 1922 (laut „Brünner Montagsblatt" vom 31. Juli 1922) wörtlich: „Stinnes und Rathenau sind überhaupt nicht miteinander vergleichbar. Stinnes ist ein wackerer Mensch, jedoch mit menschlichen Akzenten eben; mit Vorzügen und mit Fehlern. Rathenau aber war ein Sendling Gottes auf Erden."

Die offen jüdischen Stimmen sangen selbstverständlich ebenfalls ihre Lobeshymnen.

Das „Israelitische Familienblatt" schrieb am 29. Juli 1922, die „Friedenstätigkeit Rathenaus" sei ein „Erbgut seines alten Stammes" gewesen und erinnerte am 13. Juli 1922 daran, daß er die „Streitschrift vom Glauben" geschrieben habe, in welcher er „die ethische Idee" des Judentums als höchste Religion pries und sich zu ihr bekannte. „Auch meine Neschamah ist am Sinai dabeigewesen!" rief er aus, „lernte hebräisch und studierte gar Talmud unter der Leitung eines Jeschiwah-Schülers!"

Ganz offen seinem Herzen Luft gemacht hat der Jude Arnold Zweig. Sein Aufsatz zu Rathenaus Tod ist wohl das ehrlichste und klarste Geständnis, das einem wütend gewordenen Juden über Deutschland entschlüpft ist. Er schrieb in der „Weltbühne" des Siegfried Jacobsohn:

„Dieser Jude (Rathenau) war sehr wenig Jude mehr. Und gar nicht genial. Aber er überragte alles, was er in seiner politischen Sphäre im heutigen Deutschland wie im vorigen antraf, um Hauptеslänge. Und viel zu schade war er, viel zu schade, sich für diese Nation zu zerlöchern und zerkrachen zu lassen. Ein Jude mittleren Wuchses — aber viel zu schade.

„Armer Walter Rathenau. Ihm hat sie nie Luft erweckt, die Feindschaft, die er traf. Er hat ihr nie in die Zähne gespuckt und kein „Jetzt erst recht" konnte Funken aus ihm sprühen. Nichts Vulgäres, rabiat Urwüchsiges sprang mehr aus ihm — nichts vom starken,

lachenden Ostjuden ging in seinem Blute mit Taten schwanger.

„Aber, dreimal aber: tapfer wie ein Jude war er, zivil tapfer, unbewaffnet tapfer, aus gelassenem Unglauben an die Gefahr und aus erblassender und doch gelassener, ganz standhafter Ueberwindung des Glaubens an die Gefahr. Er wußte, er, nach Erzberger, sei der nächste in dieser Nation der Mitschuldigen des politischen Meuchelmords. Aber er blieb im Amte und arbeitete für dies Land. Sie konnten ihn erschießen; zum Rücktritt bringen, zur rettenden Flucht zwingen nicht. Ihn nicht, wie weder die Luxemburg noch Eisner, noch Landauer, noch Schottländer, noch irgendeinen der vielen, vielen gemeuchelten Juden, die mit der unzerstörbaren Idee auf den Lippen und im Herzen sich abtun ließen wie Levinè. Wovor kniff das erlauchte Pack aus, das vier Jahre „die Verantwortung" getragen hatte, nach Holland, nach Schweden? Vor der Kugel und der Handgranate. Wovor trat Walter Rathenau keinen Schritt zurück, auch er, wie jene anderen Juden? Vor der Kugel und der Handgranate.

„Und er war nicht der letzte Jude, der dem Pack die Stirne zeigte. Er hatte den Mut des Juden, einsam zu sterben und der viehischen Gewalt des ewigen Boches nicht zu achten. Er starb — in guter Verbundenheit."

„Ein Jude mittleren Formats. Und viel, viel, viel zu schade für diese Nation."

„Aber er starb ja auch nicht für diese Nation von Zeitungslesern, von Stimmvieh, Geschäftemachern, Mördern, Abrückern, Operettenliebhabern und Amtskadavern . . ."

Dem „Pack", dem „ewigen Boche", „in die Zähne spucken", das ist also der „lachenden, mit Taten schwangeren Ostjuden" Sehnsucht.

Der deutsche Reichspräsident und der deutsche Reichstagspräsident aber schwören „unvergängliches Andenken" dem „Freunde und Mitarbeiter".

Die Novemberdemokratie in ihrer schönsten Entfaltung . . .

5.

Der Juni 1924, 1925 und 1926 boten wiederum Gelegenheit, des toten „Führers“ zu gedenken. Ein großer Pilgerzug besuchte sein Haus, viele Reden über Rathenaus Verdienste um — Deutschland wurden gehalten und eine „Rathenaustiftung“ ins Leben gerufen. Des Reiches nicht gewählter Präsident Fritz Ebert konnte 1924 dabei natürlich nicht fehlen. Er sagte:

„Walter Rathenau wird in uns weiterleben als ein Mensch seltener Eigenart, glänzend in Lauterkeit des Charakters und in Güte des Herzens, ausgestattet mit großen und vielseitigen Gaben des Geistes, gerüstet mit reichen Kenntnissen des geistigen und kulturellen Lebens unseres Volkes und der ganzen Welt und beseelt von warmer Liebe zu seinem (seinem! D. V.) Volke und seinem Vaterland. Das Rathenauhaus soll nicht nur eine Erinnerungsstätte an den Toten, ein Museum der Kulturentwicklung der neueren Zeit sein, sondern es soll Vereinigungen, die für geistige und kulturelle Zwecke tätig sind, als Raum für Zusammenkünfte dienen und seine Sammlungen und seine Bibliothek den geistig Arbeitenden öffnen.“ —

Aeußerst interessant und lehrreich war auch ein Aufsatz im Hamburger „Israelitischen Familienblatt“ (19. Juni 1924) aus der Feder eines Herrn Willy Aron. Es heißt darin: „Viele haben ihm (Rathenau) sein Judesein abgesprochen. Die einen sagen, daß er seinen Empfindungen und seiner Ideenwelt nach „nicht Jude“ gewesen sei, die andern freuten sich ob seiner stammlichen Zugehörigkeit zum Judentum, nörgelten jedoch an seinem Willen zum „deutschen“ Menschen, dieser ihnen gleichbedeutend mit Assimilantentum; die dritten wiesen ihm die Tür, mit dem Hinweis, seine Nichtachtung der Zeremonialgesetze zwinge sie dazu, ihn nicht als den ihrigen zu betrachten. Sie alle aber vergaßen, daß dieser „Deutsche jüdischen Stammes“ leidenschaftlich das empfunden und gewollt, was ein anderer großer deutscher Jude, Ferdinand Lassalle, in seinem Jugendtagebuch zum Ausdruck gebracht hat, wo er sagt: „. . . Er (Bloch) wunderte sich, daß ich mich so des jüdischen Glaubens annehme. Der Esel! Als wenn man nicht treife essen und doch ein guter Jude sein könnte. Ich sagte ihm dies und in der Tat, ich glaube,

ich bin einer der besten Juden, die es gibt, ohne auf das Zeremonialgesetz zu achten! Wer Rathenaus sämtliche Werke aufmerksam und mit liebevollem Verstehenwollen durchliest, der wird geradezu erfüllt von dem jüdischen Grundton, welcher durch alle Zeilen durchklingt." — Dieser Anschauung sind wir auch. Bemerkenswert ist, daß in einer liberal-jüdischen Zeitung der Vorläufer des Herrn Trotzky so enthusiastisch als Jude gefeiert wird. — Aber Herr Aron erzählt noch andere interessante Dinge: „Unlängst weilte ich zweistündig im Rathenauhaus zu Grunewald. (Es ist wiederholt beschrieben worden.) Nur das sei hier neu gesagt: Sämtliche Werke von Martin Buber, die dieser über das Judentum geschrieben, sind in seiner grandiosen Bibliothek vorhanden. Diese, wie Stefan Zweigs „Jeremias", hat er mit immer größerer Sehnsucht oft gelesen, wie mir von eingeweihter Seite versichert wurde. An hervorragender Stelle in seinem Hause findet sich der vierteilige Schulchan Aruch, Amsterdamer Ausgabe, mit den Glossen des Rabbi Moscheh Isserles (Rmo), in welchen er viele Bleistiftvermerkungen in deutscher Sprache, wie z. B. „Messianisches Zukunftsreich" u. v. a. gemacht hat. In seinem Ruhezimmer hängt eines seiner Lieblingsbilder, darstellend zwei alte östliche Juden mit Peies, aus deren Antlitz der „nie abwaschbare Judenschmerz" spricht, vor dem er oft gestanden haben mag, mit Heine sprechend: „Ich habe gewaltig bezwungen den tausendjährigen Schmerz". Diese jüdischen Zeichen, denen man in seinem Hause begegnet, scheinen mir dafür zu zeugen, daß in ihm doch starkes jüdisches Erleben pulsierte." — Walter Rathenau hat also liebevoll das Buch des Betruges gelesen, jenes grauenvoll öde Werk, aus welchem man in geradezu vorbildlicher Weise die „Nation von Betrügern" (Kant) am Werke hervorschauen sieht. Und „Messianisches Zukunftsreich" nannte der Freund des Radek-Sobelsohn dieses „Religionsgesetz". —

Immer wieder wurde in diesen Jahren Rathenaus Name in der marxistischen und börsianischen Presse genannt, als eines der Größten, den „Deutschland" hervor-

gebracht hätte. Auch die offen jüdischen Blätter haben nicht verfehlt, dies nachdrücklich zu betonen. So brachte z. B. die „Jüdische Pressezentrale Zürich" mehrere Aufsätze über Walter Rathenau als Juden. In einem Artikel (Nr. 343 v. 7. Mai 1925) stehen nun Worte, die jeder Deutsche auswendig lernen sollte, um die jüdische Todfeindschaft uns gegenüber ganz begreifen zu können. Wir geben einen ganzen Abschnitt unverkürzt wieder:

„Er (Rathenau) hatte den Mut, es auszusprechen, daß, wenn „der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor gezogen wäre, an diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren". Deutschland kann nur durch Rückkehr zu seiner alten Geistigkeit gerettet werden. Darum ruft er „Revolution der Gesinnung" und „Revolution der Verantwortung". Wem taucht hier nicht das Bild des Propheten Jeremias vor dem geistigen Auge auf, der ebenfalls im Anblick des Zusammenbruches eines Reiches die bange Frage aufwirft, weshalb das Land zugrunde gegangen, verödet ist, der Wüste gleich und hierauf die vernichtende, aber geichzeitig erlösende Antwort gibt, weil sie dem Geiste treulos geworden sind, den Gott sie gelehrt und den zu verwirklichen ihre nichtbegriffene geschichtliche Aufgabe war. Man sieht, man muß weit zurückgreifen, und man muß schon zur Geschichte des Judentums greifen, um auf eine Persönlichkeit zu stoßen, die in selbstvergessenem Mute es wagt, einem verzweifelten, mit sich und der Menschheit verfallenen Volke zu verkünden, daß es seine Lage selbst verschuldet habe, dem es aber verkünden muß, weil diese Erkenntnis Voraussetzung seiner Erhebung und Erlösung ist. Diesen Mut zur Wahrheit mußte Rathenau mit dem Tode besiegeln. Sicher wäre er heute noch am Leben, wenn er sich, wie so viele seiner Berufsgenossen, die in ihrer Selbstgerechtigkeit so verlogene (?!) „Dolchstoßlegende" zu eigen gemacht hätte.

„Was ihn jedoch besonders als Jude kennzeichnet, ist sein leidenschaftliches Gerechtigkeitsgefühl. In ihm war das Gebot als Erbe seiner Väter, vielleicht unbewußt lebendig wie in keinem: lau szamaud al dam reecho:

Du sollst nicht untätig dastehen, wenn dein Nebenmensch vergewaltigt wird. Darum wurde er zum Anwalt des deutschen Volkes nicht nur aus inbrünstiger Liebe zu ihm und weil jede ihm angetane Schmach an seinem Leibe am heißesten brannte, sondern in erster Linie aus diesem Gerechtigkeitsgefühl heraus, das sich gegen das in den Friedensverträgen verkörperte Unrecht aufbäumte. Er sah im deutschen Volke das Ebenbild Gottes erniedrigt und gedemütigt. Der Kampf um sein Recht war ihm daher selbstverständliche Pflicht. Und noch etwas, vielleicht Höheres: (!) Das ungeheure Mitleid mit den ehemaligen Feinden des deutschen Volkes. Es war ihm gewissermaßen Dogma, und das einzige (!) Dogma, an das er inbrünstig glaubte, daß jedes Unrecht ein schweres Gift ist in den Adern dessen, der es verübt. Die Feinde mußten vor den Folgen ihres Unrechtes gerettet werden. Darum rief er, wo er Gelegenheit hatte, ihnen zu, Recht zu fördern und Gerechtigkeit zu üben. Denn auch sie können nur durch Recht erlöst werden. Er wurde mißverstanden von beiden Seiten. Prophetenschicksal."

Nach all dem sentimentalen Kitsch rückt der Jude also schließlich doch mit seinem wahren, uns alle verhöhnenden Wesen hervor: Unsere Feinde mußten gerettet werden! Wollten wir dies als das „einzige Dogma" der Rathenauschen Politik verkünden, so würden wir unfehlbar vor den nach dem Tode dieses großkapitalistischen „Kandidaten des Auslandes" (wie sein Freund Ludwig-Cohn sagte) eingesetzten Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gezogen werden. So stellen wir nur fest, daß eine jüdische Zentrale in Rathenau, dem deutschen Außenminister, die Vertretung der Interessen uns todfeindlich gesinnter Völker erblickte. Wir verweisen hier auf die auf Seite 33 wiedergegebene Rede Rathenaus, in der er erklärte, man müsse bedenken, inwieweit eine „Reparationsleistung" Deutschlands für die — andern Völker erträglich sei!

Am vierten Todestage Rathenaus feierte „Deutschland" wieder seine Verdienste um die Demokratie, die Republik, das deutsche Volk.




BETHMANN HOLLWEG




In seinen Erinnerungen erzählt Kaiser Wilhelm, daß er nach den diplomatischen Niederlagen 1912 Bethmann Hollweg zu Tränen gerührt angetroffen hätte. Es war nämlich eine britische Erklärung eingelaufen, wonach England durchaus zufrieden sein würde, wenn Bethmann Hollweg auch weiter noch deutscher Reichskanzler bliebe... Dieser englische Hohn hatte den damaligen Leiter der deutschen Politik ganz aus der Fassung gebracht. Aber mit gewohnter Hartnäckigkeit erhob sich Bethmann Hollweg wieder und übernahm trotz des offenkundigen Spottes erneut die Leitung des Deutschen Reiches und glaubte noch am Tage der englischen Kriegserklärung an die britische Neutralität.... Man darf nicht vergessen, mit welchen Gefühlen Bethmann Hollweg diesen Krieg politisch geführt hat: innerlich war er durchaus Demokrat, bekannte auch nach dem Kriege in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg", daß er mit den sozialdemokratischen Forderungen innerpolitischer Natur durchaus einig ging und auch außenpolitisch einen „Verständigungsfrieden" mit dem Westen für möglich gehalten hatte. Nun befand sich Deutschland gerade mit denjenigen Mächten im Kriege, welche innenpolitisch alle jene demokratischen Grundsätze, denen Herr v. Bethmann und Scheidemann huldigten, schon durchgesetzt hatten. Es war natürlich, daß ein solcher Mann zu Frankreich und England innerlich nur emporblickte, und das „reaktionäre" Deutschland ablehn e. So konnte es denn auch kommen, daß ein deutscher Reichskanzler, welcher zuallererst verpflichtet gewesen wäre, dem deutschen Volke ein Ziel zu stellen, eine Idee zu geben, nichts dergleichen getan hat und durch sein eigenes Eingeständnis darüber zeigt, daß er gar nicht begriff, wie er dadurch sich selbst und seiner gesamten Politik eine schallende Ohrfeige versetzte. Im zweiten Band seiner „Betrachtungen" nämlich erklärt er: Der Ruf der feindlichen Staaten, im Kampfe für die Gerechtigkeit, für die Freiheit der kleinen Staaten

zu stehen und gegen die Unterdrücker, die Autokratie zu streiten, hätte eine „Zugkraft" gehabt, gegen die unsere Parole der „Verteidigung" nicht aufkam. Nun hat aber die gesamte demokratische und marxistische Presse gerade diese Parole der Verteidigung als ihr Ziel erklärt und zusammen mit Bethmann Hollweg sind sie vereint über alle jene Deutschen hergefallen, die der feindlichen Parole ebenfalls einen aktiven Kampfruf gegenüberstellen wollten!

Bethmann Hollweg hatte die Stirn, den Pazifismus in Deutschland als durch die „Auswüchse des Annexionismus" hervorgerufen zu entschuldigen und zetert immer wieder über die „grellen Stimmen der Alldeutschen". Er spricht verächtlich vom „deutschen Machtfetischismus", der angeblich „sämtliche Gegner physisch und moralisch (!) versklaven" wolle. Diese niedrige Denunziation läßt sich nur als verzweifelter Versuch verstehen, seine gesamte Politik, die man mit Fug und Recht schon als den Anfang der späteren Erfüllungspolitik bezeichnen kann, zu entschuldigen. Und wieder empfindet er nicht die Selbstentblößung, wenn er nach diesen wütenden Angriffen auf die bewußten Deutschen erklärt: „Auch in der Propaganda schlägt nur die Offensive durch. An einer in der Welt zündenden Offensivparole, wie die der Feinde aller Länder, fehlt es uns." O nein, sie fehlt uns nicht. Sie wurde gekennzeichnet als Kampf für die Freiheit einer Nation gegen die demokratisch-börsianische Finanzversklavung als Kampf für Grund und Boden für kommende Geschlechter, aber Bethmann Hollweg war es, der diesen Kampfruf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückte. Während im Zeichen des sog. „Burgfriedens" die marxistische Verräterpropaganda arbeitete, wurden die Schriften eines Freiherrn v. Liebig durch die Bethmannsche Polizei verfolgt und ihm so die Möglichkeit genommen, dem deutschen Volke eine Parole zu schenken, in derem Zeichen es die Feinde ebenso hätte schlagen können, wie die deutschen Heere die Gegner auf den Schlachtfeldern von Flandern und im russischen Osten.

Bismarck schrieb einmal, wenn es geschehen sollte, daß ein durch die Ochsentour der Beamtenlaufbahn gegangener Mensch Reichskanzler werden würde, dann könne man sagen: „Finis germaniae". Diese Leute, sagte Bismarck

weiter, verstehen weder die Seele des eignen, noch die Seele der anderen Völker, glauben aber in ihrer Borniertheit, unersetzlich zu sein.

Ein Typus, der mit dieser von Bismarck vorausgesagten Gestalt haargenau übereinstimmte, war der unselige Theobald v. Bethmann Hollweg, der sich von Lichnowsky aus London die Friedfertigkeit Englands melden ließ — und daran glaubte. Noch am 16. Juni 1914, als die russische Kriegsrüstung auch einen Ruf nach der Stärkung Deutschlands zur Folge hatte, schrieb er: „Da S. M. der Kaiser sich schon ganz in diesen Gedankengang eingelebt hatte, besorge ich für den Sommer und den Herbst den Ausbruch eines neuen Rüstungsfiebers bei uns." Und im Jahre 1916, als die ganze englische Weltmacht gegen Deutschland aufgeboten worden war, da erklärt Herr v. Bethmann Hollweg am 15. Mai verschiedenen Pressevertretern: „Wenn wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen würden, würde man sich in England sagen, es geht auf Leben und Tod und den Krieg bis zum letzten Atemzug führen." Offenbar ist hier wiederum Bethmanns Charakter beeinflußt von dem Herrn v. Lichnowsky, der die freudige Meldung aus London gebracht hatte, England müsse zwar in den Krieg, wolle aber Deutschland nicht zerschmettern.

Nach dem Weltkrieg aber ist sich Bethmann Hollweg „selbstverständlich" darüber im klaren, daß Großbritannien nichts anderes erstrebt hatte, als die vollständige Niederschlagung Deutschlands. In seinen „Betrachtungen" zitiert er u. a. auch den Bericht Ssasonows aus Balmoral vom September 1912, in welchem es u. a. heißt, daß, im Falle die französische Flotte den Durchstoß der österreichischen ins Schwarze Meer verhindern würde, Grey „ohne zu schwanken" erklärt habe, daß England alles daransetzen würde, um Deutschlands Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen. Auch die bekannten Worte König Georgs führt Bethmann an: im Kriegsfalle nicht nur die Kriegsflotte, sondern auch die Handelsschiffe rücksichtslos anzugreifen: „Die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hand kommt, in den Grund bohren." Das erzählt uns 1921 nach dem Zusammenbruch derselbe Mann, der, mitten im Kriege, als es um unser Dasein ging, noch nicht glauben wollte, daß

es sich hier um Leben und Tod handelte. Noch mehr! Gelegentlich der Besprechung des U-Bootkrieges schreibt Bethmann wörtlich: „Die Feststellung, daß ein vor die Gefahr des Kriegsverlustes gestelltes England sich 1916 nicht ähnlich wie 1914 zu verteidigen gewußt hätte, unterschätzt britische Hartnäckigkeit und seine Kriegskunst." Es ist selbstverständlich, daß Bethmann Hollweg die sich selbst verabfolgte klatschende Ohrfeige ebensowenig verspürt hat, wie die Erfüllungspolitiker von Wirth bis Stresemann ihre Niederlagen.

Auch über die Kriegsschuldfrage stehen Sätze in Bethmanns „Betrachtungen", die der Seele einer Leiterin eines Mädchenpensionates entsprungen sein könnten. Gleich nachdem er den genannten Brief Sjasonows an den Zaren Nikolaus angeführt hat, schreibt der in der Ochsentour großgewordene Reichskanzler über den Balkankonflikt: „Abzuweisen ist die Schlußfolgerung, als hätten die Ententemächte beabsichtigt, aus dem Balkankrieg den europäischen Krieg hervorwachsen zu lassen. Daß sie sich für die Eventualität eines solchen Krieges durch militärische und diplomatische Konventionen sicherten, war nur ein Gebot natürlicher Vorsicht. An sich folgt Kriegswillen daraus nicht." An sich freilich nicht, aber es pflegt nun in der Welt nicht so zuzugehen, wie es ein deutscher Demokrat und Stubenhocker sich logisch zusammenleimt. Was aber bei den Feinden „natürliche Vorsicht" war, „besorgt" Bethmann Hollweg in Deutschland als ein Heraufziehen eines neuen „Rüstungsfiebers"....

Nach dem Kriege stellt Bethmann fest, daß das Ringen mit einem großen Siege Englands geendet habe. Lloyd George sei stolz darauf gewesen, ihn durch die Erstickung jeden Verständigungswillens erfochten zu haben. Und Bethmann fügt hinzu: „Der Unterlegene wird die Größe der momentanen äußeren Erfolge des Siegers nicht bestreiten wollen. Den Zweifel aber darf er äußern, ob die Vorteile, die der Welt aus einem bis zum englischen Endsiege fortgeführten Kampf erblüht sind, das Unmaß an menschlichem Jammer und zerstörter Kulturgemeinschaft wert sind, die die Ablehnung unseres Friedensangebotes verursacht hat. Vor der Weltgeschichte war das Angebot eine sittliche Tat, die anerkannt wird, wenn das Weltgewissen wieder erwachen sollte." Von dem Erwachen

dieses sogenannten Weltgewissens ist Bethmann also selbst nicht so ganz überzeugt, aber er tröstet sich, und auch über den Tod von zwei Millionen deutscher Soldaten, die umsonst gestorben sind, weil Bethmann Hollweg die Verräter in der Heimat nicht erstickt hat, wie es Lloyd George getan, verliert er weiter kein Wort. Das hat ihm offenbar wenig Herzschmerzen gemacht. Die Hauptsache, daß die Welt (Gott bewahre — nicht Deutschland!) von diesem englischen Endsiege doch noch einen Nutzen zieht.

Das war in kurzen Strichen jene Gestalt, welche sich anmaßte, jahrelang Deutschland zu führen, in „fachmännischer" Ueberheblichkeit, mit allen bureaukratischen Mitteln jedes Aufkommen eines großen Gedankens erdrosselte, mit allen feigen parlamentarischen Leuten und kleinen Gesellen aber Koalitionen gebildet hat, um die im tiefsten Innern doch gespürte Nichtigkeit durch die Massen der vielköpfigen Mehrheitsparteien zu stärken und sich letzten Endes vor jeder Verantwortung zu drücken, die ein großer Entschluß von jedem Führer fordert. Bald versteckte sich Bethmann hinter Kaiser Wilhelm II., den er als Schutzherrn seiner Erfüllungspolitik und demokratischen Nachgiebigkeit anruft, bald pochte er auf die vorausgeahnte Weimarer Koalition der Schwarzen, der Goldenen und der Roten und steht somit heute vor uns da als einer jener Verkünder des jämmerlichen Ergebungsgeistes, der unter seinem Schutz alles Starke anfraß und zernagte, um schließlich auf dem zusammengebrochenen Staate seinen Leichenschmaus zu halten. Mit Walther Rathenau und Fehrenbach und Friedrich Ebert ragt Bethmann Hollweg aus der Kriegszeit herüber in die Zeit der Novemberdemokratie. Er stand mit dem „Berliner Tageblatt" auf und ging mit dem „Berliner Tageblatt" schlafen und es war ein Fehler, daß man ihm das „Berliner Tageblatt" nicht in den Sarg legte, als man ihn 1921 begrub.




FÜRST LICHNOWSKY




Man spricht in Deutschland immer noch von einer Revolution, die im November 1918 stattgefunden habe. In Wirklichkeit war aber der Zusammenbruch keine gewaltsame Neugestaltung des deutschen Staatslebens, sondern es stürzten nur einige Fassaden des morschen Gebäudes zusammen. Die meisten aber der bereits vorher maßgebenden Kräfte traten jetzt erst ganz in den Vordergrund des politischen Lebens. Ein Walter Rathenau, schon früher der eigentliche Wirtschaftsdiktator, wurde, wie ausgeführt, der Genius der Novemberdemokratie; Fehrenbach, schon früher Präsident des Deutschen Reichstages, wurde auch nach der Revolte wieder mit demselben Amte betraut; Ebert und Scheidemann, die maßgebendsten Kräfte in Deutschlands Innenpolitik seit 1917, stiegen zu den Posten eines Präsidenten und Ministerpräsidenten empor. Die Demokratie wechselte bloß das monarchische Gewand in das republikanische ein; der pazifistischen, internationalen Gedankeneinstellung in der vollkommenen Unfähigkeit, ein starkes deutsches Selbstbewußtsein aufzubringen, gleicht ein Bethmann Hollweg vollkommen etwa auch einem Scheidemann, mit dem er ja auch seit Jahren eng zusammengearbeitet hatte. Eine gleichwertige Gestalt, welche in dieser Weise hinüberleitet vom Beginn des Verfalles des deutschen Lebens zum Zusammensturz Deutschlands, ist ohne Frage der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky.

Das wilhelminische Zeitalter hat in seinem letzten Jahrzehnt ausgerechnet Menschen zu seinen Vertretern auf die wichtigsten Posten gestellt, die in keiner Weise geeignet waren, einen starken deutschen Staat zu vertreten und deutsche Machtpolitik zu betreiben. In New York saß der unglückselige, mit einer amerikanischen Jüdin verheiratete Graf Bernstorff, in Petersburg der alte unfähige Graf Pourtalès und für London schien es traditionell, dorthin Pazifisten zu entsenden. Lange Jahre vertrat der

Graf Hatzfeld Deutschland in Großbritannien, doch da er sehr kränklich war, so führte hauptsächlich der Botschaftsrat Freiherr von Eckardstein die Geschäfte. Dieser Herr, mit einer Engländerin verheiratet, stand in den engsten Beziehungen zu den jüdischen hochfinanziellen Kreisen Englands, verkehrte auf freundschaftlichstem Fuß mit den Gebrüdern Rothschild, war persönlich gut bekannt mit den Sassoons, und dem Türken Hirsch und sah es als selbstverständlich an, daß er wichtigste politische Nachrichten zuerst nicht etwa an das Auswärtige Amt in Berlin meldete, sondern an den Bankier Schwabach vom Hause Bleichröder & Co. (so z. B. 1904 den englisch-französischen Vertrag und den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges). Er hat in seinen 1922 erschienenen „Denkwürdigkeiten" ein ganz unbefangenes Bild von dem überragenden Einfluß der Hochfinanz geliefert und anerkennt als selbstverständlich diese Herrschaft über die nationale Politik der Staaten. Eckardstein ist aus dieser ganzen Atmosphäre heraus ein wütender Gegner eines Bündnisses mit Rußland gewesen, hat jeden Versuch nach dieser Richtung hin hintertrieben und betont ausdrücklich, daß „Freund" Alfred Rothschild seinen ganzen Einfluß, über den er verfügte, stets in die Wagschale geworfen habe, wenn es galt, gegen Rußland (das alte antisemitische) aufzutreten. Eckardstein sieht jede politische Handlung Englands als aus reinstem Wohlwollen geschehen an und war immer entsetzt und empört, wenn deutscherseits zur größten Vorsicht gemahnt wurde.

Nun kann man die deutsche Außenpolitik vor dem Kriege heute mit Recht streng kritisieren und als unseligen Zickzackkurs kennzeichnen, aber eines der größten Merkmale für die Unfähigkeit des Auswärtigen Amtes war ohne Frage die Belassung eines Menschen, wie des Freiherrn von Eckardstein im Amt. Als dieser nun zurücktrat, wurde eine Zeitlang Fürst Metternich, dann Marschall von Bieberstein deutscher Botschafter, der seinerseits 1912 vom Fürsten Lichnowsky abgelöst wurde.

Fürst Lichnowsky stellte nun einen Baron von Eckardstein in zweiter Potenz dar und hing vor allem mit rührender Liebe an seinem hochverehrten Lord Edward Grey. Alles, was dieser tat, galt ihm als ein Ausfluß der Friedensliebe und des Wohlwollens, und alles, was deut-

scherseits geschah und nicht mit englischen Wünschen übereinstimmte, erschien Herrn Lichnowsky wie die Verletzung eines Sakramentes. Welch Geisteskind Lichnowsky war, zeigte sich schon darin, daß er in London bei einer Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelm II. eine Rede über die Rückständigkeit des Nationalgefühls hielt. So sah nun der Mensch aus, welcher Deutschland in seinen schwersten Stunden zu vertreten hatte.[1])

Bekannt geworden ist Lichnowsky der Oeffentlichkeit durch seine verräterische Schrift, welche er während des Krieges in einigen Exemplaren an seine Bekannten verschickte, die dann, in die Hände der Ententepolitiker gelangt, in großer Auflage zur Propaganda gegen Deutschland ausgewertet wurde. Und in der Tat, man konnte sich keine bessere Unterstützung des feindlichen Imperialismus denken, wie die Schrift „Meine Londoner Mission" des sogenannten deutschen Botschafters. Die ganze Schrift ist eigentlich ein ungewolltes Selbstporträt des Herrn Lichnowsky und zeigt uns einen über alle Maßen eitlen Tropf, der jedes höfliche Wort eines Engländers als eine anbetungswürdige Wahrheit aufnimmt. Lichnowsky lobt den Charakter des Briten, in dessen Wesen keine Winkelzügigkeit vorhanden sei; in allen Kreisen habe er, Lichnowsky, das liebenswürdigste Entgegenkommen gefunden, mit offenen Armen sei man auf ihn zugegangen, und was

---

[1]) Bezeichnend für diese politische Minderwertigkeit des deutschen Botschafters ist ein Bericht Greys an den britischen Vertreter in Berlin vom 24. Juni 1914. Während die ganze Welt rüstete, klagte Lichnowsky dem englischen Außenminister über das „alldeutsche Element" und über die „Gefahr einer neuen Rüstungspanik" in Deutschland. (Grey: „Fünfundzwanzig Jahre Politik", Bd. 1, S. 290.) Die Memoiren Greys sind auch insofern interessant, als er mit dreister Stirn die absolute Friedfertigkeit Englands, Rußlands und Frankreichs verteidigt. Heute, da der Depeschenwechsel Iswolskys mit Sasonow (der gleichfalls als Friedensengel dasteht) jedermann doch zugänglich gemacht ist (vergl. hierzu auch „Iswolsky im Weltkrieg", herausg. v. Friedrich Stieve) und Poincarés Aktenfälschungen offen zutage liegen (vergl. M. Morhardt: „Die wahren Schuldigen"), stehen die Lichnowsky und Bethmann ganz jämmerlich da. Die Memoiren des britischen Botschafters sind ein Musterbeispiel naiv-unbewußter Heuchelei, der unter „Friedensliebe" nichts als die Erhaltung der britischen Weltherrschaft versteht und sich sittlich über alle anderen Völker entrüstet, die Großbritannien in ihrer Ausübung stören. Eine rühmliche Ausnahme macht hier Farrer in „Die europäische Politik unter Eduard VII."

Herrn Grey betreffe, den man als Anstifter des Weltkrieges verschreie, so sei er die Einfachheit und Lauterkeit selbst, ein guter Mann, der gerne Sport treibe und ein gemütvolles Familienleben führe. Mister Asquith erscheint ebenfalls als ein Pazifist wie sein Freund Grey, ein Mann, der sehnsüchtig eine Verständigung mit Deutschland anstrebe. Und als der Krieg schließlich ausbrach, so seien dem armen Asquith die Tränen über die Wangen gelaufen. Herr Lichnowsky bekommt es fertig, nicht nur das englische Ministerium, sondern auch die französische Regierung, also die Regierung Poincaré, Clémenceau, Millerand, als pazifistisch hinzustellen und erklärt, er habe Bethmann Hollweg im Jahre 1914 klar gemacht, daß Rußland gar kein Interesse habe, uns anzugreifen, da ein solcher Angriff nicht die englisch-französische Unterstützung finden würde, weil beide Länder den Frieden wollten. Bei einem Mann, der einen solchen Sumpf im Hirnkasten hat, ist es auch selbstverständlich, daß er die englische Flottenschau in der kritischen Zeit als eine „zufällige" verteidigt, während er es als ganz natürlich bezeichnet, daß der Eindruck des deutschen absoluten Kriegswillens immer mehr um sich greife.

Am 5. August 1914 verabschiedete sich dann Lichnowsky von Edward Grey; dieser erklärte ihm, man wolle Deutschland „absolut nicht zerschmettern". Der Tropf hat es dem Engländer auch geglaubt,[2]) gleichwie Bethmann Hollweg wenige Stunden vor der englischen Kriegserklärung noch beteuerte, er wisse ganz genau, daß England den Frieden wolle und nicht aus der Neutralität heraustreten werde. So konnte dann Bethmann Hollweg in Lichnowskyschem Geiste erklären, man dürfe den Feind nicht reizen; unterdessen aber peitschte die Entente ihre Völker mit

---

[2]) In seinen Memoiren versucht Grey, sich gegen den Bericht Sjasonow vom Herbst 1912 aus Balmoral zu verteidigen, laut welchem Grey dem russischen Außenminister „ohne mit der Wimper zu zucken" erklärt habe, daß „England jede (!) Anstrengung machen würde, um Deutschland den entscheidenden Schlag (!) zu versetzen." Grey bringt aber selbst seinen Bericht, den er zwar abzuschwächen bemüht ist, in dem es aber wörtlich heißt: „Wenn wir uns am Kriege beteiligten, so würde unsere Flotte alles (!) nur mögliche gegen Deutschland unternehmen . . ." („Fünfundzwanzig Jahre Politik", Bd. 1, S. 282—283). Man sieht, welche Dummejungen-Rolle Lichnowsky in London gespielt hat.

Hilfe der wildesten Propaganda in den Kampf gegen Deutschland, während dieses ohne jede Parole und ohne jedes nationale Kriegsziel, geführt von den Bethmännern, Scheidemännern und Lichnowskys schließlich ermattete ...

Der eitle Lichnowsky fand es für notwendig zu betonen, daß die englische Regierung ihm bei seiner Abreise einen Sonderzug zur Verfügung gestellt habe und fügt hinzu: „Ich wurde wie ein abreisender Souverän behandelt ..." Zur Schuldfrage teilt der deutsche Botschafter einige dürftige Anmerkungen mit, die heute bereits sämtlich widerlegt sind, welche der fanatische Verteidiger Englands aber als bare Münze annahm, und fügt hinzu: „Es ist nicht zu verwundern, daß angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen außerhalb Deutschlands die gesamte Kulturwelt uns die alleinige Schuld am Weltkriege beimißt."[3]) Dann tritt Lichnowsky in den erbittertsten Wortschwall gegen den deutschen „Militarismus" und gegen die militaristisch-junkerischen Einflüsse ein und erklärt: „Das vornehmste (!) feindliche Kriegsziel, die Demokratisierung Deutschlands, wird sich verwirklichen."

Mit diesen Worten stellte sich also ein deutscher Botschafter auf die Seite der Todfeinde des deutschen Volkes und hoffte auf die Erfüllung eines von ihm selbst als vornehm bezeichneten Sieges der Börsenentente. Seine Schlußworte muten an wie die Gutheißung der weitgehendsten imperialistischen Eroberungsziele Cecil Rhodes', der bekanntlich die ganze Welt unter Englands Herrschaft bringen wollte; Lich-

---

[3]) Es ist wohl nicht notwendig, eingehend darauf hinzuweisen, daß sämtliche Vergötterungsversuche Lichnowskys England gegenüber heute restlos widerlegt sind. Ich verweise nochmals namentlich auf das vorzügliche Werk des Franzosen Matthias Morhardt: „Die wahren Schuldigen". Das genaueste Quellenmaterial und sämtliche aktenmäßig belegten Darstellungen sind dort in glänzender Weise verwertet und die Schuld Poincarés und der russischen Großfürsten nebst Iswolskys Machenschaften liegt so offenkundig in den nachgewiesenen Fälschungen des französischen Gelbbuches zutage, daß Lichnowsky und seine Genossen heute als die betrogenen Betrüger dastehen. Ferner ist zu verweisen auf den in der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte" erschienenen Briefe und Depeschenwechsel zwischen Ssasonow, Iswolsky und der französischen Regierung. So vervollständigt sich das ganze Bild in eindeutigster Weise.

nowsky sieht das als einen ganz natürlichen Werdegang an, gegen den aufzutreten ein Frevel ohnegleichen sei. Aber Lichnowsky schreibt an den Schluß seiner Schrift noch einen anderen Satz hin, der bisher von allen seinen Gegnern und Freunden übersehen worden ist, der aber beweist, daß Lichnowsky über das Bündnis der jüdischen Hochfinanz mit England durchaus unterrichtet war. Er sagt: „Denn wir werden die Söhne Jahwes nicht verdrängen, das Programm des großen (!) Rhodes wird sich erfüllen, das in der Ausbreitung des Britentums, des britischen Imperialismus das Heil der Welt erblickt." Also der Vertreter des Deutschen Reiches, der mitten im Kriege wütend gegen den sogenannten Militarismus, gegen den Kampf um deutsche Selbstbehauptung auftrat, er macht sich zum Sachwalter feindlicher imperialistischer Machtansprüche und sieht im Siege der plutokratischen Demokratie den Sinn des Weltkrieges, dem Deutschland sich zu unterwerfen habe. Die Tätigkeit Lichnowskis lag ganz genau in der gleichen Linie, wie die Tätigkeit etwa eines Oskar Cohn und der anderen staatszerstörenden Elemente. Und die von ihm als „vornehmstes" Kriegsziel erkannte Beendigung des großen Ringens kam am 9. November 1918, als Lichnowskys Gesinnungsgenossen dem deutschen Heer und dem deutschen Volke den vernichtenden Schlag beibrachten. Die seelische Vergiftung hatte ihre Früchte gezeitigt und den Willen gelähmt, für Deutschland zu kämpfen und dem deutschen Soldaten den Glauben genommen, für eine gute Sache zu streiten.




PHILIPP SCHEIDEMANN




1.

„Bemerkenswert bleibt, daß Genosse Scheidemann in einem Maße wie kein anderer Sozialdemokrat den stumpfsinnigen Haß aller Nationalisten und Reaktionäre auf sich lud. Als den schlimmsten aller „Vaterlandslosen" werden sie gerade ihn schwerlich betrachten können. Wenn sie ihn hassen, so tun sie es, weil sie in ihm ihren gefährlichsten Gegner erblicken. Sie hassen ihn so, weil er eine Gefahr für sie ist und weil sie seine großen Fähigkeiten kennen.

„Es ist das Schicksal des kämpfenden Politikers, zumal des Sozialdemokraten, daß er viel mehr Schlechtes über sich zu hören bekommt, als Gutes, und daß er am Alltag mehr Haß als am Sonntag Liebe erfährt. Schrankenlose Wut seiner Feinde hat Scheidemann moralisch und physisch zu vernichten gesucht: der Kampf, der gegen ihn geführt wurde, gehört zu den beschämendsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Aber in den Augen gerecht denkender Menschen hat er ihm nur Ehre gebracht. Und an einem Tag wie diesem ist es auch erlaubt, der Liebe und Verehrung Ausdruck zu geben, die ihm Ungezählte entgegenbringen.

„Wir freuen uns, den Freund heute, von ernster Krankheit wiederhergestellt, rüstig und kampfesfreudig in unserer Mitte zu wissen. Möge er denen, die ihn hassen, noch manche bittere Stunde bereiten, möge er noch lange Führer sein im Kampfe gegen alle Mächte des Stumpfsinns und der Finsternis, für eine heitere, hellere, bessere Zukunft. Das ist unser Wunsch für ihn und die Partei."

So schrieb nicht etwa eine rote Marxistenzeitung, sondern das alljüdisch-börsianische „Berl. Tageblatt" am 26. Juli 1925 anläßlich des sechzigsten Geburtstages des so ganz ohne ironischen Anflug von ihr als „Genossen und Freund" bezeichneten Philipp Scheidemann. Und es hatte vollkommen recht, den „Arbeiterführer" in dieser Weise zu verhimmeln, denn nur wenige haben der Börsenpolitik

so hervorragende Vorspanndienste geleistet wie gerade dieser einstige Heros der Sozialdemokratie. „Friedens“-resolution, Novemberrepublik, Scheidemannfrieden, Erfüllungspolitik, Kampf gegen die Antisemiten und Börsengegner, alles, alles ist mit dem Namen Scheidemanns auf immer und aufs innigste verknüpft. Ein Dank für den Freund ist also seitens der internationalen Börsenpresse durchaus am Platz, ebenso wie der fromme Wunsch für jene Partei, die sich als so folgsame Schutztruppe der Börsenrevolution, Inflation, Dawesversklavung und der Zionisten bewährt hat.

Als die herrliche Revolution von 1918 sich zu einer gewaltigen Pleite auszuwachsen begann, betrat der bedrängte Philipp Scheidemann Mitte Juni 1922 im Berliner Friedrichshain die Rednertribüne, hob beschwörend die Hände zum Himmel empor und sagte: „Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Novemberrevolution gewollt oder vorbereitet hat, ist eine lächerliche und törichte Agitationslüge unserer Gegner.“ Damit war das neue Stichwort gegeben, und es hinderte den Genossen Philipp nicht, es auch vor Gericht zu behaupten, obgleich jetzt aktenmäßig die sachliche Unwahrheit dieser Mohrenwäsche feststeht.

2.

Am 15. Mai 1917 bekundete Scheidemann seine politische Größe im Reichstag mit der Bemerkung, wenn die englische und französische Regierung auf Annexionen verzichteten, wie die russische dies getan habe, die deutsche aber weiter Krieg führe, „dann,“ so sagte Scheidemann zur Regierung des Deutschen Reiches, „verlassen Sie sich darauf, haben Sie Revolution im Lande.“ Diese Rede Scheidemanns wurde als politischer Tip aufgefaßt, und die Börsenentente hat ihre „Friedensziele“ herausgegeben, welche den Scheidemännern die Möglichkeit gaben, die Friedensliebe der Wilson und Genossen zu loben, Deutschland aber der Unersättlichkeit zu beschuldigen. In London wußte man, was ein Köder war; in Deutschland aber bereiteten Scheidemann und Erzberger durch die „Friedensresolution“ am 19. Juli 1917 den Dolchstoß vor, obgleich der erste vorher auf der Konferenz zu Stockholm gesehen hatte, daß selbst die fremden Sozialisten nicht an einen Frieden vor der Unterwerfung Deutschlands dach-

ten, geschweige denn die Marschälle von Frankreich und die Admiräle von Großbritannien. Scheidemann ist nicht klug genug gewesen, dieses Wissen zu verschweigen (in seiner Schrift „Der Zusammenbruch"). In Stockholm traf er nicht etwa Ententesozialisten, sondern neutrale „Genossen"; aber schon diese ließen an ihrer Einstellung keinen Zweifel. Philipp erzählt: „Nach mir hielt van Kol (Holland) eine wirklich sehr dumme Rede gegen Deutschland, seine Regierung und seine Sozialdemokraten, weil alle Schuld am Kriege an diesen liege. Die ganze Ententeargumentation trug er kritiklos vor: Branting sprach in ähnlicher Weise, natürlich nicht so töricht wie van Kol, aber noch ententefreundlicher." Als Genosse David sanft gegen diese Trabanten der Entente auftrat, verließ Genosse Branting (der „Gastgeber") einfach das Lokal. Scheidemann wußte also ganz genau, daß er sich einem Vernichtungswillen gegenübersah. Ferner erzählt Herr Scheidemann (S. 147), daß der Genosse Thomas offen der Genossin Bang erklärt hatte, der Krieg würde solange weitergeführt werden, bis Frankreich Elsaß-Lothringen erobert habe. Von anderen Franzosen gar nicht zu reden. Alles spätere Lamentieren Scheidemanns ist also innerlich unwahrhaftig, ebenso unwahrhaftig wie seine Einstellung zum 9. November 1918.

Es fällt nicht ganz leicht, sich in die Gedankengänge eines „Genossen" wie Scheidemann hineinzudenken. Einerseits weiß er, daß man eine Verständigung bei den Feinden nicht haben wollte, andererseits bekämpft er trotzdem alle deutschen Versuche, das deutsche Volk emporzuraffen, und hat in den schwersten Schicksalsstunden nichts anderes zu tun, als die „Demokratisierung" des Reiches anzustreben. (Das „vornehmste Kriegsziel" Englands.) Einerseits bekämpft er die Unabhängigen, hat aber doch nicht den Mut, gegen sie vorzugehen, wenn sie zu landesverräterischen Streiks aufhetzen. Einerseits verkündet er die Republik, andererseits erklärt er, nur notgedrungen mit dem 9. November irgend etwas gemeinsam gehabt zu haben.

Ueber die Beteiligung Scheidemanns am Munitionsstreik im Januar 1918 sind zwar für jeden Einsichtigen die Akten geschlossen, und der Prozeß zu Magdeburg hat

sehr vieles ganz eindeutig festgestellt; doch ist es notwendig, daß alle Deutschen sich über den großen Genossen Scheidemann im klaren sind. Genosse Richard Müller, der Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten und Hauptanpeitscher der revolutionären Obleute, erzählt in seinem Werk „Vom Kaiserreich zur Republik", daß Fritz Ebert, Scheidemann und Braun als Vertreter der Mehrheitssozialisten im Aktionsausschuß gesessen hätten. Als die Verfügung des Oberkommandos bekanntgegeben wurde, daß jede weitere Zusammenkunft und jede weitere Betätigung der Streikleitung verboten sei, habe sich kein Mitglied der Streikleitung an diese Verfügung gehalten. Die Streikleitung gab im Gegenteil als Antwort auf das Vorgehen der Behörden ein Flugblatt heraus, welches mit den Worten schloß: „Kollegen und Kolleginnen! Darauf gibt es nur eine Antwort: fester und geschlossener zusammenhalten! Zehntausende werden sich mit den Streikenden solidarisch erklären. Die Bewegung muß so gewaltigen Umfang annehmen, daß die Regierung unserem berechtigten Verlangen nachgibt. Laßt euch durch nichts und durch niemand irre machen, weder durch die falschen Berichte der bürgerlichen Presse, noch durch die Einschüchterungsversuche der Behörden."

Auch nach der Herausgabe dieses aufreizenden Flugblattes hat der vor dem Magdeburger Gericht so vergeßliche und später krank gewordene Philipp Scheidemann an der Sitzung des Streikkomitees teilgenommen. Richard Müller schreibt sogar, daß Scheidemann voller Wut in die Sitzung gekommen sei, weil ihn die Polizei mit Fäusten und Stiefeln traktiert hätte. Es ist also unzweifelhaft, daß Scheidemann hier mit dabeigewesen ist und innerlich mit der ganzen Sache sympathisierte, aber nur nicht den Schneid fand, sich als Führer an die Spitze zu stellen. Ein ganz unbedachtes Wort ist ihm aus der Feder geflossen, als er in seinem Werk über den Zusammenbruch schrieb: „Der Streik war ein schwerer Schlag für die Regierung und die sogenannten Vaterlandsparteien, er hätte aber mehr sein können, nämlich ein vernichtender Schlag." Da Scheidemann der schärfste Gegner der Vaterlandspartei war, so hätte er es also gerne gesehen, wenn der Munitionsarbeiterstreik schon damals für sie vernichtend ausgegangen wäre. Auf diese Tatsache

festgenagelt, zog sich Herr Scheidemann dann immer wieder zurück, bis er schließlich, in die Enge gedrängt, Mitte Juni 1922 im Berliner Friedrichshain auf das Thema „Der Feind steht rechts" eine blutrünstige Rede hielt, in der er, wie gesagt, erklärte, die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Revolution gewollt und vorbereitet hätte, sei eine lächerliche und törichte Agitationsrede seiner Gegner. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich Herr Scheidemann als ein typischer Charakter der Novemberdemokratie. Aber noch mehr. Nachdem diese Demokratie auf der ganzen Linie gesiegt hatte und sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Genfer Sozialistenkongreß vorbereitete, verfaßte sie eine lange Denkschrift (abgedruckt im „Vorwärts" vom 24. Juli 1920), in der es wörtlich heißt: „Die deutsche Revolution, die mit der Herrschaft des persönlichen Regiments, des Militarismus und des Alldeutschtums aufräumte, ist, zum Ungück der Welt, ganz besonders auch zu dem des deutschen Volkes selbst, um fünf Jahre zu spät gekommen. Ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, der wir deutschen Sozialdemokraten uns anklagen müssen." Weiter heißt es, daß die deutsche Sozialdemokratie die Bestrebungen der russischen Revolution unterstützt hätte, in der Hoffnung, dadurch die Arme zur Befreiung auch des deutschen Volkes freizubekommen!

Es besteht also nicht der geringste Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie Deutschlands die Revolution vorbereitet, nachträglich offiziell gebilligt und nur bedauert hat, sie nicht früher durchgeführt zu haben. An der Spitze der Sozialdemokratie standen aber die Ebert, Scheidemann usw.

3.

Als nun nach dem herrlichen 9. November 1918 auch seine Folge in der Gestalt des „Verständigungs"friedens von Versailles sich einstellte, da haben die marxistischen und sozialdemokratischen Zauberlehrlinge ein großes Theater aufgeführt, die ganze Welt beschworen und händeringend erklärt, nie und nimmer würden sie dieses Schanddokument, das uns nur versklaven würde, unterschreiben. Es ist inmitten einer vergeßlichen Gegenwart

notwendig, den Wortlaut der Rede, die u. a. Philipp Scheidemann gehalten hat, als er zu dem Verständigungsfrieden seiner Demokratien des Westens Stellung nehmen sollte, der Mitwelt aufzubewahren. Scheidemann sagte damals als Ministerpräsident (laut „Tägl. Rundschau" vom 11. Mai 1919):

„Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden. Was unseren Beratungen zugrunde liegt: dies dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet! — dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden.

„Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilsonprogramm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstandes, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden."

Scheidemann verschwieg aber nach diesen Worten, daß gerade er und seine Genossen es gewesen waren, welche dem deutschen Volke die Illusion vorgegaukelt hatten, als läge das Hindernis zu einem Frieden in der Gestalt von Ludendorff, Hindenburg und der Vaterlandspartei, der Alldeutschen und als wäre es möglich, in Frieden und Freundschaft zu leben, wenn die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands durchgeführt worden sei. Nachdem er eine Atempause gemacht hatte, fuhr Scheidemann fort:

„Die Kolonien verschwinden, alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren! Das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel, sie werden ihm wegge-

nommen. Deutschland hat Funkstationen, — drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden, und nur unter Kontrolle der Alliierten.

„Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann — ich will gar nicht sagen als Deutscher — nur als ehrlicher, vertragsgetreuer Mann, solche Bedingungen eingehen?

„Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten! Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht uns unmöglich! Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Lande und nach der Schweiz für 100 Franken verkauft hat!

„Meine Damen und Herren! Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heiligste Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. (Stürmischer, immer sich wiederholender Beifall, der minutenlang den Saal durchbraust und an dem die Tribünen teilnehmen.) So unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!"

Das sind wahrhaftig vollkommen eindeutige Worte. Nur vergißt Herr Scheidemann, daß sogar er selbst es gewesen ist, der über die absolute Unversöhnlichkeit selbst eines Genossen Thomas in Frankreich vollkommen im Bilde war, ganz zu schweigen von den Herren Clémenceau und Poincaré, deren blutrünstige Reden alles übertrafen, was je ein Deutscher sich geleistet hatte und deren Taten schon damals für jeden Deutschen mit normalem Empfinden diesen Worten entsprachen. Herr Scheidemann, der so in dieser Weise den Zusammenbruch seiner Politik und den Verrat der gesamten Sozialdemokratie an deutschen Interessen ungewollt vor aller Welt zugeben mußte, welcher erklärte, das Versailler Dokument

dürfe nie das Gesetzbuch der deutschen Zukunft werden, derselbe Herr Scheidemann war aber auch später Führer und Abgeordneter einer Partei, welche heute wütend über jeden Deutschen herfällt, der Kampf gegen Versailles, gegen die Kriegsschuldlüge und gegen die hündische Unterwerfung der Novemberdemokraten führt!

Und gleich Herrn Scheidemann versetzt sein Genosse Müller — ungewollt — der gleichen Sozialdemokratie eine schallende Ohrfeige, indem er erklärte:

„Dieser Friede ist weiter nichts als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. (Sehr richtig!) Wer in aller Welt will glauben, daß mit diesem Frieden eine neue Aera des Völkerrechtes beginnt; ist doch in ihm von Recht und Gerechtigkeit mit keinem Worte die Rede. Was ist aus all den Idealen geworden, von denen man uns erzählt hat, daß der Krieg nur ein Kreuzzug war gegen Kaiserismus und Militarismus? Jetzt, wo Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben, während man uns politisch und wirtschaftlich knechtet. Mit einem solchen Frieden kann eine Aera ewiger Friedenszeit nicht eingeleitet werden. Wir Sozialdemokraten können einen Rechtsfrieden verlangen, denn wir sind, als die militärische Lage Deutschlands günstig war, für einen Frieden der Verständigung eingetreten. (Sehr richtig! bei den Soz.). Wir wollten einen Frieden, der in Europa keinen Rachegedanken zurückließ; wir wollten nicht, daß, wie vor hundert Jahren auf dem Wiener Kongreß die Völker verschachert würden. Dafür sind angeblich auch unsere Feinde eingetreten. Aber was ist aus diesen Verheißungen geworden? Kerndeutsche Volksteile sollen, ohne daß sie gefragt werden, unter das Joch der Fremdherrschaft kommen. Das ist der reine Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

„Am Sonntag hat der holländische Sozialistenführer Troelstra in Nymwegen gleichfalls erklärt, daß dieser Friedensentwurf für das deutsche Volk unannehmbar und ein Unglück nicht nur für Deutschland allein, sondern für die ganze Menschheit sei. (Hört, hört!) Wo soll das Geld herkommen für die Fortführung der deutschen Sozialpolitik, für die Entschädigungen an unsere Kriegsverletzten und Kriegerhinterbliebenen?

„Würde dieser Vertrag Gesetz, so müßten breite Massen unseres Volkes auf der Straße betteln gehen."

Schmählicher ist noch nie eine Partei und schmählicher sind noch nie ihre Führer zusammengebrochen, als die Führer der Sozialdemokratie, und jetzt wird es auch verständlich, warum die Herren, welche für die Demokratisierung Deutschlands, für die Vernichtung des großdeutschen Gedankens gekämpft hatten, doch von ihrer ureigenen Tat, vom 9. November 1918, nichts mehr wissen wollen.

4.

Nach allem wird aber auch die Angst verständlich, als Zeuge unter Eid vor Gericht über den 9. November und seine Vorbereitung durch den Munitionsarbeiterstreik auszusagen. Herr Philipp Scheidemann war nämlich, nachdem das Magdeburger Gericht bei seinem Genossen Ebert Landesverrat festgestellt hatte, zur Berufungsverhandlung als Zeuge geladen, aber es kam merkwürdigerweise eine Krankheit dazwischen, deren Geschichte zu kennen gleichfalls unerläßlich ist, um den Charakter des Herrn Scheidemann endgültig würdigen zu können.

Es war vor dem Magdeburger Gericht der Vorwurf der mangelhaften Glaubwürdigkeit des Herrn Scheidemann erhoben worden. Eine solche Behauptung konnte nur zweierlei bedeuten: Meineid, oder geistige Vollwertigkeit ausschließende Gedächtnisschwäche. Man sollte meinen, daß in beiden Fällen ein Reichstagsabgeordneter, Oberbürgermeister und jahrelanger Führer einer der zahlenmäßig größten Parteien in Deutschland sich sofort, selbst schwer krank, auf einen D-Zug setzten müßte, um seine vor aller Oeffentlichkeit angezweifelte Ehrenhaftigkeit wiederherzustellen. Aber siehe da, Herr Scheidemann ging auf Urlaub und — drückte sich.

Dieser letzte Ausdruck wäre vielleicht zu scharf, wenn das Fernbleiben Scheidemanns nicht durch folgende Tatsachen in ein ganz besonderes Licht gerückt würde.

Am 18. (!) März 1925 nämlich ließ sich Herr Scheidemann ein ärztliches Zeugnis darüber ausstellen, daß er eines schweren Leidens wegen nicht vernehmungsfähig sei. Am 22. (!) März aber sprach derselbe Herr Scheidemann in zwei öffentlichen Versammlungen. Am 23. März be-

teiligte sich Herr Scheidemann gar an einer Stadtratssitzung in Kassel und trat mit großem Feuer für die Schaffung einer „Friedrich-Ebert-Straße“ ein. Voll edler Entrüstung erklärte er, er schäme sich (Scheidemann schämt sich!), an einer Sitzung teilzunehmen, in welcher gegen diesen Vorschlag protestiert würde. Scheidemann hat also den Beweis geliefert, daß seine Krankheit auch nach der Ausstellung des ärztlichen Zeugnisses ihn nicht an erregten Auseinandersetzungen hinderte. Trotzdem fuhr er nicht nach Magdeburg, um den ehrenrührigen Verdacht gegen sich zu entkräften!

Er fuhr vielmehr nach dem schönen Süden, kurierte sich, und unterdessen arbeiteten seine Freunde Dittmann und Genossen im Reichstag und hinter den Kulissen eifrig weiter darauf hin, den ganzen Magdeburger Prozeß, auf den sie anfangs so viele Hoffnungen gesetzt hatten, niederzuschlagen. Scheidemann kam, wie wir am Anfang feststellten, mit großem Jubel vom alljüdischen „Berliner Tageblatt“ empfangen, wieder gesund in die „Heimat“. Durch eine Amnestie ist das Magdeburger Verfahren aufgehoben worden: Scheidemann ist also dem Gericht entwischt . . .

Soweit der „Politiker“ Scheidemann. Der Antikapitalist und Proletarierführer zeigte sich ebenso liebenswert auch von einer anderen Seite.

5.

Bekanntlich war Scheidemann einige Zeit Bürgermeister von Kassel. Dort ließ er sichs wohl sein, der rote Magistrat „kaufte“ ihm herrliche Möbel aus dem fürstlichen Schloß und verhätschelte den großen Philipp, wo er konnte. Ebenso wie Barmat, der ihm holländischen Badeaufenthalt bezahlte. Nun veröffentlichte aber der deutschnationale Abg. Steuer Aufsätze und eine Broschüre gegen Philipp Scheidemann, die diesen derartig entkleideten, daß es eben nur in dieser Republik möglich war, ihn noch weiter zu halten. So stellte Steuer fest — und Scheidemann mußte es zugeben, als er eine Ableugnung über andere Dinge im Kasseler „Volksblatt“ versuchte:

„Die Möbel sind bei der Feststellung zugrunde gelegt, daß Herr Philipp Scheidemann bei der Benutzung von Möbeln, deren Friedensgoldwert die amtliche Taxe mit 12636 Goldmark und deren Wert von

1920 sie auf 3322 M. veranschlagt, für ganze 1,97 Goldmark monatlich gemietet hatte. Darauf kommt es doch an. Darin liegt doch die durch Zusammenarbeit mit den sozialistischen Stellen in der Regierung ermöglichte Uebervorteilung des preußischen Staates zugunsten des Herrn Philipp Scheidemann. Von dieser einzig und allein wesentlichen Seite der Möbelangelegenheit erwähnt der Genosse im „Volksblatt" natürlich kein Wort."

Ueber die Vorgänge während der Verabschiedung Scheidemanns berichtete Steuer Dinge, die als zeitgeschichtliches Dokument aufbewahrt werden müßten. Er schreibt:

„Sobald ihm (Scheidemann) die schließliche Unhaltbarkeit seiner Oberbürgermeisterstellung klar wurde, war er entschlossen, die Möglichkeit einer vorzeitigen Räumung der Kampfstellung finanziell auszubeuten. Er trat bereits im August 1925 durch einen Mittelsmann an die Führer der von ihm so bitter befehdeten Deutschnationalen heran und ließ nachhören, welche finanziellen Vorteile ihm eingeräumt werden könnten, wenn er bereit sei, seine Rathausgenossen im Stich zu lassen und vor der Entscheidung des Abbaukampfes seine Entlassung zu nehmen. Trotz der denkbar schlechten Meinung, die seine Gegner ohnehin von ihm hatten, waren sie über dieses Verhalten denn doch noch einigermaßen überrascht. Sie hatten damit gerechnet, daß bei etwaigen Kapitulationsverhandlungen von ihnen vielleicht irgendwelche politische Konzessionen verlangt würden. Aber dabei war bei all diesen Besprechungen gar keine Rede. Sondern nur vom Geld. Herr Philipp Scheidemann ließ damals durch seinen Unterhändler zunächst sehr hohe Forderungen stellen, die aber bei mangelndem Entgegenkommen der Gegenseite nach und nach herabgesetzt wurden. Es ging dabei hin und her wie an der Börse: Als z. B. die Forderung erhoben war, ihm auf drei Jahre volles Gehalt zu zahlen, wurde diese Forderung sofort erhöht und auf eine Zeitdauer von fünf Jahren ausgedehnt, als zufällig das Gerücht verbreitet wurde, die Abbauverordnung werde aufgehoben oder abgeändert. Da alle derartigen hohen Forderungen abgelehnt wurden, wurden schließlich die Ansprüche immer bescheidener. Zu guterletzt kam es zu einer regelrechten Ab-

machung, nach der Herr Scheidemann freiwillig vor völliger Durchfechtung des Abbaustreites aus seinem Amte scheiden sollte, wogegen ihm an finanziellen Vergünstigungen gewährt werden sollten:

1. ein ganzes Jahr volles Gehalt,
2. für die Zukunft die ihm an und für sich nicht zustehende Höchstpension, also 80 Prozent, statt der ihm zustehenden 64 Prozent,
3. die Umzugskosten (dafür war er verpflichtet, Kassel unbedingt zu verlassen).

Bis zur Einreichung seines Rücktrittes sollte Herr Philipp Scheidemann noch eine längere Frist erhalten, da er nach Angabe seines Unterhändlers diese gebrauchte, um seine Genossen hinters Licht zu führen. Die seien nämlich mißtrauisch und würden bei sofortigem Rücktritt seinen Krankheitsbeteuerungen nicht recht trauen. Sie müßten dadurch beruhigt werden, daß Herr Scheidemann nach längerer Erholungsreise ihnen mitteilen würde, daß die Erholung nichts genützt habe und er leider in Pension gehen müsse. Als die an den Verhandlungen beteiligten Bürgerlichen es bestimmt ablehnten, den Rücktritt, der ja durch erhöhte Bezüge erkauft werden sollte, offiziell mit Krankheit motivieren zu lassen, wurde von der anderen Seite ausdrücklich zugestanden, daß diese Motivierung nur den Genossen gegenüber angewendet werden würde. Man war sich auf bürgerlicher Seite natürlich vollkommen klar darüber, daß es sich also darum handelte, den führenden Mann der Kasseler Sozialdemokratie durch Zuweisung eines finanziellen Vorteils wunschgemäß zu veranlassen, seine eigenen Genossen zu hintergehen und einen bisher im Interesse seiner Partei geführten Kampf vorzeitig abzubrechen. *Man war also bereit, diesen Mann, der geschmiert werden wollte, zu schmieren.* Man hielt sich dazu für berechtigt, weil vor allem das dringende sachliche Interesse der Stadt es für geboten erscheinen ließ, jedes Mittel anzuwenden, das die Verwahrlosung der städtischen Verwaltung unter der Aera Scheidemann beschleunigt beenden konnte. Politisch gesehen, war man sich darüber einig, daß man ja letzten Endes einem Politiker den stärksten Beweis von Mißachtung gibt, wenn man ihm, da er käuflich ist, Geld in die Hand drückt. Im übrigen sollte nicht die Stadt, die ohnehin

schon Jahre hindurch Scheidemanns Gehalt ohne jede Gegenleistung aufgebracht hatte, finanziell belastet werden, sondern es war beabsichtigt, die Geldbeträge, die Herr Scheidemann über die gesetzlichen Bezüge hinaus erhalten sollte, der Stadt aus privaten Mitteln zur Verfügung zu stellen."

Die Presseauseinandersetzungen zwischen der deutschen und der marxistischen Presse über die in der Broschüre des Abgeordneten Steuer gemachten Enthüllungen über Scheidemann führten dann zu einem neuen Aufsatz des Abgeordneten in der „Kasseler Post", in dem dieser unter dem Titel „Der käufliche (!!) Philipp Scheidemann und sein Kasseler Volksblatt" die marxistische Presse nochmals auf den Kernpunkt seiner Anschuldigung hinwies, nämlich darauf, daß Scheidemann seinen Rücktritt vom Posten des Bürgermeisters von Kassel an seine Gegner verkaufen wollte. Die Barmat-Presse hatte der ausdrücklichen Aufforderung, diese Feststellung als Verleumdung zu erklären, n i c h t entsprochen. Es ist also damit klargestellt, daß die marxistische Presse, doch offenbar nach Fühlung mit Herrn Scheidemann, der vermutlich einer eidlichen Vernehmung aus dem Wege gehen will, sich außerstande sieht, einen der bekanntesten Führer der Sozialdemokratie gegen den Verdacht der Käuflichkeit in Schutz zu nehmen. Nach eingehender Widerlegung der sonstigen marxistischen Ausflüchte schrieb Herr Steuer:

„In den ganzen Verhandlungen (zwischen Scheidemann und dem Kasseler Magistrat), das betone ich nochmals, ist immer wieder nur davon die Rede gewesen, welche ihm an sich nicht zustehenden finanziellen Vorteile der Genosse Philipp Scheidemann persönlich dafür bekommen sollte, daß er vor der Durchfechtung des Abbaustreites freiwillig den umkämpften Platz verließe. Es ist bei allen Besprechungen nur d a r ü b e r hin und her gegangen, ob er sich mit drei Jahren vollem Gehalt oder mit fünf Jahren vollem Gehalt, oder mit einem Jahr und 16 Prozent mehr Pension als zuständig begnügen würde. E s g i n g a u s s c h l i e ß l i c h u m G e l d. Auf diesem Tatbestand beruht die Feststellung, von der bis heute das „Kasseler Volksblatt" auch nicht ein Pünktchen bestritten hat, daß der Genosse Philipp Scheidemann aus der Aufgabe einer politischen Machtposition ein gewöhnliches

Geldgeschäft machen wollte. **Aus diesem Tatbestand geht hervor, daß wir in dem Philipp Scheidemann einen Schulfall politischer Bestechlichkeit vor uns haben,** das Beispiel eines politischen Führers, der auf den Schultern seiner Anhänger eine Stellung erobert, und der diese Stellung, sobald sie unhaltbar wird, auf dem Verhandlungswege räumen will, aber nicht gegen politische Konzessionen an seine Partei, sondern gegen finanziellen Gewinn für seine Person. Daneben sind übrigens die sonstigen roten Korruptionsfälle, wie z. B. der Fall des Genossen Reichskanzler Bauer, verhältnismäßig noch harmlos. Denn bei diesen anderen Fällen handelte es sich in der Hauptsache um die Benutzung des politischen Einflusses zur Förderung nebenherlaufender privater Erwerbsgeschäfte. **Philipp Scheidemann aber, der bekannteste und am meisten belastete unter Deutschlands sämtlichen Novemberverbrechern,** Philipp Scheidemann, der sozialistische Staatssekretär, Ministerpräsident und Oberbürgermeister, **ist der erste unter den Politikern des augenblicklichen Korruptions-Zeitalters, der seine politische Position selbst als Gegenwert eines finanziellen Vorteils auf den Markt gebracht hat. Er ist also der Mann, der sein Amt an seine Gegner verkaufen wollte.**

„Das „Volksblatt" täte gut, sich endlich mit diesem Anklagepunkt zu befassen, neben dem alles andere weniger Bedeutung hat. Und ich habe dem „Volksblatt" bereits am 10. Juni 1926 zur vollkommenen Klarstellung einen Weg gezeigt, indem ich ihm vorschlug, es möge die von mir festgestellte Tatsache, daß Philipp Scheidemann darüber verhandeln ließ, welche geldlichen Vorteile er bei der Aufgabe seines Amtes herausschlagen könne, als Verleumdung erklären. Bis heute hat es wohlweislich das nicht getan. Sollte es noch nachgeholt werden, so würde dem Genossen Scheidemann Gelegenheit geboten, sich **unter Zeugeneid** zu der Angelegenheit zu äußern. Er würde bei dieser Gelegenheit in seinen Aeußerungen natürlich genauer und eingehender sein müssen, als in der Stadthalle. Zwar ist es bekannt, daß er gegen die reak-

tionäre Einrichtung des Zeugeneides eine sehr starke Abneigung hat, da er es wohl als eine brutale Zumutung empfindet, daß verfassungstreue Männer der neuen Zeit unter Eid die Dinge so darstellen sollen, wie sich tatsächlich abgespielt haben, und nicht so, wie sie im Interesse der Sozialdemokratie und zum Wohle der Republik sie darstellen möchten. Aber da das Strafgesetzbuch aus den Zeiten der Monarchie immer noch in Kraft ist, wird Meineid mit mehreren Jahren Zuchthaus bestraft (die man als Sozialdemokrat freilich nicht immer abzusitzen braucht). Nach Verlesung der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches wird sich der Zeuge Scheidemann vor Gericht viel besser an die ganzen Dinge erinnern können, als dies dem Redner Scheidemann vor seinen Genossen in der Stadthalle möglich war. Ich warte ab, ob das „Volksblatt" Herrn Philipp Scheidemann diese Gelegenheit zu wahrheitsgemäßen Zeugenaussagen verschaffen wird!

„Genosse Scheidemann kann ruhig davon überzeugt sein, daß ich jeden Gewaltakt gegen ihn besonders bedauern und mißbilligen würde. Ich habe betreffs seiner geschätzten Person stets den Standpunkt vertreten: Der Mann gehört dem Staatsanwalt!"

Das alles mußte der „Große" vom 9. November 1918 einstecken, ohne zu klagen.

Trotzdem oder gerade deshalb ist er noch heute Führer der Sozialdemokratie.




MATTHIAS ERZBERGER




1.

Im Sommer 1925 machten die hervorragendsten Zentrumsführer den Vorschlag, im Reichstag eine Büste des bekanntlich vor einigen Jahren erschossenen Abgeordneten Matthias Erzberger aufzustellen. Dieser Entschluß des frommen Zentrums zeigt, wie unentwegt treu es zu seinem einstigen Führer hält und wie hoch es seine Gesinnungsgenossen einschätzt, um den Vorschlag zu wagen, ein Bildnis des Matthias aus Buttenhausen dem ganzen Volke als Beispiel aufzustellen. Und tatsächlich, wenn man die Verdienste Erzbergers um die heutige Demokratie als Maßstab der Beurteilung nimmt, so gebührt Herrn Erzberger nicht nur eine bescheidene Büste im heutigen Parlament, sondern eine lebensgroße Statue im Plenum des Reichstages.

Herrn Erzbergers erste Wanderjahre sind für die Oeffentlichkeit nicht von großem Interesse. Man weiß, daß er von 1904 ab aus frommem Eifer gegen die deutsche Kolonialpolitik wetterte, als er herausfand, daß die Verchristlichung der Hottentotten und Buschmänner nicht die gewünschten Fortschritte machte. Und man weiß auch, daß es 1906 zu einem großen Skandal kam wegen eines Diebstahls im Büro des Deutschen Flottenvereins. Der fromme „Bayer. Kurier" in München veröffentlichte nämlich eines Tages Privatbriefe des Vorsitzenden des Flottenvereins an verschiedene Persönlichkeiten; es wurde festgestellt, daß diese Briefe nur durch einen Diebstahl in die Hände der frommen Zentrumsbrüder gelangt sein konnten. Zwei verdächtige Angestellte, die man beim Kragen fassen wollte, verschwanden plötzlich ins Ausland und fanden freundliche Aufnahme, der eine in einem belgischen, der andere in einem österreichischen Kloster! Es stellte sich nun heraus, daß Herr Matthias Erzberger um den Diebstahl Bescheid wußte. Er wurde als Zeuge vor Gericht geladen, verweigerte aber das Zeugnis mit der

Begründung, daß er nach bestem Wissen und Gewissen annehme, er würde sich durch Auskunft darüber, ob der Angeschuldigte das Material zu den Artikeln des „Bayer. Kurier“ geliefert habe, die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen. Aus dieser Angabe konnte man mit aller Sicherheit annehmen, Herr Erzberger habe direkt mit den Dieben in Verbindung gestanden. Aber da der Zweck die Mittel heiligt, so haben die Zentrumsbrüder ihm verziehen und ihn immer mehr zu ihrem Führer vorrücken lassen. Das fromme Ziel bestand bekanntlich in der Verhinderung einer starken deutschen Rüstung; dieses Ziel wurde fast restlos erreicht, so daß der 9. November 1918 das Zentrum in eitel Freude und Wonne fand.

Herr Matthias Erzberger ruhte aber nach dem Fall mit dem Aktendiebstahl nicht auf seinen Lorbeeren, sondern schrieb noch eine ganze Reihe von Verdrehungen und Verleumdungen auf, speziell über den Kolonialfall Poeplau, worauf er dann verklagt und zu Gefängnis verurteilt wurde. Der Flottenverein veröffentlichte darauf eine Broschüre mit dem Titel „Die Lügen des Herrn Erzberger“. Diese eindeutigen Angriffe mußte der fromme Mann wortlos über sich ergehen lassen, was sein Märtyrertum inmitten seiner Genossen nur noch mehr steigerte. Seit dieser Zeit begann Herr Erzberger die älteren Zentrumsgrößen immer mehr und mehr zu verdrängen, und so war es denn auch gar nicht verwunderlich, daß der waschechte Novemberdemokrat und damalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg bei Ausbruch des Krieges den klugen Matthias zum deutschen Propagandachef ernannte. Wir wissen, daß Herr Erzberger 28 Millionen Goldmark auf seine Reisen mitbekam, die er frisch und fröhlich durchbrachte, ohne daß man genau feststellen konnte, wofür im einzelnen; jedenfalls war der Erfolg gleich null.

Herr Erzberger erzählt in seinem Buche „Erlebnisse aus dem Weltkriege“ stolz seine Heldentaten. Aus diesen „Kriegs“erinnerungen spricht eine große unverfrorene Naivität, nirgends kann man ersehen, daß Herr Erzberger sich als Beauftragter des deutschen Volkes empfunden hat, aber mit um so größerer Genugtuung verzeichnet er seine Tätigkeit zum Besten seiner katholischen Glaubensgenossen in Deutschland, Italien und Konstantinopel. Er

besuchte auch den Papst und sprach mit ihm über angebliche Greueltaten der deutschen Soldaten, namentlich der „protestantischen Pommern und Mecklenburger", ließ sich — man denke — sogar das Material geben, um die Bestrafung der Schuldigen einzuleiten. An der Wiener Botschaft tadelte er ihre „protestantische Einstellung"; sie sei fast als Vorposten des Evang. Bundes zu betrachten. Um so größeres Lob spendete Herr Erzberger dem Hause Parma, das sich durch offenkundige ungeheure Frömmigkeit auszeichne. Bekanntlich ging durch das Haus Parma die systematische Unterwühlung des deutschen Reiches; durch das Haus Parma erfuhr die Entente täglich, welche Schwierigkeiten Deutschland und Oesterreich zu überwinden hatten. Durch diese Nachrichten konnte die Entente ihren Soldaten immer wieder von neuem Mut machen, und Herr Erzberger ist mit eine der Ursachen an der Hoffnungsfreudigkeit unserer Feinde gewesen. Auch gegen das ketzerische orthodoxe Moskowitertum galt es, nach Erzberger, einen Kampf zu führen, hier bewährt er sich als unentwegter Kriegsfanatiker, wobei er als Grund angibt, daß der Katholizismus verteidigt werden müsse, — nicht etwa das gesamte deutsche Volk. Bekanntlich entpuppte sich Erzberger, als dieser Orthodoxismus 1917 gestürzt wurde, als der eifrigste Pazifist nach dem katholischen Westen hin, namentlich gegenüber dem geliebten Frankreich. Er erwuchs zum ersten Befürworter des Dolchstoßes, als er am 19. Juli 1917 selbst seinem Freunde Bethmann Hollweg in den Rücken fiel und die „Friedens"resolution einbrachte. An diesem Tage war der schwarz-rot-gelbe Block fest begründet, seine unentwegte Tätigkeit führte am 9. November 1918 zum herrlichen Siege. Herr Erzberger aber stieg vom Parlamentarier zum Minister empor, ja noch mehr: er wurde der Vertreter Deutschlands im Wald von Compiègne, trat für bedingungslose Unterwerfung ein, lieferte die deutsche Handelsflotte schneller aus, als es selbst unsere bittersten Feinde verlangten und ging dann nach Weimar, um die „Verfassung" des Juden Preuß unter Dach und Fach zu bringen. In diesen fröhlichen Stunden, als das deutsche Volk in seiner tiefsten Erniedrigung stand, da schrieb der ewig Lächelnde in ein Fremdenbuch Weimars die bezeich-

nenden Worte: „Erst schaff' dein Sach, dann trink und lach' . . ."

2.

Aber kurze Zeit darauf verging Herrn Matthias Erzberger das Lachen:

„Ein typischer Vertreter der autokratischen Autokratie und Plutokratie kämpft hier mit allen erdenklichen Mitteln gegen einen Vertreter der jungen deutschen Demokratie, welche allein die Zukunft und Rettung des deutschen Volkes verbürgen kann." Mit dieser wunderbaren Stilblüte begann Matthias Erzberger sein Schlußwort im Prozeß Helfferich—Erzberger. Er lobte „Gottes Schutz", der über ihn gewaltet, über ihn, der — wie er bescheiden sagte — „unbekümmert um stete Lebensgefahr" seine „Pflicht am Volke" getan habe. Und er hatte Recht, denn neben Rathenau gebührt Matthias Erzberger die ewige Ruhmespalme, einer der ersten Geistesträger der Novemberdemokratie gewesen zu sein und eine ihrer „markantesten" Verkörperungen darzustellen.

Ueber den großen Zentrumsführer wird seitens seiner marxistischen und demokratischen Mithelfer verständlicherweise wenig geschrieben, und wenn, so tut man, als habe im Februar-März 1920 kein Prozeß stattgefunden, welcher Matthias Erzberger vor allem Volke in einer Weise entblößte, daß bei Nennung seines Namens jedem die Schamröte ins Gesicht steigen müßte, schon allein beim Gedanken, daß ein solcher Typus einmal unseren Todfeinden als Bevollmächtigter Deutschlands gegenübergetreten war. Andere schamlose Geschichtsfälscher sind unterdes mit erprobter Dreistigkeit am Werke, aus dem traurigen Helden der „Friedensresolution" einen Märtyrer zu machen, der (man lache nicht) seines „katholischen Glaubens" wegen verfolgt und ermordet worden sei. Es ist hohe Zeit — trotz des Staatsgerichtshofes in Leipzig — das Charakterbild des Unterhändlers im Wald von Compiègne und Vorbereiters der Unterwerfung zu Locarno wiedererstehen zu lassen. „Das Volk soll seine Retter kennen."

Wie erinnerlich, hatte Staatsminister a. D. Dr. Helfferich gegen den damals (1920) das Amt eines Reichsfinanzministers bekleidenden Matthias Erzberger in der

„Kreuzzeitung" mehrere Aufsätze erscheinen lassen, in denen er ihm Vermengung von politischen und geschäftlichen Interessen, Korruption, Unanständigkeit und ähnliche Dinge vorwarf, mit dem Zweck, seitens der Reichsregierung eine Untersuchung gegen den derart unverblümt angegriffenen Erzberger zu veranlassen, bzw. eine Privatklage seinerseits hervorzurufen. Aber Erzberger rührte sich nicht. . . . Bis die Angriffe von einer Deutlichkeit wurden, die selbst über die Hutschnur der zartfühlenden Novemberrepublikaner ging, und Helfferich von Staats wegen wegen „Beleidigung" verklagt wurde. Matthias Erzberger trat hierbei als Nebenkläger und Zeuge auf! Seine Rechtsvertreter gaben sich alle Mühe, die Verhandlungen auf der engsten Basis der angegebenen Beleidigung zu führen. Helfferich trat aber den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen im vollsten Umfange an und Erzbergers Vergangenheit zeigte sich als eine einzige Kette von geschäftlich-politischen Machenschaften, von Beteiligungen an Sprengstofferfindungen, Tiefbaugesellschaften, Zuckerinteressenten, Viehhändlerinteressen, Lederverbesserungsgesellschaften und Hapag - Aktienspekulationen, in Verbindung gebracht durch seinen politischen Einfluß als Abgeordneter, daß „einem Vertreter der jungen deutschen Demokratie" wahrhaft das Herz im Leibe lachen mußte.

Da ist zuerst Erzbergers Verhältnis zur Firma Thyssen. Erzberger war „Aufsichtsrat" in drei Unternehmungen dieses Großindustriellen und bezog ein Ministergehalt von 40 000 Mark. Helfferich nahm an, daß Erzberger — der von den technischen Fragen der Firma Thyssen nichts verstehe — eben nur seiner Eigenschaft als Abgeordneter wegen von Thyssen angestellt worden war und daß dies naturgemäß (für die 40 000 Mark!) auch eine Gegenleistung, wenn nicht bedinge, so doch zum mindesten stillschweigend voraussetze. Nun sehen wir die Firma Thyssen interessiert, das Becken Briey-Longwy zur Ausbeutung überlassen zu erhalten als Entschädigung für ihre von den Franzosen in der Normandie beschlagnahmten Gruben. Der mit 40 000 Mark besoldete Aufsichtsrat ist nun um diese Zeit der wütendste aller Annexionisten, er verschickt im September 1914 sein dahingehendes Programm an Tirpitz, Moltke, Falkenhayn. Er fordert sogar die Annexion der — Normandie (wo die

Thyssenschen Gruben sich befanden). Staatssekretär Richter erklärt, Erzberger hätte ihn so bedrängt in betreff der Ueberlassung der Brieygruben an Thyssen, daß er sich gar nicht zu retten wußte. Erzberger betont, er habe sich später „aus eigener Initiative" von Thyssen getrennt. Helfferich weist ihm aber mit Hilfe Thyssenscher Zeugen (Herr Rabes) nach, daß Erzberger nach seiner „Friedensresolution" von Herrn Thyssen einen Brief derartigen Inhalts erhalten habe, daß er an dessen Stelle sofort seine Konsequenzen gezogen hätte. Herr Erzberger aber ließ viele Wochen verstreichen, ehe er „aus eigener Initiative" sich Mitte 1917 zurückzog. Das Gehalt bezog er bis zum Januar 1918 weiter. . . .

Der später um das darbende Volk so besorgte Herr Erzberger zog, als er nicht mehr bei der Schwerindustrie interessiert war, gegen die Regierung zu Felde mit dem Kampfgeschrei, sie besteuere deren Ausfuhr zu wenig; früher saß er mäuschenstill, als darüber gesprochen wurde. . . . Zwischen Helfferich und Erzberger entspinnt sich anläßlich dieser Frage ein charakteristisches Gespräch. Helfferich: „Mir ist sehr wohl bekannt, daß es dem Abg. Erzberger nicht eingefallen ist, solche Vorwürfe gegen die Regierung und die Industrie zu erheben, solange er Aufsichtsrat war und am Tisch der Schwerindustrie saß. Ich frage Herrn Erzberger unter seinem Eide: Hätten Sie diese Vorwürfe bezüglich der Riesengewinne der Industrie auch erhoben, wenn Sie im Jahre 1918 noch dem Thyssen-Konzern angehört hätten?" — Erzberger: „Ich erinnere mich nicht mehr der Vorgänge in allen Einzelheiten. Ich kann aber jedenfalls nur sagen, daß ich keinesfalls der Einzige war, der diese Vorwürfe erhob. Es ist damals häufig im Hauptausschuß von den Riesengewinnen der Industrie gesprochen worden." — Helfferich: „Auch von Herrn Erzberger?" — Erzberger: „Das weiß ich nicht mehr!" (Lebhafte Aha-Rufe im Zuhörerraum.)

Der Mann, dessen Freunde gerade sein ungeheures Gedächtnis später zu loben pflegten: es verließ ihn diese wunderbare Gottesgabe fast immer in Augenblicken hochnotpeinlicher Fragen. . . .

Nach einer Wiederholung derselben Frage schweigt der Zeuge Erzberger. . . . Auf eine Frage Helfferichs,

ob der spätere Vorstoß Erzbergers zugunsten der Ausfuhrzölle nicht als ein Racheakt an Thyssen zu betrachten wäre, sagt der Zeuge Rabes: „Für so schlecht habe ich ihn nicht gehalten.“ . . . Auf eine Frage erklärt der Ministerialrat Müller als Zeuge, er habe den Vorstoß nicht verstanden, und zwar deshalb nicht, weil es ihm unerklärlich war, wie ein Mitglied des Reichstages, welches erst den Gesetzentwurf als nicht annehmbar bezeichnet hatte, plötzlich die Regierung in derselben Sache angreifen konnte. . . . . „Ich verstand es nicht, daß der Abg. Erzberger, welcher früher die Industrie nicht belasten wollte, jetzt plötzlich mit aller Schärfe für eine Belastung eintrat und der Regierung Vorwürfe machte, daß sie diese Belastung nicht schon längst vorgenommen hatte.“

Erzberger hatte behauptet, der Verlust der Marneschlacht hätte ihn von seinem annexionistischen Programm abgebracht. Der Zeuge Ministerialdirektor Neuhaus weist nach, daß eine Eingabe der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, bei der Erzberger Aufsichtsrat war, noch am 8. September 1915 die Einverleibung Belgiens und die Annexion des Briey-Beckens forderte, also ein ganzes Jahr nach der Schlacht an der Marne! Der Zeuge betont, auch bei der Aufteilung der Haldenerze habe Erzberger jedenfalls im Sonderinteresse Thyssens gehandelt.

Vorsitzender: „Würden Sie eine solche Tätigkeit eines Abgeordneten für zulässig halten?“ Zeuge Neuhaus (mit erhobener Stimme): „Unter keinen Umständen!“

1915 machte Erzberger einen Besuch beim Geh. Rat Semper, der seinerzeit der Schutzverwaltung in Metz angehörte, und intervenierte zugunsten der Firma Thyssen in der Briey-Longwy-Angelegenheit. Herr Semper bekundet als Zeuge, Erzberger habe erklärt, er käme als Abgeordneter, nicht als Thyssenscher Aufsichtsrat. Zeuge Geh. Rat Bocke betont, Erzberger habe auch zugunsten der Ueberlassung der de Wendelschen Gruben an Thyssen unterhandelt und stellt auf Befragen fest, seine Haltung nach seinem Ausscheiden bei Thyssen sei „eine total veränderte“ gewesen.

Ein besonderes Interesse in der Thyssen-Erzberger-Affäre brachte die Frage der Ausfuhrerlaubnis für Schutzschilde, welche die Firma billig nach Holland schaffen wollte. Oberst Kißler als Chef der Ausfuhrabteilung

bekundet als Zeuge, daß Erzberger auch hier eingegriffen habe, was er als störend empfunden hätte. Vorsitzender: „In welcher Eigenschaft ist Herr Erzberger in dieser Angelegenheit zu Ihnen gekommen, als Abgeordneter oder als Mitglied des Thyssenkonzerns?" Zeuge: „Als Mitglied des Reichstages!" — Helfferich: „Hätte also die Intervention des Herrn Erzberger nicht die Reichskasse um einige hunderttausend Mark ärmer gemacht?" — Zeuge: „Wenn sie gelungen wäre, ja!" — Dr. v. Gordon (Erzbergers Verteidiger): „Aber Herr Erzberger ließ sich doch überzeugen?" — Zeuge: „Er hat wohl gesehen, daß es aussichtslos war. . . ."

Unter Eid hatte Matthias Erzberger ausgesagt, er habe mit Thyssen vor 1914 (seiner Aufsichtsraternennung) keine geschäftlichen Beziehungen unterhalten. Der ehemalige Generaldirektor Thyssens, Jacob, stellte jedoch fest, daß Thyssen bereits im Januar 1914 Erzberger 15 000 Mark für Versuche eines neuen Sprengstoffverfahrens (Kowastsch G. m. b. H.) ausgehändigt habe! Dr. Alsberg (Helfferichs Vertreter) verliest das Stenogramm und stellt fest, er habe Erzberger ausdrücklich gefragt, ob Thyssen Gelder in dieses Unternehmen (an dem Erzberger beteiligt war) hineingesteckt habe. Darauf habe Erzberger erklärt: Nein, er hätte kein Geld hineingesteckt. — Das schwache Gedächtnis war wieder in Tätigkeit gewesen. . . .

Der Fall „Pnigodin". Matthias Erzberger hatte noch andere „humanitäre" Pflichten. Z. B. hatte er schon „vor zehn Jahren" den guten Erfolg eines Mittels gegen Keuchhusten festgestellt und hielt es für die „Pflicht eines Abgeordneten", auf ein Ersuchen des Leiters dieses Unternehmens für eine staatliche Genehmigung der Zucker- und Malzbeschaffung einzutreten. Diese „Pnigodin"-Gesellschaft wurde später mit der „Sächsischen Serum-Gesellschaft" (S.S.G.) verschmolzen, und auch hier hielt es Matthias Erzberger als im Interesse der Volkshygiene liegend, dem Staate am 11. Mai 1914 nahezulegen, sich doch durch eine geldliche Unterstützung dieses Unternehmens anzunehmen. Das war sicher gut und christlich, die Angelegenheit erhielt aber gleichfalls einen merkwürdigen Beigeschmack durch die Tatsache, daß Matthias Erzberger auch hier — geschäftlich interessiert war. Erzberger mußte zugeben, daß die Anteile „einen gewissen

Zukunftswert, einen Spekulationswert" hatten, trotzdem fand er es aber nicht für nötig, sie 1917 in seine Steuererklärung einzubeziehen, mit der Begründung, daß sie wertlos seien. 1918 hat er sie aber über pari verkauft. Dies hat Helfferich den Gedanken nahegelegt, daß hier eine Gefälligkeit der S.S.G. vorliegen könnte, um sich für Erzbergers Verwendung zu bedanken. . . .

Der Fall Berger. Zwischen verschiedenen Tiefbaugesellschaften und dem Kanalamt war es im Laufe des Krieges zu einer Reihe von Prozessen gekommen. In diese Prozesse war u. a. auch Herr Julius Berger (Jude), Besitzer eines Tiefbauunternehmens, verwickelt. Erzberger fungierte als Schiedsrichter zwischen ihm und der Behörde. Am 24. Mai 1917 hatte Erzberger in dieser Eigenschaft einen Zwist entschieden, bereits am 14. Juni 1917 ließ er sich aber in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft wählen. Helfferich hatte ihm schon damals Vorstellungen über diesen Schritt gemacht, über den man im Kanalamt den Kopf schüttelte. Erzberger hätte darauf „mit hochrotem Kopf" das Zimmer verlassen. Jetzt stellte Helfferich unter Beweis, daß der Eintritt Erzbergers in den Bergerschen Aufsichtsrat bereits im Frühjahr 1916 (!) für den Fall einer Vakanz in Aussicht genommen worden war. Trotzdem hat Erzberger noch in drei Fällen den Schiedsrichter gespielt, was dank den für „seine" Firma günstigen Urteilen, dem Reich über eine Million gekostet habe. Die Firma Berger war während des Krieges von General Groener wegen nachgewiesener Unzuverlässigkeit von Aufträgen ausgeschlossen worden (dieser Beschluß wurde durch unbekannte Ursachen vom Kriegsministerium, das mit der Sache an sich nichts zu tun hatte, wieder aufgehoben); trotzdem fand es Matthias Erzberger später für gut, den Chef eines Unternehmens, an dem er selbst geschäftlich interessiert war, zum Mitglied der Versailler Wiederaufbaukommission zu ernennen, d. h. in eine Stellung, aus der Herrn Berger erhebliche Vorteile erwachsen konnten.

Dr. Alsberg weist Erzberger den Unterschied zwischen seinen Aussagen als Zeuge und im Vorverfahren nach, in dem er nicht bestritten hatte, schon 1916 das genannte Bergersche Angebot angenommen zu haben. Erzberger erklärt, er erinnere sich nicht mehr genau der Zusammen-

hänge, er gebe aber zu, daß auch (!) die von ihm früher gegebene Darstellung richtig sein könne. . . .

Der Zeuge Dr. G. Kautz, von 1907 bis 1915 an der Spitze des Kaiserlichen Kanalamtes, erklärt: „Die Firma Berger Tiefbau A.-G. gehörte zu den wenigen Firmen, die nach Ansicht der Kanalverwaltung ihren Aufgaben in keiner Weise gewachsen waren . . ."

Der Zeuge Erzberger und der Zeuge Julius Berger ließen durch ihre Aussagen vermuten, daß ihre Beziehungen nur ganz lockere gewesen seien. Helfferich stellt unter Beweis, daß sie sehr intim und rege gewesen waren und Berger alle wichtigen Angelegenheiten mit Erzberger besprochen hätte. Auf seinen Eid befragt, ob er schon am 28. April 1917 in der Aufsichtsratssitzung Herrn Erzberger als Aufsichtsrat vorgeschlagen habe, gibt Berger zunächst eine ausweichende Antwort, aber da Helfferich nicht locker läßt, sieht er sich gezwungen zuzugeben, daß im April 1917 ein Beschluß, Erzberger der Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen, nur deshalb nicht gefaßt und protokollarisch festgelegt worden war, *weil damals die Schiedssprüche, an denen Erzberger beteiligt war, noch nicht erledigt waren*, wobei aber materielle Uebereinstimmung darin bestand, daß nach Fällung des noch ausstehenden Schiedsspruches Erzbergers die Zuwahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen sei. Was auch ein paar Wochen nach Erzbergers neuestem Spruch geschah.

Als Zeuge bestritt Julius Berger, daß die Schiedssprüche für seine Gesellschaft günstig, für den Staat ungünstig gewesen seien. Der Zeuge Regierungsbaumeister Dr. Hatzki, von 1914 bis 1917 Geschäftsführer bei Berger, sagt aus, man habe schon 1916 von Erzberger als künftigem Aufsichtsrat gesprochen; man begrüßte Erzberger als Schiedsrichter wegen seiner Stellung als Abgeordneter; die Herren vom Kanalamt hatten eine gewisse Angst vor Erzberger. „*Die Schiedssprüche, die unter Mitwirkung Erzbergers zustande kamen, waren günstiger als die früher gefällten; sie unterscheiden sich wie Tag und Nacht.*"

Der Zeuge Morgenstern, von 1914 bis 1917 Vorstand bei Berger, erklärt, sein Kollege Hafter habe ihm gesagt, Erzberger habe sich in der Budget-Kommission des Reichs-

tags für die hier behandelten Streitigkeiten interessiert und könne wohl zugunsten der Unternehmerfirma wirken. Der Zeuge bekundet ferner, daß Berger Erzberger wöchentlich zwei- bis dreimal aufgesucht habe und daß nach diesen Besuchen schon fertiggestellte Schriftstücke verändert worden wären ...

Helfferich: „Gehörte der Abg. Erzberger schon vor seinem Eintritt in den Aufsichtsrat gewissermaßen zur Familie, oder sagen wir: zum Geschäft?" — Zeuge: „Vom Jahre 1916 kann ich mit Bestimmtheit sagen: ja!" — Helfferich: „Halten Sie es für möglich, daß Herr Erzberger nichts von der Ausscheidung der Firma Berger durch die Heeresverwaltung gewußt hat?" Zeuge: „Nein!"

Staatsminister a. D. Spahn erklärt, er habe es für bedenklich gehalten, wenn ein Mitglied der Budgetkommission, das zu Gunsten der Forderungen von Baufirmen eingetreten sei, ein solches Schiedsrichteramt übernehme. Der Abg. Groeber habe es übernommen, Erzberger von dieser Anschauung zu unterrichten. Nach den jetzigen Verhandlungen sei ihm die Sache noch bedenklicher. Auch mit Rücksicht auf die Würde des Parlaments halte er so etwas nicht für angängig.

Ferner wurde festgestellt, daß Matthias Erzberger Anfang 1918 sich für die Verleihung des Eisernen Kreuzes für den wackeren Julius Berger eingesetzt hatte. Helfferich fragt den General v. Oldershausen als Zeugen: „Sind dem Zeugen andere Fälle bekannt, daß das Kriegsministerium bei ihm für die Beantragung des Eisernen Kreuzes von Unternehmern intervenierte?" Zeuge: „Nicht ein einziger! Der Fall Erzberger-Berger war der einzige." (Lachen im Zuhörerraum.) Dr. Alsberg: „Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob die Bemühungen des Kriegsministeriums auf Einflüsse des Herrn Erzberger zurückzuführen waren?" — Zeuge: „Das weiß ich nicht, aber ich hatte das Gefühl, daß Erzberger dahinter stand."

Die Seite Erzberger hüllt sich hier in ein beredtes Schweigen ...

Ministerialdirektor von Jonquières schildert den Fall Sander und Küster in der Budgetkommission und findet es fatal, daß ein Abgeordneter, der als Schiedsrichter tätig war, in der Budgetkommission mit einer bestimmten Meinung hervortrat. Ein solcher dürfe

nicht im Reichstag für oder wider eine Angelegenheit Stellung nehmen. Erzberger aber habe getan, als ob er überhaupt nicht Schiedsrichter sei.

Hier macht Erzbergers Verteidiger, Dr. v. Gordon, einen Vorstoß und fragt, ob der Zeuge auch diese Meinung beibehalte, wenn er erfahren sollte, daß Erzberger erst 1½ Jahre später in der Bergerschen Angelegenheit als Schiedsrichter fungiert hätte . . . Vorsitzender: „Herr Nebenkläger, waren Sie schon damals Schiedsrichter?" Erzberger (in Gedächtnisschwäche): „Nach meiner bestimmten Erinnerung bin ich gegen das Kanalamt nur im Falle Berger als solcher tätig gewesen."

Der Zeuge Jonquières jedoch bekundet, daß Erzberger noch in vier anderen Fällen als Schiedsrichter fungiert habe. Diese Fälle reichen bis ins Jahr 1913 zurück.

In einer weiteren Sitzung verliest Dr. Alsberg den Geschäftsbericht der Firma Berger, in welchem die Schiedssprüche als zu gunsten des Unternehmens gefällt bezeichnet werden.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger, Aufsichtsrat und Schiedsrichter, aber kämpft für die „junge deutsche Demokratie . . ."

Der Fall Kowastsch. In diesem Falle betätigte sich Erzbergers christliche Nächstenliebe in der Unterstützung einer Erfindung, welche aus flüssiger Luft ein Sprengstoffmittel herstellte. Helfferich stellt unter Beweis, daß Erzberger im Herbst 1914 ein geldliches Interesse an der Sache genommen hätte und, entgegen seiner eidlichen Aussage, schon damals, mindestens ein halbes Jahr vor seinem Eintritt bei Thyssen, mit diesem in geschäftlicher Beziehung in dieser Angelegenheit gestanden habe. Er habe sich beim Vorsitzenden der Prüfungskommission für Sprengmittel, Geh. Rat Will, unter Hervorhebung seiner Eigenschaft als Abgeordneter und unter Verschweigung seiner finanziellen Interessiertheit für das unfertige Kowastschverfahren eingesetzt. Er habe auch am 9. Februar 1915 an den Referenten im Handelsministerium einen Brief geschrieben, in dem er das bisher übliche Marsit-Verfahren bekämpfte, da bei ihm angeblich „unnötigerweise Men-

schenleben in Gefahr" gerieten. Unterschrieben M. Erzberger, Mitglied des Reichstages. Seine geschäftliche Beteiligung an dem Verfahren, zu dessen Gunsten er das bisherige ausgeschlossen sehen wollte, hatte Erzberger auch hier verschwiegen. Von den beiden von ihm eingesandten Gutachten stammte das eine von Kowastsch, Erzbergers Sozius, das andere von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser", an der er ebenfalls beteiligt war! Darauf trat Erzberger an die Bergbau-Interessenten heran und verlangte für die Ueberlassung des später als unbrauchbar erwiesenen Verfahrens 5 Millionen Mark! Dieses Angebot wurde als Ausnützung der durch die Stickstoffknappheit geschaffenen Notlage empfunden. Die Interessenten des Marsit-Verfahrens hatten nun den Eindruck gewonnen, daß die Erzbergersche Gegenwirkung nur zu überwinden sei, wenn sie Erzberger an ihrem Verfahren interessierten. Es kam zu einer Fusion und Erzberger hatte sich nun mit demselben Eifer für das von ihm als lebensgefährlich erklärte Marsit-Verfahren eingesetzt, wie früher für die als unbrauchbar erwiesene Kowastsch-Erfindung.

Im Prozeß konnten diese ungeheuerlichen Vorwürfe nicht widerlegt werden!

Dr. Alsberg: „Sie sagen, Sie hätten im Allgemeininteresse gehandelt. Wieviel haben Sie in die Gesellschaft eingesteckt?" Erzberger: „2200 Mark, außerdem habe ich eine Bürgschaft übernommen." — Dr. A.: „Sind Sie für diese Bürgschaft in Anspruch genommen worden?" — E.: „Nein." — Dr. A.: „Dann haben Sie doch ein erkleckliches Geschäft bei der Sache gemacht, da 30 000 Mark herausgezahlt sind." — E.: „Ich habe auch viel Arbeit für die Sache aufgewendet."

Generaldirektor Berkemeyer bekundet, daß er als Generaldirektor der Marsit-Gesellschaft mit dem Widerstand der Behörden zu kämpfen hatte, und zwar deshalb, weil Herr Erzberger im Handelsministerium vor ihm gewarnt habe. — Ueber die Verhandlungen des Vereins Kaliindustrieller befragt, erklärt derselbe Zeuge: „Der Verein zahlte 50 000 M. für meine Option für das Kowastsch'sche Verfahren, ohne jedoch die Option jemals auszuüben. Ich

war der Ansicht, daß die 50000 Mark dem Verein das Wohlwollen des Herrn Erzberger eintragen sollte." ... Tableau!

Der Fall „Anhydat-Leder". Auch an der Lederbranche hat der Vertreter der jungen deutschen Demokratie ein verständliches Interesse gehabt und erwies sich überaus zugänglich, als Kommerzienrat Rechberg ihn mit einer Erfindung anging, die angeblich das Leder haltbarer mache, dem sogenannten „Anhydatleder". Trotzdem Erzberger parlamentarisches Mitglied des Aufsichtsrats der Kriegsleder-A.-G. war, ließ er sich bewegen, in geschäftliche Beziehungen zum Unternehmen des Herrn Rechberg zu treten und in eine Beteiligung von der Höhe einer sechsstelligen Zahl einzugehen. Diese Beteiligung habe Herr Erzberger auch nach seiner Ernennung zum Staatssekretär und Reichsminister beibehalten. Helfferich erwähnt bei diesen Anschuldigungen die Tatsache, daß in einer Versammlung der Zittauer Schuhmachermeister der Innungsmeister Austen Erzberger verantwortlich machte für die Ausfuhrgenehmigung gewaltiger Mengen Sohlleder nach Belgien und England, im August 1919 allein 200 000 Zentner, desgleichen für Preistreiberei auf dem Markt für Häute und Leder. Der von Erzberger Verklagte wurde freigesprochen. Herr Erzberger ist — laut Helfferich — parlamentarischer Vertrauensmann in dem Aufsichtsrat der Kriegswoll-A.-G. gewesen, in dem Herr Rechberg als größter Interessent den Vorsitz führte. Als zweites parlamentarisches Glied saß hier der (demokratische) Freiherr v. Richthofen, der ebenfalls geschäftlich interessiert war. ... Dies alles sei parlamentarische Korruption. Helfferich erklärt: „Unter dem neuen Regime ist in Deutschland etwas möglich, was in keinem anderen Kulturlande denkbar wäre: daß ein Mann, gegen den das alles vorliegt, was Herr Erzberger in diesem Prozeß gegen sich selbst hat zugeben müssen, noch als amtierender Minister im Gerichtssaal erscheinen kann."

Matthias Erzberger erklärt dagegen, daß es in keinem Lande der Welt möglich sei, daß ein Vizekanzler in seiner Art der Angriffe so tief sinken könne, wie Helfferich. Im übrigen muß er seine geschäftliche Interessiertheit (112 Aktien) am Anhydat-Leder zugeben.

Helfferich: „Ist es richtig, daß der Reichstag Gewicht darauf legte, durch unparteiische Abgeordnete in den Kriegswirtschaften vertreten zu sein?" — Erzberger: „Das weiß ich nicht." — Vorsitzender: „Was sollten dann die Parlamentarier in den Aufsichtsräten?" — Erzberger: „Sie sollten kontrollieren, es war aber mehr eine dekorative Stellung . . ."

Helfferich: „Glauben Sie, daß man in der Budgetkommission gewußt hat, daß Sie bei Anhydat beteiligt waren?" — E.: „Das weiß ich nicht. Meine näheren Bekannten wußten es zweifellos."

H.: „Hat Herr Erzberger dem Oberstleutnant Kohl Mitteilung gemacht, daß er an dem Anhydat-Unternehmen beteiligt sei?" — Erzberger: „Darüber kann ja der Zeuge Mauritius befragt werden." — H.: „Ich kann sagen, daß Herr Oberstlt. Kohl sehr erstaunt war, als er von mir hörte, daß Herr Erzberger Besitzer von Aktien des Unternehmens war . . . Wieviel hat Herr Erzberger an seinem Besitz von Anhydat-Aktien verdient?" — Erzberger: „Das weiß ich nicht. Fragen Sie doch den Zeugen Rechberg danach." — Vorsitz.: „Jetzt gehen die Geschäfte gut?" — Erzb.: „Ja . . ."

General v. Oven bekundet als Zeuge, er habe das Anhydat-Verfahren als gut befunden und es aus voller Ueberzeugung unterstützt. Dr. Alsberg: „Exzellenz gingen aber davon aus, daß Erzberger kein persönliches Interesse daran hatte?" — Zeuge: „Gewiß. Das Gegenteil wäre mir sehr aufgefallen." — Dr. Helfferich: „Haben Sie die Anhydaterfindung für eine kriegswichtige gehalten?" — Zeuge: „Ja, durchaus." — Dr. H.: „Was würden Sie dazu gesagt haben, wenn Sie erfahren hätten, das sie während des Krieges an das neutrale Ausland verkauft worden ist?" — Zeuge: „Ich würde das nicht verstehen und jedenfalls aufs schärfste mißbilligen."

Dr. Helfferich überreicht einen Originalbrief der norwegischen „Elektromechanischen Industrie-Gesellschaft", aus dem hervorgeht, daß Erzberger während des Krieges das Verfahren an das Ausland verkauft hat.

Erzberger sagt zu seiner Verteidigung, das Generalkommando Kassel hätte seine Genehmigung dazu erteilt. General v. Oven: „Ich würde, wenn ich befragt worden wäre, mich dagegen ausgesprochen haben."

Der Fall Angele. Ein kleiner Fall der Quantität nach, aber schwer in Bezug auf „Qualität". Der Malzfabrikant Angele, Bekannter des Matthias Erzberger, war als Unterkommissionär bei einer Reichsgerstenstelle angestellt. Er hatte unbefugterweise 2800 Zentner Gerste aufgestapelt, wieder verkauft und wurde wegen groben Vertrauensbruches entfernt. Für diesen Herrn setzte Matthias Erzberger 1916 alle Hebel in Bewegung und erlangte, daß er wieder in eine amtliche Stellung eingesetzt wurde. Angele hat sich für Erzbergers Bemühung dankbar erwiesen und der Frau Erzberger wirklich Schleichhandelswaren zu so billigen Preisen geschickt, daß der Vorsitzende erklärte, man könne diese Preise nur mit Kummer hören.

Trotzdem die Reichsgerstenstelle geantwortet hatte, es sei ihr unverständlich, wie der Abgeordnete Erzberger ihre ablehnende Stellung Herrn Angele gegenüber nicht würdigen wolle, trotz des Hinweises darauf, daß nach bestehenden Vorschriften Malzfabrikanten, Brauer und sonstige Gerstenerwerber nicht als Kommissionäre angestellt werden dürften, bestand Erzberger auf der Wiederanstellung des Angele und fügte zweimal hinzu, daß er im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen im Reichstag gegen die Reichsgerstenstelle vorgehen werde!!

Erzberger entschuldigt alles mit den „Pflichten seinem Wahlkreise gegenüber". Auch habe er von den Veruntreuungen des Angele nichts gewußt . . .

Der Fall Wolff-Strauß. Eine lange Verhandlung beansprucht die Behandlung des Falles Wolff. Es handelt sich — laut Helfferich — um die Kölner Eisenhandelsfirma, welche durch ihr Ausfuhrgeschäft märchenhafte Gewinne erzielt habe. Ein großer Teil dieser Gewinne komme auf die Zeit nach dem Waffenstillstand, sie konnten durch die Kriegsgewinnsteuer nicht mehr erfaßt werden, d. h. in der Zeit, da Erzberger Vorsitzender der Waffenstillstandskommission war. Inhaber der Firma sind Otto Wolff in Köln und Otmar Strauß in Berlin, dieser sei zudem noch Geh. Regierungsrat im Preußischen Staatsministerium. Die Firma Wolff-Strauß verdanke ihre Gewinne der Doppelstellung Otmar Strauß', der durch Vermittlung Erzbergers zu diesem Posten gekommen sei. Während andere Firmen Schwierigkeiten in-

betreff Ausfuhrbewilligung, Beschaffung von Waggons usw. hätten, erledige sich das für Herrn Wolff alles spielend. Diesen Zustand dulde der Reichsfinanzminister nicht nur, er habe ihn geschaffen! Die Firma Wolff richte sich auch gar nicht danach ein, ihre Millionengewinne zur Ablieferung an das Reich bereitzuhalten. Es gäbe eine Verfügung, wonach dem Steuerpflichtigen bei besonderer Härte auf 10—20 Jahre durch das oberste Finanzgericht im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister gestundet werden könne. Die Firma Wolff disponiere bei ihren großen Transaktionen so, als hätte sie eine Stundung des Reichsfinanzministers in der Tasche. Helfferich beleuchtet des näheren den zersetzenden Einfluß auf die Moral der Beamtenschaft, die das Verhältnis des Herrn Erzberger mit den Inhabern der Firma Wolff hervorrufe. Auch die eigenartige Gastlichkeit der Herren Erzberger gegenüber sei mehr als skandalös.

Erzberger sagt hierzu unter Eid aus, er habe der Firma Wolff keine Vergünstigungen gewährt. Mit Wolff habe er wiederholt gefrühstückt, aber nicht so, daß man Nebengedanken dabei haben könnte. Auf eine Anfrage gibt Erzberger zu, daß er sich für die Durchführung seiner Aufgabe als Reichsfinanzminister auch des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung, damit des Herrn Strauß, bedient habe. Dr. Alsberg: „Dann bestanden also doch auch amtliche Beziehungen zwischen Ihnen und Geheimrat Strauß?" — Helfferich: „Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung hatte sich mit der Kapitalflucht zu befassen. Durfte da ein Herr zugezogen werden, dessen Firma so im Außenhandel steht?" — Erzberger: „Bei der legalen Ausfuhr kann eine Kapitalflucht nicht stattfinden."

Wie wird Herr Wolff gelacht haben, als er diese Worte seines guten Bekannten Erzberger gelesen hatte!

Des weiteren muß Erzberger zugeben, über politische Dinge „privatim" mit Strauß gesprochen zu haben. Erzberger hat auch Herrn Otto Wolff zum Sachverständigen für die Waffenstillstandsverhandlungen ernannt. Der Jude Strauß bekundet als Zeuge, er habe seine Stellung nicht Herrn Erzberger zu verdanken. Vors.: „Persönliche Beziehungen zu Herrn Erzberger hatten Sie nicht?" — Zeuge: „Nein." — Vors.: „Herr Erzberger soll doch aber

oft bei Ihnen gegessen haben?“ — Zeuge: „Nicht häufig, höchstens 10—12mal.“

Das nennt also Herr Strauß keinen persönlichen Verkehr! Hinzu kommt, daß Erzberger noch mit ihm bei Hiller gespeist hatte, wo auch die sogen. „Tafelrunde“ unter dem Vorsitz des jüdischen Konsuls Marx thronte. Helfferich erklärte, es sei bei diesem häufigen Verkehr ausgeschlossen, daß nicht auch über die Ernennung des Herrn Strauß gesprochen worden sei. Erzberger und Strauß aber sagten unter Eid aus, daß ihr Verkehr mit der Ernennung nichts zu tun gehabt hätte. Aehnliches „bekundete“ Herr Wolff.

In dieser Weise wurde noch eine Reihe anderer hochnotpeinlicher Fälle geklärt, und das Gericht sah sich genötigt, fast sämtliche Wahrheitsbeweise Helfferichs als geglückt zu kennzeichnen. Den Vorwurf der unsauberen politischen Tätigkeit in Verbindung mit persönlichen Geldinteressen sah das Gericht in den Fällen Berger Tiefbau-A.-G., Anhydat-Leder, sowie im Falle der Spekulation mit Aktien der Hamburg-Amerika-Linie als berechtigt an! Auch von dem Vorwurf der politisch-parlamentarischen Korruption war das Gericht, als zu Recht erhoben, überzeugt worden, und was die Herrn Erzberger zur Last gelegten Unglaubhaftigkeiten betraf, so gab es hier gleich eine ganze Anzahl von Fällen, in denen festgestellt wurde, daß Erzberger ganz bewußt gelogen hatte! Zunächst wurde nachgewiesen, daß im Falle Poeplau Erzbergers uneidliche Aussage vom 16. Februar 1907 bewußt unwahr gewesen war, was er jetzt unter Eid zugestehen mußte. Betreffs seiner Steuerangelegenheit und im Falle der Friedensresolution vom Juli 1917 wurde ebenfalls die tiefe Unwahrhaftigkeit von Erzberger festgenagelt. Er hatte Bethmann Hollweg gegenüber in dieser ernsten deutschen Schicksalsfrage ein bewußt unehrliches Doppelspiel getrieben. Im Falle Thyssen wurde ebenfalls als nachgewiesen erklärt, daß Erzbergers eidliche Aussagen unwahre Erklärungen darstellten, wobei das Gericht noch milde annahm, daß hier kein Meineid, sondern nur eine leichtfertige Aussage vorliege. In der Angelegenheit der Schiedsrichtertätigkeit

für die Berger-A.-G. sagte das Gericht, es sei „davon überzeugt, daß Erzberger über diese bedeutungsvollen Vorgänge sicher noch Bescheid wußte und daß es sein Bestreben war, diese Umstände, die, wie er sah, vom Angeklagten Helfferich im ungünstigen Sinne verwertet würden, nach Möglichkeit verschwinden zu lassen".

Eine solche Fülle von niederschmetternden Feststellungen ist noch nie einem vornovemberlichen deutschen Minister nachgewiesen worden. Der Novemberdemokratie blieb es vorbehalten, einen in dieser Weise eindeutig gekennzeichneten Menschen als ihren Führer anzuerkennen.

Das Gericht sah sich ferner veranlaßt, auf Grund seiner Feststellungen noch ein Verfahren wegen Meineids einzuleiten. Diese Unternehmung wurde nach einiger Zeit niedergeschlagen, und Erzbergers Freunde gaben sich sehr stolz über diesen Erfolg ihres Herrn und Meisters. Sie verschwiegen aber, daß der Beweis eines wissentlichen Falscheides nicht leicht zu erbringen ist, und vor allen Dingen „vergaßen" sie das Wichtigste mitzuteilen: die Tatsache nämlich, daß Erzberger unter seinem Eid die Unwahrheit gesagt hatte, was nicht bestritten werden konnte.

3.

Nach diesem Prozeß ist Erzberger noch von verschiedenen Seiten der gewohnheitsmäßigen Unwahrhaftigkeit beschuldigt worden. So u. a. von Dr. Ernst Bülck. Erzberger hatte zwar gegen diesen Herrn eine Klage angestrengt, sie aber, als das Gericht im Gegensatz zu einem Antrage des Staatsanwalts die Durchführung des Wahrheitsbeweises zugestanden hatte, wieder zurückgezogen! Das schlechte Gewissen, oder richtiger gesagt, die Angst vor einer neuen Abrechnung war stärker als die sonstige Unverfrorenheit.

Nach diesem „Prozeß" versuchte Erzberger sein Glück an einer anderen Stelle. Der Oberstleutnant Düsterberg hatte gegen Erzberger den Vorwurf erhoben, er habe sich auf nicht einwandfreie Weise einen Bericht des Herrn Düsterberg zu verschaffen gewußt und von diesem Bericht unreellen Gebrauch gemacht. Ein solcher Vorwurf hätte in früheren Zeiten mit dem sofortigen Rücktritt des Ministers enden müssen. Aber Erzberger dachte nicht einmal daran zu klagen und wurde trotzdem weiter von

Demokraten und Marxisten in seinem Ministeramte unterstützt. Und erst als von allen Seiten dieselben Vorwürfe erhoben wurden, sah man sich gezwungen, gegen Düsterberg Beleidigungsklage einzureichen. Aber siehe da, das Verfahren gegen den deutschen Obersten mußte eingestellt werden, weil er der Staatsanwaltschaft einen lückenlosen Beweis für seine Behauptungen liefern konnte! Herr Erzberger, der nochmals Abgefertigte, blieb trotzdem im Amte . . .

Nach diesen fürchterlichen Niederlagen war es verständlich, daß selbst in der getreuen Zentrumsfraktion einiges Durcheinander entstand. Die Nachricht durchlief damals die Zeitungen, wonach Erzberger mit 47 gegen 11 Stimmen aus dem Reichszentrum ausgeschlossen worden sei. Diese Meldung wurde aber vom „Bayer. Kurier" am 3. Mai 1920 „dementiert". Danach hätte man Erzberger nicht ausgeschlossen, wohl aber den Wunsch ausgedrückt, er möge in Zukunft nicht mehr kandidieren. Dieser bescheidene Wunsch läßt sich leicht begreifen, denn die Zentrumsbrüder kannten Matthias Erzberger ganz genau und wußten, daß er skrupellos genug war, sein Wissen über die langjährigen Schiebungen der Partei für Recht und Freiheit der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Herrn Erzbergers Charakter war schon von Helfferich auch in dieser Richtung am 30. Juli 1919 in der „Kreuzzeitung" gekennzeichnet worden. Helfferich brachte damals folgenden Auszug aus der Rede des Reichsfinanzministers Erzberger: „Je schärfer der Angriff, desto schärfer die Abwehr. Darum werden Sie sich auch nicht beklagen dürfen, daß einzelne Menschen in Deutschland in unangenehme Situationen kommen. Sie könnten auf die Auslieferungsliste gesetzt werden. Wenn man jetzt mit Publikationen kommt, dann könnte Einzelnen das Mißgeschick passieren, auf die Liste gesetzt zu werden." Diese Rede war die Antwort Erzbergers auf die Angriffe Helfferichs. Und man sieht daraus, daß Erzberger bereit war, einen Menschen, der seine „Geschäfte" verderben wollte, den Franzosen zur Befriedigung ihrer Rache auszuliefern.

Abgesehen von den zahlreichen Vorwürfen, die Helfferich Erzberger gemacht und für die er den Wahrheitsbeweis er-

bracht hatte, sehen wir Herrn Erzberger auch sonst geschäftlich sehr in Anspruch genommen. So meldete z. B. die französische Zeitung „La Feuille" am 25. Juli 1919, Herr Erzberger habe bereits während des Krieges 1917 in enger Verbindung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux gestanden, um mit ihm eine internationale Bank in der Schweiz zu gründen. Daß Erzberger dies getan hatte, ohne ein Geschäft machen zu wollen, wird man wohl nicht annehmen können.

Aber noch viel schlagender, vielleicht noch vernichtender als Helfferichs Nachweise sind die Berichte eines frommen Zentrumsmannes und Landesverräters, des Abbé Wetterlé. Dieser Herr hat ein Buch geschrieben, betitelt „Les coulisses du Reichstag". In diesem Werk erzählt er, er habe Erzberger fast jeden Morgen um 8 Uhr beim Studium der Zeitungen im Reichstag gesprochen. Eines Tages fragte ihn nun Erzberger, ob er nicht Pariser Kapitalisten kenne, die ihm 3 Millionen zur Verfügung stellen könnten, um einen Kanalbau mit der Anlage eines großen Warenhafens im Norden Berlins anzulegen. Erzberger fügte hinzu: „Wenn das Geschäft glückt, gewinnen Sie 10 000 Mark!" Wetterlé lehnte erst ab, was Herrn Erzberger sehr erstaunte, willigte aber schließlich ein, um auf diese Weise die Erzbergersche Tüchtigkeit zu verfolgen. Er nannte Erzberger einen befreundeten Pariser Geschäftsmann. Dieser teilte Herrn Wetterlé später Erzbergers Briefe an ihn mit; das Ergebnis war: das Geschäft kam nicht zustande, weil der fromme Zentrumsabgeordnete Erzberger vor Unterzeichnung des Vertrages eine Vergütung von 150000 Mark von der Pariser Gesellschaft verlangt hatte! Abbé Wetterlé schließt: „Erzberger hat nicht das geringste Taktgefühl. Er sucht sich hervorzutun durch grobes, plumpes Berechnen. Sein fettes, ewig lächelndes Gesicht ist widerwärtig. Wie konnte der Reichskanzler diesem Menschen die gegenwärtig schwierigen diplomatischen Aufträge anvertrauen!"

Diese „Geschäftstüchtigkeit" hat Matthias Erzberger auch weiter nicht verlassen, und so konnte er zu einer Zeit, als das deutsche Volk um sein Dasein rang, seine Familie nebst Bedienung, insgesamt 7 Personen, im teuersten Hotel der Schweiz, im Suvrettahaus zu St. Moritz, mona-

telang wohnen lassen. Der tägliche Pensionspreis betrug 250 Franken! Das war der Reichsfinanzminister, der bei den antikapitalistischen Marxisten bis heute als Führer der Novemberdemokratie und als Märtyrer des großen Menschheitsgedankens gilt.

Trotz aller Versuche, Matthias Erzberger zu halten, mußten ihm selbst seine treuesten Freunde den Rat erteilen, etwas zu verschwinden. Das tat er denn auch, aber schon nach kurzer Zeit begann sich sein „Temperament" wieder zu rühren; man rechnete allen Ernstes wieder mit seinem erneuten politischen Auftreten, als ihn ein plötzlicher Tod in Griesbach ereilte. Und siehe da, der Mann, den selbst das Zentrum noch kürzlich hinauswerfen wollte, galt plötzlich als Märtyrer des — katholischen Glaubens. Der am 29. August 1921 herausgegebene Aufruf der Zentrumspartei über die Erschießung Erzbergers enthielt folgende Stellen: „War doch sein ganzes Leben und seine Jugendkraft dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige haben so restlos und hingebend im öffentlichen Leben gearbeitet (siehe Helfferich-Prozeß. D. Verf.), wie er. Erzberger stand im Vordergrund des politischen Kampfes, und wie ist dieser Kampf gegen ihn geführt worden! Nicht mit ehrlichen Waffen. Mit leidenschaftlichem Haß und mit Lüge und Verleumdungen wurde die öffentliche Meinung vergiftet, und das Ergebnis ist der gemeine Mord. Und die Folge für unser gesamtes Volk? Verwüstung der politischen Sitten, Verfall jeder Ordnung, aufreibender Bürgerkrieg." Diese Worte müssen hier ein für allemal festgenagelt werden; man vergleiche sie mit dem Urteil im Helfferich-Prozeß. Und dann heißt es weiter: „Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor jenen Erschütterungen, der trete ehrlich auf den Boden der Verfassung . . . Tretet zusammen in allen deutschen Gauen, um laut und feierlich Verwahrung einzulegen gegen den Kampf mit vergifteten Waffen, gegen verhängnisvolle Meinungsverhetzung, gegen jegliche Gewalttat. Für Wahrheit, Recht und Freiheit!" Die Vorstände der Deutschen Zentrumspartei und der Zentrumsfraktion des Reichstags: Herold, Dr. Porsch, Stegerwald, Hedwig Transfeld, Becker. So wurde aus einem gewohnheitsmäßigen Behaupter unwahrer Dinge und nachweislich korrupten Parlamentarier ein „christlicher Märtyrer" . . .

Aber noch mehr. Der spätere Reichskanzler Dr. Marx sprach auf dem Zentrumsparteitag 1922 über die Ziele der Zentrumspartei und erklärte („M. A. A." vom 17. Januar 1922), er wolle die Männer rühmen, bei deren Nennung in so vielen Herzen Gefühle von Hochachtung und wärmster Dankbarkeit wach würden. Und er nannte Windthorst, Groeber, Trimborn und — Matthias Erzberger! Als Matthias Erzberger beerdigt wurde, hielt ein Prälat an seinem Grabe eine Predigt, in der er allen Ernstes versicherte, man habe Erzberger deshalb verfolgt, weil er — ein großer Katholik gewesen sei. Diese Rede brachte der „Bayer. Kurier" ohne jeden Kommentar.

Aber noch viel mehr. Am 27. August 1922 fand eine Gedächtnisfeier für Erzberger statt, auf der alle frommen Zentrumsgenossen versammelt waren und der Kirchenchor den Choral: „Wie sie so sanft ruh'n" sang. Der Pfarrer Schweickart sagte in seiner Ansprache, „der Entschlafene sei es gewesen, der zuerst im Weltkrieg den Oelzweig des Friedens erhob. (Er vergaß bloß zu bemerken, daß Erzberger die größten Annektionswünsche besaß, als er mit Thyssen Geschäfte machte, und erst dann den „Oelzweig erhob", als er sich mit Thyssen verkracht hatte.) Aber ein Teil des deutschen Volkes habe den Mann des Friedens nicht gesegnet, sondern ihm geflucht und ihm den Dornenkranz des Hasses und der Verleumdung so lange auf das edle Haupt gedrückt, bis er einer geheimen Feme zum Opfer fallen mußte. Als Märtyrer starb er, aber auch zu unserer Auferstehung." Wir wollen nicht glauben, daß die frommen Anwesenden sich die Grundsätze gewohnheitsmäßiger Unwahrhaftigkeit als ihre Ueberzeugung zu eigen gemacht haben. Hier liegt bereits jenes Vergehen objektiver Geschichtsfälschung vor, das in den letzten Jahren zum System erhoben worden ist, um einen notorischen Volksschädling als Nationalhelden auszustaffieren. Man weiß wirklich nicht, was man sagen soll, wenn nach dieser Rede noch behauptet wurde, Matthias Erzberger sei der Mann gewesen, der am meisten am Wiederaufbau des Deutschen Reiches gearbeitet habe. Dies sagte nämlich auf der gleichen Feier Monsignore Vogt, während der Reichstagsabgeordnete Diez seine Gesinnungsübereinstimmung mit Matthias Erzberger durch die Behauptung bewies, nicht

das geringste von den Beschuldigungen, die gegen ihn ausgestreut wurden, sei übriggeblieben.

Aber **noch** mehr! Reichstagsabg. Andree verkündete, Matthias Erzberger sei der eigentliche Gründer der Reichswehr gewesen. („Volksfreund für Oberschwaben", 28. Aug. 1922.)

Auch die Arbeiterschaft des Zentrums wurde skrupellos in ähnlicher Weise bearbeitet. Fast zu gleicher Zeit wie die Kundgebung in Griesbach fand in Ravensburg (am 22. August 1922) eine Gedächtnisfeier sogenannter christlicher Arbeiterschaften für Matthias Erzberger statt, auf welcher Erzberger als Führer des Gedankens des — christlichen Solidarismus hingestellt wurde. („Volksfreund für Oberschwaben", 22. Aug. 1922), und zu gleicher Zeit schrieb die in Paderborn erscheinende katholische Monatsschrift „Das heilige Feuer", Erzbergers Lebensarbeit sei aus wirklich christlichen Grundgedanken geflossen und aus wahrhaft vaterländischem Empfinden. Er wollte unser Volk dem Materialismus (!!) entreißen. Nun sei er tot: „Aber leben soll unter uns sein ehrlicher (!) Wille, am Wohl des Volkes zu arbeiten, unermüdlich, uneigennützig (!). Es wird eine Zeit kommen, wo man diesem Manne ein Denkmal setzt. In den Herzen des Arbeitervolkes stehen heute schon unzählige Denkmäler dieses Mannes." (Januarheft 1922.)

Wie am Anfange bemerkt, hat sich tatsächlich schon eine Zentrumsabordnung darum bemüht, die Büste des zum christlichen Märtyrer erhobenen, vom Gericht als gewohnheitsmäßiger Lügner bezeichneten, als korrumpierten Parlamentarier und des unrichtigen Eides überführten Zentrumsabg. aufzustellen. — Anfang 1927 wurde in Griesbach eine Plakette von Erzberger enthüllt mit der Aufschrift, er sei — fürs Vaterland gestorben . . .

Die fromme Geschichtsfälschung ist also mit allen Kräften am Werk, das deutsche Volk irrezuführen und diejenigen, die es ins Verderben geführt haben, als seine großen Führer hinzustellen.



EMIL BARTH





Im Juli 1919 erschien eine, jetzt schon längst aus dem Verkehr gezogene Schrift, betitelt „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution". Verfasser war der „Volksbeauftragte" Emil Barth. Aus dieser Schrift erfuhr das deutsche Volk zum erstenmal etwas Näheres darüber, wie die ganze Geschichte im November 1918 gefingert worden war. Es erfuhr die Dinge aus dem Munde eines „Führers", war doch Genosse Barth mit diktatorischen Rechten ausgestattet gewesen; stand doch auch s e i n Name an erster Stelle, als das letzte revolutionäre Flugblatt vom 8. auf den 9. November verteilt wurde; bildete e r doch sofort nach dem Umsturz mit Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase und Dittmann zusammen das neue Kabinettstück der „Volksbeauftragten" . . .

Zunächst erklärt Genosse Barth, daß Revolutionen g e m a c h t werden; auch die deutsche sei gemacht worden und er, Barth, hätte in erster Linie teilgehabt an ihrem Gelingen. Er legt uns auch seine Rede vom 9. Februar 1918 vor, die er anläßlich der Uebernahme der Diktatur vor den revolutionären Obleuten gehalten hatte Diese traurige Rede atmet den echtesten Geist unserer heutigen glorreichen Zeit. Barth forderte nämlich die Führer auf, alle Brücken hinter sich abzubrechen, „jedwedes patriotische Gefühl nicht nur aus dem Herzen zu reißen, sondern es auch mit Haß zu verfolgen". Er drohte für Verrat mit dem Tode, forderte jedes Opfer und wurde zum Führer gewählt.

Am 2. November redete Genosse Barth wieder, versprach seiner Gefolgschaft die Sympathien der Ententevölker im Sturm zu erobern, so daß die Ententeregierungen aus Furcht vor ihren Völkern keine Repressalien gegen uns zu unternehmen wagen würden (S. 49). Er sagte: „Die Sympathien der Ententevölker sind für uns Brot, aber die freundschaftliche Haltung der Ententeregierungen ist für uns Licht und Luft." Mit diesen leeren Ver-

sprechungen war es gleich nach dem Umsturz vorüber. Später hoffte dieser Bursche, der täglich mit Todesdrohungen um sich warf, nur auf das Mitleid unserer Feinde (S. 72). Der saubere Kämpfer gegen das Deutschtum trat für „bedingungslosen Frieden" ein, um die „Verachtung in Achtung" umzuwandeln! Er wollte auf diese Weise eine „neue, nationale Ehre" aufbauen. . .

Ein ganz besonderes schönes und gelungenes Exemplar eines Führers des Novemberverrates ist also Genosse Emil Barth auf jeden Fall. Bei den späteren Verfahren des Republikschutzgesetzes gegen völkische Gegner Friedrich Eberts wurde er auch mehrfach als Zeuge vernommen. Nach übereinstimmenden Aussagen gebärdete er sich wie ein Wilder, fuhr sich mit allen Fingern durch seine dichte Mähne und blickte irr umher. Ebert und Scheidemann verfolgte er mit wütendem Haß, weil sie, seiner Meinung nach, sich in das von ihm, Emil Barth, geschaffene Nest hineingesetzt hätten.

In dem genannten Werk bezeichnet Barth die Genossen Ebert und Scheidemann als „zwei über wenig Wissen verfügende, aber mit Fuchsschlauheit, mit Sophistik und Streberhaftigkeit bis oben hin vollgefüllte Routiniers", was ihm später das begreifliche Mißfallen der Mehrheitsgenossen eintrug. Der biedere „Vorwärts", wütend, in dieser Weise die Heiligen der Sozialdemokratie charakterisiert zu sehen, antwortete dem „Führer" der „deutschen" Revolution in eigenartiger, aber nicht ungewohnter Form: er veröffentlichte die — Strafliste des großen Volksbeauftragten.

Dieser Auszug aus dem Verbrecheralbum Neukölln, Band 4, Nr. 164, Kategorie: Sittlichkeitsverbrecher, lautete über den ersten Volksbeauftragten der Novemberrepublik:

„Erregung öffentlichen Aergernisses, 3 Tage Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Heidelberg am 25. August 1902;

Erregung öffentlichen Aergernisses, 3 Monate Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Erfurt am 26. März 1903;

Erregung öffentlichen Aergernisses, 10 Wochen Gefängnis, verhängt vom Amtsgericht I Berlin, am 11. März 1905;

Erregung öffentlichen Aergernisses, 6 Wochen Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Rixdorf am 25. März 1909;

Erregung öffentlichen Aergernisses, 1 Woche Gefängnis, verhängt vom Landgericht II Berlin am 11. September 1909.

Später finden sich keine Eintragungen, aber nicht etwa, weil Genosse Emil Barth durch geschlechtliche Schamlosigkeiten kein öffentliches Aergernis mehr erregt hätte, sondern bloß, weil er als unzurechnungsfähig erklärt worden war.

So sah der energische Vorkämpfer für die Demokratie des 9. November 1918 aus. Sie hat sich als ihres Vorkämpfers würdig erwiesen.




FR. W.
FOERSTER




1.

Er gehört nicht zu den offiziellen Parteiführern, nicht zu den Ministern der Novemberrepublik, dieser Herr Professor; er ist was anderes: Er ist einer der geistigen Herolde einer Zeit, da Meineid und Selbstentmannung als hohe Tugenden gepriesen wurden. Er gehört zu denen, die Volks- und Landesverräter mit der Gloriole der höchsten Geistigkeit zu umhüllen bemüht waren; zu jenen, die ihr Geschäft darin erblickten, alles zu beschmutzen, was uns heilig ist und dies Moral zu nennen beliebten; zu jenen, die das eigene Volk in Knechtschaft auslieferten und das als „Weltbefriedung" auszugeben sich erdreisteten.

Als dem Jugenderzieher Foerster während des Krieges der Boden Münchens etwas zu heiß zu werden begann, verzog er sich in die Schweiz, allwo schon andere Gesinnungsgenossen ihr Handwerk betrieben und etliche sich diensteifrig von Paris die Befehle diktieren ließen, auf welche Weise sie das deutsche Volk vor der Welt zu verleumden hätten. Vom „Maison de la Presse" gingen die Anweisungen aus. Dort wurden Tschechen, Slowaken, Chinesen und Bastarde aller Nationen dafür bezahlt, die französischen Lügenmeldungen täglich in 18 verschiedenen Sprachen in aller Welt zu verbreiten.

In diese gesinnungstüchtige diplomatische Fremdenlegion reihte sich auch der Bekämpfer des „preußischen" Militarismus ein und schrieb und schrie Tag und Nacht über „Deutschlands Schuld" am Kriege. In seiner Hauptschrift (Mein Kampf gegen das militärische und nationalistische Deutschland, 1920) erklärt der Biedermann, uns träfe „d i e Schuld", die „entscheidende Schuld", die „ausgewachsene Schuld". Deutschland sei „der Friedlose und Friedensstörer der ganzen Welt". Der Krieg erscheint dem Herrn Professor als „ein Weltgericht", als dessen „Vollstrecker" er die Staaten der Börsenentente, als dessen

„Gegenstand" er das deutsche Volk hinstellt. Im Versailler Schandvertrag, diesem Symbol des weltausbeutenden Kapitalismus und der militärischen Vergewaltigung, erblickt der „Pazifist" Foerster „die Vergeltung für vier Jahre Verbrechen und Wahnsinn" und hat die Bescheidenheit, von unserem Volke zu fordern, daß es „eigene Unmenschlichkeit wieder gut mache". Die „unbeschreiblichen Greuel und Missetaten", die wir auf uns geladen hätten, malt dieser deutsche Thersites mit innigem Behagen unseren Todfeinden aus und versteigt sich gar zu folgendem Ausruf: „Mit unbedingtem Recht hält man dort (bei den Ententevölkern) daran fest, daß die von der deutschen Kriegführung begangenen Untaten nur noch in den Zeiten der Völkerwanderung ihresgleichen finden und zweifellos Verbrechen am Völkerrecht und an der Menschlichkeit darstellen, deren Größe und Umfang durch keine Gegenrechnung auch nur annähernd erreicht werden kann."

Die Hungerblockade, die unserem Volk Millionen Menschenleben kostete, die Abschlachtung deutscher Gefangener in Rumänien, die Marterung Deutscher in französischen Kerkern, die Peinigung unseres Volkes in Rußland, die Vertreibung unserer Blutsbrüder in den Kolonien, das Lynchen Deutscher durch den aufgepeitschten Mob der Vereinigten Staaten — das alles besteht für den frommen Ethiker Foerster nicht. Und wenn er davon spricht, so sieht er auch darin eine Strafe. Eine Strafe nicht allein für begangene „Missetaten", sondern eine Vergeltung für das Verbrechen, daß wir überhaupt da sind!

Selbst die Feststellungen der Demokraten echtesten Wassers vom Schlage etwa des Grafen Montgelas, daß Deutschland am Kriege unschuldig sei, kann Foersters Liebe für den französischen Sadismus nicht schwächen. Er erklärt: „Selbst wenn die Entente ihrerseits alle Verhandlungen abgebrochen und uns den Krieg erklärt hätte, so würde auch dann noch die Hauptschuld am Kriege der deutschen Politik zuzuschreiben sein." Der Krieg sei durch den „preußischen Militärgeist" „unvermeidlich" geworden und er bedauere nur den einen „Grundfehler unserer Gegner", daß sie sich überhaupt auf einen Waffenstillstand eingelassen hätten, „statt nach Berlin zu marschieren und den

Preußen ad oculos die Niederlage des preußischen Militarismus zu demonstrieren".

Es ist daher kein Wunder, daß F. W. Foerster und der der Dokumentenfälschung als schuldig befundene Eisner-Kosmanowsky große Freunde waren und dieser jenen zum — Gesandten in der Schweiz ernannte, als er durch Verrat auf den Stuhl des bayerischen Ministerpräsidenten gelangt war. Eisner erklärte die wüstesten Chauvinisten Clémenceau, Poincaré und Konsorten in seinem Aufrufe vom 10. November 1918 als „große Patrioten", während Foerster stolz wie ein Puter sich mit seinen engen Verbindungen zu diesen Todfeinden unseres Volkes brüstete. Später versuchte dieser „Wahrheitsfanatiker" diese doch etwas allzu offenherzigen Bekenntnisse als nicht erfolgt hinzustellen, mußte sich aber urkundlich der Lüge überführen lassen. Frau Dr. Rosa Kempf, ehem. Abg. des Bayr. Landtages, veröffentlichte einen Brief Foersters an Eisner vom 16. November 1918, der u. a. lautete: „Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen genieße, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu verschaffen. Uebrigens habe ich von dem Augenblick an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wußte, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, daß der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte, und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgendeine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegrammes wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzustellen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflößte. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewußtsein haben, daß Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben."

Nachher hatte Foerster erklärt, „niemals“ mit Clemenceau Fühlung aufrechterhalten zu haben . . . Das war damals, als sich vor dem bayrischen Gericht der Prozeß über den toten „Minister“ Eisner abspielte und es offenkundig wurde, wie dieser Bursche unser ganzes schaffendes Volk an die Feinde verraten hatte.

2.

Am 17. Januar 1922 machte Foerster seinen Vasallenbesuch in Paris und sprach in der sog. „Liga für Menschenrechte“ vor. Er wurde von den Juden Basch und Corcos empfangen. Die „Cahiers“ der Liga vom 10. März 1922 schildern das Gespräch dieses deutschen Pazifisten mit aller Ausführlichkeit. Danach hätte Foerster sich für den herzlichen Empfang bedankt (und ob! Für die guten Dienste, die er Frankreich geleistet hat!) und erklärt, er habe jetzt „die moralischen Elemente des französischen Sieges“ begriffen. Der Triumph der Gerechtigkeit im Prozeß Dreyfuß sei der Anfang des „Wunders an der Marne“ gewesen, ebenso wie die Zabernaffäre den Beginn des deutschen Zusammenbruchs darstelle. Ferner betonte Foerster (in Paris!), daß „in der deutschen Seele das Gefühl der Kriegsverantwortlichkeit“ immer mehr aufkomme. Und auf die Frage des Herrn Corcos, ob es in Deutschland keine „rührigen demokratischen Vereinigungen“ gebe, antwortete Herr Foerster mit einem tiefen Bückling:

„Sie sind uns um ein Jahrhundert voraus. Die deutsche Revolution hat noch keine Gedanken hervorgebracht, welche die Massen begeistern. Es fehlt uns an einer demokratischen Ueberlieferung. Die Erfolge der bismarckschen Epoche haben unsern Geist mit den Gedanken der Verherrlichung der Macht erfüllt und uns in die Vergangenheit zurückversetzt. Unser, der Demokraten Ziel ist es, die universalistische Ueberlieferung unserer großen Klassiker wieder zu Ehren zu bringen. Allmählich bringen wir es fertig. Wir machen gewiß langsame Fortschritte; aber erinnern Sie sich an das Elend des Mittelstandes, welches schrecklich ist und diese Verarmung macht diese Leute unfähig, zu reagieren und sich von dem Gefühl des Nachbarn eine Vorstellung zu machen.“

Und der Ehrenmann schloß:

„Wir sind keine Nation, sondern eine Gesellschaft der Nationen. Die tatsächlichen Eigenschaften der deutschen Seele werden durch die Fühlung mit den anderen Völkern wieder aufblühen. Diese Fühlung kann man erleichtern. Schaffen Sie zuerst ein unerschütterliches (!) und unzertrennliches (!) Bündnis der Alliierten gegen jeden Angriffsversuch unsererseits. Das ist das einzige (!) Mittel, bei uns den nationalistischen Wahnsinn zu entmutigen. Helfen Sie andererseits den Elementen, welche bei uns dem demokratischen Gedanken zugänglich sind, indem Sie ihnen zu verstehen geben, daß Sie die preußische Seele hassen, welche die deutsche Seele zugrunde gerichtet hat."

Die herrlichen Feinde erfüllten Foersters heißeste Wünsche: Frankreich marschierte ins Ruhrgebiet ein! Foerster forderte darauf sofortige „Verständigung", d. h. restlose Unterwerfung. Diese erfolgte, dank dem erneuten Verrat der marxistischen und demokratischen Gesinnungsgenossen des Monsieur Foerster in Deutschland. Und wie zum Hohn fand dann im deutschen Reichstag unter belgisch-französischem Vorsitz (La Fontaine) eine Kundgebung des „Bundes für Menschenrechte" statt. Frech und ungehindert sagte der Belgier mitten im deutschen Lande, zum ersten Male sei in diesem Hause jetzt der Grundsatz ausgesprochen worden, daß Recht vor Gewalt gehe!

Zu gleicher Zeit vergewaltigten schwarze, gelbe und weiße Franzosen deutsche Frauen und Kinder am Rhein, schmachteten deutsche Männer in Marterkerkern der französischen Demokratie . . .

Die „Menschheit", das Organ des Monsieur Foerster, veröffentlichte anläßlich dieser Tagung aus dessen Feder lange Aufsätze. Etliche Blüten daraus. Am 10. Oktober 1924 schrieb er:

„Der Wunsch nach Befreiung vom Wettrüsten ist heute gewiß stärker denn je, aber das fortgesetzte moralische Versagen Deutschlands in Sachen der innerlichen Abkehr vom Faust- und Giftrecht (!) läßt in den europäischen Völkern nicht jenes Sicherheitsgefühl aufkommen, das allein den Entschluß zu einer wirklich durchgreifenden Abrüstung in Kraft setzen könnte. Auch außerhalb dieses

Zentrums der Gefahr ist die Welt gegenwärtig noch voll von drohend rauchenden Vulkanen. So lange Rußland noch mit allen möglichen dunklen Absichten droht und so lange es in Deutschland weite und mächtige Kreise gibt, die sich dorthin orientieren — *so lange ist es von den übrigen europäischen Völkern zuviel verlangt, daß sie in großem Maßstab abrüsten sollen.*"

Ein Wutgeheul wird dann gegen die „militärischen Verbände" erhoben, die angeblich gegen die heilige Militärkontrolle Drohungen ausgestoßen hätten. Und deshalb ergibt sich für einen Foerster natürlich die Folgerung, daß das Leben der Kontrolleure, der Besatzungsheere, geschützt wird:

„Selbstverständlich (!) kann Frankreich zu seiner Sicherheit verlangen, daß vor allem in Deutschland selbst der Kampf gegen die Kriegstreiber geführt wird; es entspricht aber nur dem selbstverständlichen Grundsatze der internationalen Zusammenarbeit, wenn wir wünschen, daß Frankreich, und zwar das Frankreich Herriots, uns in diesem Kampfe unterstützt. Es liegt jetzt bei Deutschland, durch ehrliche und gründliche Durchführung des Londoner Paktes Herriots Stellung in Frankreich zu stärken; es liegt aber auch bei Herriot, in Deutschland den Kampf gegen den Militarismus, der in dessen Geburtslande wahrhaftig nicht leicht ist, zu unterstützen."

Ein Deutscher forderte also ganz offen den Eingriff einer feindlichen, auf deutschem Boden schmarotzenden Macht, um die nationalen Elemente niederzuknüppeln. Dies geschah, ohne daß die deutsche Regierung dagegen auch nur den kleinsten Finger rührte. Die „Menschheit" ist durch die Post zu beziehen, überall erhältlich und Foersters Genossen hielten, wie gesagt, gar im Deutschen Reichstag ihre Tagungen ab. Sie waren sogar empört, daß sie nicht ganz *offiziell* von der Reichsregierung begrüßt wurden ... Dazu schrieb Foerster:

„Berlin hat mehr als irgendeine andere deutsche Stadt dazu beigetragen, daß der Weltkrieg über uns kam, es hat dazu beigetragen vermöge einer eigentümlichen Mentalität, die sich schwer beschreiben läßt, die aber in ganz Deutschland bekannt und unbeliebt ist. In Berlin

und mit Hilfe des im Berliner System gewählten Reichstags bringen es die Deutschnationalen fertig, den Reichskanzler eine Rede halten zu lassen, die den dokumentarisch feststehenden Tatsachen über den Beginn des Weltkrieges ins Gesicht schlägt, zu nichts anderem, als dem deutschen Volke Sand in die Augen zu streuen, damit die Lastenverteilung entsprechend vor sich geht."

Das Börsendiktat von Versailles ist in Foersters Augen selbstverständlich ein Blümchen Rührmichnichtan. Ob Hunderttausende deutscher Männer und Frauen dank der Sklavenarbeit verkommen, der deutsche Menschenfreund wacht über die Heiligkeit des „Vertrages" und erblickte auch in der Ruhrbesetzung ein sehr zweckmäßiges Mittel, die deutschen Sklaven zu erhöhter Fron zu zwingen. Wörtlich schrieb der Bursche:

„Wird ein Friedensvertrag hartnäckig und böswillig nicht gehalten, so tritt der Kriegszustand wieder ein — mindestens aber ein Zustand, in dem der Gläubiger das ihm vertragsmäßig Zustehende durch den Druck einer Besetzung einzutreiben sucht. Es besteht doch ein großer Unterschied zwischen ruchlosem Raub und zwangsläufiger Eintreibung eines vertragsmäßigen Rechtes. Poincaré konnte sich sehr wohl auf den Versailler Vertrag berufen, dessen Wortlaut so leicht zu seinen Gunsten zu deuten ist, daß selbst die englische Liga für Völkerbund die Rechtmäßigkeit der Exekution nicht anfechten wollte. Und wo ständen wir heute, wenn nicht Frankreich unseren Industriellen gezeigt hätte, daß es keinen Spaß versteht? Hat nicht Bernhard in der „Vossischen Zeitung" nachdrücklich genug hervorgehoben, daß unsere Industriellen unter dem Drucke der Okkupation weit mehr angeboten haben, als Wirth von ihnen verlangt hatte, dessen Erfüllungspolitik sie seinerzeit als überhaupt nicht diskussionsfähig betrachteten? Hat nicht Stresemann als Hauptgrund für seine neue Politik der Erfüllung die Möglichkeit der Befreiung des Ruhrgebiets bezeichnet und damit der Aktion Poincarés sehr vorsichtig aber drastisch Recht gegeben? Hat nicht General Dawes ausdrücklich erklärt, ohne die Okkupation der Ruhr, d. h. ohne den also bekundeten unbeugsamen Willen Frankreichs sein

Recht durchzusetzen, wäre das Sachverständigen-Komitee niemals eingesetzt worden?"

Ja, wo ständen sie (die Pazifisten) heute, wenn die Ruhr freigeblieben wäre? Die Deutschen hätten weniger gefroren, das industrielle Leben wäre besser in Fluß gekommen, der deutsche Lebensmut hätte sich gehoben. Das wäre einfach entsetzlich gewesen, und Poincarés „gutes Recht" auf Deutschlands Vernichtung wäre wieder in seiner Erfüllung hinausgezögert worden. Und deshalb lobt der Pazifist Foerster Frankreichs „unbeugsamen Willen", der bekanntlich mit Peitschen und Schwarzen und Tankgeschwadern sich austobte . . . Schade, daß Herr Foerster nicht auch französische Spucknäpfe austrinken mußte, wie Deutsche an der Ruhr es zu tun gezwungen wurden, er hätte das friedliebende Frankreich noch besser und flüssiger besingen können . . .

3.

Die letzten Worte Foersters enthüllen nun ungewollt die eigentlichen Beherrscher der Weltpolitik: für die Bankiers in Amerika war die französische Armee das Zwangsmittel, Deutschlands Willen zu brechen, damit es die Finanzkontrolle auf sich nähme und sich ihnen für ewig als Sklave verschriebe.

Und auch das stellt Herr Foerster nicht nur fest — er triumphiert darüber. In Nr. 30, 1925, derselben „Menschheit" schrieb er:

„Nur Geduld, — auch in Deutschland werden über Nacht Wunder geschehen. Und sie geschehen schon. Die unerbittliche Realität der gänzlich veränderten Weltlage, die Abhängigkeit Deutschlands von den finanziellen Hilfeleistungen der ganzen Welt, die wachsende Organisation der ganzen Umwelt gegen einen neuen (!!) kriegerischen Angriff, die moralische Achtung des Angreifers, in der sich in Genf alle Völker geeinigt haben — das alles sind Dinge, die nunmehr Tag und Nacht auf Gehirn und Gewissen unserer zögernden Volksgenossen einwirken, sie aus ihrer Isolierung hinausdrängen und sie zwingen werden, von den aussichtslos gewordenen Methoden Abschied zu nehmen. . . ."

Mit den Worten über die finanzielle Abhängigkeit Deutschlands ist das Problem der *Weltherrschaft der jüdischen Hochfinanz* angeschnitten. Auch in dieser Frage läßt Foerster über seine Gesinnung nicht den Schatten eines Zweifels aufkommen. In seinem anfangs genannten „Hauptwerk" schreibt er über die Antisemiten:

„Das deutsche Volk möge sich dreimal besinnen, ehe es sich in das Treiben seiner Antisemiten hineinziehen läßt. Wir haben wahrlich genug Feinde in der Welt. Es fehlte gerade noch, wo unsere ganze (!) Wiederherstellung von riesigen Krediten abhängt, *die jüdische Hochfinanz der ganzen Welt gegen uns aufzubringen.*" Foerster ist sich also über die Lage der Dinge vollkommen im Klaren, aber der „Ethiker" findet kein Wort der Empörung gegen die scheußlichste, unsittlichste Herrschaft, die es auf dieser Erde gibt, gegen die Geldherrschaft des Spekulations- und Börsenkapitals.*) Im Gegenteil, laut „Saarkurier" forderte Monsieur Foerster, kein wahrhaft patriotischer Deutscher dürfe vergessen, was das deutsche Judentum für uns getan habe: „Wir Deutsche haben allen Grund, das aufbauende Element im Judentum (siehe Börse und Bolschewismus. Der Verf.) in jeder Weise zu ehren und in seinem starken Ethos (Barmat, Bosel, Rothschild, Castiglioni, Michael usw. Der Verf.) ein Gegengewicht gegen gewisse Gefahren und Schwächen unserer eigenen Veranlagung zu sehen." Nach diesem Erguß erübrigt sich jedes weitere Wort.

In der Zerstörung des deutschen Reichsgefüges ist Foerster auch *innerpolitisch* ganz folgerichtig. Wie Frankreich auf die Zerstückelung Deutschlands**) bedacht ist, so ist selbstverständlich auch Monsieur Foerster *überzeugter „Föderalist"*. Diesen Föderalismus bekundete er auch den Blindesten bereits sichtbar angesichts

---

*) Nähere Belege siehe in meiner Schrift „Die internationale Hochfinanz als Herrin der Arbeiterbewegung in allen Ländern," München, Deutscher Volksverlag, M. 1,—.

**) Siehe hierzu die Zeugnisse des amerikanischen Oberkommandierenden Allen in seinem Werk „Mein Rheinlandtagebuch" und Wilsons „Memoiren und Dokumente".

der Zerstückelung Oberschlesiens durch den jüdisch-französischen Völkerbund.

Jeder Deutsche ballte damals die Faust in der Tasche, als er sich vor Augen hielt, wie Juden, Japaner, Chinesen usw. über deutsches Land, Jahrhunderte alte deutsche Kulturarbeit bestimmten, einen Organismus zerrissen, als sei das alles selbstverständlich. Selbst solche Blätter wie die „Münchner Post" wagten es nicht, ohne Protest den Genfer, gegen alle Selbstbestimmung erfolgten Schandspruch wiederzugeben. Aber einer wagte es, einer der noch immer dem Deutschtum in den Rücken gefallen ist, wenn es um sein Dasein am schwersten kämpfte: Friedrich Wilhelm Foerster!

Die „Neue Zürcher Zeitung" war nach dem Genfer Schandspruch durch den Mund eines „polnischen Fachmannes" für die polnische „Lösung" eingetreten; da ergriff auch der alte Volksverräter in derselben freimaurerischen Judenzeitung zur Vergiftung des Deutschtums das Wort. Und er sagte: „Zunächst sei ohne weiteres (!) zugestanden, daß der Völkerbundsrat mit dem ehrlichsten (!) Willen zur Gerechtigkeit entschieden hat, und daß er angesichts der ganzen Sachlage, einschließlich des Versailler Vertrages, gar nicht in der Lage war, die Teilung zu umgehen." Der Völkerbund „durfte" (!) das „Recht der oberschlesischen Polen" nicht ignorieren, — die Deutschen hätten „nach dem Waffenstillstand freiwillig (!) mit dieser Reparation" beginnen sollen; der „übernationale Charakter der Angelegenheit" sei bei uns übersehen worden: „Das ist das eigentliche (!) deutsche Verhängnis geworden." So ging es noch eineinhalb Spalten weiter!

4.

Nur politische Säuglinge merken noch immer nicht, daß unter den anmutenden Titeln „Föderalismus", „Heimatrechte" usw. vielfach ganz andere Ziele, als vorgetäuscht, verfolgt werden. In dem Haß gegen ein wirklich einiges, nach außen straff regiertes, nach innen vielgestaltiges Deutsches Reich sind alle sich sonst aus „weltanschaulichen" Gründen befehdenden Weimarer Koalitionsgenossen und ihre Vorreiter einig. Gewisse Herren in Bayern sympatisierten mit den rein partiku-

laristischen Hannoveranern; Dr. Heim besprach — geschützt durch seine Partei — ungestraft mit dem Todfeinde des deutschen Volkes den Plan einer Aufteilung Deutschlands; das offizielle Bamberger Organ der Bayrischen Volkspartei forderte offen die Zerschlagung Preußens; der „Regensburger Anzeiger" erklärte, Hitler — der Großdeutsch-Völkische — solle Bayern verlassen; der christlich-soziale Eberle in Wien wünschte sehnsüchtig einen „katholischen Rhein" in Verständigung mit dem „rekatholisierten Frankreich" . . . Die separatistische Presse kann sich nicht genug tun, die Persönlichkeiten Friedrichs des Großen und Bismarcks mit ihrem Kot zu bewerfen (wie z. B. auch ein Pfarrer an der südslawischen Grenze, der „seine" Herde anstachelte, das von Deutschen als Wahrzeichen des Deutschtums errichtete Standbild Bismarcks in Trümmer zu legen). Alle diese Bestrebungen verbinden sich brüderlich mit der Tätigkeit des pazifistischen Fr. W. Foerster.

Es würde ein ganzes Buch füllen, wollte man all die ekelhaften Ausfälle des Pathologen aufzählen (der sogar im marxistischen Barmatskandal einen Rückfall in Methoden des deutschen — Großen Generalstabs erblickt), aber aus der Ausgabe seiner Zeitschrift (Nr. 11, 1925) seien doch einige Bekenntnisse angeführt, die wir bitten, mit der Tätigkeit z. B. der ach so christlichen Bayer. Volkspartei und der Schwarzgelben in Oesterreich zu vergleichen. Nach einer längeren, speichelleckerischen Betrachtung Frankreichs schreibt F. W. Foerster unter dem Titel „Der einzige Ausweg", der jetzige Zustand in Europa sei sehr gefahrdrohend, und fährt dann wörtlich fort: „Wie kann Deutschland das alles ändern? Einfach dadurch und nur dadurch, daß Deutschland selber aufhört, als ein verkrampfter zentralisierter Nationalkörper inmitten eines nach allseitiger Föderation schmachtenden Kontinents (Foerster fordert natürlich nicht die Auflösung des zentralisierten Frankreichs! Der Verf.). *Deutschland muß sich selber wieder* (!!) *in eine föderalistische Einheit auflösen* (!!) *und dadurch die ganze Umwelt zur Föderation einladen* (sich deutsche Länder einzustecken. Der Verf.) *und sie darin bestärken — und diese Entwicklung muß mit der*

Zerschlagung Preußens, d. h. mit der Befreiung Hannovers und der Rheinlande (von Deutschland, wohlverstanden, nicht von Frankreich. Der Verf.), muß sich in der wachsenden Verselbständigung Bayerns (schön gesagt, Herr Heim, nicht? Der Verf.) fortsetzen und durch die engere wirtschaftliche und kulturelle Verknüpfung der Randstaaten (innerhalb der deutschen Einheit!) mit der Nachbarwelt die gesamte kontinentale Föderation einleiten und die Rhein-Donau-Straße zum Rückgrat der Vereinigten Staaten von Europa machen." („Menschheit", Nr. 11, 1925.)

Nach diesem Erguß der frommen Seele wird ein längerer Brief eines „elsässischen katholischen Geistlichen" an den „geehrten Herrn Professor", also an F. W. Foerster, veröffentlicht, in dem es nach einer Kritik der Gegenwart u. a. heißt: „Es gibt jedoch noch ein anderes Deutschland, dessen politische Haltung meiner katholischen Sympathien würdiger erscheint. Dieses Deutschland, obgleich zum guten Teil außerhalb der Kirche stehend, denkt in politischen Dingen katholisch, weil es anknüpft an die ununterbrochene katholische Tradition, weil es den Mut hat, vom heutigen Geschlecht Buße und Umkehr zu verlangen, und weil es bereit scheint, den Katholiken in loyaler Weise den ihnen gebührenden Platz im öffentlichen Leben zuzuerkennen." Mit diesem „anderen Deutschland" ist offenbar das pazifistisch zersetzte gemeint! Daß den Katholiken der „gebührende Platz" vorenthalten gewesen sei, ist uns unbekannt: Hertling, Erzberger, Wirth, Marx sind Zeugen für die Tatsache, daß den Katholiken keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Hier ist aber offensichtlich eine konfessionelle Herrschaft gemeint, die nur dazu angetan sein kann, ähnlich wie der Marxismus durch den Klassenkampf, durch Schürung des konfessionellen Haders Deutschland zu „föderalisieren", d. h. in diesem Falle zu zerschlagen! „Auflösen", sagte Foerster. (Im Jahre 1927 konnte diese Politik aufgegeben werden, da das Zentrum ganz Deutschland in der Tasche hat im Kompagniegeschäft mit Hochfinanz und Marxismus.)

Damit ist das Kapitel der Donauföderation berührt. Man erinnert sich, wie die frommen Herren von der sogenannten Bayerischen Volkspartei Stein und Bein schworen, nichts von einer Donauföderation zu wissen. Dies berührte sehr merkwürdig, da diese überzeugten Föderalisten doch sicher, sagen wir aufmerksam, alle Bestrebungen verfolgt haben müssen, die auch „föderalistisch" waren. Man weiß doch, wie ein Dr. Heim sich um den „alten Rheinbund" sorgte und Herr Dr. Schweyer den Hannoveranern seine Sympathie ausdrückte. Der saubere F. W. Foerster war mit dankenswerter Aufmerksamkeit auf die Ende 1924 unternommene Reise des Herrn Benesch nach Wien eingegangen, und trat mit echt christlichem Mut für die abgeleugnete Donauföderation ein („Die Menschheit", Nr. 38, 1924).

Er begrüßte zunächst Beneschs österreichische Reise, die offenkundig eine Wiederannäherung der Teile des früheren Oesterreichs beabsichtige, und polemisierte dann gegen den unbedingten Anschlußwillen ans Reich: „Vergißt man dabei nicht die fundamentale Tatsache, daß Oesterreich doch zuerst und vor allem in staatlicher Einheit mit Slawen und Madjaren und nur als solches übernationales Ganzes mit dem Reich (mit welchem? Der Verf.) verbunden war?" Man dürfe die Mentalität „eines slawisierten Deutschtums" nicht außer acht lassen. Ferner: „Ist es nicht für unsere eigene Verbindung mit der Donau- und Balkanwelt von größter Bedeutung, daß einer unserer deutschen Stämme Mitglied eines dort entstehenden Völkerbundes sein wird? Wollen wir statt dessen nun wieder einen großen nationalen Block des Deutschtums, der sich quer zwischen Ost und West legt und uns die Feindschaft der ganzen Welt zuzieht? Würde nicht eine solche Föderation auch für die Lage der deutschen Minoritäten höchst segensreich wirken?"

Diese Gedankengänge des volksverräterischen Herrn sollen uns die Unantastbarkeit solcher Raubstaaten, wie der Tschechei, Polens usw. einimpfen, denn mit keinem Wort wendet sich Monsieur Foerster z. B. gegen die Tschechei: er müßte sie, wenn er folgerichtig wäre, als

einen ganz unmöglichen Staat und den Frieden störend hinstellen, weil sie durch ihre Vergewaltigung Deutscher und Ungarn den natürlichen Haß aller Deutschen und Ungarn hervorrufen müsse. Aber dafür ist Herr Foerster nicht zu haben. Er hat alljüdische, französische und vatikanische Politik auf einmal zu vertreten — und damit Schluß. Das Problem der Donauföderation mit dem Ziel, die Bildung eines wirklichen Großdeutschlands zu verhindern, ist nämlich nur ein Glied in der langen Reihe der Versuche, das deutsche Volk zu zerschlagen und seine „abgefallenen" Teile einer international bestimmten Politik gefügig zu machen. In Foersters Persönlichkeit zeigt es sich geradezu symbolisch, wie ein einziger Mensch Werkzeug der beiden internationalen und einer nationalen Macht zugleich sein kann.

Was Herr Mataja, der ehem. anschlußfeindliche österreichische Außenminister, mit Herrn Benesch, von dem er sich damals in Wien herausfordernd herzlich verabschiedete, abgemacht hatte, wissen wir noch nicht genau. Wir wissen nur eines: daß Benesch der tschechische Schuhputzer der Börsenentente ist und seine bestimmte Aufgabe gehabt haben wird.

Am 26. Oktober 1919 erklärte Kardinal Faulhaber: „Wann werden wir ein Gesetz bekommen, das gegen die gewerbsmäßige Verlogenheit auftritt, wie gegen den, der einen öffentlichen Brunnen vergiftet hat? Da fliegen die Nachrichten in die Welt, aus einer französischen Zeitung übernommen, es hätten in der Schweiz einige die Köpfe zusammengesteckt und sie wollten eine katholische Donaumonarchie errichten in Mitteleuropa, was vom Vatikan unterstützt würde (bei diesen Worten lächelt der Nuntius Pacelli). Es kann der Unsinn noch so greifbar sein, er muß in die Welt hinausposaunt werden."

Wie kam der Kardinal dazu, diese Bestrebungen so kategorisch abzuleugnen? War nicht Herr Heim im Mai desselben Jahres in Luxemburg gewesen, um über einen „katholischen und konservativen Block" zu verhandeln?

Und heute? Fr. W. Foerster spricht einmal offen das aus, wofür seit Jahren geheim gearbeitet wurde. Uns genügt das vollkommen um zu wissen, was vor sich geht. Die Donauföderation und das bayerische Konkordat sind

zwei Glieder einer politischen Kette, die sich um ein ohnmächtig gemachtes Deutschland legen.

Damit ist der Charakter Friedrich Wilhelm Foersters deutlich und plastisch geworden: Er unterstützt planmäßig alle Mächte, die bestrebt sind, den deutschen Lebenswillen und das deutsche Ehr- und Einheitsbewußtsein zu zersetzen oder zu brechen. Er begeistert sich für die „Rechte" Poincarés, lobt den deutschfeindlichen Völkerbund, er preist die alljüdische Hochfinanz, er unterstützt Tag für Tag die auf konfessioneller Grundlage vor sich gehende reichszerstörende Propaganda.

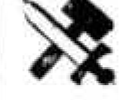
Foerster ist somit der reinste Typus des „Geistes", der im November 1918 „auf der ganzen Linie" siegte und in Locarno erneute Triumphe feierte.

Man trug sich nach gelungenem Verrat ernsthaft mit dem Gedanken, den Heloten Frankreichs und diensteifrigen Freund der Hochfinanz und des Vatikans als deutschen Präsidentschaftskandidaten zu benennen.

Schade, daß das nicht geschehen ist, die Novemberdemokratie hätte sich dann in ihrer vollsten Herrlichkeit offenbart.



PROFESSOR
M. J. BONN





Ein großer „Sachverständiger", der ganz unberechtigterweise heute so wenig genannt wird: denn Professor Bonn ist einer der ersten Vorkämpfer jener Ideen gewesen, welche Deutschland im August 1924 zu London in Gestalt des Dawes-Diktates als Gesetz anerkannte. Früher schätzte man Professor Bonn höher ein; immer wieder schrieb er Aufsätze im sog. „deutschen Weltblatt" (wie sich bekanntlich die Zeitung zur Wahrung jüdischer Interessen, das „Berliner Tageblatt", bescheiden nennt) und Josef Wirth nahm ihn mit etwa 38 anderen sachverständigen Israeliten mit in das herrliche Genua zur Konferenz mit Anthony Rothschild und Litwinow-Wallach-Finkelstein. . . .

Als unter der glorreichen Kanzlerschaft des Herrn Josef Wirth die Mark bedenklich zu schwanken begann, ließ die Sorge um das Wohl des Vaterlandes den armen sachverständigen Finanzdoktor nicht schlafen. Unter dem Titel „Die Stabilisierung der Mark" schrieb er laut „Berl. Tagebl." (21. April 1921): Zunächst wäre die Idee eines Moratoriums für Deutschland zu erwägen; England, Belgien und Italien könnten „unter Umständen" wohl eine Stundung ertragen, aber das arme, herrliche Frankreich nicht: „Frankreichs finanzielles Dasein ist vom Eingang beträchtlicher Zahlungen in Gold abhängig. D a d i e w i r t s c h a f t l i c h e R e t t u n g D e u t s c h l a n d s m i t d e m w i r t s c h a f t l i c h e n Z u s a m m e n b r u c h F r a n k r e i c h s n i c h t e r k a u f t w e r d e n k a n n u n d s o l l, so muß (!!) ein Weg gefunden werden . . ." Der in dieser rührenden Weise um Frankreichs Wohlergehen besorgte Novemberdemokrat schlug dann vor, Frankreich auf Kosten Deutschlands eine Anleihe zu gewähren. Eine solche Anleihe würde Zahlungserleichterungen schaffen: „Der Dollar würde auf die bloße Ankündigung einer solchen Operation sehr stark sinken. Es wäre dann durch Z u s a m m e n-

arbeiten der großen Zentralbanken der Welt nicht schwer . . ., einen Höchstpreis für fremde Devisen anzusetzen."

Mit verblüffender Offenheit wird hier die Diktatur der Hochfinanz über alle Völker als ein wortlos hinzunehmender Zustand anerkannt und vom Zusammenarbeiten der Börsenpiraten unser Schicksal abhängig gemacht. Und auch an die direkte innerpolitische Einmischung der Hochfinanz denkt der vorsorgliche Sachverständige des Berliner Mosseblattes; das doch noch bestehende deutsche Defizit solle durch Anleihen aus den Barbeständen des Publikums unter Beteiligung des Auslandes gedeckt werden. Also das ewige Lied der Kinder Israels: Anleihe, Anleihe, Anleihe bei der siegreichen Finanz von New York und London.

Diese sachverständige Auslieferung unseres Volkes, wie sie Bonn schon vor sechs Jahren vorschlug, ist im Dawes-Abkommen Tatsache geworden. Der Novemberdemokrat kann stolz darauf sein, daß seine Vorschläge mit denen unserer Todfeinde übereinstimmten. Und aus welch herrlichem Geist diese stammten, hatte Herr Bonn schon nach der ersten großen Niederlage nach Versailles, nach der Konferenz zu Spaa, in einer großen Rede über deren Resultate gezeigt. Herr Bonn war nämlich auch in Spaa als „Sachverständiger" dabei gewesen und berichtete stolz seinen Frankfurter Freunden darüber: „Man muß hier und da den Mut haben, Sentimentalitäten zu unterdrücken, auch wenn sie echtem Patriotismus entsprungen sind. Der Weg aller (?) Völker ist ein Leidensweg. Seien wir froh (!), daß wir Dank der vortrefflichen Leitung unseres Außenministers Simons an einer Leidensstation vorübergekommen (?!) sind, rüsten wir uns für die nächste. . . ." („Frankft. Ztg." vom 31. Juli 1920.)

Der Hohn ist, weiß Gott, nicht übel gewesen und seine verständnisvollen Zuhörer aus dem Leserkreis der „Frkft. Ztg." applaudierten denn auch verständnisinnig.

Im Jahre 1923 wird der Sachverständige Bonn noch deutlicher. Am 11. April dieses Jahres beginnt er den Leitartikel des „Berl. Tageblattes" mit den Worten: „Der Gedanke, daß die Reparationsfrage nur (!) dadurch gelöst werden kann, daß die deutsche Industrie für die

künftigen Leistungen des deutschen Reiches eine Garantie leiste, wird . . . heute bereits als etwas Selbstverständliches behandelt." Natürlich. Der Gedanke, daß die Mächte des Westens ihre ungeheuerlichen Forderungen mäßigen müßten, wird vom deutschen Sachverständigen weiter nicht vertreten und die Idee gar, daß man das Vermögen der Warburg, Mendelssohn, Bleichröder, Schickler usw. usw. als Garantie heranziehen könne, fällt Herrn Bonn — ebenso natürlich — nicht ein. Die Industrie war nämlich damals noch halbwegs deutsch, die Finanz aber — koscher. Heute ist es ja so weit gekommen, daß von der deutschen Industrie fast nur der Name noch übrig geblieben ist: Inflation und dann Kreditsperre haben das ihrige getan, sie „sachverständig" unter die Kontrolle der „großen Zentralbanken der Welt" zu bringen, und so dem „Sinn der Weltgeschichte" immer näher zu kommen.

Am 3. Juni 1923 kommt Herr Bonn mit der Beharrlichkeit, die der Zionistenführer Nahum Sokolow als ein Erbteil seiner Rasse bezeichnet, auf den Plan der Verpfändung der deutschen Industrie zurück und erzählt uns — wieder im Blatte des Herrn Mosse —, daß dieser Gedanke der „Garantie" der deutschen Industrie für eine auswärtige Anleihe zuerst im Herbst 1921 aufgetaucht sei. Wieder tritt Herr Bonn für den hehren Gedanken ein und fügt zugleich einen neuen Plan hinzu, der mittlerweile ebenfalls Wirklichkeit geworden ist: „Der Vorschlag, die Eisenbahnen in eine Privatgesellschaft zu verwandeln, ist ganz richtig", schreibt der Herr seelenruhig nieder. Eine autonome Gesellschaft wird einfach gegründet und „eine Uebernahme der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen seitens der Alliierten kann also nur erfolgen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen (!) bewußt nicht nachkommt. Die formale Möglichkeit, daß das geschehen kann, ist der beste Beweis für den guten Willen des Reiches."

Daß die Forderungen der „Alliierten" unerfüllbar waren und sind, „übersieht" der edle Bonn. Daß man im Westen nicht „Reparationen", sondern Deutschlands Zertrümmerung wollte und will, bemerkt der „Sachverständige" nicht. Und 1924 ging die Deutsche Reichsbahn über in die Kontrolle einer Generalagentur der

Börsenentente. Dem deutschen Volke wurde die Kehle sachverständig zugedrückt und Professor Bonn kann sich rühmen, dies alles schon vor Jahren vorgeschlagen zu haben.

Nun der gute Mann etwas in den Hintergrund getreten ist, glauben wir der glorreichen Demokratie von heute einen guten Dienst zu erweisen, seine Verdienste um das Weltgewissen (von dem wir aus dem Dawes-Diktat wissen, daß seine Heimat in der Wallstreet ist) richtig gewürdigt zu haben.

*

Mitte April 1920 fand zu München ein Prozeß gegen den „revolutionären" Hochschulrat statt, der zur Zeit der herrlichen Räterepublik herumgewirtschaftet und die Diktatur in der Universität aufgerichtet hatte. Auf diesem Prozeß wurde festgestellt, daß ein Professor die bolschewistischen Studenten gegen seine Kollegen aufgeputscht hatte, sie sollten doch die Diktatur ergreifen. Dieser famose Mann war — Professor Bonn. („Köln. Volkszeitung" vom 22. April 1920.)

Ergebenheit vor der internationalen Hochfinanz, bolschewistisches Aufputschen gegen deutsche Autorität finden wir also auch bei Professor Bonn wieder. Er ist somit der echteste Sachverständige der Demokratie.




FELIX FECHENBACH




Im Oktober 1922 stand Fechenbach, der „Geheimsekretär" des Dokumentenfälschers und ersten „bayerischen" Ministerpräsidenten der Novemberrepublik, Kurt Eisner, vor Gericht, um sich wegen der Anklage des Landesverrats zu verantworten. Er stand da: ein schmächtiges, noch junges Männchen, mit dichten schwarzen Haaren und stechenden Augen, die unstet und unsicher im Saale herumblickten. Mit belegter, heiserer Stimme machte er seine Aussagen, log, stotterte, wurde der Lüge überführt, während sein gleichfalls jüdischer Rechtsbeistand, Dr. Philipp Löwenfeld, immer wieder in höchster Erregung mit beiden Händen in der Luft herumfuchtelte.

Ein Landesverräter! Also ein Mann, der innerhalb des Marxismus als echter Ehrenmann zu gelten hat und ganz folgerichtig bis auf heute als ein solcher herausgestrichen wird. Was hatte er denn auch anderes getan, der kleine Fechenbach, als was sie mit geringen Ausnahmen fast alle getan haben, die Genossen im heiligen Marx! Für Ententeblätter gearbeitet? Kunststück, haben die Förster, Grelling, Stilgebauer usw. gleichfalls (z. T. für schöne französische Franken) getan, haben ihre Weisungen aus dem „Maison de la presse" zu Paris erhalten und sicher nicht schlecht dabei gelebt. — Deutschland der Kriegsschuld geziehen? Ja, das war ja Ehrensache der gesamten Sozialdemokratie, deren Blätter wie Nebenausgaben des „Temps" und des „Matin" wirkten. — Frankreich gelobt, das bourgeois-kapitalistische Frankreich? Nun, das gehörte und gehört noch heute zum guten Ton, da ja sogar der marxistische Präsident des Reichstags, Genosse Loebe, angesichts der französischen Einbrechertruppen an der Ruhr, Paris als die „Wiege der Menschenrechte" pries und Eisner die „französischen Patrioten" Clémenceau, Foch und Poincaré in den Himmel hob. — Die deutsche Verteidigung Oberschlesiens an die Feinde denunziert? Das war aber ein ganz besonders

beliebtes Thema der gesamtmarxistischen Presse, die die Polen lobte, aber die „bayerischen Horden" (das waren die Oberländer, die ihr Leben für Schlesiens Befreiung einsetzten) beschimpften. . . . Nichts, aber auch nichts hatte der kleine schwarze Fechenbach getan, was große Führer der Sozialdemokratie nicht auch als Lebensaufgabe betrachtet hätten. Aber die Zuchthäuser hätten keinen Platz mehr gehabt, wenn man alle Fechenbachs hätte einsperren wollen, und außerdem behagten ihnen die Posten als Chefredakteure, Parteiführer und — andere bedeutend besser, als ein Schemel im Zuchthaus. Deshalb war Fechenbach ein Ehrenmann, wie für jeden Zuchthäusler sein Kollege von der gleichen Branche ein tadelloser Ritter ist, der verurteilende Richter aber die Verkörperung der schwärzesten Reaktion darstellt.

Also: Nachdem schon 1919 ein Verfahren gegen den Geheimsekretär des Führers zur Novemberdemokratie eingeleitet worden war, entzog sich Monsieur Fechenbach dieser peinlichen Untersuchung durch die Flucht zu den lieben Tschechen, kam später aber zurück, wurde eingefangen und stand am 3. Oktober 1922 vor dem Richter. Gleich der erste Tag enthüllte das Wesen des kleinen Demokraten (des kleinen sage ich, denn es hat viel größere gegeben, wie z. B. sein Herr und Meister Eisner-Kosmanowsky). Erzbergers Denkschrift und das Rittertelegramm (Ritter war vor dem Kriege bayerischer Gesandter beim Vatikan), in dem dieser den Wunsch des Papstes zur Aufstachelung Oesterreich-Ungarns aussprach, sollte von Fechenbach dem deutschfeindlichen, französisch-schweizerischen Journalisten Payot in vollkommener Abschrift ausgeliefert worden sein. So hatte es Payot im „Journal" erzählt und das Original hatte man 1919 in der Wohnung des Genossen Fechenbach gefunden. Felix strampelte und sagte: Bei Jehova! Nichts weiß ich davon! Kenne ich nicht einen Herrn Payot! Lügt dieser Journalist über mich armen, wahrheitsliebenden Fechenbach! — Aber siehe da, Felix Fechenbach hatte Krach mit seiner Frau gehabt und sie böser Dinge beschuldigt. Die Frau geht zum Kadi und sagt aus, daß Payot zweimal als besonderer Berichterstatter nach München gekommen sei und heimlich Erzbergers Denkschrift erhalten habe. Der Lüge überführt, gesteht Felix mit rotem Kopf,

erklärt aber frech, er habe die Wahrheit nicht sagen wollen, um sich keinen Prozeß wegen Landesverrats zuzuziehen. Also Fechenbach wußte ganz genau, daß er Landesverrat beging. Er tat es als gesinnungstüchtiger Marxist, wird heute gelobt und schreibt jetzt Leitartikel im Zentralorgan der Partei, die Ebert, Scheidemann, Loebe und Barmat zu ihren Genossen zählt, d. h. im „Vorwärts".

Der Sozialdemokrat Felix Fechenbach wußte ganz genau, was die Entente mit uns vorhatte. Er schrieb ganz offen in der deutschfeindlichen „Baseler Nationalzeitung" von der Gewaltpolitik der Entente, die den Sieg des Rätegedankens beschleunige (9. 4. 1919), händigte aber doch französischen Emissionären Dokumente aus, welche diese Gewaltpolitik stützen und sie berechtigt erscheinen lassen sollten!

Da wir bei der Presse sind: Neben Fechenbach saßen auf der Anklagebank die Herren Gargas aus Galizien und Lembke aus Deutschland. Dieser Gargas unterhielt ein Spionagebüro, das sich „Internationales Korrespondenzbüro" nannte und seine Zentralen in London und Rotterdam hatte. Gargas sammelte alle Nachrichten, die nachweisen sollten, daß Deutschland den Versailler Vertrag nicht erfülle, setzte als seinen Vertrauensmann Herrn Szopa (auch einen Juden) ein, zahlte nicht schlecht, und so konnte es nicht fehlen, daß (neben Lembke) auch der gute Felix Fechenbach dem guten Onkel Gargas Berichte lieferte. Vertrauliche Berichte natürlich. Dafür zahlte das englisch-jüdische Spionagebüro dem Genossen 3000 bis 4000 Mark monatlich, was für die erste Hälfte des Jahres 1921 eine ganz hübsche Summe ausmachte. So schrieb der Biedermann z. B. am 22. Juli 1921 an Onkel Gargas: „In Bayern werden auch heute noch, trotz der wegen Oberschlesien entstandenen Konflikte, Werbungen von Freiwilligen für Oberschlesien vorgenommen. Die hier Angeworbenen . . . werden lediglich mit einem Ausweis ausgestattet, der sie als bedürftige Oberschlesier ausweist. . . . Diese Ausweise werden von dem in München befindlichen Werbebüro ausgestellt. . . . Die bayerische Regierung weiß von dem Werbebüro und von seiner Tätigkeit, tut aber nichts. . . ." Und wie Fechenbach für das Spionagebüro arbeitete, so auch für sozialistische und kapitalistische Ententezeitungen, wie „Daily Herald",

„Daily News", „The Nation". Er hatte die Unverfrorenheit, darauf gestellt, am 6. Oktober zu sagen: es sei **kein** Widerspruch, wenn er als Sozialist für den englischen Kapitalismus tätig sei! Und was das Beste ist: Genosse Fechenbach hatte in **diesem** Fall **nicht** gelogen, denn die gesamte Sozialdemokratie tut seit Jahren nichts anderes, als den Ententekapitalismus stützen, die deutsche Wirtschaft aber bekämpfen und beschmutzen: die Verweigerung der Kriegskredite vor dem Kriege, Streiks auf den Munitionswerkstätten, Friedensresolutionen, 9. November 1918, Erfüllungspolitik, Annahme der Dawesdiktate, Verfolgung der völkischen Bewegung, Schiebergemeinschaft mit den Barmats usw., das alles sind Glieder einer einzigen langen Kette, die sich um uns alle gelegt hat. Felix Fechenbach tat nur, was sie fast alle taten, und so schrieb denn auch die marxistische „Leipziger Volksztg." am 21. Oktober 1922 stolz nach der Verurteilung Fechenbachs: „Dem Genossen Fechenbach aber drücken wir, da sich die Kerkertore hinter ihm schließen, die Hand. Für uns . . . ist und bleibt er der Ehrenmann, der er immer (!) war."

Aus dieser marxistischen Gesinnungstüchtigkeit heraus hatte Genosse Fechenbach am 13. Februar 1919 in einer Massenversammlung erklärt, es gehe den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich gut und prächtig. Natürlich, bei den großen Patrioten Foch und Clémenceau . . Kein Wunder, daß Felix Fechenbach auch nach Paris wollte. Und konnte er einen besseren Ratgeber für diesen Plan finden als den jüdischen Landesverräter Grumbach, der nach 1918 als „Elsässer" den französischen Arbeiterführer mimte? Der Plan gelang leider nicht. Felix wurde geklappt und vor Gericht gestellt. . . .

Unter dem Gezeter der Börsen- und Marxistenpresse wurde Fechenbach zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt und ihm auf zehn Jahre die Ehrenrechte aberkannt. Die „Münch. Post" tobte (Nr. 246, 1922): „Ein Volksgericht, ein wirkliches Volksgericht über dieses Volksgericht! Und sein Urteil muß lauten: Fort mit der bayerischen Ausnahmejustiz." Der galizische „Vorwärts" wimmerte im höchsten Jargon (Nr. 492 v. 18. Okt. 1922) über den „durch und durch ehrenhaften idealistisch veranlagten Mann Fechenbach, dem ungeheures Unrecht geschehe",

„kein Journalist sei mehr in Bayern seiner Ehre und Freiheit sicher". Und als das Urteil über den armen Fechenbach gefällt worden war, schrieb der „Vorwärts" (Nr. 498 v. 21. 10. 1922): „Von heute ab hat Deutschland seine ‚Dreyfußaffäre'."

„Ein Schreckensurteil", jammerte die galizische „Voss. Ztg." aus dem Hause Ullstein (Nr. 385 v. 21. 10. 1922). Die jüdisch-kommunistische „Neue Zeitung" rief die „ganze zivilisierte Welt" gegen das „Schreckensurteil" auf (Nr. 221 v. 22. 10. 1922). „Ein Urteil, wider das (galizische. D. V.) Rechtsempfinden" überschrieb die „Münch. Post" am 24. Oktober 1922 ihren Klageartikel über das „unheimliche und grausame Urteil" und sagte zum Schluß: „Das Volksgericht München hat in diesem politischen Prozeß ein Urteil gefällt, das dem Rechtsbewußtsein des Volkes zuwiderläuft. Landesverräter sollen bestraft werden nach Gesetz und Gebühr. Aber dieses Urteil stellt alles auf den Kopf, es ist ein Tendenzurteil."

Die jüdisch-hochfinanzielle „Frankf. Ztg." meinte (Nr. 761 v. 25. 10. 1922), das Urteil müsse „Entsetzen hervorrufen". Das sei kein Rechtsverfahren gewesen. Und dann schreibt das Blatt etwas, was jeder Deutsche auswendig lernen sollte: „Es sind Dinge vorgekommen, die jeder als schändlich und ehrlos empfinden wird. Schärfste politische und menschliche Urteile sind am Platz. Ein Gerichtshof aber hat nicht nach moralischem Urteil und nicht nach Empfindungen, sondern nach dem G e s e t z Recht zu sprechen." Das kann doch nur bedeuten: Meinetwegen, ehrlos soll der Fechenbach sein, aber verurteilen dürft ihr den Burschen nicht. Nach Moral dürft ihr nicht urteilen. Nur nach Gesetz, das hat aber nichts mit Moral zu tun (was im Sinne des Talmud durchaus zutrifft). Das alljüdisch-börsianische „Berliner Tageblatt" wütete: „Die wichtigsten Garantien des modernen Strafprozesses sind in diesem Verfahren aufgehoben ..."

Und als der überführte Landesverräter Fechenbach ins Zuchthaus eingeliefert wurde, schrieb der „Vorwärts" unter der Redaktion der Juden Stampfer, Kuttner, Schiff: „Hinter den Opfern (der polnisch-jüdische Spion Gargas wanderte mit dem Lembke gleichfalls ins Zuchthaus, d. V.), einer der s c h ä n d l i c h s t e n J u s t i z-

morde, die die Weltgeschichte kennt, haben sich die Tore des Zuchthauses geschlossen . . ."

Also die gesamte jüdische, kapitalistische und marxistische Weltpresse stellte sich hinter den Mann, der Spionen Nachrichten gegen Geld lieferte, der während der „Friedensverhandlungen" den Feinden Material gegen Deutschland aushändigte und als Sozialist in kapitalistischen Ententezeitungen arbeitete. . . . Auch als der bayerische Justizminister feststellte, Fechenbachs landesverräterische Tätigkeit habe den Eingriff eines neutralen Staates zugunsten Deutschlands unmöglich gemacht, stand die ganze Presse der Novemberdemokratie auf Seiten des Verräters. „Ein Taktfehler", schrieb Georg Bernhard . . .

Und sie hatten alle Ursache, über ein „unheimliches" Urteil zu schreiben, die Herren, denn viele von ihnen empfanden, daß, wenn man das Maß deutscher Volksinteressen an sie, die herrlichen Demokraten und Marxisten legen würde, man sie alle mit dem kleinen Fechenbach zusammen hätte einsperren müssen . . .

Mehr! Der ehemalige bayerische Justizminister Dr. Roth sagte ganz richtig im Bayerischen Landtag: „Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine Verwirrung der Begriffe eingetreten ist, daß niemand mehr zu wissen scheint, was eigentlich den Namen Landesverrat verdient. Wenn im Altertum, im Mittelalter oder in irgendeinem anderen Lande außer in Deutschland bekannt geworden wäre, daß sich eigene Volksgenossen so schwer gegen die Interessen des Vaterlandes vergangen hätten, wie es hier der Fall gewesen ist und zwar zu einer Zeit der allergrößten Not, der schwierigsten außenpolitischen Situation, in der je ein Volk gelebt hat, so würden nicht einige Jahre Zuchthaus, sondern die Todesstrafe verhängt worden sein. Der Landesverratsprozeß hat deutlich enthüllt, daß wir von Verrätern umgeben sind und schon während des Krieges umgeben waren."

Und siehe da: Kaum zwei Jahre waren verflossen, da begnadigt die bayerische Regierung den Landesverräter Felix Fechenbach. . . .

Die Novemberdemokratie hat wieder auf der ganzen Linie gesiegt. Alle Galgenvögel singen ihr jauchzende Hymnen.




GUSTAV BAUER




Der erste wirklich amtierende Reichskanzler der Republik! Ihm müssen wir natürlich mit ganz besonderer Ehrfurcht gegenübertreten, ist es doch klar, daß die Parteien, die nach vieler Mühe und Arbeit endlich zur Macht gelangt waren, einen ihrer Besten zu diesem verantwortungsvollen Amte berufen würden. Jahrzehntelang hatte die Sozialdemokratie über die Unterdrückung der in ihrer Partei vorhandenen Genies gewettert, nun mußte man annehmen, daß die im Laufe der langen Zeiten aufgespeicherten geistigen Energien sich in breitem Strome über den neuen Staat der Freiheit, Schönheit und Würde ergießen müßten. Tatsächlich ergoß sich auch etwas, aber auf die meisten Deutschen wirkte das nicht wie der Ausbruch eines reinigenden Gewitters, sondern wie der Durchbruch einer großen Schlammflut von Korruption, die mit den Namen Barmat und Bauer auf ewig gekennzeichnet ist.

Herr Gustav Bauer führte sich tatsächlich als ein Mann der höchsten Ideale ein. Am 7. Oktober 1919 trat er als frischgebackener Reichskanzler vor die sog. Nationalversammlung und erklärte: „Eine moralische Erkrankung ohnegleichen gilt es in allen Schichten zu bekämpfen, mit allen Mitteln, mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgend ein Ansehen der Person.“ Am 1. März 1922 sagte er als Kläger gegen den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ v. Schilling: „Ich halte es für unehrenhaft und unzulässig, als Volkvertreter Unsauberkeiten zu decken.“ Am 3. März sprach er als Reichsschatzminister im Reichstag: „Unser Bestreben ist, die Schäden, die wir übernommen haben, zu heilen.“ Und der führende Sozialdemokrat Bauer „heilte“ die Schäden, indem er mit Großschiebern Hehlergeschäfte machte. . . .

Herr Gustav Bauer, geboren irgendwo in einem kleinen Winkel Ostpreußens, dann sozialdemokratischer Parteigenosse und Gehilfe in einer Rechtsanwaltskanzlei, konnte scheinbar den Glanz der hohen Würden eines

Reichskanzlers und späteren Reichsschatzministers nicht ganz vertragen; er fühlte, jedenfalls nicht ganz mit Unrecht, daß die Herrlichkeit nicht lange dauern könne. So tat er alles, um wenigstens die sich bietende Gelegenheit beim Schopfe zu fassen und sich für seine alten Tage eine Stange Gold beiseite zu legen. Und wie durch himmlische Fügung wurde Genosse Gustav Bauer bekannt mit der hochwohllöblichen Firma Barmat aus Galizien, welche über Holland einträgliche Fettgeschäfte mit dem Deutschen Reiche „betätigte".

Die Barmats, Großschieber erster Klasse und getreue Genossen der Sozialdemokratie, machten sich an alle Größen der Novemberrepublik heran. Freund und Genosse Heilmann vermittelte alle Bekanntschaften und da konnte es nicht fehlen, daß auch Herr Bauer in engere Beziehungen zu dem gastlichen Hause Barmat trat. Die Barmats betrogen zwar das deutsche Volk nach Strich und Faden, verkauften Fett zu teueren Preisen als es andere Firmen getan hätten, und zwar zu Zeiten, als das deutsche Volk im schwersten Kampf um sein nacktes Dasein stand; aber das machte nichts, die freundlichen Genossen Bauer, Heilmann, Richter und andere freuten sich des Lebens, vermittelten den Barmats große Kredite und schmausten auf Barmats Kosten in feinsten Hotels, machten große Reisen nach Holland und ließen sich dort die teuren Badereisen vom Herrn Vogelsang, Prokuristen des Hauses Barmat, in schönen holländischen Gulden bezahlen.

Herr Bauer schrieb am 2. Mai 1924 an den Präsidenten der Preußischen Staatsbank, daß Direktor Julius Barmat ein zuverlässiger, kreditwürdiger Geschäftsmann und ihm, Gustav Bauer, seit Jahren bekannt sei. Er wäre dem Präsidenten der Bank sehr zu Dank verpflichtet, wenn er dem Freunde Barmat entgegenkommen würde. Und in üblicher Untertänigkeit half man Herrn Barmat natürlich: heute kann sich das deutsche Volk etwa 100 Millionen Goldmark in den Schornstein schreiben, weil die antikapitalistischen Genossen die löbliche Firma aus Galizien so reich mit Geld versehen hatten.

Der Barmatskandal war trotz aller Versuche nicht mehr zurückzudämmen. Es kam zu einem Untersuchungsausschuß und dort wurde denn schließlich auch Herr Bauer als Zeuge vernommen. Am 29. Januar 1925 wurde ihm

die Gewissensfrage gestellt: „Haben Sie jemals von der Firma Barmat irgendwelche Vorteile pekuniärer Art erhalten?" Der Reichskanzler und Reichsschatzminister a. D. trat von einem Fuß auf den andern und sagte dann das Wort: „Nein". Es verging ein Tag, und da konnte man plötzlich in der „Deutschen Zeitung" den Wortlaut des Briefes finden, den ein Angestellter des Hauses Barmat an den ehemaligen Reichskanzler der Novemberrepublik geschrieben hatte. Aus diesem Brief war ersichtlich, daß Herr Bauer von Barmat noch einiges Geld herausschwindeln wollte. Es wurde darin betont, daß er, der Reichskanzler, für die Beschaffung des 6-Milliarden-Kredites keine Zinsen zu erhalten hätte, da ihm schon für diesen Liebesdienst 2000 Dollar ausbezahlt worden wären. Im übrigen wurde der ehemalige Reichsschatzminister zart darauf hingewiesen, daß es ja unzulässig sei, für ihn Devisen zu kaufen, nachdem er solche schon lange habe verkaufen müssen. Und ebenso zart wurde Herrn Bauer erklärt, daß durch seine „Informationen aus authentischen Quellen" Herr Barmat schon erhebliche Verluste aufzuweisen habe. Was doch nur so aufzufassen ist, daß Genosse Bauer als Minister einem Julius Barmat politische Winke gegeben hatte, auf Grund deren Herr Barmat an der Börse spielte! Köstlich wirkt es, wenn der angestellte Prokurist des Hauses Barmat den ersten Reichskanzler der Republik vom November 1918 darauf aufmerksam macht, daß er von Barmat 1000 hfl „außer der Reihe" erhalten habe, woraus wir entnehmen, daß die Minister und Genossen der antikapitalistischen Sozialdemokratie in einer langen Polonaise vor der Kasse des Herrn Barmat angestanden haben, um ihre Geschenke in Empfang zu nehmen . . .

Es wurde dann noch nachgewiesen, daß der Reichskanzler und Reichsschatzminister Bauer veranlaßt hatte, daß die Armeekonservenfabrik Spandau-Haselhorst auf Kredit an die zu diesem Zweck mit einem ganz geringen Papiermarkkapital gegründete Bremer Margarinefabrik, genannt „Brema", verkauft worden war. Den Kaufpreis hatte die „Brema" in der für die damalige Zeit „üblichen Weise" später in entwertetem Papiergeld entrichtet, nachdem sie die Lagerbestände der Armeekonservenfabrik zu Wucherpreisen verkauft hatte. Darauf erfolgte

die Fusionierung zwischen „Brema" und Spandau-Haselhorst; das Kind dieser Ehe nannte sich „Dema". Der geschäftstüchtige Herr Bauer veranlaßte darauf, daß das Reich sich an der „Dema" beteiligte, wobei der Wert der Luftgründung „Brema" ganz besonders hoch veranschlagt wurde. Von der „Dema" erhielt nun der fromme Genosse Bauer eine ganze Anzahl Aktien gratis; ebenso war Barmat, den alle diese Fabriken nichts gekostet hatten, mit reichen Verdiensten beteiligt, während die Barmatsche Fett- und Fleischgesellschaft in Amsterdam das Monopol für die Rohstofflieferung erhielt. Durch diese geschäftstüchtige Handlungsweise des ehemaligen Schreibers eines Rechtsanwaltsbüros verschenkte also das Reich sein eigenes Eigentum und mußte es zu teurem Preise später wieder zurückkaufen.

Diese Schilderungen und der Brief von Barmats Prokuristen an den Genossen Bauer konnten nicht abgeleugnet werden, Herr Bauer hatte also als Zeuge den Untersuchungsausschuß glatt angelogen. Dieser Skandal erregte selbst in den geduldigen Kreisen der Sozialdemokratie ein starkes Schütteln des Kopfes; am 10. Februar 1925 faßte der engere Bezirksvorstand der Berliner Parteiorganisation den Beschluß, daß eine weitere Zugehörigkeit des Genossen Bauer zur Partei eine Unmöglichkeit darstelle. Bauer wurde also ausgeschlossen.

Es vergingen nun weitere scheinbar ruhige Monate, aber jeder, der die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Führung kannte, wußte, daß hinter den Kulissen fieberhaft gearbeitet wurde. Denn Genosse Gustav Bauer wußte selbstverständlich zu viel und hätte sich einen echten schmählichen Hinauswurf nach so vielen Jahren treuester Dienste nicht gefallen lassen. Und die ebenso biederen Genossen wußten ebenfalls sehr genau, was ihnen bevorstand und traten, nachdem der erste Sturm vorüber war, wieder zu einem Schiedsgericht zusammen. Am 30. Juni 1925 fällte dann dieses Ehren- und Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen aus dem Morgenlande und Professors Sinzheimer einstimmig den Beschluß, daß der Ausschluß des lieben Genossen Bauer aus der Partei vollkommen ungerechtfertigt gewesen sei

und daß sein Verhalten durchaus nicht dem § 28 des Statuts widerspreche.

Es ist somit jetzt offiziell festgestellt worden, daß ein führender Genosse der Sozialdemokratie, ein deutscher Reichskanzler der Novemberrepublik, wenn er als Zeuge vor die Volksvertretung tritt und diese anlügt, durchaus nach wie vor ein Führer des arbeitenden Volkes sein kann.

So lebt denn Genosse Bauer ruhig und in Frieden von den Verdiensten, die er um Volk und Vaterland, um „Brema" und „Dema" sich erworben hat und kann sich in Ruhe hinsetzen und von den schönen Erinnerungen aus großer Zeit noch seinen Kindern und Enkeln ein Epos von der Herrlichkeit der Demokratie dichten.




DOKTOR JOSEF WIRTH




1.

Eine der stärksten Säulen der Novemberdemokratie ist ohne Zweifel jenes wandelnde Mirakel, das ebenso beliebt ist in Rom „als treuer Sohn der Kirche", wie im bolschewistischen Moskau als unentwegter Kämpfer gegen die „Reaktion". Zugleich lobpreist man den treuen Katholiken in den galizischen Redaktionen des „Berl. Tageblatt", des „Vorwärts", der „Voss. Ztg.". Mit einem Wort, ein „Führer", wie die „Frankft. Ztg." jenen Vielgeliebten bezeichnete, der einst Deutschlands Reichskanzler war und einen Walter Rathenau seinen Freund nannte. Will man die Erfüllungspolitik ehren, die uns Ruhrbesetzung, Dawesgutachten, Entwaffnungsnote, Locarno, tausend Demütigungen mit Handkuß unsererseits einbrachte, dann muß dem Namen Josef Wirth ein ganz besonderer Ehrenplatz eingeräumt werden.

Leider hat die schwarz-rot-gelbe Presse der Barmatgenossen es unbegreiflicherweise bisher unterlassen, Reden und Taten Josef Wirths unserem Volk in chronologischer Folge vorzulegen. Deshalb wollen wir das Versäumte nachholen und die goldenen Worte des frommen Josef Wirth der unverdienten Vergessenheit entreißen, jenes Zentrumsführers, an dessen Prophetentum einzig und allein nur Bethmann Hollweg heranreicht.

Für die geistige Einstellung dieses „aufrechten Mannes" war schon ein Wort kennzeichnend, das er im Deutschen Reichstag am 2. Juli 1920 von sich gegeben hat; er sprach damals bereits von den „sittlichen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung". Daraus ergibt sich logischerweise, daß die ungeheuren Erpressungen der Entente nicht ein himmelschreiendes Unrecht und eine gemeine Vergewaltigung darstellten, sondern höchstens nur Uebertreibungen an sich gerechtfertigter Forderungen. Dieses indirekte Zugeständnis von Deutschlands „Schuld am Kriege" durch Dr. Wirth zieht sich durch fast alle seine

Kundgebungen hindurch. So sind folgende Sätze seiner Rede zu Essen gar nicht anders zu verstehen (Juni 1921):

„Es wird eine harte Arbeit sein . . ., um das große Ziel (!) zu erreichen, das zu erfüllen, was uns die Feinde aufgebürdet haben. Ich werde von diesem Ziel nicht lassen. Ich weiß nicht, inwieweit wir das Ziel erreichen werden. Aber daß wir es erreichen, wenn wir wollen (!), das ist für mich gewiß."

„Ich erinnere an das Abkommen von Spa. Ich habe damals große Herren gehört, die sagten, wenn das deutsche Volk Spa annimmt, dann wird es nicht mehr bestehen können. Wir haben Spa angenommen und Deutschland ist nicht zerbrochen. Im Gegenteil (es fehlt noch, daß Dr. Wirth den Feinden für das Kohlendiktat Dank sagt. D. V.), es hat sich wieder gehoben. . . . Gewiß hat sich auch die Schuld des Reiches gehoben. Wir haben heute Verpflichtungen von über dreihundert Milliarden. Hat sich aber nicht trotzdem schon in manchen von den Fällen, wo Not und Elend waren, eine gewisse Erleichterung gezeigt? . . . Nicht nur die jetzige Generation, sondern auch die kommende wird arbeiten müssen, um unserem Vaterlande die Freiheit zu gewinnen. . . . Es kann 30 Jahre dauern, bis die große Last abgebürdet ist."

Des Deutschen Reiches Kanzler war also von vornherein bereit, 70 Millionen Deutsche ein ganzes Menschenalter hindurch blutig arbeiten, für die Feinde fronen zu lassen, um das „große Ziel" zu erreichen, die „sittlichen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung" zu erfüllen gegenüber dem Erpresser aus dem Westen. Ein herrlicher Demokrat, der Herr Wirth, ein „Führer", wie die „Frankfurter Ztg." sich ihn nicht besser wünschen konnte. . . .

Aus diesem Geisteszustande sind Wirths sämtliche weitere Reden und Handlungen zu verstehen.

Auf dem Industriellentag im Januar 1922 (unter dem Vorsitz Franz von Mendelssohns) sagte Dr. Wirth freudestrahlend, daß „nach dem schweren Jahr 1921 im Jahre 1922 anscheinend eine Aera (!) der Verständigung folgen" werde. Das „maßgebende (!) Kennzeichen" dafür sei „die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu einer Konferenz geladen habe".

„Auch darin, daß man von der nur politischen Behandlung der in Rede stehenden Frage absehe (!!) und ... sich endlich lediglich (!) auf die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschränke, zeige sich, daß eine Verständigung sich anbahne. Man müsse es dankbar (!!) begrüßen, daß man Deutschland zu einer solchen Konferenz jetzt unter diesen Umständen eingeladen habe." (Bayer. Kurier", 19. Januar 1922.)

Gemeint war die Konferenz zu Genua. Auf dieser Zusammenkunft zeigte sich die gepriesene „Gleichberechtigung" u. a. in dem Brief des französischen Vertreters Barthou an den jüdisch-italienischen Außenminister Schanzer, in dem er Schriftstücke der deutschen Abordnung als „lügnerische Behauptungen" hinstellte („Münch. Augsburger Abendzeitung", 24. April 1922.)

Wirth blieb trotzdem in Genua, um das deutsche Volk würdig zu vertreten, und beschenkte uns unter Führung Rathenaus mit dem bolschewistischen Rapallo-Vertrag. Von den Konzepten zur Antwort an Barthou wurde das mildeste ausgesucht: Verständigungspolitik. Antwort: Ruhreinbruch.

In einer Rede vor der Berliner Presse (unter dem Vorsitz seines jüdischen Busenfreundes Georg Bernhard) schwärmte Wirth folgendermaßen: „Ziel und Richtschnur unserer Politik ist: die Einheit des Vaterlandes ... herüberzuretten in eine Atmosphäre, wo nicht mehr der Gedanke reiner politischer Auswirkung des Sieges, des Hasses und der Zerstörung maßgebend ist, sondern wo der politische Haß wie ein Nebel am Morgen zerstäubt wird durch die aufgehende Sonne, wo die Menschen sich zur Beratung über die großen wirtschaftlichen Probleme und über die Kulturprobleme der Welt wieder an dem Konferenztisch versammeln werden." („Münchn. Ztg.", Nr. 334, 1921.)

Am 1. Januar 1922 bezeichnete Dr. Wirth im börsianischen „Berl. Tagebl.", „das deutsche Wirtschaftsgefüge aufrechtzuerhalten", als die Vorbedingung für seine (des deutschen Volkes) Lebensmöglichkeit.

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922 triumphierte Dr. Wirth: „Dieses Ziel, daß man die Welt wirtschaftlich sehe, und die

Verbreitung der Erkenntnis, daß die Wirtschaft der ganzen Welt die Verständigung der Menschen voraussetzt, dieses Ziel hat Deutschland auf dem Leidenswege von London am 10. Mai bis Cannes erreicht." (!!)

Dann kamen im März 1922 die ungeheuren „Reparationsforderungen". Sie zeigten, daß man gar nicht daran dachte, die Welt „wirtschaftlich zu sehen", sondern, daß man aus Deutschland soviel erpressen wollte, als überhaupt möglich war. (Diese „Wirtschaft" konnte Dr. Wirth doch nicht gemeint haben?!) 50 Millionen Goldmark monatlich, Forderung der Verpfändung deutschen Grund und Bodens, Finanzkontrolle usw. Wie in Spa, wie in London, so duckte sich die Reichsregierung der Novemberdemokratie auch hier. Wir wissen, daß die Finanzkontrolle über uns in einer Form verhängt worden ist, wie sie selbst die Türkei früher nicht gekannt hat. Vor dem Gang nach Genua wies Dr. Wirth im Reichstag nach, was das deutsche Volk an „Reparationen" schon geleistet habe seit der Annahme des Londoner Ultimatums: 1108 Millionen Goldmark in Barleistungen, 420 Millionen Sachleistungen, durch das Clearingverfahren 500 Millionen Goldmark. Ferner die vor dem Ultimatum getätigten Zahlungen. Um mehr zu schaffen, werden dem deutschen Volke neue Steuern auferlegt: Kohlensteuer 40 % (!), Zuckersteuer 50 M. für den Doppelzentner usw. („Münch. Post" v. 27. Jan. 1922.) Schon lange bevor die Konferenz von Genua überhaupt begonnen hatte, schwärmte Dr. Wirth vom „Geist von Genua" (wie Stresemann später vom „Geist von Locarno") und verstand darunter den siegenden Geist der Völkerversöhnung. Jedes Kind weiß heute, daß diese Konferenz uns nichts, rein gar nichts, genützt hat, nur haben, dank dem Rapallovertrag, die Sowjetjuden fast freie Hand in Deutschland bekommen. Sie erhielten die zarische Botschaft geschenkt, man richtete ihnen (d. h. die A. E. G. Rathenaus) einen Flugdienst (mit Schlafkabinen im Flugzeug) nach Moskau ein und ging zu ihnen zu Diners. Warum auch nicht? Hatte doch Dr. Wirth in einer Reichstagsrede im Februar 1922 diese Mörderregierung, die 30 Millionen des russischen Volkes ins Grab gebracht hat, ausdrücklich in die Reihen der „geordneten Staatsverwaltungen" eingereiht („M. N. N." v. 10. Febr. 1922.) Radek-Sobelsohn hat sich da-

für dankbar erwiesen und veranlaßte den USP.-Führer Breitscheid, sich am Versuch, Dr. Wirth zu stürzen, nicht zu beteiligen. („Münch. Ztg." v. 20. Febr. 1922.) Die Stimmenthaltung der Unabhängigen hatte uns damals den Erfüllungskanzler auf lange Zeit weiter „gerettet". Und 1923 erhielt Dr. Wirth von der dankbaren Sowjetregierung Holzkonzessionen in Westrußland.

Trotz des vielgepriesenen Rapallovertrages ist kein Pfund Brot mehr nach Deutschland gekommen, nur einiges gestohlene Gold wurde in Villen für die Sowjetbanditen umgesetzt. Und in Huren und Champagner ...

Aus Genua — wo, wie gesagt, alle deutschen Vertreter offen der Lügenhaftigkeit beschuldigt wurden — schrieb Dr. Wirth einige Karten ins geliebte Vaterland, welche uns den echten Nachfolger des von uns ebenfalls gewürdigten Matthias Erzberger zeigen. Eine davon (an einen Freund in Karlsruhe) lautet: „Hier ist es noch schöner (!) als auf der Dürkheimer Weinversteigerung." („Schwäb. Tagesztg." Nr. 140, 1922.) Vergleiche Barthous Ohrfeige . . .

Nach Genua hielt Dr. Wirth seine große Verteidigungsrede im Reichstag. Er sagte u. a.: „Die Genuakonferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Macht auf der Genuakonferenz erschienen . . . (von innen besehen, waren wir der Prügelknabe. Der Verf.). Wir haben in Genua im Sinne der europäischen Verständigung Politik gemacht. Alle, die es sehen wollten, (aber niemand wollte. D. Verf.), konnten schon (!) in Genua erkennen, daß es uns Ernst ist, uns selbst mit den Nationen Europas zu verständigen, und auch einer Verständigung anderer Nationen, wenn wir dazu gerufen werden (natürlich, w e n n man Dienstbeflissene ruft. D. V.), selbstlos (!) zu dienen." Dann sprach Wirth von Lloyd Georges „Gottesfrieden", der „ebenso groß und erhaben" sei, „wie die Idee der Genuakonferenz selbst" . . .

In Paris wurden — als Wirth sprach — die Finanzverhandlungen der Bankjuden fortgeführt. Wirth sagte darüber: „Diese großen Ziele sind klar zu erkennen, und der Weg dazu, der möglich ist, der der Verständigung, ist mit festem (!!) Schritte zu beschreiten . . . Die Sanktionspolitik fortführen, heißt den Geist von Genua ver-

neinen." („Voss. Ztg.", 30. Mai 1922.) Der feste Schritt der französischen Einbrechertruppen war an der Ruhr freilich zu hören. Aber Wirth war taub auf diesem Ohr.

Nachher begab sich Wirth auf eine große Rednerreise, um seine weltpolitischen Erfolge zu verkünden und den „Geist von Genua" zu preisen (wie Stresemann später den „Geist von Locarno"). So sprachen sein Lehrer Rathenau und er in Stuttgart. Dort hieß es: „Den Fortschritt in den politischen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den früher (!) feindlichen Staaten erkennt man am deutlichsten an der Sprache, die diese führen." (Vergl. den Brief Barthous, die Reden Poincarés, die „Reparations"noten usw.). Die Genueser Konferenz hat gezeigt, daß wir (!) als Vertreter des Reiches politisch wieder Boden unter den Füßen gehabt haben." („Voss. Ztg.", 10. Juni 1922.) Einem Abgesandten der „Voss. Ztg." sagte der Reichskanzler: „Wir werden denselben Weg weitergehen, den wir bisher beschritten haben. Wir werden an Wiedergutmachungen (!!) leisten, was möglich ist. Ueber eine gewisse Grenze werden wir aber nicht hinausgehen können. Wer von uns Unvernünftiges (!) verlangt, der arbeitet am Untergang Europas."

Das Londoner Ultimatum, die „Reparations"diktate vom März 1922, scheinen dem Erfüllungswirth also etwas durchaus Vernünftiges gewesen zu sein.

Da die Genueser Pleite nun durch eine neue Konferenz verschleiert werden sollte, wurde im Haag ein neuer politischer Zirkus gebaut. Darüber sagte Wirth zum Vertreter, der mit Frankreich in Beziehungen stehenden Zeitung des Juden Bernhard: „Wir sind nicht beteiligt (man hatte nämlich Deutschland hinausgeworfen), aber im Interesse Europas hoffen wir, daß sich eine Einigung ergibt, die es Rußland ermöglicht, seinen Wiederaufbau vorzunehmen. Was wir in Genua getan haben, werden wir auch in Zukunft tun: wir wollen uns allen (!) nützlich erweisen, von denen wir annehmen dürfen, daß sie uns wohlwollend gegenüberstehen." („Münch. Ztg." vom 20. Mai 1922, Nr. 138/139.)

Diese lakaienhaften Worte sprach ein Kanzler des Deutschen Reiches!

2.

Wie anfangs gesagt, hatte Wirth es im Januar 1922 als bereits erreicht bezeichnet, daß die Welt nun nicht mehr grausam machtpolitisch, sondern „wirtschaftlich gesehen“ werde. Nach Genua aber hieß es: „Die große Aufgabe (!) der deutschen Politik ist es, die Frage der Reparationen — in Wirklichkeit sind es Kontributionen — allmählich (!) aus dem politischen Hexenkessel in das Reich wirtschaftlicher Erwägungen überzuführen.“ („Voss. Ztg.“, 10. Juni 1922.)

Also eine Selbstdementierung von jener Sorte, wie sie zum guten Ton der Novemberdiplomatie gehören. Das erhöht aber heutzutage die Autorität bei Reichsbanner und Republikvereinen.

Gleich darauf sprach Dr. Wirth über die brennende Anleihefrage.

Bekanntlich liegen alle Sozialdemokraten und ihre Zuhälterparteien vor der internationalen Hochfinanz anbetend auf den Knien. Die Männer, die am 9. November 1918 den Kapitalismus als gestürzt bezeichneten und im Lande auch alle Macht in Händen hielten, haben sie vollkommen — wie von den Drahtziehern gewollt — in die Hände der jüdischen Banken und Börsen gelegt. Jetzt, wo die Erfüllungspolitik Deutschland seit Jahren immer mehr auszehrt, wird das Volk dahin bearbeitet, in großen Anleihen die letzte Hilfe zu erblicken. Daß dies die letzte Schlinge zur Zinsknechtschaft, ewiger Verschuldung bedeutet, wird natürlich verschwiegen. Aus welchem Grunde Dr. Wirth auch immer auf ein Finanzkonsortium sein flehendes Auge richtete, entzieht sich unserer Kenntnis. Sachlich betrachtet, betrieb er jedoch die Politik, wie sie im Interesse der jüdischen Börsenkönige und Volksverführer lag.

Ueber die schon genannte Stuttgarter Rede berichtete die „Voss. Ztg.“: „Zum Schluß streifte der Reichskanzler noch kurz die Anleihefrage. Er stellte mit Befriedigung (!) fest, daß in dem Anleiheausschuß Männer der englischen und amerikanischen Hochfinanz sitzen, die schon im vergangenen Jahre die Unmöglichkeit der Londoner Zahlungsbedingungen erklärt hatten.“ (10. Juni 1922.) Ausschlaggebend waren in diesen Pariser Verhandlungen Morgan und sein Geschäftsführer Cohn, sowie Otto Kahn

aus New-York. Laut Veröffentlichung des New-Yorker Bürgermeisters war Morgan es, der in allererster Linie den Eintritt Amerikas in den Krieg herbeigeführt hatte, und der 1925 verstorbene amerikanische Senator La Follette äußerte 1923, wäre er Präsident gewesen, so wäre Amerika nicht in den Krieg eingetreten, und wenn sämtliche Morgans hätten eingesperrt werden müssen.

Otto Kahn ist ein 1867 zu Mannheim geborener Jude, von dem eine 1918 in London erschienene, von Juden herausgegebene Schrift („Die Juden unter den Leitern der Entente") sagt, er sei einer der Vorkämpfer für die Sache der Alliierten gewesen. Außerdem ist er Ritter der französischen Ehrenlegion und gelobte dem Pariser „Journal" am 1. Juli 1915 den Sieg der Alliierten. Im Dezember 1915 hatte er in New-York öffentlich erklärt, er schäme sich eines jeden Tropfen deutschen Blutes, der in seinen Adern rolle. Ferner bezahlte er die „deutschen" Pazifisten- und Verräterzeitungen in der Schweiz.

Auf diese Sorte von Finanzbanditen hoffte des Deutschen Reiches Kanzler.

Dr. Wirth hat aber noch andere Erfolge zu verzeichnen. Bekanntlich hatte er verkündet, er stehe und falle mit Oberschlesien! Oberschlesien fiel, Dr. Wirth aber blieb stehen. Am 2. August 1921 sprach Dr. Wirth in Bremen: „Mir kommt es nicht darauf an, Illusionen zu wecken, Illusionen haben wir früher genug gehabt im Weltkriege .... Wir haben in den letzten Monaten manche Enttäuschung erlitten, aber eines hat sich doch gezeigt, wir sind nicht Illusionsmänner gewesen (man vergleiche Wirths andere Zugeständnisse. D. Verf.). Wenn man einmal in der Politik eine feste Richtung eingeschlagen hat..., dann muß man doch in der Welt Beachtung finden. Diese Beachtung in der Welt baut sich auf auf deutsche Charakterfestigkeit." Nachdem der charakterfeste Wirth „die Stimmen des Rechts und des Friedens" aus der ganzen Welt gehört haben wollte, erklärte er stolz vom deutschen Volke:

„Ich frage vor aller Welt, haben Sie je ein Volk gesehen, daß solche ungeheure Opfer auf sich nimmt ...?" Jawohl, er hatte recht, so zu fragen, keines hätte so geduldig allen Experimenten standgehalten wie unsere Armee von Micheln. Dann sprach Wirth über Ober-

schlesien: „Wir sehen der Entscheidung mit klaren Augen entgegen . . . in dem Bewußtsein, daß ein Volk, das für sein gutes Recht ficht, niemals untergehen kann (wann Wirth und Genossen gefochten hätten, ist uns unbekannt, es sei denn, daß endloses Unterwerfen heute als ein besonderes Fechtkunststück gilt. D. Verf.). Wir erwarten die Entscheidung und ich sehe nicht ohne Hoffnung in die Zukunft . . . Ich baue auf sie, die uns faires Spiel zugesagt haben" (England). („Berliner Tagebl.", 3. Aug. 1921.)

Die „fairen" Engländer haben Oberschlesien zerreißen lassen, ohne mit der Wimper zu zucken. Dr. Wirth aber hat vor und **nach** Genua im Deutschen Reichstag „Englands Führern" für ihr „Durchhalten auf der Konferenz seinen Dank ausgesprochen. („Voss. Ztg.", 30. Mai 1922.) Und als der Jude Schiffer die Abtretung des durch den Genfer Schmachspruch abgetrennten Oberschlesiens vollzogen hatte, dankte ihm Dr. Wirth und hoffte auf den Dank „sämtlicher (!) Völker Mitteleuropas, ja ganz Europas". Dann sagte er: „Nun ist das Werk vollendet (!!), das der oberschlesischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft das Leben in der Heimat ermöglichen soll." („Vorwärts", 30. Mai 1922.) — Seine Leib- und Magenzeitung aber, das alljüdische „Berl. Tagebl.", empörte sich über Oberschlesier, die Mädchen und Frauen, die mit Franzosen in Gemeinschaft lebten, die Zöpfe abgeschnitten hatten, und schimpfte über die „irregulären Banden", die „sich sträubten" auseinanderzugehen und deutsches Land kampflos an Polen abzutreten. Die deutsche Reichsregierung verordnete ihrerseits eine hohe Strafe für jeden, der mit der Waffe in der Hand angetroffen werden würde. („Berl. Tagebl.", Nr. 307, 14. Juli 1922.) Das war der „Dank des Vaterlandes" an die deutschen Freikorps, die deutsches Land vor den Polen geschützt hatten und von der Reichsregierung selbst gerufen worden waren! Fürwahr, Dr. Wirth war Deutschland gegenüber kein — Illusionspolitiker.

Nach der Pleite vom Haag stand die Londoner Konferenz 1922 in Sicht. Der Mann ohne Illusionen sagte zum Vertreter des „New York Herald", „wenn

die Londoner Konferenz eine Enttäuschung bringe, werde Deutschland sein Arbeitszeug aus der Hand legen und den Mut verlieren." („Berl. Tagebl.", Nr. 349, 8. August 1922.) Bekanntlich wurde auch aus London nichts, und Dr. Wirth, der große Führer und Prophet, erklärte kalt: „Hätte London zu einem vernünftigen Ergebnis geführt, dann stände der Dollar heute nicht auf 1050 Mark, sondern vielmehr auf 400 bis 500, und das Vertrauen in die deutsche Kreditfähigkeit wäre teilweise wiederhergestellt. So aber ist zunächst auch die internationale Anleihe zerschlagen." („M. N. N.", 17. Aug. 1922, Nr. 342.) Hätte, hätte, hätte . . .

Hier ist nun der Finger in d i e große Wunde unseres Lebens zu legen. Als Wirth das Steuer ergriff, kostete der Dollar 61 Mark, Mitte 1922 1600—2000 Mark. Dann folgte die von den Finanzpiraten in- und außerhalb Deutschlands herbeigeführte Inflation. Dr. Wirth hatte „regiert".

Seine Politik führte er aber schließlich selbst ad absurdum. „Welche Folgen dieser Marksturz für Deutschland hat, liegt auf der Hand; weitere (!) Verelendung breiter Volksschichten, Absperrung der nötigsten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren, Ausverkauf der Lagerbestände (!!), Hungersnot, Verzweiflungsausbrüche der Masse, Unterhöhlung jeder Regierungsautorität und speziell für die deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmen der Produktion."

Das alles lag ja tatsächlich klar auf der Hand, aber ebenso klar war es, daß dies alles die unmittelbaren Folgen der Tätigkeit des Dr. Wirth darstellten. Dann fuhr der Reichskanzler ohne Illusion fort: „So zerbricht alles (!) in unseren Händen, was wir politisch, staatlich und sozial geschaffen. (Nanu, was denn „geschaffen" außer Chaos? D. Verf.) haben . . . An mein Ohr dringen die Stimmen aller derer, die durch den Zusammenbruch des Geldwertes gegenüber dem Nichts stehen. (Für die Millionen, die Dr. Wirth zum Teufel wünschten, hatte er kein Trommelfell. D. Verf.). . . . Und was gewinnt Frankreich aus seiner Politik? Es gewinnt nichts, denn es macht Deutschland nur reparationsunfähig. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß naturnotwendig die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgen . . . Von der drit-

ten Stufe der Verelendung, die kommen konnte, will ich nicht sprechen; was dann folgt, ist nicht mehr Gegenstand der Politik, sondern der Geschichtsschreibung."

Diese Worte wurden an die ausländischen Pressevertreter gesprochen. Der Mann, dem es „nicht zweifelhaft" gewesen war, das „große Ziel" (die Befriedigung unserer Feinde) erreichen zu können, der das deutsche Volk dafür dreißig Jahre lang fronen lassen wollte, stand vor dem Chaos. „Es zerbricht alles"; jawohl, alles, was andere gebaut haben, als sie 1870 ein Deutsches Reich erkämpften. Alles war in ein paar Jahren hinausgeworfen worden, was in Jahrzehnten erarbeitet worden war. Das waren die Früchte der Tätigkeit des Dr. Wirth. Er sagte ferner:

„Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges, am Sterbebette eines Volkes zu stehen . . ." („Voss. Ztg.", Nr. 387, 17. Aug. 1922.)

Auf dem Wege zum Sterbebette waren wir also, trotz des genialen Schülers des Matthias Erzberger. Zu jenem Sterbebett, das alle Deutschen Herrn Wirth vorausgesagt hatten, als er in ahnungsloser Anmaßung deutsches Volksvermögen verschleuderte. Die „Verständigung" war aber doch auf dem Marsch. Und zwar so, wie sie die „Frankf. Ztg." herbeiwünschte, welche die „Begründung einer angelsächsischen Weltherrschaft" als eine Entwicklung pries, der wir uns zu freuen hätten. (Nr. 108, 1922.) Die letzte Oelung wurde uns dann in London durch das Dawes-Gutachten verabfolgt. Die Einsargung hat im Oktober 1925 in Locarno begonnen.

Daß wir so weit sind, weiß Dr. Wirth. Wenigstens muß man es aus den Worten schließen, die er an den Korrespondenten des „New York Herald" richtete. Er sagte: „Die Entwertung der Mark sei eine derartige, daß das Ausland die gesamte Industrie für wenige Milliarden Dollar aufkaufen könne." („Bayer. Kurier", Nr. 321, 7. Aug. 1922.)

3.

Wenn man aber damals trotz allem noch glaubte, Dr. Wirth würde angesichts seiner eigenen Geständnisse wenigstens seine Unfähigkeit und sein vollkommenes Fiasko bekennen, so hatte man sich im Charakter dieses Mannes

verrechnet. Er fand sogar am 11. September 1922 noch, daß der Gedanke, die Welt „wirtschaftlich zu sehen", nur noch „mitunter" verdunkelt werde. („M. A. A.", 12. Septemb 1922.) Und am 14. September 1922 erklärte er bereits sein weiteres „Programm":

„Der Weg ist klar. Es ist der Weg, den die Völker nach verlorenen Kriegen gehen müssen. Dieser Weg ist nicht Schlemmerei, dieser Weg ist nicht Vergeudung des Nationalvermögens, es ist nur der Weg der harten Arbeit und, wenn es sein muß, der harten Mehrarbeit aller Schichten. Im Ringen um dieses Ziel muß das ganze Volk hinter uns stehen, das ganze Deutschland soll es sein. Denn es gilt die Zukunft des deutschen Volkes zu retten und im Laufe der Jahre wieder eine Periode deutscher Wohlfahrt herbeizuführen." („M. N. N.", Nr. 387, 15. Sept. 1922.)

Also restlose Versklavung deutscher Arbeitskraft! Ein „klarer" Weg, nichts zu sagen!

Aber während Dr. Wirth nach außen in Ergebenheit zerschmolz, so hatte er doch Mut und Kraft nach einer anderen Richtung: bei Bekämpfung des deutschen Widerstandsgeistes und des völkischen Gedankens. Hier wurden Schutzgesetze gemacht, Ausnahmegerichte eingesetzt, die deutsche Presse geknebelt, nationale Vereinigungen aufgelöst, die Todesstrafe verhängt.

Aber gegen Großdevisenspekulanten und Wucherer wiederum war man weich wie Wachs. Der bayerische Minister Schweyer erklärte offen im Landtag, die Reichsregierung des Dr. Wirth habe den Vorschlag, das Vermögen der überführten Volksausbeuter zu beschlagnahmen, rundweg abgelehnt...

Es war nach allem nicht verwunderlich, daß Dr. Wirth bei unseren äußeren und inneren Feinden großes Vertrauen genoß. Die „Frankf. Ztg." pries seine Politik als die „einzig mögliche", von „Berl. Tagebl.", „Voss. Ztg.", „Vorwärts" usw. gar nicht zu reden.

Als Dr. Wirth nach dem Fall Oberschlesiens zum zweitenmal Reichskanzler wurde, sagte die „Münchener Post", die „Berliner Presse, soweit sie nicht von Ariern geschrieben würde, sei hoch befriedigt". (Nr. 250, 1922.) Und der „Daily Chro-

nicle" brachte einen großen Leitartikel, in dem es hieß: „Eine Widerspenstigkeit von seiten Deutschlands sei niemals wirklich in Frage gekommen, solange Dr. Wirth deutscher Reichskanzler gewesen sei ..." („Deutsche Ztg.", Nr. 251, 3. Juni 1922.)

Also fast alle waren mit Dr. Wirth zufrieden: Die Börsenjuden in- und außerhalb Deutschlands, die Sowjetbanditen in Rußland und anderswo, die Journalisten aller Kaliber, die Wucherer, das Zentrum, die jüdisch geleitete Sozialdemokratie ... Bloß die bösen Völkischen nicht.

Trotz aller dieser Sympathie mußte der gute Wirth im November 1922 nach all seinen Heldentaten in der Versenkung verschwinden.

Als Wirth nach Genua fuhr, lehnte er einen Vertreter der deutschen Landwirtschaft ab und wählte dafür Georg Bernhard von der „Voss. Ztg.", auf dessen Schulter gestützt er sich photographieren ließ (wie damals unwidersprochen gemeldet wurde). Bernhard weinte denn auch seinem Freund mehrere kugelrunde, große Judentränen nach: Er sei „an sich selbst" gestürzt; durch ein „Unenträtselhaftes", und sagte dann: „Meist trat er plötzlich auf den Plan, wie einer, der aus dem Schlaf erwacht; aber der doch scheinbar (!) alles gehört und richtig erfaßt hat, was inzwischen passiert ist." („Voss. Ztg.", 16. Nov. 1922.)

Von diesem Nachtwandler, der nur „scheinbar" — ein böser Hohn von seiten des geschätzten Freundes — alles begriffen hat, wurde das deutsche Volk geleitet und ging ebenfalls wie ein Nachtwandler ahnungslos dem Abgrund entgegen.

Am 11. Januar 1923 marschierte mit dem Willen der Hochfinanz, unter dem Druck des Comité des Forges und der „Marschälle" von Frankreich das französische Heer mit Tanks und schweren Kanonen ins waffenlose Ruhrgebiet ein. Ein Schrei der Empörung über den frechen Rechtsbruch ging damals durch Deutschland. Sogar im Deutschen Reichstag wurde dieser vernommen. Nachrichten über den bevorstehenden Einbruch hatte man schon am 10. Januar. An diesem Tage fand sich der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammen. Vor seiner Tür

aber stolzierte frech und wichtig der Berichterstatter des „Echo de Paris". Anstatt diesen Burschen hinauswerfen zu lassen, wurde er von e i n e m Mann in ein langes intimes Gespräch gezogen. Dieser Patriot war der Reichskanzler a. D. Josef Wirth. („Münchener Ztg." vom 12. Januar 1923.)

Am 18. Februar 1923 fand zu Ulm der Parteitag des frommen Zentrums statt. Dr. Wirth, lebhaft von seinen schwarzroten Gesinnungsgenossen begrüßt, hielt ein stolzes Referat. Das war ganz folgerichtig. Denn getreu seinem Charakter konnte der politisch bankerotte Erfüllungskanzler gleich seinem Herrn und Meister Matthias Erzberger sich nicht freiwillig von der Politik zurückziehen. Wie Matthias nach seinem peinlichen Prozeß eine heilende Wirkung der Zeit abwartete und sich dann vorbereitete, erneut auf dem Schauplatz zu erscheinen, (was unfehlbar geschehen wäre, wenn ein plötzlicher Tod ihn nicht daran gehindert hätte), so hatte auch Josef Wirth sich ein paar Monate zurückgehalten, um dann, als sei nichts geschehen, mit eherner Stirn wieder aufzutreten.

Josef Wirth stellte fest: wenn wir das Londoner Ultimatum nicht angenommen hätten, so wäre — nach Lloyd Georges Meinung, die für Josef Wirth natürlich ausschlaggebend ist — Deutschland „in Stücke gerissen" worden. Den Verlust Oberschlesiens und der Ruhr, Ost- und Westpreußens, Eupens und des Rheinlandes sah Josef Wirth scheinbar nicht als ein In-Stücke-Reißen an. Dann sprach er ein klassisches Wort: „Mit Säbelrasseln und Reden erreicht man nichts, das könnten wir aus der Geschichte vor hundert Jahren lernen." Mit Säbeln können wir allerdings heute nicht rasseln, weil unsere Erfüllungspolitiker sie ja alle ausgeliefert haben. Und wenn Reden nichts hilft, so ist es unverständlich, warum Wirth als erster nicht den Mund hält, denn seine Meisterschaft hat von jeher darin bestanden, das Gegenteil von dem zu prophezeien, was nachher eintrat. Worte wie: „ich bin gewillt, kräftig mitzuarbeiten", muß sich jeder Deutsche von dem abgetakelten Reichskanzler verbitten, namentlich wenn er erklärt:

„Schwer ist es für uns, die Sympathien und das Vertrauen des Auslandes zu gewinnen. Wir werden sie um so eher erringen, wenn die Leute der nationalen Hetze

sich ruhig beiseite stellen. (Großer Beifall der Zentrumsgenossen!) . . . Es müssen Verhandlungen eintreten, ehe es zum Weißbluten kommt."

Schreib dir diese Worte hinter die Ohren, deutscher Michel! Der Mann, unter dem das deutsche Volk zum Weißbluten gebracht, ans Sterbebett geführt wurde, ohne daß uns diese sklavische Erniedrigung die Faustschläge, Reitpeitschen, Vergewaltigungen erspart hätte, dieser Mann redete der neuen „Verständigung" das Wort und wagte noch, vom Schutz vor dem Weißbluten zu sprechen! Wahrhaftig, so lange ein Dr. Wirth inmitten eines Kampfes auf Leben und Tod noch von „nationaler Hetze" ungestraft sprechen darf, wird auch kein Ausländer für uns Achtung und Vertrauen empfinden. Und so lange verdienen wir diese auch nicht!

Gleich nach dem Ausfall gegen die Nationalen und Niederwerfung vor dem Ausland schloß Josef Wirth mit einer Verhimmelung — Walter Rathenaus, empfahl Mehrarbeit, wenn dadurch der „Frieden in Europa" (nicht in Deutschland) erreicht werden könne und sagte endlich: „Wir wollen Verständigung und Versöhnung und sagen Kampf an jeder (!!) Gewalt, wo sie sich regt."

Das konnte alles doch nur bedeuten: Auf dem Bauch vor dem Ausland, Niederknüppelung des deutschen Gedankens . . . Gewalt nach innen. Wirths Rede wurde, wie die „Donau-Wacht" (Nr. 41, 1923) freudestrahlend feststellte, mit „minutenlangem Beifall und Hochrufen" begleitet.

Mit solchen Männern, Parteien und Zeitungen ging das deutsche Volk in das neue Ringen um sein Dasein hinein! Wahnsinnig, verbrecherisch, leichtsinnig, instinktlos und betrogen. Schwärmer, Schwätzer und Lumpen redeten in deutschen Landen und wirkten mit — die einen bewußt, die andern unbewußt — am Zerbrechen auch des neuen Kampfes an der Ruhr. Ein Gehilfe dieser neuen Dolchstößler war Josef Wirth.

Die Novemberdemokraten und Marxisten müssen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Nach diesem neuen Hervortreten bereiste der Unermüdliche mehrmals das heilige Rom und war im heiligen Rußland, allwo er — wie gesagt — an Holzkonzessionen beteiligt ist, die Bankerott machten, deren jüdische Vertre-

ter in Moskau, Lewin und Berdischwew, wegen Bestechung, andere wegen Bestechlichkeit, zu Gefängnis und Tod verurteilt wurden. Auch in Wien und in New York hatte er geheimnisvolle Missionen zu erledigen. Was Josef Wirth im einzelnen hinter den Kulissen der Politik getan hat, wissen wir armen Sterblichen heute noch nicht. Aber soviel ist sicher, daß er sich nicht verändert hat und den alten Kurs steuert: Ergebung vor dem Ausland, Kampf gegen das völkisch-nationale Deutschland. Die Heiligsprechung seitens der schwarzen, goldenen und roten Internationalen ist Josef Wirth sicher. Er hat diese auch wirklich redlich verdient.




DR. WILHELM CUNO




„Der Reichskanzler Cuno ist ohne Frage ein schöner Mann, ein recht kluger Mann, und seine Reden sind meist gut aufgesetzt. Er hat ferner sicher einen guten Willen, aber wenn dieser gute Wille auch, nach einem berühmten Philosophenwort, in der Moral **alles** bedeutet, so ist er in Kunst und Politik nur eine Voraussetzung, sonst aber ein wertloses Ding, wenn er nicht zugleich ein starker Wille ist.

„Solche Gedanken kommen einem kühlblickenden Menschen, wenn er sich die letzte Rede des Reichskanzlers in München vor Augen hält. Cuno sagte, es handle sich heute um Leben und Tod der Nation; das Ziel dieses Kampfes um unser Dasein sei die Freiheit des Staates. Ein gutes Wort; fragt man sich aber, ob die Vorbedingungen zum Siege zielbewußt und rücksichtslos geschaffen würden, so muß man mit einem glatten Nein antworten. Namentlich muß man dies tun, wenn man die Worte desselben Reichskanzlers an die Vertreter des Bayerischen Landtages einer Prüfung unterzieht, wo er sagte, man könne den Abwehrkampf heute nicht führen, ohne sich auf die heutigen Volksvertretungen zu stützen. Es ist uns, als hörten wir den seligen langen Theobald wieder sprechen. Auch er stützte sich so lange auf die „Volksvertretungen" von Scheidemann und Levi, bis diese saubere Gesellschaft der **deutschen** Staatsgewalt eine Waffe nach der anderen aus der Hand schlug und dem Pöbel von 1918 den Weg bereitete.

„Trotz der Novemberverbrecher ist das nationale Empfinden und der völkische Wille im deutschen Volke wieder im Erwachen, die Parlamentarier aller Schattierungen haben gesehen, daß die internationalen Phrasen nicht mehr recht verfangen und spielen jetzt das alte Spiel der Vaterlandsverteidiger. Mit ihnen zusammen rufen jüdische Bankiers ein Halleluja nach dem andern auf das deutsche Vaterland aus, und mit an ihrer Spitze steht

Max Warburg, der Freund und Stützer des Reichskanzlers Cuno. Die Volksvertretungen wissen, warum sie Herrn Dr. Cuno alle Hilfe angedeihen lassen: er ist ein schöner Mann, er ist ein kluger Mann, er hält hübsche Reden, aber er ist — kein Mann.

„Die Beherrscher der Schwatzbude sehen also, wie Anno 1914 das Feld für ihre fruchtbringende Tätigkeit frei und bereisen jetzt das Reich vom Norden zum Süden und vom Osten zum Westen (soweit sie dasselbe noch nicht an Polen und Dänen freundlich abgetreten haben), und machen sich populär durch vaterländische Reden. Das ist billig und schön, bringt Geld ein, erzeugt Händeklatschen und verpflichtet weiter zu nichts. So sehen wir genau dieselbe Entwicklung sich vollziehen wie unter dem berüchtigten Burgfrieden.

„Unterdes reist Herr Levi ins besetzte Gebiet und schimpft über denselben Reichskanzler Cuno, in dessen Einheitsfront er selbst ein führendes Mitglied ist; unterdes hält die vereinigte Sozialdemokratie Parteitage ab, deren Vorsitzender, Otto Wels, erklärte, für die Sozialdemokratie gäbe es keine nationale Einheitsfront; unterdes tagen in Leipzig und Frankfurt bolschewistische Kongresse, auf denen die Klara Zetkin-Zundel rote Fahnen verteilt und blutrünstige Aufrufe gegen das nationale Deutschland verliest; unterdes bilden sich in Sachsen unter dem Schutze der nationalen Einheitsfront die tatkräftigsten Kampftruppen der jüdischen Börse . . .

„Es ist sinnlos, mit sentimentalen und freundlichen Worten Dinge beschönigen zu wollen, die man nicht beschönigen darf. Das deutsche Volk wird einmal frei werden, aber nie und nimmer durch heutige Parlamente und nie und nimmer durch einen Mann, der sich auf diese Parlamente stützt."

Diese Worte wurden geschrieben, als der nach dem Ruhreinbruch ernannte Reichskanzler Cuno seine „Arbeit" begann. („Völk. Beobachter", 24. März 1923.) Von nationaler Seite hat diese Stellungnahme damals heftige Angriffe erfahren. Man wiegte sich wieder einmal in den noch immer „wirtschaftlich eingestellten" Kreisen in der Hoffnung, man könne durch Wirtschaftskämpfe einen politischen Machtwillen niederringen. Zugleich zeigte es sich, daß der Zusammenbruch vom

9. November 1918 über uns gekommen war, ohne daß die sogenannte nationale Seite seine ihn möglich machenden Voraussetzungen begriffen hatte: Auch Cuno behandelte Volksverräter genau nach gleichem Maßstabe wie deutsche Männer! Das Ende mußte deshalb eine Niederlage sein.

Der Verfasser erlaubt sich, im Nachstehenden mehrere weitere Aufsätze aus dem schicksalsschweren Ruhrkampf im Wortlaut wiederzugeben, soweit sie sich mit dem verflossenen Reichskanzler Cuno beschäftigen. Der damalige Kampf geht auch jetzt noch weiter, da die Stresemänner selbst heute nicht begriffen haben, um was es sich handelt, oder wenn sie es doch ahnen sollten, ihnen der Mut fehlt, die einzig möglichen Folgerungen zu ziehen.

Am 4. April 1923 hieß es im „Völk. Beobachter":

Daß der Widerstand nicht des deutschen Volkes, sondern der sogenannten deutschen Reichsregierung zu Ende geht, ist jedem klar, der seinen Kopf nicht in den Sand stecken oder sich aus Feigheit der Einsicht in die nackten Tatsachen nicht bewußt werden will.

Als Cuno sein Amt antrat, haben wir uns ihm gegenüber Zurückhaltung auferlegt, wenn wir auch wußten, daß er aus dem Dunstkreis der Ballin—Warburg kam. Da aber immerhin Gründe vorlagen, in ihm wenigstens einen Versuch zur nationalen Politik zu sehen, forderten wir ihn dazu auf, ohne zunächst in scharfe Kritik zu verfallen. Aber sehr bald stellte sich heraus, daß kostbare Zeit ebenso verstrich, als säßen die Wirth—Rathenau im Amte. Und es war und ist ja auch so!

Möglich, daß Cuno seinen Worten noch geglaubt hat, als er von „unbeugsamem Widerstande" sprach und sein: „Hinweg mit dem Geschwätz von Verhandlungen" ausrief. Aber wenn man die anderen Stellen seiner „großen" Reichstagsrede las und erfuhr, daß die Rede im Einvernehmen mit den Cohns und Levis verfaßt worden war, so spürte man schon die Leichenwürmer an der Arbeit.

Dann kam Cuno nach München und stellte fest, jede Verhandlung sei ausgeschlossen, ehe die Franzosen nicht das Ruhrgebiet geräumt hätten. Sofort fielen die vereinigten Marxisten ihm in den Rücken und forderten Verhandlungen ohne diese Bedingung. Ueber den Kopf der

Reichsregierung hinweg riefen sie eine internationale Marxistenkonferenz in Berlin zusammen.

Belgien und Frankreich waren durch je einen Juden vertreten: das erste durch Huysmans, das andere durch den „deutschen" Deserteur Grumbach. „Deutscherseits" verhandelten Scheidemann, der unverdorrte, schon 1917 in Stockholm über beide Ohren barbierte Freund der Parvus, Sklarz und Genossen; Hermann Müller, der Unterzeichner des Versailler Schandstückes; Otto Wels, der nach Friedensschluß in Genf noch Deutschlands „Schuld am Weltkriege" verkündete; Crispien, der kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt; die Hebräer Stampfer und Schiff vom „Vorwärts"; der österreichische Jude Hilferding; Monsieur Breitscheid, der kürzlich verräterische Reden und Aufsätze verfaßte . . . Also die Brüder waren alle beisammen, denen wir den 9. November und seine Folgen verdanken.

„Deutscherseits" versprach man wie immer „Erfüllung der Reparationspflichten" und Verhandlungsbereitschaft, ohne als Bedingung die Räumung des Ruhrgebietes zu verlangen. Die Folgen waren die Erklärungen des Außenministers v. Rosenberg, in denen von dem Kanzlerwort: „Jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konfliktes muß von der vorbehaltlosen (!) Räumung des Ruhrgebietes ausgehen", n i c h t s mehr zu spüren war. Man hatte vor den Verrätern kapituliert . . .

Die Franzosen und Belgier aber fuhren nach Hause und der belgische Marxist Wauters verkündete im „Peuple", die Besetzung deutscher Gebiete gehe „ohne jede Brutalität" vor sich. Es sei aber notwendig, „die Sicherheit Frankreichs und Belgiens zu garantieren."

Die Erläuterung zu diesen Anschauungen waren die toten deutschen Arbeiter in Essen. Der „Vorwärts" aber forderte in derselben Ausgabe, in der er über die viehischen Morde berichtete, Verhandlungen . . .

Jedes andere Volk würde angesichts dieses Volksverrates, dieser Niedertracht und Gemeinheit seine Betrüger aus ihren Wohnungen, Büros und Parteilokalen heraus auf die Straße zerren. Nur das deutsche sieht fassungslos zu und b e g r e i f t noch nicht einmal, daß es systematisch weiterbetrogen und ausgeliefert wird, und daß

seine Regierung nicht die Kraft besitzt, mit den Burschen kurzen Prozeß zu machen.

Zur gleichen Zeit aber, da die Marxistenführer vor den Brüsseler und Pariser Juden auf dem Bauch liegen, entwickelt ihr Genosse Severing eine große Energie in der Verfolgung der nationalen Verbände. Der deutschen, nicht etwa der alljüdisch-zionistischen, der tschechischen, der polnischen usw. Alles, was gegen die Schmach Kräfte sammeln möchte, wird „gesetzmäßig" durchsucht, verhaftet, auseinandergetrieben. Das weiß jedes deutsche Kind, aber der „Vorwärts" findet es für gut, uns folgendes vorzulügen (Nr. 150): „Vor allem darf man nicht außer acht lassen, daß es sich bei diesen proletarischen Schutzorganisationen in Sachsen um waffenlose Gemeinschaften handelt." Das sahen wir in den Aufständen 1919 und 1920. Selbstverständlich ist es, daß auch das alljüdische Börsenblatt, die „Frankf. Ztg.", ihre besten Truppen in Schutz nimmt und, gleich dem „Vorwärts", die Harmlosigkeit der „waffenlosen Gemeinschaften" „bestätigt" (Nr. 237).

Herr Cuno tut nichts, gar nichts dagegen. General v. Seeckt aber hält es sogar für angebracht, die Reichswehr nicht etwa vor kommunistischen Spitzeln, sondern vor den völkischen Nationalsozialisten zu warnen und Verfolgung anzudrohen.

Also, wohin man auch blickt, Verrat oder Unfähigkeit und Schwäche. Schöne Reden, Empfänge, Geschwätz, Autofahren, In-die-Brust-Werfen einerseits, Verhandeln mit Levis, Verschlucken aller frechen Anpöbelungen Deutschlands andererseits.

Das alte Bild von Bethmann Hollweg über Wirth bis Cuno!

Blücher schrieb 1813 an seine Frau, das deutsche Volk müsse befreit werden. Und wenn die Könige nicht mittäten, würde man sie einfach absetzen.

Bismarck erklärte den Staatsmann für einen Hundsfott, der das Vaterland nicht rette auch gegen alle Majoritäten.

Heute würde Severing solche Männer durch den Staatsgerichtshof ins Zuchthaus setzen lassen.

Und Cuno würde zusehen.

Und v. Rosenberg würde verhandeln.

Und Deutschland würde untergehen.

Die Frage steht heute so: Ist das deutsche Volk so hündisch in seinem Fühlen und Denken geworden, sich *alles* bieten zu lassen, oder nicht?

Die nächste Zeit wird die Antwort darauf geben, und niemand wird mehr ausweichen können. Auch Sie nicht, Herr Reichskanzler ..."

*

Am 27. April 1923 schrieb der Verfasser:

„Es ist gerade jetzt die höchste Zeit, den Reichskanzler Cuno an seine eigenen Worte zu erinnern. Er sagte am 6. März im deutschen Reichstage, nachdem er über frühere Angebote Deutschlands an Frankreich gesprochen hatte, erklärt:

„All das wurde nicht gehört. Heute ist der Grund offenkundig. Die Ruhrbesetzung war schon früher beschlossene Tatsache. *Das französische Gelbbuch und das englische Blaubuch zeigen klar, daß kein deutscher Vorschlag imstande gewesen wäre, Herrn Poincaré von dem Einmarsch zurückzuhalten.*"

Mit diesen Worten wird der gesamten Politik der Herren Wirth und Rathenau eine schallende Ohrfeige versetzt und die Erfüllungspolitik als Verbrechen hingestellt. Und Cuno zieht auch die Konsequenzen. Er sagt weiter:

„Vor sieben Wochen sagte ich hier, daß es sich im Wesen der französischen Aktion, der wir gegenüberstehen, nicht um Reparation handle, sondern um jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist: die Zerstörung Deutschlands."

Und dann sagte der Kanzler: „Der Kampf geht darum, ob Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands anerkennt oder ob es weiter auf seiner Politik der Diktatur besteht. *Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen, mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern an die französische Adresse zu richten wären.* Ein Angebot zu machen, ist nicht an uns. Die Regierung wird keine Unterschriften leisten, deren Erfüllung unmöglich ist und keiner Regelung zustimmen, die das Rheinland oder Ruhrgebiet oder andere, widerrechtlich besetzte Gebiete im

Stich läßt, oder den von Gewalttaten betroffenen Deutschen nicht den Weg der Freiheit und der Heimat freigibt. Will Frankreich die Kapitulation, so hat Deutschland den unerschütterlichen Willen, nicht zu kapitulieren."

Diese Rede des deutschen Reichskanzlers ist so unzweideutig wie nur möglich.

Ein paar Wochen darauf war Reichskanzler Cuno, von unseren sogenannten nationalen Blättern begeistert empfangen, in München. Auf dieser Reise sprach Reichskanzler Cuno „vom ungebrochenen Willen" des deutschen Volkes; vom Willen, mit den Franzosen, die das Ruhr- und Rheingebiet und die Zerstörung Deutschlands wollen, niemals zu verhandeln. Er versprach ferner, nicht müde zu werden, den Vertrag von Versailles als ein „großes Unrecht" zu kennzeichnen, und dann sagte er:

„Nichts vermag die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß der französische Einbruch rechtswidrig erfolgt ist. Jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts muß daher von der vorbehaltlosen Räumung des Ruhrgebietes ausgehen."

Diese Worte sind noch deutlicher als die Worte im Reichstage, und auf Grund dieser Worte wurde der Reichskanzler Cuno in München und den anderen Teilen des Südens von verblendeten Nationalen als „der starke Mann", als „der Kanzler des Widerstandes", als „der Heros des unbeugsamen Nein" gepriesen. Wir sind die einzigen gewesen, welche wieder einmal aus der Reihe traten und von Kanzlersprüchen sprachen. Nicht aus Uebelwollen, sondern aus der nüchternen Erkenntnis, daß zum Halten solcher Worte, wie der Kanzler sie gesprochen hat, gewisse Voraussetzungen gehören, die er nicht erfüllte.

Wenn ein deutscher Reichskanzler erklärt, erst dann verhandeln zu wollen, wenn das gesamte Ruhrgebiet ohne jeden Vorbehalt von den Franzosen geräumt worden ist, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht, alle diejenigen Elemente in Deutschland, welche sich diesem, als deutschem Volkswillen bekundeten Ausspruch nicht fügen wollen, mit rücksichtsloser Hand auszurotten! Hat man erkannt, daß Frankreichs Ziel nicht „Reparationen" sind, sondern Deutschlands Vernichtung, dann hat man alle Lügenmäuler, welche Deutschland heute wieder einschläfern wollen,

mit brutaler Gewalt niederzuschlagen! Nichts von dem hat Cuno vor, viel weniger nach seiner Rede getan.

Vor den Augen des sogenannten „starken Mannes“ steht ein politischer . . . . . ., wie Gustav Stresemann, auf und erklärt mit einer an Dr. Wirth und Rathenau anmutenden Freigebigkeit, einige Milliarden mehr oder weniger spielten keine Rolle, man müsse auf Grund der Curzonschen Rede in Verhandlungen eintreten. Und das ganze Haus jubelt, die ganze Judenpresse ist voller Entzücken und wiederum wird dank der Schwäche des neuen Bethmann Hollweg der Dolch geschliffen, der bald den Kämpfern an der Ruhr im Rücken sitzen wird.

Jetzt fragen wir Sie, Herr Reichskanzler: Wie decken sich diese neuen Verhandlungen, diese neuen Fühler mit den Einsichten und den Worten, die Sie am 6. März und am 22. März gesprochen haben? Die Ruhr ist besetzt, eine Stadt nach der andern ist unter französische Herrschaft gekommen, ganze Orte des badischen Landes stehen unter französischem Kolben, der Kampf entwickelt sich immer mehr als politischer Machtkampf und nicht als ein Wirtschaftskrieg, wie Sie ja selbst auch gesagt haben. Und trotzdem haben Verräter freie Hand im Deutschen Reiche! Im deutschfühlenden Teil des deutschen Volkes aber entsteht die Frage: Hat der deutsche Reichskanzler Cuno gelogen? Und wenn ja, w a n n hat er gelogen: als er in München sprach, oder als er in Berlin handeln ließ?“

Am 2. Mai 1923 folgte dann das traurige Angebot Cunos, auf welches sich später Stresemann bei der Verteidigung seines sogenannten Sicherheitspaktes berief. Cuno sicherte Frankreich seine „Rechte“, versicherte, auf hundert Jahre keine Bewaffnung des Rheinlandes zuzulassen, versprach alle nur gewünschten „Garantien“, die „gesamte deutsche Wirtschaft“. Das Anerbieten wurde höhnisch zurückgewiesen. Aber anstatt dem ganzen Volk, welches sich nach einem F ü h r e r sehnte, einen solchen zu geben, ließ man dem Hochverrat in diesem selben Volke freie Hand. Bis dann die Kapitulationsrede Cunos kam. Darüber schrieb der Verfasser am 10. August 1923 im „Völk. Beobachter“:

„Am 8. August hat im Reichstag etwas stattgefunden, was die Parlamentarier als einen „großen“ Tag zu bezeichnen belieben. An der Spitze stand die Rede des

Reichskanzlers Cuno, des Mannes, auf den seit Monaten, nicht abgeschreckt durch alle Widersprüche zwischen den schönen Worten und Taten, das gesamte sogenannte Bürgertum andachtsvoll emporblickt.

Es ist nach dieser Rede über die Unfähigkeit des deutschen Reichskanzlers, das Wesen der heutigen Sachlage zu erfassen und die einzig möglichen Folgerungen daraus zu ziehen, kein Zweifel mehr möglich. Nachdem er einleitend über das Wesen des französischen Einbruches sich lang und breit ergangen hatte, sprach er von der englischen Hilfe, auf welche ja die ganze deutsche Politik seit acht Monaten eingestellt war, und da erklärt er uns, daß kein Anlaß zu großen Hoffnungen vorliege, daß wir uns von Illusionen frei wissen, daß wir keinen Glauben an Wunder predigen könnten, sondern nur den Glauben an uns selber. Diese Worte sind eine ganze Reihe von Jahren zu spät gesprochen worden und bedeuten heute leider nichts weiter, als eine schallende Ohrfeige an sämtliche Parlamentarier, die dem deutschen Reichskanzler gegenüber saßen. Das Wesen der Politik der Scheidemänner war es ja, schon während des Krieges die Hoffnung auf den französischen Verständigungswillen, auf den demokratischen Gedanken der großen Republik zu setzen, oder auf die wirtschaftliche Einsicht der Ententeleiter.

Aus diesen richtigen, aber verspäteten Worten hat der deutsche Reichskanzler aber nicht die Konsequenzen gezogen, sondern sagte zu gleicher Zeit Dinge, die ebenso aus dem Munde eines Walter Rathenau oder Wirth hätten kommen können. Er sagte nämlich, daß die „wirtschaftliche Vernunft und der Sinn für Gerechtigkeit" sich endlich auch im Auslande durchsetzen würden. Damit hat er wieder, nachdem er selbst den reinen machtpolitischen Willen unserer Feinde dargestellt hatte, die Hoffnung auf eine „wirtschaftliche Vernunft" ausgesprochen, die allerdings existiert, aber in ganz anderem Sinne, als der deutsche Reichstag zu glauben vorgibt: nämlich die wirtschaftliche Vernunft der Ententestaaten, der jüdisch-internationalen Hochfinanz besteht ja darin, einen Staat nach dem anderen in finanzielle Abhängigkeit, in absolute Zinsknechtschaft zu bringen! Zu diesem Zwecke verhelfen so-

wohl Kriege wie Revolutionen, politische und Hungerblockaden; heute an die sogen. „wirtschaftliche Vernunft" der internationalen Hochfinanz zu appellieren, ist genau so, als wenn ein Reh die Klugheit eines Löwen anrufen wollte. Und was den „Sinn für Gerechtigkeit" betrifft, so ist nie mehr davon die Rede gewesen, und nie ist er skrupelloser mit Füßen getreten worden, als in dieser Gegenwart, da nur Spekulation, hemmungsloser Machttrieb und Zerstörungswille die Politik der Staaten leiten. Diese Worte des Wirtschaftskanzlers müssen ein- für allemal festgenagelt werden als eines jener traurigen Symptome einer fortschreitenden Paralyse des Denkens, wie sie alle Parlamentskreise heute beherrscht.

Nach diesen Worten wandte sich der Kanzler an seine politischen Gegner im Parlament und macht das, was wir von vornherein prophezeiten: er bekundet den Parlamentariern, daß sie sicher eine — gute Gesinnung hätten. Indem er von der Propaganda über die Verhandlungen mit Frankreich spricht, erklärt er, ein Gedanke könne irrig sein und er könne deshalb doch keiner schlechten Gesinnung entspringen.

Wie werden sich die Georg Bernhards und die Friedrich Wilhelm Foersters über solche anerkennenden Worte ihrer gütigen Gesinnung freuen, und wie freudig wird sich Helmut von Gerlach die Hände reiben, wenn es dies zu lesen bekommt. Das beste ist aber gleich darauf die Erklärung Cunos, daß die Welt sicher wisse, daß wir „bereit wären, dem französischen Prestige Rechnung zu tragen, wenn Frankreich verzichtete, uns Demütigungen nur um der Demütigungen willen aufzuerlegen." Dieser Wortlaut kann doch nur so aufgefaßt werden, Demütigungen auf uns zu nehmen, wenn damit dem französischen Machtwillen als solchem Rechnung getragen würde, und daß wir nur dagegen opponierten, wenn uns die Peitsche nur um der Peitsche willen über den Rücken geschlagen würde. Und da erklärt Dr. Cuno pathetisch: „Aber was wir nicht können und nicht wollen, ist, Deutschland preiszugeben und die Volksgenossen zu verraten."

Diese Worte sind tatsächlich so ziemlich der Höhepunkt dessen, was sich ein deutscher Reichskanzler geleistet hat.

Tag für Tag zieht der Verrat durch deutsches Land. Eine marxistische Zeitung nach der anderen denunziert angebliche Waffenlager an die Franzosen. Die Behörden des Herrn Severing verhaften deutsche Männer, die den Widerstand an der Ruhr stärken wollen; hochverräterische deutschfeindliche Truppen der Weltrevolution exerzieren in ganz Sachsen. Der bolschewistische Ministerpräsident dieses Freistaates hält Reden, in denen er die Aufgabe des passiven Widerstandes fordert. Seine Kollegen selbst setzen sich für blutigen Klassenkampf und Bürgerkrieg ein. Der Reichstagsabgeordnete Levi spricht im besetzten Gebiet unter französischem Schutz von der Berechtigung des französischen Einmarsches. In Stuttgart erscheint eine deutsche Zeitung, in der zu einem Volksopfer für die Franzosen aufgefordert wird und die Berechtigung der Franzosenforderungen Monat für Monat, Woche für Woche, Tag für Tag vertreten wird. Diese Verrätereien wiederholen sich seit sechs Monaten, ohne daß der Reichskanzler auch nur einen Finger ernstlich dagegen gerührt hätte. Es ist eine billige Behauptung, zu erklären, das deutsche Land selbst nicht zu verraten, dagegen aber zuzulassen, daß hochverräterische Persönlichkeiten und Parteien dies Stunde für Stunde tun. Und wenn Dr. Cuno erklärt, den passiven Widerstand nicht aufzugeben, so ist das nur eine Hinwegtäuschung über die schwere Lage, in der das deutsche Volk heute steht. Nämlich, daß sein Verzweiflungskampf an der Ruhr mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut wieder umsonst sein wird, und umsonst sein muß, wenn die Verräterparteien im Rücken weiterhin frei arbeiten können.

In der Besprechung der Folgen einer Aufgabe des passiven Widerstandes erklärt Dr. Cuno, daß dann die deutsche Bevölkerung der „systematischen Ausbeutung durch das französische Kapital" überlassen sein würde. Hier wäre Anlaß für den deutschen Reichskanzler, zu erklären, daß die gesamte französische Armee nichts anderes darstellt, als ein Kulitruppe eines Kapitals, das zu Neunzehnteln sich zwar in Händen französischer Staatsbürger befindet, von denen aber 80 Prozent nicht Franzosen sind, sondern Juden. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Dr. Cuno erklärt hätte, daß die gesamte Finanzverwaltung

Frankreichs sich heute unter der Kontrolle dreier französischer Parlamentarier abspielt, und das sind Lucien Klotz, Herr Bokanowsky und Léon Blum, alle drei waschechte Hebräer. Er hätte ferner darlegen müssen, daß Maurice und Edmond Rothschild die ständigen Kontrolleure Frankreichs sind, daß Thalmann der Ratgeber des Marschalls Foch ist, daß Herr Aaron als Finanzsachverständiger im Ruhrgebiet gilt, und daß die französische Presse diese jüdischen Börsenmanöver der Armee der Republik Rothschild zu vertreten hat. Da sitzt im „Matin" der Herr Forest, eigentlich Nathan; im „Echo de Paris" Herr Marcell Hutin, eigentlich Hirsch; und da sind in der „Humanité" die Longuet (der Großsohn von Karl Marx) und eine unübersehbare Reihe von Pressehebräern. Und an der Spitze steht der Dreivierteljude Millerand als Präsident, der Sohn der Melanie Kahn und der Neffe des Angestellten einer Pariser Synagoge, Ephraim Kahn, welcher den kleinen Alexander Millerand im treuen Talmudstudium erzogen hat. Wenn Herr Cuno diese Hintergründe des „französischen Großkapitals" erläutert hätte, dann wäre auch ein eigentümliches Licht auf gewisse Kreise des „deutschen" Parlaments und der „deutschen" Presse gefallen, welche für eine „Verständigung" mit Frankreich eintreten, und denen der Reichskanzler so ausdrücklich eine — gute Gesinnung zuschreibt.

Und derselbe Kanzler, welcher erklärt, von Vaterlandsliebe allein geleitet, sein Amt zu verwalten, spricht: „Es gilt, den gewaltlosen passiven Widerstand, frei von sinnlosen Gewalttaten und frei von verbrecherischen (!) Anschlägen mit aller Kraft fortzusetzen." Passiver Widerstand mit aller Kraft ist wohl die Höhe des Unsinns, wozu sich ein rückgratloser Parlamentarier versteigen kann. Selbst wenn Dr. Cuno die deutsche tatkräftige Abwehr als nicht zweckmäßig ansehen sollte, diese Taten vor versammeltem Reichstag noch ausdrücklich als verbrecherische Anschläge zu bezeichnen, ist ein Zeichen von nationaler Würdelosigkeit, die an die Tage der Rathenau—Wirth erinnert. Das ist der „Kanzler des Widerstandes".

Der Reichskanzler notierte dann das Rezept, nach dem das Schwindsuchtsfieber unserer Währung unter

wirkungsvollem Geräusch bekämpft und die arme Reichsmark schmerzlos ins bessere Jenseits befördert werden soll.

Vor allem hob er hervor, daß auch „die ruhig Denkenden" anläßlich der Börsenvorgänge der letzten Tage schwere Zweifel an einer Ausgleichsmöglichkeit hegten. Sohin hätten die „unruhig Denkenden" (und sollten wir den Vorzug haben, uns zu diesen zu zählen . . .?) den „Ausgleich" längst für unmöglich gehalten . . .

Aber gleich darauf gibt Herr Cuno zu, daß „der Einheitskurs des Dollar auf die Dauer nicht zu halten" war, ebenso wenig zu halten, wie jeder Zwangseingriff in den Devisenverkehr: weil er sich nur auf deutsche Börsenplätze beschränken kann, während die Mark in der ganzen Welt gehandelt wird.

Schau einer an . . . Warum hat man denn dann seinerzeit offiziell die ewige Dauer der Stützungsaktion prophezeit, warum versucht man immer wieder mit halben Polizeimaßnahmen zwangsläufige Verfügungen durchzuquetschen? Warum vor allem sind die Kriegsverordnungen, welche während vier Jahren mit großer Wirksamkeit aufrechterhalten wurden — während einer Zeit, wo auch eine „Beschränkung auf deutsche Börsenplätze" vorlag —, nicht auch jetzt gut genug? Zu einer Zeit gut genug, die den verkappten Kriegszustand und die schiedlich-friedliche Wirtschaftsfreiheit mit unerhörter Dreistigkeit gegeneinander ausspielt?

Und nun das beste: „Wer Dollar spekulativ kauft oder zurückhält, handelt vaterlandsverräterisch und trägt die schwere Schuld der Mitverantwortung." Wenn der kleine Mann sich also ein paar ausländische Noten zu Sparzwecken zurücklegt (womit könnte er heute sonst noch sparen?), handelt er vaterlandsverräterisch; wenn die Regierung alle kurzgedachten Gegenmaßnahmen gegen Schwarze Börse, Freiverkehr, Ueberforderung usf. mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt, ist das finanztechnische Klugheit. . . .

Wertbeständige Anleihe, wertbeständige Steuern, Förderung der Wirtschaft: das soll nach Herrn Cunos Mittwochrede die dreigeteilte Zauberformel sein, mit der das bittere Ende beschworen werde.

Die Anleihe wird „Verhaftung des gesamten deutschen Privatvermögens" als „Sicherheit" für dieselbe mit

sich bringen. Fragt sich nur, an wen diese „Verhaftung" erfolgen soll. Wohl an die Macht, von der Cuno selbst sagte, daß ihre Vollzugsorgane Gewehr bei Fuß an Ruhr und Rhein stehen. . . .

Ueber dem Vorschlag der wertbeständigen Steuergesetze aber steht in flammender Schrift: Zu spät, . . . viel zu spät. . . .

In der weiteren Auseinandersetzung machte dann der Reichskanzler ein Geständnis, welches wir als eine grundsätzliche Mißverkennung der gesamten Politik der Gegenwart anerkennen müssen. Er sagte nämlich: „Endgültige Heilung unserer Finanzen und unserer Währung ist freilich überhaupt erst dann möglich, wenn unsere politische Lage geklärt und die Reparationsfrage in erträglichem Sinne geregelt ist. Das haben mir ausländische Sachverständige, das haben mir selbst unsere Gläubigerstaaten bescheinigt." Daß diese das getan haben, können wir verstehen, denn in ihrem Interesse liegt es ja gerade, das deutsche Volk in dem verhängnisvollen Irrtume zu erhalten. Die außenpolitische Lage ist „geklärt" genug, und Cuno hat es selbst in dieser Rede deutlich gesagt: Vollständiger Vernichtungswille seitens der Republik Rothschild und Zulassung dieses Vernichtungswillens seitens der Börse von London. (Er sagte es zwar in anderer Sprache als wir, aber doch dasselbe.) Und wenn er zugleich erklärt, daß wir nur auf unsere innere Kraft angewiesen sind, so würde daraus für jeden klar Denkenden folgen, daß eben diese eigene Kraft nur aus einer inneren politisch klaren Lage entstehen kann, d. h. daß an einem Verteidigungskampf des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden es eben im Deutschen Reiche kein anderes Interesse geben darf, als das deutsche.

Und die Folgerung daraus wäre, daß jede Empörung gegen die unbedingte nationale Verteidigung mit dem Ziele der Befreiung der besetzten Lande rücksichtslos mit blanker Waffe niedergehalten werden würde. Aber wir erleben im Verlaufe derselben Rede, daß der deutsche Reichskanzler, während er erklärte, nur für das Wohl des deutschen Vaterlandes zu arbeiten, fortlaufend von Kommunisten, also einer Partei, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, ununterbrochen beschimpft wurde, ohne daß die Herren sofort auf Nimmerwiedersehen hinaus-

geworfen worden wären. Das A und O einer deutschen Rettung liegt in einer grundsätzlichen innerpolitischen Auseinandersetzung, in dem Machtkampf, um den wir ja doch nicht herumkommen, weil der Hochverrat sich Tag für Tag politisch organisiert, und dem wir durch blasse Redensarten glauben entgehen zu können.

Und wenn der deutsche Reichskanzler zum Schlusse die Staatsgesinnung des deutschen Volkes anruft, so hätte er sagen müssen, welche Staatsgesinnung er eigentlich meint. Eine Gesinnung, welche den deutschen Staat will, eine, welche die Herrschaft des jüdischen Bankkapitals über diesen Staat vertritt, oder eine ganz offen hochverräterische einer Partei, welche erklärt, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt. In dieser unseligen Verblendung führte einmal Bethmann Hollweg das deutsche Volk zum Abgrund; in dieser Gesinnung hat ein Dr. Wirth alle deutschen Reichtümer den Franzosen in die Hände gegeben, und in dieser Gesinnung, welche aus Angst vor den erklärten Feinden des deutschen Volkes die Vertreter des völkischen Gedankens mundtot machen und ihre Organisationen auflösen läßt, — genau dieselbe Organisation, welche der General Degoutte im Ruhrgebiet — verbietet, spricht aus dem deutschen Reichskanzler, der erklärt, daß die extrem nationalistischen Bestrebungen ebenso zu verwerfen seien, wie die kommunistischen.

Ein einziges Mal erhebt Dr. Cuno die Stimme zu einer Drohung, und das ist nahe am Schlusse seiner Erklärung, er würde gegen jede Unruhe, ganz gleich, von welcher Seite sie auch kommen würde, mit aller Kraft vorgehen, um „zu zeigen, daß die Republik stark genug sei, sich zu schützen": hier macht er sich noch zu allem Ueberfluß lächerlich. Von einer starken Regierung, die sich selbst schützen kann, in einem Augenblick zu sprechen, da er das deutsche Volk wehrlos den Bajonetten und Reitpeitschen unserer Feinde ausgeliefert sieht, ist wohl das schlimmste. Man braucht kein Schwarzseher zu sein, um zu wissen, daß mit einem solchen Reichskanzler an der Spitze ein jeder Widerstand vollständig zwecklos ist, daß über kurz oder lang der Ansturm des Bolschewismus sich erheben wird, und daß, wenn Deutschland einmal gerettet werden soll, es nicht mit diesem Reichskanzler, sondern

nur gegen ihn geschehen muß. Das wird die Zukunft beweisen."

*

Und so kam das Ende, welches unter den obwaltenden Umständen kommen m u ß t e. Cuno ging den gleichen Weg wie Bethmann Hollweg, und dieser Weg führte naturnotwendig zum gleichen Zusammenbruch. Gemäß der herrschenden Richtung einer Bastardpolitik wurde das Steuer aber auch nachher nicht herumgeworfen, sondern die „gleiche Politik" unter anderen Leuten fortgesetzt. Der Halbbolschewist Hilferding und der Vertraute der Schwerindustrie und der Hochfinanz Gustav Stresemann traten als Garniturwechsel an die Stelle des schönen Cuno, der sich in den Dunstkreis der Hamburger Judenschaft mit Max Warburg an der Spitze zurückbegab.

Damit hatte das Lied vom „Reichskanzler des Widerstandes" ein lächerliches Ende gefunden. Die Novemberdemokratie hatte ein neues flügellahmes Opfer geschluckt.




GEORG BERNHARD




Aus irgendeinem, den Deutschen unbekannten Grunde, kam es im Jahre 1921 einmal zu einem heftigen Streit zwischen dem Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhard und dem Hauptschriftleiter des „Berliner Tageblatt" Theodor Wolff. Bernhard warf dem „B. T." vor, es hätte alles dem deutschen Volke Heilige beschmutzt und begeifert. Da griff der so übel angefahrene Wolff in ein Fach mit dem Akt „Voss. Ztg.", Buchstabe B, und unterbreitete der Oeffentlichkeit folgendes Schreiben des Ullstein-Blattes an seine Geschäftsfreunde in dem von den Franzosen besetzten und vergewaltigten deutschen Gebiet:

„Die „Vossische Zeitung" jetzt ist dasjenige Blatt, das in Düsseldorf die besten Absatzchancen hat. Diese Zeitung wird von der französischen Besatzungsbehörde überall mit größtem Entgegenkommen behandelt, weil ihr bekannt ist, daß die „Vossische Zeitung" das einzige Blatt in Deutschland ist, das für die Verständigung mit Frankreich eintritt. Die französische Besatzungsbehörde weiß, daß sie bei der unbedingten (!) Freigabe des Verkaufs der „Vossischen Zeitung" keinerlei Gefahr läuft, weil in ihr für allerhand Vermutungen und sonstige politische Kombinationen, die nicht der Annäherungspolitik dienen, kein Raum gegeben wird. In gleicher Weise verhält es sich mit den Bildern der „Berliner Illustrierten Zeitung". Der französischen Besatzungsbehörde ist auch hier bekannt, daß von der Redaktion die nötigen Rücksichten genommen werden."

Man wird zugeben müssen, daß ein französischer Spion nicht viel anders hätte schreiben müssen, falls er für Frankreich eine Zeitung in Deutschland leiten würde. Bernhard nahm den Hieb des Theodor Wolff widerspruchslos in Empfang und stellte die Angriffe gegen das „Berl. Tageblatt" ein . . .

Die dank des einmaligen Wutanfalls auf diese Weise als „Gazette de Foch" entlarvte „Vossische Zeitung" pflegt seit Jahren einen besonderen Ausschnitt aus der allgemeinen internationalen Börsenpolitik. Während die „Frankf. Zeitung" uns die Herrlichkeiten der „angelsächsischen Weltherrschaft" schildert und Deutschland offen auffordert, sich dieser Weltherrschaft „zu freuen", (von der das Blatt natürlich genau weiß, daß es sich nicht um die Angelsachsen, sondern um die jüdische City und die jüdische Wallstreet handelt), verfolgt die „Voss. Ztg." das Ziel, uns von der Friedfertigkeit Frankreichs zu überzeugen, seine Unschuld am Kriege darzutun und für die „Verständigung" mit ihm, lies Unterwerfung Deutschlands, zu wirken.

Nachdem die erste große patriotische Begeisterung Deutschlands 1914 einer ernsten Sammlung gewichen war, gab Bernhard bereits einem Feinde Deutschlands die Möglichkeit, in seiner Zeitung zugunsten der Poincaré und Clémenceau das Wort zu ergreifen, und zwar dem Zionistenführer Max Nordau (Simon Südfeld). Dieser Mann schrieb am 1. November 1914 in der „Voss. Ztg.": „Der Ausbruch des Krieges war für Frankreich eine furchtbare Ueberraschung, für die Regierung nicht minder als für das Volk; dieses hat ihn ebensowenig gewollt wie jene; das muß der deutschen Oeffentlichkeit und vor der Geschichte ausdrücklich und feierlich (!) bezeugt werden."

Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Worte zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß damals die ganze Welt von der feindlichen Propaganda überschwemmt wurde und eine Sturmflut schmutzigster Lügen alle Staaten überzog: deutsche „Kriegsschuld", deutsche „Greueltaten" waren Dinge, die allen Völkern täglich hundertmal eingehämmert wurden. Und nun stand gar in einer „deutschen" Zeitung zu lesen, daß ein Poincaré nie an Krieg gedacht habe, und daß tatsächlich Frankreich absolut unschuldig sei! Das traurigste aber war, daß die Bethmann Hollweg-Regierung den verantwortlichen Schriftleiter nicht als Landesverräter aufhängen und das Vermögen des Ullstein-Verlages zugunsten deutscher Kriegerwitwen beschlagnahmen ließ, sondern ruhig zusah, wie feindliche Propaganda unter ihren Augen getrieben wurde.

Graf Karolyi, der ungarische Scheidemann, erzählt in seiner Schrift „Gegen eine ganze Welt", er habe Nordau am 13. September 1914 in französischer Haft (Nordau war „ungarischer" Staatsbürger) gesprochen: „Ueber den Krieg war er der Ansicht, daß ein deutscher Sieg den Triumph der Reaktion bedeuten würde". (S. 119.) Daraus geht hervor, daß es Nordau nicht um „Wahrheit", sondern um Propaganda für Frankreich zu tun gewesen war. Und Ullsteins-Blatt verhalf ihm dazu. Noch mehr: am 11. Juni 1922 lobte Bernhard jenen Mann, der die Weltvergiftung am skrupellosesten betrieben hatte, Lord Northcliffe, als „vorbildlichen (!) Organisator der englischen Kriegspropaganda". Und noch ehe Gustav Stresemann seinen unseligen „Sicherheitspaktvorschlag" der Welt kundgab und auf eigene Faust freiwillig auf Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmédy verzichtete, forderte die „Voss. Ztg." die Sicherung der „historischen Grenzen Frankreichs".

Wir haben es also zweifellos mit einem ganz bestimmten System internationaler Pressepolitik zu tun, die deutsches Empfinden vergiftet. Diesem System ist Bernhard folgerichtig treu geblieben während der Diktate von London, während des Ruhrkampfes, während der Verhandlungen über die Versklavung Deutschlands durch das Dawes-Gutachten, während der Debatten über den Sicherheitspakt und den Eintritt in die Gesellschaft zur Sicherung des Raubes, genannt Völkerbund. Nur wenige Stichproben:

Im Januar 1923 erfolgte der widerrechtliche Einbruch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet. Es war für die „Voss. Ztg." selbstverständlich, an die Adresse Frankreichs nur einige mahnende Worte zu richten, dabei aber jedes Aufflammen nationalen Abwehrwillens in Deutschland zu unterbinden. Die lähmende und verlogene Parole des „passiven Widerstandes" (ein Widersinn in sich) war dazu das erste Mittel, wobei das Publikum — gleichlautend in allen internationalen „deutschen" Zeitungen — mit den Erklärungen eingeschläfert wurde, als sei der Ruhreinbruch für die Franzosen ein vollkommener Mißerfolg.

Am 18. Februar 1923 schrieb Georg Bernhard: „England ist der Ruhraktion ferngeblieben, in der Hoffnung,

daß sie keinen Erfolg haben werde. Diese Hoffnung hat sich bestätigt." Dann folgten bald darauf Cunos Unterwerfungsvorschläge, auf welche Poincaré mit einer brüsken Ablehnung antwortete. Bernhard betonte am 7. Mai in seiner Besprechung der französischen frechen Antwort, die deutschen Maßnahmen seien durchaus nicht gegen Frankreich gerichtet gewesen: „Die Befehle der deutschen Regierung verbieten lediglich den deutschen Beamten, wie überhaupt allen deutschen Untertanen, den französischen Truppen zur Hilfe zu eilen." Trotzdem nun aber Poincaré das forderte, rät Bernhard, nicht etwa auf Grund der deutschen Note zu verhandeln, sondern Poincarés Antwort „zur Grundlage (!) weiteren Vorgehens" zu machen. Mit fühlbarer Wonne findet Bernhard, daß Poincaré Deutschlands Note „zerpflückt", als unannehmbar hinstelle und dies „durch sehr eingehende Darlegungen begründe". „Er will sichtlich nicht die Akten schließen, sondern erwartet einen neuen Schriftsatz. Er will also weiter diskutieren. Und das ist die Hauptsache." Der Ton dieses Aufsatzes ist für jeden Aufmerksamen mehr als deutlich; Bernhard wurde es aber auch dem Wortlaut nach.

Am 13. Mai bedauert Bernhard das arme, in Waffen starrende Frankreich: „Frankreichs Unglück nach dem Kriege ist, was Deutschlands Unglück während des Krieges war: daß seine Politik von Generälen beeinflußt wird." Der Chefredakteur der „deutschen" Zeitung ist also um das Wohlergehen Frankreichs besorgt, eine Trauer über die Waffenlosigkeit Deutschlands, die es unmöglich machte, die fremden Einbrechertruppen aus dem Land zu jagen, ist — selbstverständlich — nirgends zu finden. Und dann: „Immer wieder und immer wieder haben sich in Frankreich Kräfte der Vernunft geregt, um gegen diese Generalpolitik anzukämpfen." Aber Bernhard unterschlägt die Tatsache, daß selbst die Sozialdemokraten Poincaré die Kredite für den Ueberfall an der Ruhr bewilligt hatten!

Am 22. Juli verteidigt Bernhard die Franzosen vor dem Vorwurf, daß ihre „Politik" (so nennt er die Vergewaltigung deutschen Landes) unsere Wirtschaft in Unordnung gebracht hätte. Das wolle man zwar nicht ganz

leugnen, „aber damit ist noch gar nicht bewiesen, wie es um die deutsche Zahlungsbilanz wirklich bestellt ist."

Am 17. September wird Bernhard, der im Mai noch scheinbar für den an sich schon lächerlichen passiven Widerstand eingetreten war, ganz deutlich: „Es muß endlich (!) einmal festgestellt werden, daß nur (!) durch ein Zusammenwirken (!) Deutschlands und Frankreichs die Arbeitskraft des Ruhrgebietes wieder hergestellt werden kann." Cunos Politik habe „ein geruhsames (!) Verhandeln" unmöglich gemacht. Am 18. September verdeckt Bernhard die Unterwerfung durch einen Angriff auf den deutschnationalen Flügel: „Es ist doch höchste Zeit, daß die deutschnationale Presse die Frage einmal klipp und klar beantwortet: Welche andere Lösung als die des völligen Zusammenbruches und der bedingungslosen Kapitulation gibt es eigentlich, wenn es nicht gelingt, die Verhandlungen mit Frankreich zum Erfolg zu führen?" Am 23. September aber wird ganz dreist die völlige Unterwerfung gefordert: „Der Reichsregierung wird gar nichts anderes übrig bleiben, als diejenigen Verordnungen, die sie zur Durchführung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet erlassen hat, zurückzunehmen." Gleich darauf „tröstet" Bernhard sein Publikum mit der Hoffnung, das Kabinett Stresemann werde das Schlimmste schon abwenden. Und dann kommt der Hohn: „Es hat wahrlich am Willen und Wünschen (der breitesten Massen des Volkes) nicht gelegen. Aber das Wort des alten Dessauer gilt eben noch heute, daß der liebe Gott bei den stärksten Bataillonen ist." Die Massen des deutschen Volkes haben freilich geopfert, aber jene pazifistischen Journaillen und marxistischen Landesverräter, die schon lange vor dem Kriege alles getan haben, um Deutschlands Wehrhaftigkeit zu verhindern, sie haben dieses Volk auch verraten, um es dazu nachher auch zu verhöhnen und den Zusammenbruch am 9. November als einen „Sieg, der ohne Beispiel in der Geschichte" sei, auszumalen („Vorwärts", Nr. 310 vom 10. November 1918). Und jetzt kommt auch der Monsieur Bernhard und höhnt gleichfalls, er, der Freund deutscher Reichskanzler!

So endete der Ruhrkampf dank der neuen Vergiftung, wie nicht anders möglich, mit einer bedingungslosen Unterwerfung Deutschlands (vgl. hierzu den Aufsatz über Wilhelm Cuno).

Das Wesen des „französischen" Ruhreinbruchs war den politisch Unbefangenen schon damals klar: zwar drängten die „Marschälle von Frankreich", Poincaré und das Comité des Forges, aber die französischen Truppen hätten sich ohne Zustimmung der Wallstreet nicht in Bewegung setzen können. „General" Dawes hat später mit zynischer Offenheit eingestanden, ohne den Ruhreinbruch hätte sich Deutschland nicht unter das Dawes-Gutachten gebeugt. Die französischen Truppen waren deshalb, ungeachtet persönlicher Antriebe, die Erpressungs- und Zermürbungswerkzeuge der internationalen Hochfinanz; die mit der Unterstützung ihrer „Genossen" in Deutschland herbeigeführte Inflation bedeutete das andere Mittel, unser Volk in eine Kolonie der Schiff, Kahn, Warburg, Morgan usw. zu verwandeln. Das Dawesdiktat war die beabsichtigte Folge des Ruhreinbruches, dem der Sicherheitspakt und der Eintritt Deutschlands in den „Völkerbund" zu folgen hatten.

Innerhalb dieser, auf Weltvertrustung und Weltversklavung ausgehenden Politik war Georg Bernhard e i n e der Tausenden von Stimmen, die diese deutschfeindliche „Arbeit" gestützt haben. In a l l e n Fällen: Von Weltkrieg an über Versailles, Genua bis Locarno — und weiter.

Die „angelsächsisch" gesinnte „Frankf. Zeitung" hatte alles das gleich nach dem Ruhreinbruch offen ausgesprochen: „D e r K a m p f g e h t u m D e u t s c h l a n d s K o l o n i s i e r u n g. Unsere staatliche Ohnmacht und unser durch die Reparationsverpflichtung (!) ins Gigantische gesteigerte Bedarf nach Kapitalimport gibt dem Auslande dafür die Waffen . . . Weite Kreise in Deutschland haben in den Jahren seit unserem militärischen Zusammenbruche heftige Furcht vor allem, was nach „Ueberfremdung" aussah, bekundet. Sie verkannten, d a ß U e b e r f r e m d u n g i n g r ö ß e r e m A u s m a ß e u n s e r u n a b w e n d b a r e s (!) S c h i c k s a l w a r." War! Also von jeher vorausgeplant und eingefädelt!

Damit stimmt auch Georg Bernhards Anschauung überein. Er findet es „natürlich" (25. 3. 23), daß „die amerikanischen Bankiers, die sich eventuell bereit erklären würden (wie gnädig! D. Verf.), an einer internationalen

Reparationsanleihe mitzuwirken", die „Bürgschaften materieller Natur zu prüfen".

Durch das Dawes-Diktat sind diese Börsenpiraten die Herren über Deutschland geworden. Aber während die „freisinnige" Presse gegen die Autokratie der Kaiser und Könige Sturm lief, preist sie diese schmutzigste Herrschaft des ergaunerten Geldes als ein „unabwendbares Schicksal" an, dessen wir uns „zu freuen" hätten. Und nennt das — Weltbefriedung.

*

Die letzte Klärung brachte der sogenannte „Vertrag" von Locarno, der die wirtschaftliche Versklavung durch freiwillige politische Unterwerfung vollendete. Georg Bernhard hat natürlich auch hier an der Spitze der Verelendungspolitik gestanden. Nach der vollzogenen Unterschrift schrieb er höhnisch in seinem Blatt („Voss. Ztg.", 6. Dezember 1925):

„Zwischen einem auf Frieden gestimmten Rußland und den ihm vertraglich verbundenen Westmächten wird Deutschland erst diejenige Rolle spielen können, die ihm zukommt. Die Rolle des Verbindungslandes zwischen Ost und West, die Rolle des Landes, das, mit westlicher Kultur durchtränkt, für die östliche Kultur Verständnis hat. Die Rolle des Landes, das seine in russischen Geschäften erprobte Arbeitskraft und seine Sympathie für den russischen Menschen gleichzeitig in den Dienst des westlichen Kapitals und des russischen Gedankens eines planmäßigen Wiederaufbaues der Wirtschaftskräfte des großen Ostreiches stellen kann."

Danach stehen wir also „im Dienst des westlichen Kapitals", und darüber hinaus soll uns gar die Gnade zuteil werden, das wieder aufzubauen, was die jüdischen Verbrecher in Moskau zerstört haben. Der Zynismus hat seine Höhe erreicht. Es ist überflüssig, zu betonen, daß Georg Bernhard ein besonderer Vertrauter des ehemaligen Kanzlers Joseph Wirth ist und zu Stresemann sehr freundschaftlich steht.

*

Noch nie ist ein Volk derart belogen und betrogen worden wie das deutsche von seiner deutsch geschriebenen, aber internationalen, d. h. nationaljüdischen Presse.

Seinen Teil an der Einschläferung des Volkes hat der von Franzosen, Bankiers und Bolschewisten gelobte und geliebte Georg Bernhard mit seiner „Vossischen Zeitung" geleistet.

Georg Bernhard aber hat seinen Lohn erhalten:

Sein Sohn ist Privatsekretär bei Gustav Stresemann geworden.




THEODOR WOLFF




1.

1870 gründete der aus Westpreußen eingewanderte Rudolf Moses, genannt Mosse, das „Berliner Tageblatt". Im Rundschreiben, in welchem er die Gründung der Zeitung ankündigte, wurde gesagt, es sei nötig, ein Organ zur Vertretung der jüdischen Interessen zu gründen. Und es wurde geschafft. Zunächst übernahm Arthur Lewysohn die Hauptschriftleitung, unter dem das „B. T." zunächst mehr einen lokalen Charakter hatte. Schließlich wurde die Schriftleitung dem noch heute amtierenden Leiter Theodor Wolff übertragen, welcher der ursprünglichen Absicht des Rudolf Moses natürlich treugeblieben ist, nur aus dem lokalen ein sogenanntes Weltblatt schuf, in dem er mit dem eigentlichen Ziel nur selten herausrückte, sondern unter der Flagge des „Freisinns" und der „Demokratie" jene große „Arbeit" besorgte, welcher das deutsche Volk am 9. November 1918 zum Opfer gefallen ist.

Die giftigsten Angriffe gegen Bismarck und ein starkes deutsches Reich waren im „Berl. Tageblatt" an der Tagesordnung. Ueber Bismarck erklärte das Mosseblatt am 29. Oktober 1890, er belästige die Oeffentlichkeit mit heftigen Ausfällen und Zornesausbrüchen, die mit patriotischer Pflichterfüllung wenig zu schaffen hätten. Am 1. Juni 1893 wurde Bismarck als politischer Wanderprediger, der sich befremdlich genug ausnehme und einer der obersten Nörgler geworden sei, bezeichnet. Am 9. März 1897 erklärte das „Berl. Tageblatt", Deutschland brauche keine Flotte nach französischem Muster. Am 2. Februar 1902 heißt es, England vermerke die deutsche Flotte übel; am 2. März 1912: „Wozu unnötige Reizungen durch sinnwidrige Ausgaben!" Am 23. März 1912 stellte das „Berl. Tageblatt" als unwahrscheinlich hin, daß uns die seemächtigste Nation angreifen werde, „geht es doch aus dem ebenso freimütigen wie loyalen Geiste Churchills hervor, der besonders die Defensivstellung betone, in der sich Großbritannien stets zu halten gedenke."

Das ganze Jahr über hetzte dann das „B. T.“ gegen die deutschen Industriellen, die angeblich am Kriege verdienen wollten und verdeckte dadurch nur seine Arbeit, Deutschland nicht wehrkräftig werden zu lassen. Zu den Heeresvorlagen 1913 sagte das Blatt des Herrn Theodor Wolff am 2. März, daß kein Vertreter des deutschen Volkes durch solch dreiste Ansprüche sich ins Bockshorn jagen lassen dürfe. Am 4. März heißt es, der „Rüstungsrummel“ mache einen höchst ungesunden Eindruck. Am 1. April: „Der Reichstag möge sich vorsehen, daß das Jubeljahr 1913 kein Jahr wird, dem spätere Geschlechter fluchen, weil es der deutschen Volkskraft und der deutschen Volksgesundheit den Stoß ins Herz versetzt hat.“ Das geschah angesichts der schamlosen Zurückweisung der Vorschläge des Obersten Ludendorff, der schon damals warnte und eine stärkere Rüstung angesichts der bestehenden Möglichkeit eines Ueberfalles seitens der Entente forderte. Am 3. April wird von „Rüstungswahnsinn“ geschrieben und gefragt: „Wo steckt der Feind Europas, der den Frieden so nahe bedrängt, daß Deutschland mobil machen muß?“ Unser Verhältnis zu Italien sei fester, zu England zweifellos besser geworden . . .

Diese ganze Einstellung des „Berl. Tageblattes“ ging parallel mit der Zersetzungsarbeit der „Frankf. Zeitung“, welche am 1. Juli 1912 schrieb: „Die Geschichte dieser Militärvorlage ist die Geschichte einer geradezu fabelhaften Massensuggestion. Es gelang den Glauben an ungeahnte Gefahr von unbegrenzter Tragweite zu verbreiten.“

Diese kurze Skizze zeigt schon die Skrupellosigkeit, das deutsche Volk über die wahre Sachlage der Weltpolitik irrezuführen. Alle Staaten verstärkten unermüdlich und ohne auf Sentimentalitäten zu hören, ihre Macht zu Wasser und zu Lande, nur das deutsche Reich unter der Leitung des demokratischen Bethmann Hollweg ließ es geschehen, daß Tag für Tag die sogenannte deutsche Weltpresse über den angeblichen deutschen Militarismus zeterte, die Rüstungen der Entente aber als nicht vorhanden oder ungefährlich hinstellte. So bekam die ganze übrige Welt durch die in allen Schiffahrtslinien, in allen großen Hotels, auf allen Bahnhöfen der Welt vertriebenen sogen. deutschen Weltblätter die Vorstellung, als sei Deutschland tatsächlich militärwahnsinnig geworden, wobei es doch um

82 Prozent weniger gerüstet in den Krieg ging als Frankreich und außerstande war, die ganze Manneskraft des deutschen Volkes vom ersten Tage an gegen den Feind einzusetzen. Will man der Ursache des Verlustes der Marneschlacht nachgehen, so muß man auf jene Tätigkeit der Theodor Wolff und seiner Genossen in Frankfurt und München hinweisen, um zu begreifen, mit welcher Unverfrorenheit die deutsche Rüstungsarbeit zwecks Verteidigung der Heimat im Namen der „Humanität" jahrelang hintertrieben worden ist. Dabei darf man nicht vergessen, daß das ausgesprochene Ziel des „Berl. Tageblattes" die Vertretung der Interessen des Judentums war; daß es sich immer noch im Besitz d e s s e l b e n Mannes befand, der das Blatt gründete und der erst vor wenigen Jahren gestorben ist.

2.

Genau dieselbe Einstellung zur Rüstungsfrage hat das „Berl. Tagebl." während des Krieges und nach dem Zusammenbruch eingenommen. Patriotisch und kriegslustig, so lange es gegen das zaristische (antisemitische) Rußland ging. Als dort aber die demokratische Revolte und später der Bolschewismus gesiegt hatten, war das „B. T." nach Westen hin pazifistisch und sabotierte den deutschen Siegeswillen Hand in Hand mit dem „Vorwärts", der „Voss. Zeitung" und der „Frankfurter Zeitung" nebst der ganzen demokratischen und marxistischen Provinzpresse genau in der gleichen Weise wie vorher die Rüstung. Das „Berliner Tageblatt" ist es gewesen, das unter der Leitung von Theodor Wolff uns hineinmanövoriert hat in die Annahme des Versailler Diktates, in das Londoner Ultimatum und 1924 mithalf, uns an die goldene Kette des Dawesgutachtens zu legen, welches uns auch alle innerpolitischen Hoheitsrechte raubte. Das „heilige" Jahr 1925 ist nun das Jahr, welches den Plan der Kolonisierung Deutschlands durch das internationale jüdische Finanzkapital zu einer neuen Vollendung brachte. Der sogen. „Sicherheitspakt" und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind die Probleme, über deren Wesen das deutsche Volk erneut irregeführt wurde.

Als Stresemanns „Sicherheits"angebot bekannt wurde, erhob sich in der demokratischen und marxistischen jüdischen Presse so etwas wie eine „nationale Opposition". Man erklärte, wenn eine Regierung Wirth—Rathenau

derartige Vorschläge gemacht hätte, dann wäre sicher von seiten der Deutschnationalen und der übrigen Nationalisten ein wütender Angriff gegen die „Volksverräter" losgegangen. Selbst die Verständigungsleute wie Wirth und Rathenau hätten keine so weitgehenden Zusicherungen wie Stresemann gemacht, die Verantwortung dafür ruhe also durchaus auf der Deutschnationalen Volkspartei. Nachdem die jüdische Presse sich also herausstaffiert hatte, mimte sie noch eine Zeitlang den „nationalen" Demokraten. Am charakteristischsten ist die Haltung des „Berliner Tageblattes" des Herrn Theodor Wolff.

Am 19. Juli stellte der politische Schriftleiter dieses Blattes (Dombrowsky) die Gefahr einer neuen Einkreisung Deutschlands, wie sie Stresemann vor seinem Paktangebote angenommen hatte, überhaupt in Frage, lobte den Dawesplan, der das „Reparationsproblem entwirrt" habe und ging dann auf Briands erste Antwortnote ein. Ein Teil der französischen Bedingungen wurde ausdrücklich als unannehmbar hingestellt mit der Begründung, daß hier ein Versuch französischerseits vorliege, der die Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland für ewige Zeiten festlege und Deutschland wie ein gefesseltes Tier in die Netze verstricke: „Das würde eine Situation schaffen, die nicht zum Ausgleiche, sondern einer weiteren Entfremdung der Völker dienen würde." Nach dieser Stellungnahme des Herrn Dombrowsky ergriff am 29. Juni der Hauptschriftleiter Theodor Wolff das Wort zum Sicherheitspakt und erklärte, man könne mit einem Abkommen zwar einig gehen, aber daß sich die Wege des „Berl. Tageblattes" von denen des Sozialisten Dr. Breitscheid trennten, der bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund befürworte. Theodor Wolff opponierte vor allem gegen die Anerkennung des Artikels 16, der den Franzosen ein Durchmarschrecht einräumt und fügte hinzu: „Immerhin, daß Nützliches aus Genf zu holen wäre, wird niemand verkennen. Aber der Artikel 16 wiegt zu schwer. Die Reichsregierung verwirft ihn mit erfreulicher Bestimmtheit, und während Breitscheid die Liebe zum Völkerbund hat und den Pakt gering schätzt, zieht sie jenen Pakt dem Völkerbund vor."

Am Tage darauf schrieb Theodor Wolff noch einen besonderen Aufsatz über das „Durchmarschrecht" und wies ganz richtig nach, daß dies „Recht" in der ganzen Note

zwar nicht wörtlich, aber sachlich ganze dreimal in Anspruch genommen wird! Wolff erklärte: „Ich glaube, daß keine noch so harmlose Formulierung, keine noch so beruhigende Umschreibung uns in dieser Frage zu einem Zugeständnis bewegen darf. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob uns die Pflicht, den Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten, durch den Pakt auferlegt wird, oder durch das Völkerbundsstatut."

Man sollte glauben, daß eine Zeitung, die sich in Weise festgelegt hatte, auch weiterhin die gleiche Politik verfolgen müßte; aber wer so denken wollte, der kennt das „Berliner Tageblatt" und seinen Leiter nicht. All dieses scheinbare „Ablehnen" und Betonen des deutschen Standpunktes hat sich kurz darauf als Theater erwiesen: und während zur Beruhigung des deutschen Spießers im Juni das Durchmarschrecht Frankreichs unbedingt abgelehnt wurde, wehte bereits im August die Uebergangsbestimmung. Am 17. August z. B. forderte Theodor Wolff schon nicht mehr die Ablehnung, sondern die „Entgiftung" des Artikels 16, setzte dann nach diesem Vorspiel mit einer Beschimpfung der deutschen Jugendverbände und der „schlechten Fichte-Kopien" ein und fügte hinzu: „Sie alle dort und hier wollen gar keinen, auch nicht den besten, vorteilhaftesten Pakt. Und um ihn der allgemeinen Verachtung überliefern zu können, legen sie ihn ungefähr aus, wie den Talmud und dichten ihm zu den Eigenschaften, die er besitzt, noch einige andere an." Nach dieser leisen Befürwortung der vorzunehmenden Unterwerfung Deutschlands schrieb dann Monsieur Wolff: Der Pakt soll doch nur feierlich feststellen, daß nicht durch Angriff oder Gewalttat, nicht Eigenmacht und nicht ohne Zustimmung der beteiligten Nachbarn irgendein Versuch zur Veränderung der wesentlichen Grenzverhältnisse unternommen wird. Nach dieser kleinen Beschwichtigung zum Westen hin, wird dann schließlich die „Notwendigkeit", in den Völkerbund einzutreten, in verlockendster Weise dadurch hingestellt, daß dann Köln geräumt werden würde! Theodor Wolff schrieb über diesen Eintritt: „Die Formel läßt sich finden, und wenn sie gefunden und der Völkerbund bereit sein wird, sie anzunehmen, wird Deutschland die Tempelschwelle (!!) überschreiten können. Dann noch fernzubleiben, würde ein ungeheurer Fehler sein, und wenn wir uns trotzdem weigern und uns zieren wollten, würde für

lange Jahre eine Aussicht auf eine Besserentwicklung schwinden und wahrscheinlich auch die Aussicht auf vernünftige Erledigung der Entwaffnungsforderungen und auf die Räumung von Köln." „Wenn es gelingt, den Artikel 16 unschädlich (also von Ablehnung ist keine Rede mehr! D. Verf.), und den Pakt wahrzumachen, wird Sabotage (!!) ein heikles und verantwortungsreiches Unterfangen."

Mit diesen Ausführungen hatte sich das jüdische „Weltblatt" bereits auf den Boden der vollständigen Unterwerfung gestellt und auf sämtliche früheren, angeblich nationalen Forderungen verzichtet! Ja, stellte diese jetzt als „Sabotage" hin! Noch deutlicher wurde Erich Dombrowsky, der am 27. 8. den Paktvertrag dadurch schmackhaft zu machen versuchte, daß er die Form der Briandschen Note als „nicht mehr so schroff" hinstellte, allerhand Aenderungen versprach und von Frankreich erklärte, es wolle nur nicht, daß derartige Aenderungen bereits jetzt, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen, vorgenommen würden! Ueber den Artikel 16 gestand Herr Dombrowsky, daß hier die deutschen Vorbehalte „allerdings beiseite geschoben" wurden, aber ohne auch nur mit einem Wort dagegen zu protestieren! Mosjö Dombrowsky forderte also jetzt schon weder eine Ablehnung, noch eine „Entgiftung", sondern nahm ganz einfach den französischen Anspruch auf den Durchmarsch als gegebene Tatsache!

3.

Und dann kam es, wie die alljüdische Presse es eingefädelt hatte. Die deutsche Regierung nahm wortlos die zweite freche Note Briands an und entsandte schleunigst einen juristischen „Sachverständigen" nach London, um die technischen Schritte zur Unterwerfung unter das Diktat der Hochfinanz vorzubereiten. Am 7. September fand dann die Eröffnung des Völkerbundes statt, wobei der französische Ministerpräsident eine große Rede hielt, in der er u. a. vom § 16 erklärte: „Um diese Artikel den verschiedenen Möglichkeiten einzupassen, um ihre Fassung, die sich notwendigerweise auf die großen Linien beschränkt, zu ergänzen, um die allgemeinen Abmachungen in ihren Einzelheiten zu bestimmen und ihnen Kraft zu geben, seien weitere Abkommen unentbehrlich." Das „Berliner Tageblatt" vom 7. September gab diesen Satz in Fett-

druck wieder, fügte keinen ablehnenden Kommentar hinzu und machte sich also den französischen Machtstandpunkt zu eigen, wonach sämtliche Raubverträge gehalten werden müßten und alle weiteren Abmachungen nur dazu dienten, um ihnen „Kraft zu geben", d. h. um auch das Durchmarschrecht noch besser zu sichern, als es vorher in Aussicht genommen worden war.

So entpuppte sich auch an diesem einen Beispiel das große Falschspiel, das an unserem Volke durch die Verräterparteien und die alljüdische Presse verübt wird. So wie es das „Berl. Tagbl." in der Frage des Sicherheitspaktes getan hatte, ist die jüdische Presse bei allen feindlichen Drohungen vorgegangen: So war es vor dem Versailler Diktat; so war es vor dem Londoner Ultimatum; so war es angesichts des Dawesdiktates und so war es heute bei der Arbeit der Hineinmanöverierung Deutschlands in den alljüdischen Völkerbund. Und wie die jüdische Hochfinanz die deutschen Abwehrsprüche in der deutschen Note betrachtete, hat Georg Bernhard in der „Voss. Ztg." zynisch eingestanden, wonach sie nur an die deutschnationale Galerie gerichtet gewesen seien. Und auch die „Frankfurter Zeitung" vom 27. August höhnte, daß die „kritischen Worte" nur „für den inneren, d. h. deutschnationalen Konsum" bestimmt gewesen seien und fügte hinzu: „Herr Stresemann muß nach innen lavieren, um ein Ausbrechen seiner Regierungsparteien zu vermeiden. In London und Paris hat man einiges Verständnis für die taktischen Bedürfnisse; dort weiß man zu schätzen, welch ausgezeichnete Sache es für die Alliierten sein würde, wenn es Stresemann gelänge, die Deutschnationalen in die Leistung ihrer Unterschrift unter den Sicherheitspakt hineinzumanöverieren."

Zu allem war also auch noch der offene Hohn hinzugekommen und das Schicksal hat sich, wie unter der Führung eines Stresemann nicht anders möglich, vollendet: Das deutsche Volk wurde an Händen und Füßen gebunden den internationalen Ausbeutern vorgeworfen und hat diesen Zustand als eine „Forderung des Friedens" freiwillig mit Unterschrift anerkannt!

Dieses Beispiel ist nur eins von hunderten und zeigt uns die ganze Saumseligkeit, mit der heute internationale Pressepolitik getrieben wird. Verantwortlich für

diese im „Berl. Tagebl." ist Theodor Wolff, und wir müssen in ihm einen der gefährlichsten Gegner eines starken Deutschtums erblicken, einen der hauptsächlichsten Unterhöhler unseres Volkstums, von dem wir einmal hoffen, daß er sich vor einem deutschen Staatsgerichtshof zu verantworten haben wird, wenn einmal die Stunde geschlagen hat, da aus der Novemberdemokratie von heute sich der völkische Machtwille herausringt und dem ganzen Spuk und dem Volksbetrug ein restloses Ende bereitet hat.




HELMUT VON GERLACH




Am 2. September 1925 wurde in Paris der sogenannte Weltfriedenskongreß eröffnet. Der Kammerpräsident Herriot wollte ursprünglich eine Begrüßungsrede halten, worauf von den deutschen Pazifisten der Präsident des Deutschen Reichstages, Genosse Loebe, eine pazifistische Antwortrede vom Stapel lassen sollte. Aber siehe da, Monsieur Herriot kam gar nicht nach Paris, ließ dem Kongreß nicht einmal ein Begrüßungstelegramm zugehen, sondern nur erklären, daß er seine Rede nicht halten werde. Als nun trotz dieser Brüskierung Herr Loebe hätte an die Reihe kommen sollen, wurde ihm von französischer Seite sehr deutlich nahegelegt, den Mund zu halten und seine Rede einem anderen zu übertragen. Diese politische Ohrfeige versetzte selbst die deutschen aufdringlichen Friedensapostel in einige Erregung. Zwar dachten sie selbstverständlich nicht daran, Paris zu verlassen, sondern machten einen Bückling, setzten sich an die Tische und gaben nur bescheiden ihrer Anschauung Ausdruck, nicht mehr sprechen zu können. Nachdem die Franzosen auf diese Weise dem Reichstagspräsidenten die Peitsche durchs Gesicht gezogen hatten, streuten sie etwas Zuckerbrot auf die vorgehaltenen Handflächen. Minister de Monzie erklärte, es sei dies ein Mißverständnis gewesen, niemand hätte es mehr bedauert, die Rede Loebes nicht gehört zu haben, wie Frankreich. So kam denn der deutsche Pazifist herangeschlichen, hielt eine Rede über Völkerversöhnung und Völkerverständigung und hoffte auf die brüderliche Einigkeit zwischen Frankreich und Deutschland.

Im Kreise dieser pazifistischen Genossen (von 1200 waren 400 „Deutsche") trieb sich — wie war es denn auch anders möglich! — Helmut v. Gerlach herum, dem es endlich wieder vergönnt war, sich in der „Wiege der Menschenrechte" zu sonnen. Er war im schneidigen Smoking erschienen und erregte durch seine Betriebsam-

keit einiges Aufsehen. Mehrmals kam es sogar zu Zusammenstößen zwischen Herrn v. Gerlach und dem französischen Pazifisten Pioch. So polemisierte und debattierte er heftig, weil der Franzose erklärte, man habe Deutschland zu Unrecht der Schuld am Kriege bezichtigt, während der Deutsche Gerlach den Standpunkt vertrat, daß Deutschland unbedingt die Hauptschuld am Weltkriege trage und ein ganz verruchter militaristischer Staat gewesen sei.

Diese letzte Heldentat des waschechtesten aller Novemberdemokraten ist natürlich nur ein kleiner Zug aus der vieljährigen aufopfernden Tätigkeit des Herrn von Gerlach für die Belange und Interessen unserer Feinde. Es ist ganz unmöglich, auch nur annähernd die Heldentaten dieses Herrn darzustellen. Auch hier müssen wir uns mit einigen Stichproben begnügen.

Bereits in der ersten Februarhälfte 1921 beteuerte Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“: „Ihr Herren Franzosen! Ich verstehe die Stimmung, aus der heraus die Beschlüsse von Paris geboren sind. Sie wissen, daß unsere Regierenden Ihnen 1914 den Krieg aufgezwungen haben, daß sie entschlossen waren, Ihnen Toul und Verdun abzuverlangen, als die Neutralität Frankreichs zu dulden. Sie wissen, daß unsere Militärs durch die Deportation Ihrer Zivilbevölkerung, durch die planmäßige Verwüstung des Seinegebietes, durch die Zerstörung Ihrer Fabriken und Kohlengruben sich unabsehbare Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, von denen noch keiner zur Rechenschaft gezogen worden ist. Sie haben mit Ingrimm den Zustand Ihres verödeten Ostens und Nordens mit dem blühenden Rheinland verglichen. Sie leiden jetzt wirtschaftlich und finanziell mindestens ebenso wie wir.“ Das ist eine der Tausende von Aeußerungen des „deutschen Pazifisten“ Gerlach. Er weiß nichts von der planmäßigen Kriegsvorbereitung der Börse von Paris und der City von London; er weiß nichts von Iswolsky und von Poincaré; er weiß nichts von den Veröffentlichungen sogar der französischen Pazifisten, wie Morhardt, die nachgewiesen haben, daß Deutschland allein ernstlich bemüht gewesen war, den Frieden zu erhalten. Gerlach weiß nichts von den Ueberfällen auf deutsche Soldaten-

lager in Belgien; er weiß nichts davon, daß die meisten Zerstörungen in Nordfrankreich von Engländern herrühren und daß, wenn Deutschland nicht in Frankreich gekämpft hätte, der ganze deutsche Westen heute in Trümmern läge. Dies alles ist einem echten deutschen Pazifisten heute gleichgültig, und darum begab sich Herr v. Gerlach Ende März 1921 ins besetzte Gebiet und sprach dort auf einer Versammlung der Friedensgesellschaft in Wiesbaden unter französischem Schutz, wo er ausrief, es sei ganz eindeutig klar, daß Deutschland Frankreich überfallen habe. Herr Gerlach kam zurück ins unbesetzte Deutschland und selbstverständlich fand sich kein Justizminister und kein Reichskanzler, der diesen Monsieur hinter eiserne Gardinen gesetzt hätte.

Als dann die französischen Einbrecherarmeen 1923 mit Tanks, Gasmasken, schwerer Artillerie ins unbewaffnete Ruhrgebiet einrückten, war es selbstverständlich, daß auch hier Herr von Gerlach die Franzosen in Schutz nahm und in seiner „Welt am Montag" die restlose Unterwerfung Deutschlands forderte; daß er kräftig flunkerte, versteht sich von selbst. So erklärte er im Juni 1923: „Die Franzosen stehen an der Ruhr. Sie wissen genau Bescheid. Sie kennen den Widerwillen der pazifistischen Ruhrbevölkerung gegen militärischen Zwang. Aber sie kennen auch die Friedenssehnsucht, die durch die Millionen geht: die Sehnsucht nach einem Verständigungsfrieden."

Trotz Versailles und der Finanzdiktate der letzten Jahre wagte es Herr v. Gerlach auch 1923 noch, von einem Verständigungsfrieden zu reden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gebe. Nach genannter Ausführung forderte Gerlach von der deutschen Regierung die Aufhebung aller den Widerstand im Ruhrgebiet organisierenden Verordnungen und verlangte die Genehmigung auf Lieferung der „Reparations"kohlen an Frankreich. Er forderte die Genehmigung der Reichsregierung, die Beamten wieder zum Dienst antreten zu lassen, das heißt, für die Franzosen zu arbeiten und die Arbeiter in der Fortführung ihrer Arbeit zu schützen, d. h. auch hier für die Franzosen Fronvögte zu schaffen.

Besonders verknüpft ist der Name des Herrn von Gerlach mit der oberschlesischen Frage. Er brachte es damals fertig, nicht nur in seiner „Welt am Montag"

Oberschlesien Deutschland abzusprechen, sondern verstieg sich zu der Unverfrorenheit, im deutschfeindlichen Amsterdamer „Weekblad voor Nederland" folgendes zu erklären: „Ich als Pazifist und Demokrat weigere mich, die Bewohner als einen Brocken Zugehörigkeit zu dem von ihnen bewohnten Lande zu betrachten. Ich halte es für ein großes Unrecht, wenn erklärt wird, Oberschlesien bleibt bei Deutschland, weil Deutschland die Kohlen dieses Landes nicht entbehren kann. . . ." Ferner zeterte er in einem Aufsatz über die Aristokraten und Landgrafen, zählte ihre Sünden gegen die braven Polen auf und schloß mit den Worten: „Mit der Notenpresse selbst können wir Oberschlesien nicht halten." Und als schließlich der Räuberbund trotz erfolgter, für die Deutschen siegreichen Abstimmung, Oberschlesien zerriß und große Teile wertvollster deutscher Güter an die Polen auslieferte, war es selbstverständlich Herr v. Gerlach, der an der Spitze aller Novemberdemokraten für die restlose Anerkennung des „gerechten Spruches" eintrat, während sein Partei- und Rassegenosse Schiffer nach der Verkündigung des Urteils erklärte, jetzt sei die Zeit gekommen zur Verständigung mit den östlichen Nachbarn.

Wie gesagt, ist Herr v. Gerlach Pazifist und Demokrat. Nach außen hin kann er sich in unterwürfigen Gebärden nicht genug tun. Innenpolitisch aber ist dieser Friedensfreund ein wutschnaubender, kriegslustiger Geselle. Er hat, solange die U.S.P. bestand, stets ihre Politik verfolgt, hat gegen die Reichswehr gewütet, ihre Abschaffung gefordert, vertrat am 12. April 1920 das marxistische Ersuchen, den demokratischen Reichswehrminister Geßler zu beseitigen und forderte die Aufstellung von Arbeiterwehren gegen die Einwohnerwehr. Herr v. Gerlach ist also ein Geistesheros, der in allen seinen Aeußerungen genau mit den übrigen Helden unserer heutigen Zeit übereinstimmt und zu dem sich unsere Feinde innerhalb und außerhalb der Grenzen gratulieren können.




THEODOR LESSING




1.

Der Kampf, welcher um den Professor der Philosophie an der Technischen Hochschule zu Hannover 1926 eine Zeitlang tobte, ist kein Einzelfall, sondern ein Symptom. Die Sache Lessings ist die Sache der Republik, schrieb Georg Bernhard in der „Voss. Ztg." und erklärte samt den übrigen Pressejuden die 2000 deutschen Studenten als Meuterer und Terroristen. Die Herren, die früher gegen jede Staatsautorität wüteten und das Wort vom Obrigkeitsstaat prägten, fordern jetzt Achtung vor ihrer „Staatsautorität". Vor einer Autorität zudem, die es wagt, deutschen Menschen einen solchen Typus wie Lessing (seine Vorfahren hießen Lazarus) als „Lehrer" vorzusetzen.

Schon im Sommer 1925 stand der Professor Theodor Lessing-Lazarus im Mittelpunkt eines erbitterten Kampfes. Er hatte im deutschgeschriebenen, aber deutschfeindlichen „Prager Tageblatt" Generalfeldmarschall von Hindenburg in einer schmählichen, aber angesichts der heutigen demokratischen Gedankengänge nicht verwunderlichen Weise angegriffen, was eine Empörung in allen noch deutschfühlenden Kreisen, namentlich aber auf den deutschen Hochschulen hervorrief. Im Namen der sogenannten Lehrfreiheit trat der Kultusminister Preußens für Lazarus ein und verhinderte es (wie seine Kollegen auf politischem Gebiete), daß eine Säuberung in deutschem Sinne vollzogen wurde.

Professor Lessing-Lazarus ist nur ein Fall unter vielen. In Heidelberg lehrt noch heute unbeanstandet der jüdische Professor Dr. Gumbel, der es zu seinem Geschäft gemacht hat, der Entente den deutschen „Nationalismus", seine Propaganda, ja sogar seine angeblichen militärischen Vorbereitungen im Verein mit dem General Schönaich und anderen Pazifisten zu denunzieren. Dieser Professor Gumbel konnte mehr als deutlich aussprechen,

die deutschen Soldaten seien „auf dem Felde der Unehre" gefallen, und nirgends fand sich ein Kultusminister, der diesem Herrn die venia legendi entzogen hätte, wie man es, ohne mit der Wimper zu zucken, mit dem völkischen Philosophen Ruge auf Grund des Ersuchens der „israelitischen Kultusgemeinde" getan hatte, weil er sich antisemitisch betätigte. Ein pazifistischer Gesinnungsbruder und deutschfeindlicher Gelehrter, zudem noch ein typischer Zeitungsschmock und gerade deshalb von der gesamten Demokratie und Sozialdemokratie geschützter „Lehrer" der deutschen Jugend ist also auch Professor „Lessing". Er begann seine Lehrtätigkeit als Dozent im Jahre 1910, wobei er eifrig an linksdemokratischen Blättern mitarbeitete. Um ein Beispiel für seine Tätigkeit zu geben, zitieren wir ein kleines Stück aus einem Aufsatz des Jahres 1910 in Nr. 3 der „Schaubühne" des Siegfried Jacobsohn, betitelt: „Samuel zieht die Bilanz". Dorin wird ein Buch seines Volksgenossen Samuel Lublinsky auf acht Seiten besprochen. U. a. heißt es:

„Gott, ich entsinne mich mit Vergnügen, wie die kleine kugliche Gestalt vor mir auftauchte . . . Auf ein paar ganz kurzen, fahrigen Beinchen ein fettiges Synagöglein, sein Bäuchlein wie die Apsis, in der die Bundeslade verwahrt ist, weit in die Außenwelt hineingestreckt. Gleich wie der Frosch sein Bäuchlein vorplustert, wenn er stolz tut und durch einen Tümpel schwimmt . . . Und wer das Männlein kommen sah, wußte sogleich: ach, lieber Gott, der sieht nicht, der hört nicht, der schmeckt nicht, der riecht nicht, der redet und schreibelt sich nur durchs Leben! Aber das Männlein mauschelte sich gar naiv ins Zimmer und ließ Wortwürmlein fallen . . . Er zog Bilanzen. Er weckte Weltanschauung. Mauschelte mit den Aermchen seine Gedanken in die Luft . . . Er spie Wortwürmchen aus und aß zwischenhinein an einer Kalbshaxe . . . Sofort hub er wieder das literarische Beinchen und ließ wieder Wässerchen ab."

2.

Ein Schmock dieser übelsten Art literarischen Strauchrittertums wurde also auf die deutschen Studenten losgelassen. Die Novemberdemokratie verhalf ihm zur Professur, und als Professor und Zeitungskorrespondent erhielt er auch 1925 eine Pressekarte zum berüchtigten

Haarmann-Prozeß in Hannover. Es stellte sich nun heraus, daß der ehrenwerte „Professor" die sensationellsten und ekelerregendsten Berichte über diesen Skandalprozeß veröffentlichte und die Tatsachen in einer Weise verfälschte, daß ihm die Pressekarte entzogen werden mußte, eine Maßregel, die äußerst selten angewendet zu werden pflegt.

Als nun die Reichspräsidentenwahlen 1925 vor der Tür standen, fühlte sich Lazarus, wie gesagt, bemüßigt, ausgerechnet in der Tschechoslowakei Hindenburg in unverschämtester Weise anzugreifen. Er führte u. a. eine Rede Hindenburgs aus dem Jahre 1919 an und ließ ihn folgendes sprechen:

„Deutschland liegt darnieder. Die herrlichen Zeiten des Kaisers und seiner Helden sind dahin. Aber die Kinder, die hier „Deutschland über alles" singen, diese Kinder werden das alte Reich erneuern. Sie werden das Furchtbare, die Revolution, überwinden, sie werden wieder kommen sehen die herrliche Zeit der großen, siegreichen Kriege. Und Sie, meine Herren Lehrer, Sie haben die schöne Aufgabe, in diesem Sinne die Jugend zu erziehen." (Die Bengels stupften mich und feixten.) „Und ihr, meine lieben Primaner, werdet siegreich, wie die Väter waren, in Paris einziehen. Ich werde es nicht mehr erleben. Ich werde dann bei Gott sein. Aber vom Himmel werde ich auf euch niederblicken und werde mich an euren Taten freuen und euch segnen."

Lessing fuhr fort: „Dies alles im tiefsten, heiligsten Ernste! Man fühlte: Dieser alte Mann glaubt Wort für Wort alles, was er da sagt. Da ist kein unlauterer Klang, das glaubt er allen Ernstes: Nach dem Tode kommt er zu Gott; sitzt auf einer Wolke; betrachtet sich vom bevorzugten Sitze aus Deutschland und segnet seine siegreichen Jungen."

Nach diesem Ausfall spielte sich Lazarus-Lessing als der Vertreter der berühmten demokratischen Geistigkeit auf und fügte hinzu: „Wir fühlten, es ist nicht ritterlich, es ist gemein, dort mit den Waffen des Geistes zu kämpfen, wo überhaupt keine Macht und Möglichkeit gegeben ist, mit ähnlichen Waffen zu erwidern." Und nach längerem Geplänkel heißt es dann zum Schluß vom greisen General-

feldmarschall des Weltkrieges: „Ein „guter treuer Bernhardiner“ ist der „getreue Eckart“, der „brave Hort und Schirm“, doch nur gerade solange, als ein kluger Mensch da ist, der ihn in seine Dienste spannt und apportieren lehrt, in Freiheit würde aus ihm ein führungsloser Wolf. Es ist gewiß ergreifend und rührend, daß während des Weltkrieges eine der übelsten und bösesten Naturen der Weltgeschichte (Ludendorff?) gerade diese einfältigste und treugläubigste seinem Ehrgeiz und seinem Machtwillen dienstbar machte, gedeckt von der Flagge der nationalen Ideale. Aber da zeigt sich auch die Gefahr! Nach Plato sollen die Philosophen Führer des Volkes sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, eine Null, ein Zero. Man kann sagen, besser ein Zero als ein Nero.“

War diese Beschimpfung Hindenburgs seitens eines „deutschen“ Professors in einem deutschfeindlichen Blatt (der Aufsatz ist sogar als Buch mit einem Vorwort Hardens erschienen) schon eine Schande, so wurde sie noch dadurch übertrumpft, daß, wie gesagt, entgegen den Beschlüssen der deutschgesinnten Studenten die gesamte Professorenschaft der Universität Hannover, trotz einer Mißbilligung der Angriffe „Lessings“, es doch nicht gewagt hatte, ihm die Lehrtätigkeit zu entziehen, in echt demokratischer Gleichheitsduselei sich auf die vielberühmte gesetzlich geschützte „Lehrfreiheit“ berief und somit offiziell den Beschimpfern deutscher Symbole das Recht zusprach, die deutsche Jugend mitzuerziehen. Als die Studentenschaft sich gar nicht beruhigen wollte, griff schließlich der preußische Kultusminister ein — und stellte sich gleichfalls schützend vor den Beschmutzer jenes Mannes, der Deutschland viele Jahre hindurch mitgeschützt hatte. Nun hatte es ein Schriftsteller unternommen, die von Theodor Lessing angeführte Rede Hindenburgs aus dem Jahre 1919 auf ihren Wortlaut hin zu prüfen, und da stellte sich heraus, daß der „deutsche“ Professor Lessing diese von ihm angeführte Rede skrupellos verfälscht hatte. Er wurde darauf gestellt und sah sich nicht in der Lage, die Fälschung abzuleugnen, erklärte aber, es stehe dem Journalisten frei, seine Auffassung zur Geltung zu bringen . . .

Ein weiteres Licht auf den Charakter dieses neudeutschen Jugenderziehers warf eine Arbeit, die er im „Tagebuch" des Stefan Großmann veröffentlichte und in der er höhnisch zugab, er habe durch Jahre hindurch den Schülern und Schülerinnen der höheren Hannoverschen Lehranstalten ihre Aufsätze geschrieben, welche diese dann als die ihrigen ausgaben. Das geschah zu einer Zeit, als Lessing-Lazarus bereits Privatdozent an der Technischen Hochschule Hannover war.

3.

Kurze Zeit nach dem Angriff auf Hindenburg schrieb „Professor" Lessing im schon genannten deutschfeindlichen „Prager Tageblatt" am 10. Mai 1925 einen längeren Aufsatz über die Psychologie und die Schriften des jüdischen Bordellbesitzers Walter Serner. Einleitend begrüßt er das „dem Geiste günstige" Prag und seine Schriftsteller und fügt dann hinzu, „. . . keines Rede hat mich so zum Mitschwingen (!) bewegt, wie die Gräßlichkeit des zweifelhaftesten unter allen Geistern Böhmens. Der Mann heißt Walter Serner." Der Verleger Serners hatte Lessing berechtigt, folgenden Lebensgang des Herrn Serner zu veröffentlichen.

„. . . . . 35 Jahre, stammt aus Teplitz. Sein Vater ist deutscher Jude, seine Mutter Tschechin. Er kam früh auf die sogenannte schiefe Ebene und hat sich zeitlebens in aller Welt herumgetrieben. Seine Adresse werden Sie nicht in Literaturkalendern, wohl aber bei der Kriminalpolizei erfahren können. Er ist ein internationaler Hochstapler im allergrößten Stil. Seine Lehrjahre verlebte er in Paris als Costel (Zuhälter). In seinen Büchern steht nichts, was nicht erlebt wurde. Sie können alles dies ruhig sagen, Herr Serner pfeift darauf. Er bereist gegenwärtig den Orient als Besitzer großer öffentlicher Häuser in Argentinien."

Der deutsche Hochschulprofessor schildert dann mit fühlbarer Wollust die geistigen Ausscheidungen des jüdischen Mädchenhändlers, dessen „vorurteilslose (!) Laufbahn" nichts daran ändere, daß er ein „Rubens- und Shakespeare-Format" besäße. Seine „Tigerin" sei „ein großer Wurf ohne Gestaltungskraft und Kunst, aber so besessen vom Leben, wie ein Moderberg

von Würmern und sich anbohrenden Skorpionen". Nach Erläuterung dieses „gewaltigen Buches" zieht Lessing die Schlußfolgerung: „Satan selber mit seinem kalten Finger" könne nicht besser schreiben. Ferner sei zwar nicht anschaulich: „Aber überall, wo der Teufelskerl mit dem Geiste erfaßt, da springt hervor eine Scharfsichtigkeit, von der jeder Psychologe zu lernen hat . . ." „Man denke sich einen Kant und Schiller auch nur für einen Monat in diese Welt (also der Dirnen, Zuhälter und Mädchenhändler. A. R.) versetzt und sie würden mit Sicherheit zugrunde gehen. Dies aber ist ein Unbedenklicher, der mitten hineinspringt und Wahrheiten herausholt, die weder ein Schiller je zu sehen, noch ein Kant je zu begreifen vermöchte." Mit diesen Worten stellt ein deutscher Professor also einen Bordell-Literaten höher hin als Schiller und Kant, und wir können ihm wohl zugestehen, daß in dieser Verbrecheratmosphäre, in der seine Helden sich wohlfühlen, ein Kant und Schiller wahrscheinlich sich nicht hätten „entfalten" können. Von größtem psychologischen Interesse für jeden Deutschen ist die Feststellung dessen, was Herr Lessing unter „Leben" versteht: in einem Moderberg als Wurm oder als Skorpion zu wirken! Das besorgt Theodor Lessing-Lazarus seit Jahr und Tag in Deutschland, und der Moderberg der Demokratie schützte und förderte ihn nach Möglichkeit, um ihm sein „Leben" zu erhalten. Die „Voss. Zeitung" pries seine sensationellen Verfälschungen des Haarmann-Prozesses als eine „Bereicherung der Wissenschaft"; das „Berliner Tageblatt" trat zu seinen Gunsten gegen die deutsche Studentenschaft auf, und der marxistische Studententag in Hamburg Mitte August 1925 sandte Professor Lessing im Namen des Verbandes marxistischer Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs ein Begrüßungstelegramm, in dem die Gegner Lessings als unreife Burschen und Flegel hingestellt wurden!

4.

Zu gleicher Zeit vollzog sich mit Lessing noch eine geradezu symbolische Handlung: er wurde zum Ehrenmitglied des Haeusser-Bundes ernannt! Der Mitte 1927 verstorbene Haeusser war bekanntlich ein Erotomane, der in Gefolgschaft mannstoller hysterischer Frauen und aus dem Gleichgewicht gefallener

„Männer" sich seit Jahren als den einzigen Retter Deutschlands anpries, ja, als Retter der Welt, größer als Christus und Buddha. In Nr. 177 (1925) seiner Bundeszeitschrift „Haeusser" finden wir z. B. folgende bezeichnende Anpreisung:

„In diesen Tagen erscheint das furchtbarste Werk der Menschheitsgeschichte. Haeusser am Rande des Grabes, den Abgrund hinüber und herüber messend, Raum und Zeit aufhebend, den Makro- und den Mikro-Kosmos durcheilend, durchfliegend, durchwühlend, hat in einem 33 hundert Seiten umfassenden Manuskript vom 7. April bis 19. Oktober 1923 alle — Mensch und Gott — Diesseits und Jenseits — Hohes und Niederes — Zeitliches und Ewiges — In- und Ausland — Vaterland und Politik — Deutsche und Ewige Heimat — Presse und Partei — Regierung und Diktatur — Währung und Verfall — Leben und Tod umfassenden Fragen aufgeworfen und gelöst — restlos gelöst — so gelöst — wie sie Lao-Tse — Nietzsche — Mose — Luther — Jesu — Spinoza — Stirner — Tolstoi — Rousseau — Bruno — Kant — Fichte — Hegel — Haeckel — Hebbel — Schleiermacher — Lessing — Goethe — Schiller — Friedrich der Große — Napoleon und Bismarck — Lenin — Mussolini — Poincaré nicht gelöst haben. Gewalt, Größe, Ungeheuer, Drache reden ihre Sprache — reden mit Gewalt! — Dieses Haeusser-Testament offenbart den Verfasser als den Höchsten Geist aller Zeiten! Und sein neunmonatlicher Todeskampf hat ihn die letzten Dinge sehen lassen. Ganz besonders erfreulich für uns Deutsche sind Haeussers Prophezeiungen über den unmittelbar bevorstehenden herrlichen Aufstieg unseres deutschen Volkes — das für Haeusser ein Volk der Völker — ein Volk-Herr über Völker ist, weshalb auch an vielen, vielen Stellen der Autor in den Jubelruf ausklingt: Deutschland herrschet über Alles — Ueber alles in der Welt . . . Und . . . Es soll am Deutschen Wesen — Einmal noch die Welt genesen! — Nur wenige Exemplare werden als Manuskript — Einschreiben — verschlossen gegen Vorausbezahlung der Herstellungskosten an Interessenten versandt. Nummer 152 als Manuskript — mit etwa 100 Photo-Klischees — gedruckt für die Freunde und Feinde der Wahrheit. — Herausgegeben von Adele Juels und Olga Haeusser-

Lorenzen. — Selbstkostenpreis der Drucklegung: 10 Dollar im Subskriptionswege — Der erste und zweite Teil des Haeusser-Werkes kann von jetzt an auch gegen 21 M. unter Verschluß versandt werden."

Dieser Gallimathias spricht gewiß für sich! Einziges Ehrenmitglied des Haeusser-Bundes war bis zum August 1925 nur Haeusser selbst. Aus der genannten Ausgabe ersehen wir aber, daß Theodor Lessing unterm 11. August 1925 gewürdigt wurde, das zweite Ehrenmitglied zu werden, was er mit einem dankbaren Brief vom 15. August annahm und in dem er den Haeusser-Anhängern versprach, stets „zu ihnen zu stehen", wo „Güte und Menschlichkeit von Dummheit und Roheit herabgesetzt" würden. Hoffentlich verhilft er dem „furchtbarsten Werk der Weltgeschichte" zu einem neuen, alles „restlos erledigenden" Kapitel . . .

Georg Bernhard von der „Voss. Ztg." schrieb wutentbrannt, die Sache Lessings habe sich zur Sache der Republik entwickelt. Wenn die Republik vom November 1918 die Gestalt des Lessing-Lazarus als ihre Verkörperung ansehen will, so ist das ihre Sache. Dann muß sich diese Republik aber auch mit dem Urteil eines der treuesten Demokraten der Jetztzeit und eines der „sublimsten Geister" („Fr. Ztg.") über Lazarus abfinden, nämlich mit dem Urteil Thomas Manns. Wie das „Gewissen" (Nr. 24, 1926) feststellte, hat diese Größe von heute bereits 1910 erklärt, er halte die Angriffe Lessings auf Lublinsky für so schlecht, so dumm, so liederlich willkürlich, daß man nicht wisse, ob man mehr über die bildnerische Ohnmacht oder die bodenlose Unfeinheit des Winkelpamphletes erstaunen solle. Lessing ducke sich als Schreckbeispiel schlechter jüdischer Rasse durchs Leben. Er habe als Mediziner und Schullehrer falliert, habe als Lyriker und Dramatiker und in jenen von ihm selbst so dringlich empfohlenen „Philosophischen Werken" seine weichliche Unfähigkeit erwiesen, habe sich dann als theaterkritischer Volontär in Göttingen, als Zionist und Conférencier für Damen in München versucht und werde neuerdings, ein alternder Nichtsnutz, vom Polytechnikum in Hannover als Privatdozent geduldet. . . .

5.

In der „Neuen Berliner Zeitung" (16. Juni 1926 und wiederum im „Prager Tageblatt" vom 13. Juni

1926) schrieb Lessing-Lazarus einen Aufsatz, betitelt „Gerichtstag über mich selbst", aus dem wir noch erfahren, daß er auch arische Vorfahren hatte! „Ein Großonkel war englischer Erzbischof-Kardinal." Die Eltern aber waren „beiderseits Juden". Lessing ließ sich zunächst evangelisch taufen, „durchaus nur aus Bequemlichkeitsgründen", wie er sagt; später wurde er Zionist und trat zum Judentum zurück. Am meisten klagt Lessing über Thomas Manns Ablehnung. Hierbei erfahren wir, daß Mann über Lessing noch folgendes geschrieben hatte: „Die Atemluft dieses Mannes ekelt mich: man mag den alternden Nichtsnutz als Privatdozent in Hannover dulden, bis man ihn endlich ins Irrenhaus steckt."

Das war um 1909. Der damals tapfere Thomas Mann hat heute den Federhalter nicht gezückt, um seine Meinung gegen die Meinung der Großrepublikaner Th. Wolff, Bernhard und gegen das Ghetto in Frankfurt zu stellen. Er schweigt wie das Grab. Er wird wissen, warum . . .

Auch das Auslandsjudentum rührte sich. Die Klage von der „unvollendeten Revolution", wie sie die „Rote Fahne" und Ignaz Wrobel in der „Weltbühne" immer wieder erheben, tönt auch aus Prag, der „geistigen" Stadt, die Lessing-Lazarus so liebt und aus der der geschäftstüchtige und „vorurteilslose" Bordellinhaber Serner stammt. „Die Wahrheit" daselbst schreibt ergriffen über das Schicksal der 1918 so hoffnungsvoll aufgegangenen Morgenröte Israels (Nr. 12, 1926): „Die halbgemachte deutsche Revolution rächt sich eben immer mehr. Die Linke müßte reinen Tisch machen, da die Rechte sich seit November 1918 dazu anschickt. Aber es ist hohe Zeit, die deutsche Demokratie nicht etwa zu retten, sondern erst neu zu organisieren. Der „Fall Lessing" wird sich sonst etwa so ganz allmählich zum Fall der deutschen Republik auswachsen."

„Reiner Tisch" soll also mit den Deutschen gemacht werden. „Ruten und — Beile", forderte einst der Macher der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, in der „Frankf. Zeitung".

Das Bild dieses neudeutschen Gelehrten ist also von einer nicht zu überbietenden Plastik. Lessing-Lazarus

stellt die kulturelle Seite des politischen Zersetzungsprozesses, in dem wir heute leben, dar, und hier zeigt sich die innere Verwandtschaft, welche den politischen Marxismus und das Kunst und Sitten zerstörende Literatentum verbindet, wie es sich um die „Weltbühne", das „Tagebuch", die großen marxistischen und demokratischen Weltblätter gruppiert. Die Professor Lessings, Gumbels, Schulze-Gaevernitz, Friedrich Wilhelm Foerster, Haeusser, sie alle gehören brüderlich zusammen.

*

Der Kampf in Hannover endete mit einem traurigen „Kompromiß": Lessing durfte noch ein Semester weiterlesen, erhielt aber für später einen wissenschaftlichen Auftrag. Er fällt also nach oben!

Das Alljudentum hatte einen neuen Sieg davongetragen. Die deutschen Professoren, die dieser Unterwerfung zustimmten: Oesterlen, Nernst usw., haben einen traurigen Zusammenbruch erlitten und den Versuch der Reinigung der deutschen Hochschulen hintertrieben. Die deutschen Studenten aber müssen in ihrem Kampf gegen die Verfolgung unbeirrt fortfahren. Bis reine Luft wieder weht an allen deutschen Hochschulen.




DR. KURT TUCHOLSKY




Die Novemberdemokratie gibt, wie gesagt, viel auf die sogenannte „Geistigkeit". Diese „Geistigkeit" ist für sie das Höchste; sie zeigt sich in der Verhimmelung des pazifistischen Gedankens, der Pan-Europa-Bewegung, der Denunziation Deutschlands an das waffenstarrende Frankreich, im Loben der pornographischen Literatur und im Beschimpfen all jener Eigenschaften, dank welchen einst das Deutsche Reich entstanden ist. Die hochgelobten „Geistigen" sind übrigens sehr zahlreich und es ist ganz ausgeschlossen, all ihre Charakterbilder aufzuzeichnen. Es seien nur genannt: Fritz von Unruh, ehemaliger deutscher Gardeoffizier, jetziger Verhimmler Walter Rathenaus, Prologdichter bei Verfassungsfeiern und ein besonderer Liebling der börsianischen „Frankf. Ztg."; ferner etwa die Gebrüder Thomas und Heinrich Mann, Ernst Toller, Erich Mühsam, Alfred Kerr und eine ganze Reihe anderer Größen der „durchgeistigten" Demokratie. In diesen Chorus erlesenster Seelen gehört ohne Zweifel auch Dr. Kurt Tucholsky. Man kennt ihn unter vielen Namen. Ganze fünf Bezeichnungen hat er sich zugelegt, unter denen er der Mitwelt seine „Weltanschauung" unterbreitet. Er heißt nämlich noch Ignaz Wrobel, Theobald Tiger, Peter Panter und Kaspar Hauser. Alle novemberdemokratischen Blätter reißen sich um dieses Genie: „Berl. Tageblatt", „Voss. Zeitung", „Welt am Montag", „8-Uhr-Abendblatt" und selbstverständlich Siegfried Jacobsohns „Weltbühne" gehören zu den Ablagerungsstätten Tucholskyscher Geistigkeit. (Die „Weltbühne" hat er nach Jacobsohns Tode übernommen.)

Die Schreibmaschine war von jeher Ignaz Wrobels Stärke. In einem großen Rucksack verpackt, zog er mit ihr im April 1915 als „Schipper" mit dem Armierungsbataillon nach Suwalky. Wie ein Kollege von ihm in der „Wahrheit" feststellte, gelang es dem Peter Panter sehr bald, sich mit seinem Schreibmaschinengewehr eine geräu-

mige Schreibstube zu erobern und sich das Wohlwollen der vorgesetzten Behörden zu erringen, da seine anderen Kollegen nicht so vorsorglich gewesen waren, mit einer Schreibmaschine ins Feld zu ziehen. Später fügte es das Geschick, daß Kaspar Hauser Schriftleiter einer patriotischen Soldatenzeitung in Alt-Autz bei Riga wurde und selbstverständlich dafür sorgte, daß feste vaterländische Töne geredet wurden. Damals vertrug sich das mit dem Charakter und der Geistigkeit des Theobald Tiger ausgezeichnet. Als jedoch die Morgenröte des 9. November 1918 aufstieg, da warf Kurt Tucholsky die unangenehme feldgraue Uniform beiseite, zog wieder die gestreiften schwarzen Beinkleider über die Säbelbeine, nahm seine getreue Schreibmaschine und begann, gegen den Patriotismus gleich unter fünf Namen zu wettern. Er sagte einmal von ihnen: „Wir lieben vereint, wir hassen vereint, wir marschieren getrennt, aber wir schlagen alle auf denselben Sturmhelm.“ Und weiter jubilierte der Geistige: „Wir werden sie auf die hohlen Köpfe hauen, daß es schallt, und die braven Bürger denken, die kaiserliche Wache ziehe wieder auf und der alte Gardekürassier schlage auf die alte Kesselpauke. Wir sind fünf Finger an einer Hand und wir werden auch weiter zupacken, wenns nottut.“

Und dieser Ignaz Wrobel, der nach außen hin „Nie wieder Krieg“ ruft, packt tatsächlich zu und man fühlt das blutrünstige Wohlbehagen, wenn er über deutsche Offiziere und deutschen Charakter schimpfen kann. Er nennt das „dichten“. . . . Z. B. erklärt er, das deutsche Offizierkorps habe die Niederlage herbeiführen helfen und bleibe ein Hauptfaktor der „deutschen Unkultur“. Bei der Verlogenheit der deutschen Armee war nach außen hin alles in Ordnung: „Betrachtet das deutsche Militär und ihr habt die deutsche Kultur.“ In dieser Weise „dichtete“ Kurt Tucholsky. In Siegfried Jacobsohns „Weltbühne“ aber dichtet er sogar in Versen. Z. B. in einem Gedicht „Drei Minuten Gehör“ bringt er eine Wechselrede zwischen Mann und Frau, in welcher sich der Soldat als Schießautomat, als Schwein mit den Händen an der Hosennaht fühlt, und der Jugend ruft Kurt Tucholsky zu: „Ihr seid heute frei, kein Spalier, Keine Orden, kein Reserveoffizier, Ihr seid die Zukunft, euer

das Land, Schüttelt es ab, das Knechtschaftsband!" Herr Tucholsky vergaß nur, als er weiter in seinen „Gedichten" den deutschen Soldaten so hinstellte, als hätten alle Offiziere auf ihn von oben herab als auf den „Kerl" gesehen, er vergaß nur dabei zu erzählen, daß gerade er es gewesen war, der, als er 1915 bequem auf einem Landauer sitzend an seinen Genossen vorbeifuhr, auf seine Untergebenen als die „Kerls" herunterschaute.

Es kann nicht fehlen, daß Herr Tucholsky nicht nur im allgemeinen redet, sondern auch persönlich wird. Noch zwei kleine Stichproben: Die unabhängige „Freiheit" veröffentlichte am 27. August 1922 einen Aufsatz von Ignaz Wrobel. In diesem Aufsatz — „Der General auf Rädern" — heißt es u. a.:

„Wenn irgendwo etwas los ist, dann wird der alte gute Page Hindenburg aus der Schachtel geholt und ein bißchen aufgebaut. — Seit die Weltgeschichte steht, haben noch immer Generale den Waffenstillstand unterzeichnet und nicht Zivilisten vorgeschickt, die das ausfressen durften, was jene ihnen eingebrockt hatten. Die Kapitulation ist Sache des Feldherrn. Dazu war Herr Hindenburg zu feige. — Schlechte Mittelware. — Wir (wer „wir"?) lehnen das erste Mitglied der Obersten Heeresleitung, dieser deutschen Unterschätzungskommission, ab. Und wir rücken nachdrücklich von einem Vertreter der plattesten Ungeistigkeit ab. — Und wir grüßen voller Ernst und Scham die belgischen Witwen und Waisen, deren Männer und Väter damals ermordet worden sind."

Ebenfalls unter dem Namen Ignaz Wrobel schrieb derselbe Herr in Siegfried Jacobsohns „Weltbühne" (Nr. 38, 1921) über die gemeinen Karrikaturen des berüchtigten Karrikaturisten George Groß. Nachdem er sich beklagt hat, daß es „ein Witzblatt von Gesinnung" nicht mehr gäbe, sagt er: „Das Geheimnis: er (Groß) lacht nicht mehr, er haßt. Das andere Geheimnis: er zeichnet nicht nur, sondern zeigt die Figuren — welche patriotischen Hammelbeine! Welche Bäuche . . . Sie sind alle da: die brutalen Mordoffiziere und Nachfahren eines Ludendorff . . . . . . die Viechskerle von Soldaten, Bulldoggen und Sergeanten des kaiserlichen Heeres. . . . Und alle Blätter rufen uns jene Zeit ins Gedächtnis, wo alles zusammen-

zubrechen schien und alles blieb; wo so viel verpaßt wurde und so viel geschont."

„Was nützt uns (den Juden! D. Verf.) Großens Pazifismus (!!) und all das? Ungestört (!!) singen die Kindergärtnerinnen ihr: „Ja mit Herz und Hand", ungestört (!) lehren wildgewordene Oberlehrer ehrwürdige Geschichtslügen. . . ." „Wir aber wollen in dies Bilderbuch sehen und jener Jungfrau Germania gedenken, die mit jedem Offizier — bis zum Feldwebel abwärts — gehurt hat. Und sprechen: ‚So siehst du aus'."

In der Zeitschrift der deutschen Friedens-Gesellschaft „Das andere Deutschland" schrieb der Jude Ignaz Wrobel in einem Artikel als Antwort auf den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Landesverrats wörtlich:

„Das Land, das ich angeblich verrate, ist nicht mein Land, dieser Staat nicht mein Staat, diese Rechtsordnung nicht meine Rechtsordnung." (Hammer, Nr. 597, Mai 1927.)

Kein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat sich bemüßigt gefühlt, diesen Ignaz Wrobel hinter eiserne Gardinen zu setzen und ihn bei zehnjähriger Zuchthausarbeit auf andere Gedanken zu bringen, als das Symbol des Deutschtums in dieser Weise anzupöbeln. O nein! Noch im Jahre 1925 schickte die „Voss. Zeitung" des Hauses Ullstein unter der Leitung des Joseph-Wirth-Freundes Bernhard Herrn Tucholsky nach Paris, und als Peter Panter schrieb er von dort liebevolle Briefe aus der Seinestadt über das Leben und Treiben der von der Leserschaft der „Voss. Zeitung" so geliebten Franzosen. Und daß diese ihn gut behandeln, versteht sich gleichfalls von selbst, denn zu der Geistigkeit eines Novemberdemokraten gehört es zweifellos, daß er die deutschen Interessen und die angeblichen Rüstungen an das geliebte Frankreich denunziert. Auch dafür eine ganz kleine Probe.

Am 7. August 1922 schrieb Ignaz Wrobel an die „Welt am Montag" des Geistesbruders Helmut von Gerlach einen langen Artikel, in dem er nach Prozessen gegen die „Waffenschieber" rief, und fügte hinzu: „Oberschlesien starrt von Waffen, ostpreußische Gutsbesitzer

denken gar nicht daran, die Waffen abzuliefern, die sie da noch aufgestapelt haben. Die Geheimorganisationen, die sich nach dem Rathenaumord unter neuen Namen gebildet haben, besitzen große, über das ganze Land zerstreute Waffenlager. Den einzelnen lockt vor allem die brillante Stellung, die Uniform und der Machtkitzel, Geldgeber sind genug da, das Ganze ist „glänzend aufgezogen"."

Dann schimpfte Herr Kurt Tucholsky, wie es sich gehört, auf die deutschen Studenten, die noch nicht in seinem Lager stehen, und fragt sich, wozu diese sonst auf der Welt da seien. Er verwundert sich über den Reichsbund Schwarz-Weiß-Rot und fügt hinzu: „Und das geht jetzt vier Jahre so und die Republik findet keine Mittel und Wege, dem abzuhelfen. Es gibt aber noch welche...." (Fünf Punkte. D. Verf.) Mit diesen fünf Punkten wollte Theobald Tiger sicher dasselbe ausdrücken wie der „Schöpfer" der Weimarer Verfassung, der Herr Hugo Preuß, in der „Frankf. Zeitung", der mit „Ruten und Beilen "die „Reaktionäre" auszurotten gedachte.

Das liebe Frankreich hat Kurt Tucholskys Seelennöte sehr gut verstanden und sie dementsprechend dem französischen Pressedienst in Koblenz einverleibt. („Nachrichtenblatt Nr. 54 vom 31. August 1924.)

Wie man sieht, hat die Novemberdemokratie in Kurt Tucholsky, Ignaz Wrobel, Theobald Tiger, Peter Panter, Kaspar Hauser gleich einen fünfeinigen Apostel, den wir nur flüchtig würdigen konnten, weil er wöchentlich mindestens 20 Aufsätze schreibt; aber da in allen ungefähr dasselbe steht, so werden diese Stichproben auf die Seelennöte des Meisters des Schreibmaschinengewehrs wohl genügen, um das Gesicht der Novemberdemokratie um einige Charakterzüge zu bereichern.




HJALMAR SCHACHT




1.

Die Chronik berichtet, daß der deutsche Reichsbankpräsident aus dem Friesenlande stammen soll. Sein Bildnis macht diese Vermeldung wahrscheinlich, nur zeigt die in vertikaler Hinsicht sparsam entwickelte Stirn, daß sich friesisches Blut doch nicht so ganz durchzusetzen vermocht hat. Als Ersatz dafür hat Hjalmar Schacht, als er in die Lehre auf die Bank ging, dort erstklassige Belehrung gefunden, die ihn in die Geheimnisse der schwarzen Börsenkunst so weit einweihte, daß er treu und folgsam die Gebräuche derselben nachzuahmen lernte. Die heutige Darmstädter und Nationalbank unter der Leitung der nicht aus dem Friesenland stammenden Dernburg und Julius Stern war jene Fundgrube des Wissens, aus welcher Hjalmar Schacht sein phänomenales Können geschöpft hat, und jedenfalls glaubten die Goldschmidts, Mendelssohns, Wassermanns und Schwabachs an die Erfolge ihrer Erziehungsmethode; sonst hätten sie es wohl kaum zugelassen, daß ein Mann namens Hjalmar mit der Aufgabe betraut wurde, die „Reichsbank" des internationalen Judentums als Präsident zu „leiten" und den Drachen der Inflation zu „erwürgen".

Wie dem auch gewesen sein möge, jedenfalls schien es Ende 1923 höchste Zeit, die Inflation (auf deutsch Raub des deutschen Eigentums) abzubrechen und durch eine „Sanierung der Währung" die Bankiers als die Retter des Vaterlandes hinzustellen. Es war zwar keine deutsche Währung, die wir erhielten, aber das ist ja auch nicht der Zweck der Uebung gewesen. Im Gegenteil, die „Kolonisierung Deutschlands" galt als „das Schicksal", welches uns ein Leib- und Magenblatt Hjalmar Schachts, die „Frankf. Ztg.", schon Mitte 1923 als „unvermeidbar" hinzustellen beliebt hatte. Und in der Hand des „Schicksals" eine Gott wohlgefällige Rolle zu spielen, war offenbar Schachts Ehrgeiz, als er das Amt eines „Reichsbank"-

Präsidenten übernahm und sich dann der Ufa-Wochenschau zum Filmen überantwortete, wobei er heftige Handbewegungen vollführte, die aller Wahrscheinlichkeit nach Energie ausdrücken sollten.

Es waren gerade die Honigmonde von 1924, da sich am Horizonte des allein weitblickenden Gustav Stresemann ein „Silberstreifen" in Gestalt des Dawes-Planes zeigte. Selbstverständlich wußte auch ein Zögling des Mannes mit dem Assyrerkopf (wie Dernburg bekanntlich vom Publikum des Kurfürstendamms mit Stolz bezeichnet wird), was sich den Vertretern der internationalen Hochfinanz gegenüber gehörte. Als charaktervoller Demokrat wird man zwar über Kaiser und Könige und sonstige politische reaktionäre Symbole in tiefsten Tönen des männlichen Mutes sprechen, dafür aber sich möglichst schweigsam verhalten, wenn die Besitzer des Geldsackes ihre Meinung zu äußern geruhen.

Und umgekehrt weiß man natürlich auch in der Londoner City und in der New-Yorker Wallstreet, wie man mit dem Präsidenten einer deutschen „Reichsbank" des Jahres 5685 (d. h. 1924 nach Christo) zu verkehren hat. Es gab nämlich so um Ende April des genannten Jahres noch eine ganze Reihe von deutschen Landwirten und Industriellen, welche die widerspruchslose Auslieferung sämtlicher deutscher Hoheitsrechte nicht als den „Sinn der Weltgeschichte" anerkennen wollten. Aber die Zähmung dieser Widerspenstigen war mit Hilfe der neuen Währungs-Sanierung eine geringe Angelegenheit. Die Bank von England teilte im Mai 1924 ganz offenherzig mit, sie habe von Dr. Hjalmar Schacht ein Telegramm erhalten, welches besage, daß die deutsche Regierung veranlaßt habe, denjenigen Industriellen, welche die „nationalistische Wahlkampagne gegen den Sachverständigenplan" unterstützten, alle staatlichen Kredite zu entziehen. Ueber diese „staatlichen Kredite" aber bestimmten sieben Ausländer, eine Reihe „deutscher" Juden im Aufsichtsrat der „Reichsbank" und — zuletzt — Herr Schacht.

Man darf Hjalmars Stirnhöhe natürlich nicht für **so** gering halten, daß man glaubt, er gleiche einem Somnambulen, der die Ratschläge der Genossen des Mannes mit dem Assyrerkopf nur im Traumzustand ausführte. Er wußte schon, was los war! Im Wonnemonat Mai 1924

erklärte er auf der Tagung des „Hansa-Bundes" in Hamburg (warum dieser Bund mit dem Juden Rießer an der Spitze, sich nach der Hansa benennt, ist unerfindlich), daß die deutsche Existenz nur bestehen könne (klassischer Stil!) im „Rahmen des großen, internationalen Wirtschaftsverkehrs". Und die vom Jordan Stammenden hatten gleich verstanden, was Schacht in seiner Freimaurersprache sagen wollte. Die zionistische „Wiener Morgenzeitung" zog nämlich sofort den Schluß, Schacht habe eingesehen, daß „eine Regenerierung der deutschen Wirtschaft sich unmöglich auf „arisch-germanischer" Grundlage vollziehen könne." Um nur ja nicht mißverstanden zu werden, fügte das Blatt der Weisen von Zion hinzu: „Die Juden sind die Träger des internationalen Wirtschaftsverkehrs" (27. Mai 1924).

2.

Der Dawes-Plan ist das heimtückischste Instrument zur Auslaugung der deutschen Wirtschaft und zur langsamen, aber sicheren Vernichtung unseres Volkes (durch Unterernährung und Ueberarbeit). Die Worte der Bankiers der Wallstreet: „Wir lehnen selbstverständlich (!) die Ansicht ab, daß aus Deutschlands Hilfsquellen zuerst seine vollen inneren Bedürfnisse erfüllt werden müßten und daß für die Erfüllung dieser (der außerdeutschen) Verpflichtungen lediglich das herangezogen wird, was es etwa an Ueberschüssen herauswirtschaften kann. Das deutsche Volk muß (!) auf ein nicht weiter einzuschränkendes Minimum seiner eigenen inneren Bedürfnisse gebracht werden", diese Worte sollte jeder Deutsche (überhaupt jeder Europäer) sich täglich vorsagen, um zu wissen, welchen Zweck die heutige Finanzpolitik verfolgt, in deren Hände sich Hjalmar Schacht als ausführendes Organ begeben hat.

Am 25. Juni 1925 trat Schacht anläßlich der Tagung des „Reichsverbandes der deutschen Industrie" in Köln auf. Einige Stellen dieser Rede über „Reichsbankpolitik" sind in unseren Augen ebenso klassisch wie historisch wichtig. Sie sind, wie die „Voss. Ztg." bemerkte, von „grundlegender Bedeutung". Schacht sagte (nach Schilderung der englischen Zollmaßnahmen):

„Kein Wunder, daß in einer solchen Atmosphäre Stimmen laut werden, die schon heute die Unmöglichkeit einer Transferierung der Zahlungen aus dem Dawesplan verneinen. Diese Voraussagungen für das Transferproblem scheinen mir ebenso voreilig zu sein wie die gegenteiligen Behauptungen. Aber wir sehen auch hier schon wieder, daß zwar *die im Dawesplan enthaltenen formalen Vorschriften* (!!) *in alle Köpfe übergegangen sind, daß aber die großen wirtschaftlichen und menschlichen* (!!) *Grundgedanken des Dawesgutachtens* spurlos an der verblendeten Welt vorüberzugehen drohen. Das Dawes-Gutachten ist der ernstgemeinte und wohlüberlegte Versuch, die politischen Machthaber der Welt an ihre wirtschaftliche Verantwortung (gegenüber den Finanzpiraten! D. V.) zu erinnern, von der das materielle und geistige Gedeihen der Völker abhängt. (Schacht weiß also ganz genau, wer heute Herr der Welt ist! D. V.). Nur wenn das Gefühl für diese Verantwortung an den maßgebenden Stellen sich durchsetzt, werden wir Europa vor Bolschewisierung und Chaos bewahren. Der Versuch, schon heute die Zahlen des Dawes-Planes als undurchführbar hinzustellen, könnte möglicherweise eine Abschwächung des Verantwortlichkeitsgefühls zur Folge haben. Wir tun deshalb gut, daran zu erinnern, daß das Dawes-Gutachten deutlich hervorhebt, daß die darin enthaltenen Voranschläge auf der Annahme beruhen, daß Deutschlands wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation als die im Gutachten vorgesehenen Kontrollmaßnahmen behindert und beeinträchtigt wird und daß der Plan auf der Voraussetzung fußt, daß alle Maßnahmen, die diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinreichend abgeändert worden, sobald Deutschland mit der Ausführung des vorgeschlagenen Planes begonnen hat. Ich glaube, daß die öffentliche Feststellung notwendig und nützlich ist, daß auch in diesem Falle Deutschland erfüllt hat und seine Gegner nicht erfüllt haben und daß diese Feststellung geeignet ist, die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen vor der Welt klarzustellen."

Und auch Schacht nebst Genossen sind den „menschlichen Grundgedanken" des Dawes-Planes voller Eifer

nachgekommen. Jedesmal, wenn ein neuer Zahlungstag heranrückte, waren die deutschen Steuergelder schon bereit und wurden gnädigst in Empfang genommen. Zwar stürzte eine deutsche Industrie nach der anderen zusammen, wie z. B. selbst Stinnes; Schacht aber versicherte offiziös, daß ihm von „irgendwelchen weiteren akuten Schwierigkeiten innerhalb der deutschen Wirtschaft nichts bekannt sei." Zwar wuchs von Monat zu Monat die Zahl der deutschen Arbeitslosen, jeder Tag forderte in Deutschland Dutzende von Selbstmorden infolge der „menschlichen Grundgedanken" der Dawes-Politik (1926 ganze 16 000!), Schacht aber zahlte. Er war derart von „Verantwortlichkeitsgefühl" erfüllt, daß er Ende Dezember 1925 ganze 225 Millionen Goldmark, die von der deutschen Wirtschaft erpreßt worden waren, zuviel gezahlt hatte. Dieses deutsche Geld hätte Hunderttausenden deutscher Beamten oder Arbeitslosen eine Weihnachtsfreude, eine Rettung aus Todesnot ermöglicht. Schacht aber wußte hiervon nichts. Er wußte nur, wie er sich der Wallstreet gegenüber zu betragen hatte, die es gnädigst zuließ, daß er 250 000 Goldmark an Gehalt einsteckt: Es ist ein altes, guterprobtes Mittel, die Fronvögte über ein Volk verschwenderisch (aus den Taschen eben dieses Volkes, versteht sich) besolden zu lassen. Auch der Vogt der „Reichsbahn" erhält bekanntlich 250 000 Goldmark Honorar für seine verantwortungsbewußte Tätigkeit. 1926 war Schacht zur Beratung mit Wallstreet in Amerika und soll für diese Reise 40 000 Mark an „Spesen" verbraucht haben. Nun, das gleicht sich durch einige Selbstmorde („Freitode" sagt man jetzt in der vornehmen Presse) in Deutschland wieder aus.

3.

Hjalmar Schacht war und ist — selbstverständlich — ein heftiger Gegner einer stärkeren Aufwertung. Es ist dies deshalb selbstverständlich, weil durch eine wirkliche Aufwertung der angestrebte Zweck des Inflationsschwindels ja zunichte geworden und die „sozialisierten" Deutschen wieder zu ihren Spargroschen gekommen und die neue, wirklich währende Währung des Herrn Schacht ins Wanken geraten wäre. Das durfte diesmal nicht sein. Deshalb sagte Schacht Mitte Dezember 1925 in der Berliner Industrie- und Handelskammer, die

deutsche (?) Währung sei gesichert, alles andere „törichtes Inflationsgerede" . . .

Merkwürdig: als die Aufwertung gefordert wurde, stellte Hjalmar die Inflation als „elementares Ereignis" wie einen Vulkanausbruch hin, demgegenüber alle Ver- Versprechungen auf Treu und Glauben nichtig wären. Und jetzt wehrt er mit einer Handbewegung dieses „elementare Ereignis" als „törichtes Gerede" ab. Er hat gut gelernt, wie man's dem Volke hinzureiben hat, der Hjalmar Schacht. In Wien aber sagte er später offenherzig, die Inflation sei eine Ausnützung der Unwissenden durch die wirtschaftlich Unterrichteten gewesen . . .

Und weil er doch etliches weiß und nicht mehr zurück kann, scheint er auch nicht zu beleidigen zu sein. Er hat sich für gewisse Vorwürfe als ganz und gar unempfindlich erwiesen, der einstige Friesensohn. Z. B. ist er vom Leiter der „Deutschen Wirtschaftspolitik" in einer ganzen Reihe von Zeitungen in einer Art und Weise angegriffen worden, wie man sie sich herausfordernder nicht denken kann. Bruder Hjalmar schwieg. Er wurde aufgefordert, zu klagen. Schacht — beherrschte sich. Im „Völk. Kurier" nannte Herr E. Piechottka Schacht am 22. Juni 1925 den „Vater des größten Volksbetruges aller Zeiten", den „Urheber der radikalsten Volksausbeutung" und fügte hinzu: „Daß Dr. Schacht auch seine Ehre verloren hat, hat er bisher noch gar nicht bemerkt, hat er doch schon viermal den öffentlichen Vorwurf, Verbrecher am deutschen Volk und der Henker der deutschen Wirtschaft zu sein, verjähren lassen, ohne eine Beleidigungsklage zu versuchen, weshalb ich ihm hiermit nochmals die Gelegenheit bieten möchte, freundlichst das Versäumte nachzuholen."

Schacht hat auch diese Gelegenheit ungenützt vorüberziehen lassen. (Er klagte erst 1927 auf neue, noch weitergehende Vorwürfe.)

Ist es nun ein Wunder, daß dieser Mann von der gesamten internationalen Presse als Retter des Vaterlandes, als Finanzgenie und großer Staatsmann gepriesen wird? Nein, wahrhaftig nicht! Ein Mohr, so lange er „Verantwortungsgefühl" besitzt und seine „Schuldigkeit" tut, ist ein guter Freund, den man auch loben darf. Bis er — ausgedient hat.




PARVUS




Ende 1924 starb in Berlin einer der hervorragendsten Führer der 2. Internationale, der unter dem Namen Parvus berühmt und berüchtigt geworden ist. Wie er in Wirklichkeit geheißen hat, ist bis auf heute ein Geheimnis geblieben, nur soviel ist bekannt, daß, wie sein Freund Haenisch im „8-Uhr-Abendblatt" feststellte, er jüdisch-russisch-tatarischer Herkunft gewesen ist. Er war einer jener Tausende, die sich zum Ziel gesetzt hatten, den russischen Zarismus auf revolutionärem Wege zur Strecke zu bringen, und als 1905 die ersten Vorboten der Revolution sich ankündigten, stürzte sich Parvus in diese Wirren als Redner und Schriftsteller, zusammen namentlich mit Leo Trotzky und Deutsch. 1905 gründete er die ersten bolschewistischen Arbeiterräte, jedoch ging diese Generalprobe der Weltrevolution damals fehl. Parvus und Genossen wurden gefangen gesetzt, aus unbegreiflicher Milde aber nicht hingerichtet, sondern nach Sibirien verbannt. Dort gelang es ihnen, zu fliehen. Parvus begann seine beglückende Tätigkeit in Deutschland. Unter den Namen Peter Klein, Parvus und Markussohn schrieb Dr. Helphant, wie er ebenfalls hieß, Leitartikel für marxistische Blätter, befreundete sich mit dem Sozialdemokraten Haenisch, wechselte mehrfach seinen Wohnort, bis er schließlich dank rücksichtslosester, intrigantenhafter Tätigkeit den bescheidenen Deutschen Edmund Fischer aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung" hinausdrängte und selbst die Leitung dieses Blattes übernahm. Seit dieser Zeit sehen wir Parvus in ununterbrochener Tätigkeit an der marxistischen Unterwühlung des Deutschen Reiches arbeiten.

Seine Erlebnisse hat er selbst in einem Werk, betitelt: „In der russischen Bastille während der russischen Revolution" geschildert. Er nennt sich dort mit Stolz einen „Berufsrevolutionär", der gewohnt sei, auf dem hohen Wellengang des Lebens gleich seinem Freunde

Trotzky zu leben, und bezeichnet als seinen heißesten Wunsch die Niederwerfung des russischen Reiches. Es versteht sich, daß keinem der Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Rußland gelegener kam, als dem Herrn Parvus-Helphant, bot ihm doch dieser Streit die Möglichkeit, mit seinen Todfeinden abzurechnen. Gleich den übrigen jüdisch geleiteten Sozialdemokraten und Demokraten war Parvus nach Osten hin der wildeste Kriegshetzer, um im Augenblick des zarischen Niederbruches und des Sieges der unrussischen Revolution sofort an der Zersetzung und an der Unterwerfung des Deutschen Reiches zugunsten der Börsenentente weiter zu arbeiten.

In Parvus schlug das Blut seiner Väter angesichts der schönen Kriegskonjunktur in stärkerem Maße als früher: Er verschiffte sich auf den Balkan, richtete einen flotten Zwischenhandel mit Lebensmitteln ein, belieferte von Konstantinopel aus das ganze Deutsche Reich, steckte Riesengewinne in seine Tasche und erschien dann wieder in Deutschland als vielfacher Millionär. Selbstverständlich haben ihn seine antikapitalistischen Genossen auf Grund seiner erschobenen und erstohlenen Millionen mit offenen Armen empfangen. Er gründete „Die Glocke" und setzte seinen Freund Haenisch als Leiter in dieses Unternehmen. Er gründete die „Internationale Korrespondenz" und übergab seinem Rassegenossen Heilmann die Leitung dieses volkszersetzenden Institutes. Er verstand es dann sehr bald, sich auch an den demokratischen Bethmann Hollweg heranzumachen. Ihm sicherte er die Unterstützung der Bolschewisten zu und es begann jene berüchtigte Aktion, Rußland mit Hilfe seiner bolschewistischen Emigranten noch weiter zu unterhöhlen. In der Schweiz wurden die Radeks, die Lenins und andere hundert Führer der bolschewistischen Emigration gesammelt, der Vertreter der börsianischen „Frankf. Ztg." vermittelte Radeks Bekanntschaft mit dem deutschen Botschafter von Romberg und eines Tages setzte sich dann der plombierte Waggon aus der Schweiz über Deutschland in Bewegung, um die lebendigen menschlichen Giftbazillen nach Rußland zu befördern. Radek schildert uns diese ganze Reise in Nr. 251, 1921 der „Prawda" und erklärt, in Stockholm habe er mit den schwedischen Genossen im Namen von Parvus, „dem Führer der Deutschen Sozialdemokra-

tischen Partei", offiziell Verhandlungen angestrebt. Aus diesem Zeugnis geht unwiderleglich hervor, daß Parvus den Bolschewisten ganz bestimmte Aufträge mitgegeben und mit ihnen in engster Fühlungnahme zusammengearbeitet hatte.

Aber Parvus ruhte und rastete auch später nicht. In verschiedenen Städten kaufte er luxuriöse Villen, u. a. übernahm er das Schloß des Juden Sobernheim in Schwanenwerder am Wannsee, um dort ein wildes Schlemmerleben zu führen. Eine andere fürstliche Villa erstand er in der Umgebung Zürichs, wo er in gleicher Weise „Erholung" von seiner politischen Zersetzungstätigkeit suchte. Als die Dinge eine Zeitlang in Berlin gefährlich wurden, siedelte Herr Parvus auf einige Zeit nach Zürich über, führte sich aber dort derart skandalös auf, johlte in seiner Villa mit Schiebern aus allen Ländern und stadtberüchtigten Frauenzimmern, daß die Behörden sich veranlaßt sahen, den Beglücker Deutschlands und Rußlands aus der Schweiz auszuweisen. Er kam wieder nach Berlin. In seinem Hause gaben sich fortan alle Größen der Novemberdemokratie ein Stelldichein. Da waren die Gebrüder Sklarz, die sich gleich Herrn Parvus nur von jungen Mädchen mit ganz kurzen Kleidern bedienen ließen. (Ein Sklarz schenkte diesen sogar ganz besonders „verlockende" Kostüme.) Da war Herr Scheidemann, der Führer im Kampf gegen den verruchten Kapitalismus. Da war Genosse Haenisch, der für eine ganze Zeit nach Schwanenwerder übersiedelte, und alle jene, die später auch in der großen Barmataffäre in ganz besonderem Zusammenhang erwähnt wurden. Aber bei aller Erholung versäumte Herr Parvus es nicht, noch für Nachwuchs an sogenannten deutschen Arbeiterführern zu sorgen. Er förderte alle frisch aus Galizien eingewanderten Jünglinge, staffierte sie aus, brachte ihnen halbwegs gute Manieren, die schwere deutsche Sprache bei, lehrte sie die Kunst, die Arbeitermassen an d a s Messer zu bringen, das gerade geschliffen wurde. Am Abend nach erfolgter Belehrung packte Parvus die östlichen Brüder auf ein Auto und schaffte sie wieder nach Berlin.

Dieser „Wellenschlag des Lebens" ging weiter. Die Zersetzung Deutschlands machte immer größere Fortschritte; wieder sehen wir Parvus an einer Aktion betei-

ligt, deren Triebkräfte im Hintergrund nur ganz wenige im deutschen Volke erfaßt haben. Der geniale Gedanke, auf dem Wege der Inflation die seit Jahrzehnten angestrebte Vernichtung des Mittelstandes, des schaffenden Bürgers durchzuführen, ist dem Kopfe des Herrn Parvus und seiner nächsten Genossen und Börsenfreunde entsprungen. Es haben Besprechungen stattgefunden, in denen die Förderung der Inflation seitens der Sozialdemokratie ausdrücklich genehmigt wurde. Der Herausgeber der „Deutschen Wirtschaftspolitik" hat mehrfach in aller Oeffentlichkeit diese Vorwürfe erhoben und erklärt, er sei im Besitze des Protokolls einer solchen Sitzung und erbot sich, den Wahrheitsbeweis für die planmäßige Förderung der Inflation seitens der Sozialdemokratie anzutreten. Auf diese Angriffe ist die marxistische Presse nicht eingegangen!

Es ist keine Klage gegen den betreffenden Schriftleiter erhoben worden, man hat die bittere Wahrheit wortlos eingesteckt und versucht, nach oft bewährter Methode, sie durch Totschweigen ganz aus der Welt zu schaffen! Als dann die Inflation ungeheure Werte in Deutschland vernichtet („sozialisiert") hatte, ging die Börse zur Kreditsperre über, um die letzten Reste des deutschen Nationalvermögens in jüdische Hände zu bringen.

Auf der Höhe dieser weltbeglückenden Tätigkeit riß der Tod Parvus von der Seite seiner getreuen Genossen. Nun pries ihn die gesamte marxistische Presse offen als einen ihrer größten Führer. Man sieht wieder, daß einer der übelsten Schieber und Hetzer, ein Mann von niedrigster Skrupellosigkeit dem deutschen Arbeiter ungestraft als einer seiner ganz Großen hingestellt werden kann. Der marxistische „Verlag für Sozialwissenschaft" brachte es sogar fertig, aus der Feder des Genossen Haenisch ein Gedenkbuch zu Ehren des Herrn Parvus herauszugeben. Herr Haenisch schreibt darin: „In Wahrheit war dieser Mann einer der stärksten Köpfe der Internationale, der Internationale von 1889 bis 1914." Er hätte noch hinzufügen müssen: Dieser Mann war einer der größten Kriegsgewinnler und einer der größten Nutznießer des vergossenen deutschen Blutes.




PAUL LEVI




1.

Scheinbar gehört er nicht in die Reihe der „Finanzpiraten", denn er ist doch „Arbeiterführer". Einer der „prominentesten" sogar. Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Reichstages und — offenbar von einem unbändigen Rechtstrieb getrieben — Hauptredner im sog. Femeausschuß dieses selben Reichstages. Früher war Levi Bolschewist, Spartakist; betrieb während des Krieges die streng rituelle Desertionspropaganda, forderte nach geglücktem Umsturz unbedingte Unterwerfung unter das Diktat des bolschewistischen Moskaus. Als die Bolschewisten nun wirklich Putsche versuchten, gingen diese schief. Levi runzelte die Seele und — wurde Mitglied der Sozialdemokratie. Hier wurde er natürlich mit allen Ehren empfangen, wirkte nicht dagegen, als diese Sozialdemokratie das völkerversklavende Dawesdiktat als neue Morgenröte anpries — wie einst die Wilsonsche Leimrute als Betonfundament — und kämpft nun gegen alle deutschen Kräfte, die diese heutige Kolonie des internationalen Finanzkapitals in ein starkes völkisches Reich verwandeln wollen. Von seinem jüdischen Standpunkt aus ist es natürlich, daß die deutschen Arbeiter ihn aber dulden, ist eines der beschämendsten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung.

Gegen Levi wurden seit acht Jahren die schlimmsten Vorwürfe erhoben, ohne daß er geklagt hätte. Und zwar aus der kommunistischen Arbeiterpartei, welcher der ewig wechselnde Levi damals angehörte. Diese Partei dachte sich die Bolschewisierung Deutschlands anders als Paul Levi. Sie wollte auch die Revolution, aber nicht den Pazifismus. Sie erklärte, sofort nach dem Umsturz das deutsche Heer als rote Armee gegen die Entente als Schützerin des Finanzkapitals führen zu wollen. Sie lehnte es ab, aus Deserteuren „Helden der Revolution" zu machen. Dies aber wollte Levi in holder Eintracht mit

den anderen glorreichen Gestalten der Novemberrevolte. Im Oktober 1918 wurde ein Flugblatt beschlossen, das zwar zur Revolution, aber nicht zur Desertion aufrief und Levi beauftragt, einen vorliegenden Entwurf in diesem Sinne zu korrigieren. Levi aber tat nicht dergleichen. Bald darauf wurden ihm bereits eindeutige Vorwürfe gemacht. Am 1. Mai 1920 erschien dann ein heute fast nirgends mehr aufzutreibendes Flugblatt der sich von Levi endgültig betrogen Fühlenden, verfaßt im Auftrag der Ersten Bezirkskonferenz Nord der Kommunistischen Arbeiterpartei. In diesem achtseitigen Flugblatt, das zunächst die Ziele der K. A. P. schildert, heißt es dann u. a.:

„Im Mittelpunkt der Diskussionen auf jener Konferenz (Oktober 1918) stand die bevorstehende Volkserhebung. Alle Vertreter von Organisationen stimmten darüber überein, daß es mit dem Beginn der Erhebung sofort darauf ankäme, die entfesselten revolutionären Volkskräfte wie einen ehernen Hammer zusammenzuschweißen, und daß gerade dies und zunächst nichts anderes die Aufgabe der zu erwartenden Arbeiter- und Soldatenräte zu sein habe. Die unsägliche Führerpolitik des Spartakusbundes, dessen wirkliche Führerpersönlichkeiten zu jener Zeit im Zuchthaus und Gefängnis saßen, hat ermöglicht, daß das schamloseste Subjekt aller Zeiten und aller Länder, daß der Judas der deutschen Revolution, daß Paul Levi durch die Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes, durch die Verfügung über dessen Gelder, durch die besonderen internationalen Verbindungen, über die dieses Subjekt verfügt, den herostratischsten Akt der Weltgeschichte vollziehen und daß eine schon in ihren ersten Anfängen gewaltige revolutionäre Volkserhebung von gigantischer Kraft in eine wüste Orgie der Käuflichkeit, Feigheit, Jämmerlichkeit — und schließlich Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiterklasse verwandelt werden konnte.

„Dieses Subjekt Paul Levi hatte jener Konferenz ein Flugblatt unterbreitet, in welchem er anführte, daß die deutsche Revolution schon eingesetzt habe, und zwar mit Beginn der Desertion an den Fronten. Die Soldaten wurden aufgefordert, in Massen die Front zu verlassen und sich in ihre Heimatsorte zu begeben. Gegen diese

Stellen des Flugblattes protestierte mit aller Entschiedenheit der Hamburger Vertreter, einer der Verfasser, und erklärte, daß die deutsche Revolution nicht mit der Zersetzung, sondern mit der Erhebung beginne. Wer in den Desertionen revolutionäre Erscheinungen sehe, der mache dadurch die Deserteure zu Vorkämpfern der Revolution, was eine allgemeine Demoralisation zur Folge haben müsse. Die deutsche Revolution würde dadurch an das Ausland ausgeliefert und der Sieg des anglo-amerikanischen Finanzkapitals entschieden ... Die allgemeinen Ausführungen, denen eine Schrift zugrunde lag, die vom Spartakusbund später unterschlagen und vernichtet wurde, fanden trotz des Widerspruches des Subjektes Levi fast den einmütigen Beifall der Konferenz. Der Antrag aber, der die Streichung jener auf die Deserteure bezüglichen Stellen forderte, wurde einstimmig angenommen und eine Redaktionskommission eingesetzt, um das Manuskript noch einmal zu überprüfen. Levi, der selbst Mitglied dieser Redaktionskommission war, hat es verstanden, ihren Zusammentritt zu verhindern. Er versprach dem Hamburger Delegierten, der in die Garnison zurückfahren mußte, in die Hand, daß „selbstverständlich" die von der Konferenz beanstandeten Stellen entfernt würden. Trotzdem ließ er das Flugblatt in dem ausdrücklich und einstimmig zurückgewiesenen Wortlaut in gewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, wo es wie Sprengpulver gewirkt hat. Nicht genug damit, hat er es in der Folge vermöge der gewaltigen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel und vermöge der Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes verstanden, die deutsche Revolution systematisch zu desorganisieren und diese von ihm herbeigeführte Desorganisation im Innern und nach außen als die allgemeine Politik der deutschen Revolutionäre erscheinen zu lassen."

Weiter wird Levi der „Asew der deutschen Revolution" genannt (Asew war ein jüdisch-russischer Bolschewist während der Zarenzeit, welcher seine Gefährten der Zarenpolizei bekannt gab und diese somit nach Sibirien oder an den Galgen brachte), dann werden die Zerwürfnisse innerhalb der kommunistischen Bewegung geschildert.

Weiter heißt es: „So kam es zur Spaltungskonferenz von Heidelberg im Herbst 1919, auf der das Subjekt Paul Levi, das inzwischen zum Parteivorsitzenden sich hinaufmanövriert hatte, erstmalig nach Gebühr gekennzeichnet wurde. Alle Zusammenhänge seiner verbrecherischen Tätigkeit lagen damals freilich noch nicht klar zutage. Seine Verbindung mit Trebitzsch-Lincoln erst hat blitzartig den gesamten Komplex der Zusammenhänge belichtet. Die Verbindung mit diesem notorischen englischen Lockspitzel, den er nach eigener Veröffentlichung seines Zentralorgans als Sturmbock gegen die „Kommunistische Arbeiterpartei", die aus der Loslösung der kommunistischen Arbeiterschaft von dem Spartakusbund entstanden ist, zu verwenden beabsichtigt, obwohl er weiß, daß dieser Zuchthäusler, Wechselfälscher und Spion ein bezahlter Agent der englischen Regierung ist, erst diese Verbindung macht die Rolle des Levi in der deutschen Revolution völlig klar. Der Mann, der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitzsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden, zu enthüllen, mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitzsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte, um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandelte. Und er wird vielleicht sich bereitfinden müssen, neugierige Fragen nach der Herkunft der ihm nach eigenem Geständnis durch die Finger gleitenden vielen Millionen anders zu beantworten als auf der Heidelberger Konferenz, wo seine Antwort in dem Hinauswurf der neugierigen Frager bestand."

Aus allen furchtbaren Anklageschriften nur noch einige Hinweise:

Im Hamburger „Volkswart", Nr. 9 und 10 vom 22. Dezember 1921 haben Levis ehemalige Parteigenossen Dr. Laufenberg und Fritz Wolffheim einen längeren Aufsatz veröffentlicht unter dem Titel „Paul Levi auf dem Wege zum Ziel". Nach Mitteilung, daß Levi seine Hände in Sachen des Märzputsches in Unschuld zu waschen bemüht sei, heißt es:

„Der Zerfall der kommunistischen Partei Deutschlands, die Wahrscheinlichkeit, daß eine starke Gruppe von Politikanten aus jenem Lager sich um Paul Levi sam-

meln wird, um neben den sozialdemokratischen Parteien im gegebenen Augenblick Regierungsposten zu übernehmen, stärkt die politische Stellung dieses parlamentarischen Börsenmannes derart, daß es notwendig ist, an seine bisherigen Taten zu erinnern, wenn Deutschland davor bewahrt bleiben soll, sei es auch nur für kurze Zeit, eine parlamentarische Levitenregierung zu erleben.

„Wir haben uns mehrfach veranlaßt gesehen, diesen Mann vor der deutschen Oeffentlichkeit so zu kennzeichnen, daß selbst das „Hamburger Echo" sich bemüßigt fühlte, in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1921 zu erklären, daß, wenn die gegen Dr. Paul Levi erhobenen Vorwürfe nicht vollständig entkräftet werden könnten, daß dann an diesem Herrn eine „moralische Hinrichtung" vollzogen sei."

Levi hat nichts zu entkräften versucht. Weiter hieß es:

„Oeffentlich ist Paul Levi mehrmals als der Judas und Asew der deutschen Revolution bezeichnet worden. Er ist ein Lockspitzel genannt, der während der Kriegszeit mit Geldern der Entente die Geschäfte des internationalen Finanzkapitals besorgte, indem er zwar nicht die deutsche Revolution, wohl aber die Niederlage Deutschlands im Interesse des Völkerbundes herbeizuführen bestrebt war."

„Diese Feststellungen, sowie der Nachweis, daß Paul Levi es abgelehnt hat, selbst vor der Mitgliedschaft des damals auch nicht gespaltenen Spartakusbundes Rechenschaft abzulegen über die Herkunft und Verwendung der vielen Millionen, die nach seinem eigenen Geständnis unkontrolliert durch seine Finger gleiten, sind jene Vorwürfe, die schon früher wiederholt öffentlich gegen dieses Subjekt erhoben wurden, ohne daß Paul Levi auch nur den leisesten Versuch unternommen hätte, sich zu rechtfertigen. Trotzdem kann dieser Mann als Abgeordneter im Deutschen Reichstag für sich Immunität in Anspruch nehmen, für alle Schurkenstreiche, durch die er in Zukunft versuchen mag, Arbeitermassen vor die Maschinengewehre zu treiben, während er, der Leiter des „Generalstabes", der Maschinist am straff zentralisierten, auf strikteste Disziplin gegründeten Parteiapparates, in irgendeiner Kellerluke wartet, bis nach wiederholter zweckloser Zer-

fleischung der Massen doch einmal der Augenblick gekommen ist, wo es an der Zeit erscheint, daß er den ihm von der Entente reservierten und von Moskau bereits bestätigten Sessel des Reichsverwesers besteigt. Die Ueberführung der revolutionären Massen der USP. in den spartakistischen Parteiapparat und ihre Eingliederung in die Verschwörermaschinerie dieses Klüngels dient dem Zweck, der deutschen Revolution das Rückgrat zu brechen, und die deutschen Arbeitermassen in gezogenen Drahtpuppen dieses Lockspitzels und Zuhälters des internationalen Finanzkapitals zu verwandeln."

Levi klagte nicht.

2.

Es gibt nun aber eine ganz furchtbare Urkunde, die Levis landesverräterisches Wirken lobt.

Gleich nachdem das erwähnte Flugblatt gegen Paul Levi Anfang Mai 1920 erschienen war, wandte sich der Angegriffene hilfesuchend nach Moskau zu seinem damaligen Vorgesetzten und Beschützer Sinowjew-Apfelbaum. So setzte sich die Exekutive der 3. Internationale zu einer langen Beratung zusammen und entkräftete nicht etwa die gegen Levi erhobenen ehrenrührigen Vorwürfe, sondern erklärte die Angreifer einfach als aus der kommunistischen Internationale hinausgeworfen! Ich drucke nachstehend die auf Levi und seine Heldentaten bezüglichen Stellen des Beschlusses der dritten Internationale ab.

Die Schrift heißt: „Das Exekutivkomitee der 3. Internationale an die KPD." Offener Brief an die Mitglieder der KAD. 1920. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Dieser Offene Brief schließt mit den Worten: „Es lebe die Kommunistische Internationale!" „Es lebe die Vereinigung aller Kommunisten Deutschlands!" „Es lebe Räte-Deutschland!" „Es lebe die Weltrevolution!" Mit kommunistischem Gruß! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Moskau-Petrograd, den 2. Juli 1920. Buchdruckerei Felix Wolf G. m. b. H., Berlin S 14.

Ueber Laufenbergs und Wolffheims Flugblatt „Kommunismus gegen Spartakismus" heißt es:

„In diesem Renegatenmanifest beschuldigen Laufenberg und Wolffheim einen der Führer der KPD., Paul

Levi, dessen, daß er vor dem 6. Oktober 1918, d. h. damals, als die deutschen Armeen noch im Zeichen der kaiserlichen Adler Nordfrankreich, Belgien, Polen, die Ukraine und Serbien zwangen, den ganzen schweren Druck des deutschen Imperialismus zu erleiden, die Soldaten zum Aufstand aufrief. Ja, wie die letzten Lakaien des deutschen Imperialismus beschuldigen Laufenberg und Wolffheim im Namen einer ganzen Organisation Eurer Partei Paul Levi dessen, er habe verräterisch die Front geschwächt. Augenscheinlich sind diese Mitglieder Eurer Partei nicht der Meinung, daß es die Pflicht eines jeden Kommunisten, jedes revolutionären Arbeiters war, die kaiserliche Armee zu zerstören, sich zu bemühen, dieses Werkzeug des Mordes den Händen des deutschen Imperialismus zu entreißen, wenn dieses auch zeitweise zum Siege des anglo-französischen Imperialismus beitrüge.

„Das, was Laufenberg und Wolffheim den Spartakisten als Schuld anrechnen, ist eines ihrer ruhmvollsten Verdienste vor der Weltrevolution ... Jeder Stein, den Eure Hamburger Genossen aus diesem Grunde auf Paul Levi werfen, trifft gleichfalls Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die während der ganzen Zeit des Krieges nur das taten, daß sie die deutsche Armee zerstörten, dazu, um mit der Fackel der deutschen Revolution die Arbeiter aller anderen Länder vom Schlaf zu erwecken."

Aus diesen Ausführungen ergibt sich für jeden, daß man in Moskau der Ansicht gewesen ist und sicher auch begründet der Ansicht war, daß Levi die Soldaten zum Aufstand aufgerufen hätte. Da dieser offene Brief von der kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben worden ist, so ist es ebenfalls so gut wie sicher, daß Levi selbst am Zustandekommen dieser ganzen Denkschrift nicht unbeteiligt gewesen ist. Als sein „ruhmvollstes Verdienst" wird also die Zerstörung der deutschen Armee in Anspruch genommen. Wir wollen dieses aktenmäßig feststehende Bekenntnis des heutigen Genos-

sen von Philipp Scheidemann und Herrn Wells für immer festnageln. Scheidemann hat im Münchner Dolchstoßprozeß unter Eid ausgesagt, die Sozialdemokraten hätten sich von landesverräterischen Taten stets ferngehalten und Herr Wells hat auf dem Reichsbannertag in Nürnberg 1926 erklärt, die Sozialdemokratie führe das Wort Vaterland nicht nur im Munde. Zu gleicher Zeit sitzen dieselben Herren neben Herrn Levi als treuestem Parteigenossen, Herr Scheidemann sogar als sein Kollege im sogenannten Femeausschuß!

Durch die Tätigkeit des Paul Levi und seiner Genossen ist das deutsche Heer bewußt zerstört worden. Die Folge dieser Zerstörung war das unerhörte Diktat von Versailles, die hemmungslose Ausplünderung unseres ganzen Volkes, die Entwaffnung der ganzen Nation, das Elend der Inflation, der Ruhreinbruch, die jetzige Drosselung des ganzen werktätigen Volkes durch die internationale Hochfinanz.

Dieses namenlose Elend hat in Deutschland u. a. zur Folge gehabt, daß manche hemmungslose Leute sich dazu hergegeben hatten, für französisches Geld Denunziantendienste, Verräterdienste dem Erbfeinde gegenüber zu leisten. Hier sollen nun einige Deutsche, empört über diesen Landesverrat, eingegriffen und einige dieser gemeinen Landesverräter erschlagen haben. Das nennt man heutzutage „Fememord". Aber wir stellen weiter fest, daß einer von den Männern, welche Schuld an diesen ganzen Zuständen sind, heute die Stirne hat, als Richter in diesem Femeausschuß zu sitzen, anstatt schon seit zehn Jahren hinter eisernen Gardinen für immer untergebracht zu sein! Paul Levi!

3.

Was die übrige „Tätigkeit" Levis betrifft, so bot der Ruhreinbruch eine neue Gelegenheit, seine Unterhöhlungsarbeit fortzusetzen. Man hätte glauben können, er würde gegen den Ententekapitalismus und -militarismus wettern, aber das konnten nur harmlose Gemüter tun, welche die glorreiche Vergangenheit Paul Levis nicht kannten. Er veröffentlichte also am 20. Januar 1923 in der „Niederrheinischen Volkstribüne" einen wutschnaubenden Aufsatz gegen die deutschen Nationalen, die doch

nur ein Maul und keine Seele mehr hätten und sich nur lächerlich machten. Den Vorwand Frankreichs über die nichtgelieferte Holzsendung kennzeichnet der „antikapitalistische“ Levi nicht etwa als Vorwand, sondern geht auf Deutschland los, welches das Holz im Werte von „tausigen fünf Goldmillionen“ nicht rechtzeitig herausgegeben habe. . . .

Seitdem begann die erneute Erdolchung auch der Ruhrfront seitens des erfahrungsreichen Genossen Levi. So reiste er unter dem Schutz der Abgeordnetenimmunität in das von Franzosen besetzte Düsseldorf und hielt dort unter dem Schutze französischer Bajonette eine große Rede, über die der Pariser „Intransigeant“ vom 13. Februar 1923 mit fühlbarer Wonne berichtet. Unter dem Titel: „Die ersten Geständnisse“ heißt es da wörtlich: „Der deutsche Abgeordnete Paul Levi ist nach Düsseldorf gekommen, um vor einer Versammlung von 5000 Deutschen, die ihm zugejubelt haben, zu sprechen. Er hat die Politik des Kanzlers der Nichterfüllung, Cuno, verurteilt . . . Es ist ein merkwürdiges Zeichen, daß sein Angriff auf das Reich sich vor einer wohlgesinnten Zuhörerschaft so frei entfalten konnte und zudem in Düsseldorf, einer Stadt, die wir in unserer Macht haben, die wenn sie darunter leiden würde, die Kundgebung gegen uns und nicht gegen Berlin gerichtet hätte. Der Deutsche Paul Levi führte aus: „Die Politik Frankreichs erklärt sich aus der Haltung des Kabinetts Cuno, die den Interessen des Reiches schadet, da für das Reich eine Politik der Erfüllung nützlicher ist. England und Frankreich mußten durch den Krieg die schwersten Lasten erdulden, besonders Frankreich im Hinblick auf seine Milliardenausgaben für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete. — Die Mark ist nur durch den Willen der deutschen Großindustrie gesunken, es verbleibt für Deutschland nur ein einziges ehrenhaftes Mittel für seine Rettung, nämlich die Verbündung mit Frankreich und die Zahlung der Reparationen.“

Wenn man nun glauben sollte, Reichskanzler Cuno hätte den Levi nach dieser Rede wegen landesverräterischer Umtriebe vor ein Kriegsgericht gestellt, so kannte man wiederum Herrn Cuno nicht, der sich an seiner „nationalen Einheitsfront“ in der gleichen Weise berauschte, wie

einst sein kongenialer Vorgänger Bethmann Hollweg am sog. „Burgfrieden". Im Gegenteil, Genosse Levi reiste aus Düsseldorf nach Stuttgart und hielt ungehindert die gleiche Rede im Saalbau Wulle. Darauf sprach er in Bremen nochmals im gleichen Sinne: wieder gab er Frankreich recht und bezichtigte Deutschland aller Schuld.

Ende Februar 1923 fand zu Berlin der außerordentliche Bezirksparteitag der glücklich vereinigten Marxisten statt, auf dem auch Genosse Levi das Wort ergriff. Er erklärte, die Verpflichtung (!) auf „Reparation" bestehe für uns ohne Rücksicht auf den Ausgang des Ruhrkampfes!

Und mit Hilfe der auf diese Weise durchbolschewisierten Mehrheitsgenossen gelang denn auch der zweite Verrat.

Im übrigen ist der klagende Levi mit den deutschen Richtern noch immer nicht zufrieden. Seiner Seele hat es sicher ebenso wehgetan wie der Seele der Genossen Bauer und Richter, daß ein Assessor Kußmann den Genossen Barmat als größten Schieber aller Zeiten hinstellte. Der Fall Haas in Magdeburg zeigte gar, daß es ein deutscher Richter gewagt hatte, einen jüdischen Großindustriellen und Reichsbannerfreund wegen Mordverdachts in Haft zu nehmen. Nun, dieses „Attentat" wurde abgeschlagen wie der Barmatprozeß, aber Levi ist noch immer nicht befriedigt. Er schrieb in der „Leipziger Volkszeitung", das eigentliche Problem schäle sich heute heraus: „Die Unabhängigkeit der Richter muß fallen!"

Levi bedauert sicher sehr, daß dieser fromme Wunsch aus bolschewistischem Herzen nicht schon jetzt verwirklicht ist. Wie fein ließen sich dann die Richter von den bolschewikischen Genossen kommandieren! Freispruch für alle Marxisten, ins Loch mit jedem Deutschen, hieße dann die neue Parole. Verwunderlich ist das ja nicht, da Genosse Levi Vertreter jener Firma ist, die den bolschewistischen Mordfilm „Panzerkreuzer Potemkin" in Deutschland verbreitet. Dort lernt man, wie Offiziere zu massakrieren, wie christliche Priester die Treppen hinunterzuwerfen sind und andere schöne Dinge, die 1918, 1919, 1920 in Deutschland nur zum Teil gelangen. Es wurde „zuviel geschont", sagte Freund Ignaz Wrobel — —




RUDOLF HILFERDING




Gustav Stresemann-Kleefeld bildete am 12. August 1923 als Kapitulationsreichskanzler sein Kabinett. Wir fanden in ihm alle alten bekannten Namen wieder, nur einer leuchtete neu und „verheißungsvoll“ entgegen, das war der Name Dr. med. Rudolf Hilferding. Mit diesem Namen hatte das Kabinett Stresemann seinen eigentlichen Stempel erhalten. Wer war dieser neue Finanzminister? Er ist 1879 in Wien als österreichischer Staatsbürger geboren, entstammt einer jüdischen Familie, studierte Medizin und war dann politisch tätig als Leiter einer marxistischen Schule in Berlin. Später arbeitete er in der Redaktion des „Vorwärts“. Am 4. August 1914 trat Hilferding als nichtdeutscher Staatsbürger gegen die Bewilligung der deutschen Militärkredite auf. Nach der Revolution 1918 erwarb er das deutsche Staatsbürgerrecht und übernahm die Leitung des Hauptblattes der Unabhängigen Sozialisten, der „Freiheit“. Das hinderte nicht, daß der unabhängige Kapitalistenbekämpfer in der kapitalistischen „Frkft. Ztg.“ Artikel veröffentlichte (wie z. B. am 21. Dezember 1922). Besonders wichtig war die außenpolitische Haltung des Monsieur Hilferding. Da ist vor allen Dingen eine Rede dieses Herrn auf dem französischen marxistischen Parteitag in Lille zu vermerken, wo Hilferding als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie zu sprechen hatte. Nach dem Bericht seines Blattes, des „Vorwärts“ vom 6. Februar 1923, erklärte Hilferding: „Wir deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhalte, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden.“ Ferner sprach der „Deutsche“ Hilferding die Ansicht aus, daß eine Lösung wirtschaftlicher Art möglich sei, und daß die Intervention der ausländischen Sozialisten eine Lösung herbeiführen würde. Das Schicksal des deutschen Volkes,

das durch Gustav Stresemann in die Hände des jüdischen Finanzministers gelegt wurde, war mit diesen Worten deutlich umschrieben; denn das Versprechen der „Reparationen" und das Versprechen der „Garantien" aus einem Munde wie Hilferdings, dessen Partei kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, bedeutete die vollkommene Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft und Industrie, die Auspressung bis aufs Blut, die Duldung der Bespitzelung aller unserer technischen Einrichtungen, die Anerkennung einer vollständigen Finanzkontrolle — nach ägyptischem Muster, wie es die City forderte —, mit einem Worte, die vollständige Versklavung des deutschen Volkes.

Dieses Volk, namentlich aber die sogenannten bürgerlichen Parteien, welche die Stresemänner und die Scheidemänner in den Reichstag gewählt haben, hatten nun nicht das geringste Recht, sich über das dann eintretende Inflationschaos zu beklagen. Im Gegenteil, ein jeder Bürger der deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, der einen Familienangehörigen nach dem anderen langsam verkommen sah, hat sich zu sagen, daß er mit Schuld war an dem ganzen Elend unseres Volkes; jeder christliche Zentrumswähler, der die Wirth und Genossen unterstützte und in Erzberger einen „großen Katholiken" verehrte, hat vielleicht vor seinem Abgang ins bessere Jenseits noch einige Rosenkränze für jene gebetet, die ihm über den Hunger, herbeigeführt durch die Wirthsche Erfüllungspolitik, zur Seligkeit verholfen hatten. Die Wähler der „christlichen" Bayerischen Volkspartei, welche der völkischen Freiheitsbewegung durch die Unterstützung der Schweyer und Genossen durch alle Jahre hindurch einen Knüppel nach dem andern zwischen die Beine warfen, können sich ebenfalls an die eigene Nase greifen, wenn sie sehen müssen, daß diese Freiheitsbewegung noch nicht so stark geworden ist, den Spuk der Hilferdinger unmöglich zu machen. Die Severings und Genossen, die Levis und die Cohns und die Stresemanns, die konnten sich aber die Hände reiben, die „große Koalition" der Novemberdemokraten war gekommen. . . .

Und Rudolf Hilferding ergriff dann auch als Herr der deutschen Wirtschaft das Wort im Hauptausschuß des Reichstages (23. August 1923). Er sprach von „brutaler

Steuerpolitik", der „Devisenzwangsabgabe" und ähnlichem. Herr Hilferding „beschwor" die Inflation. Und sie kam wirklich, riß Hunderttausende in den Abgrund, stahl Millionen Deutschen ihr letztes Erspartes, fraß alles ehrlich erworbene Vermögen auf und bereitete Deutschland vor, sich willig unter das Versklavungsjoch des Dawes-Ausbeutungsabkommens zu beugen. Und wenn man glaubt, Herr Hilferding würde leugnen, so irrt man. Auf dem internationalen Marxistenkongreß zu Marseille im August 1925 bekannte Hilferding (zusammen mit seinem „französischen" Rassegenossen Léon Blum) stolz, die Annahme der Dawesgesetze sei auf das „Wirken" des internationalen Marxismus zurückzuführen. Wenn also das deutsche Volk auch das letzte seines Hab und Gutes in fremde Hände gleiten sieht, dann weiß es, wem es diese Segnungen zu verdanken hat.




DEIMLING UND SCHÖNAICH




1.

Die internationalistische Zersetzungstätigkeit unserer inneren und äußeren Feinde ist auch am deutschen Offizierkorps nicht spurlos vorübergegangen. Die meisten sahen die katastrophalen Geschehnisse fassungslos an sich vorübergleiten. Groß geworden in einer schablonenhaften Erziehung und vielfach vom Leben des Volkes getrennt, haben sie die Spülarbeit des unterirdischen Grundwassers gar nicht empfunden, und als das Kaisertum, das Zentrum ihres Daseins, stürzte, verloren sie allen innerlichen Halt. Nachdem sie dann wieder Atem geschöpft hatten, galt ihre erneute Tätigkeit nur dem „Zurück", ohne das Gefühl für die Tatsachen aufzubringen, daß die Revolte 1918 nicht gesiegt hätte, wenn das gestürzte System nicht schon faul und seine Vertreter selbst von seiner Notwendigkeit innerlich fest überzeugt gewesen wären. Als Kaiser Wilhelm sein Heer verließ, tat er es, um einen „Bürgerkrieg" zu vermeiden. Dies bewies, daß er im Unterbewußtsein empfand: er, der Staat und das Volk bildeten keine untrennbare Einheit mehr. Was in den Augen eines Friedrich des Großen Unterdrückung einer Revolte im Staatsinteresse gewesen wäre, empfand Wilhelm II. als „Bürgerkrieg". Damit hatte die alte Monarchie als dynastischer Staat sich selbst aufgegeben. Und wer von dem Wesen unseres heutigen Lebensgefühles ergriffen ist, der weiß, daß sie in dieser Form nie mehr wieder erstehen kann. Mit wenigen Ausnahmen hat sich das alte deutsche Offizierkorps aber auf diesen verknöcherten Gedankengang eingestellt und bedeutet deshalb einen Hemmschuh in der Wiedereroberung des Staates durch die volksbewußten Bewegungen, die überall in Deutschland aufflammen.

Unbefangener steht der jüngere, echte Frontsoldat dem Staatsproblem gegenüber. Ihm bilden nicht Hausmacht und Dynastie den Maßstab seines Handelns, son-

dern die Interessen des ganzen Volkes aus allen Ständen, wie es im Schützengraben vereint um seine Freiheit kämpfte. Langsam aber sicher dringt hier der völkische Staatsgedanke als Leitstern des Lebens durch.

Ein dritter Teil der Offiziere aber ist einen anderen Weg gegangen: e r hat mit der Börsenrevolution von 1918 Frieden geschlossen, war ihren „Ideen" vielleicht schon vorher zugänglich gewesen, wie etwa der General Gröner, der das traurige Wort ausgesprochen hat: Was ist ein Eid? Doch nur eine Idee. . . . Andere setzten sich gar freundschaftlich an einen Tisch mit den Scheidemanns und Gerlachs, schlossen Freundschaft mit dem „Berliner Tageblatt", der „Menschheit" des Pazifisten Foerster und beschimpften in einem Chor mit ihnen die Größe der deutschen Vergangenheit. Wohl die „hervorragendsten" Vertreter dieser Erzeugnisse volkszersetzender Gedanken sind die Generäle v. Deimling und v. Schönaich.

Der erste von diesen war vor dem Kriege als einer der rauhesten und rücksichtslosesten Soldaten bekannt. Als militärischer Kommandant Elsaß-Lothringens brachte er durch nicht selten gewalttätiges Auftreten Bevölkerung und Armee gegen sich auf; als Kommandant von Südwest-Afrika war er durch seine straffste militärische Haltung bei Freund und Feind bekannt und — berüchtigt. Charakteristisch für die Gesinnung des vorrevolutionären Generals Deimling war z. B. seine Rede auf dem Festkommers der Freiburger Universität am 29. Oktober 1911, auf dem er mit dem Geheimrat Fabrizius, dem Prorektor der Hochschule, stärkste militärische Reden vom Stapel ließ. Fabrizius warnte vor den „Einfaltspinseln", welche durch ihre „Friedensduselei" das Volk wehrlos machen wollten. Nach ihm hielt General Deimling ein Loblied auf den Krieg. Während man früher in Kürassierstiefeln über die Bühne des Welttheaters geschritten sei, schleiche man in modernen Zeiten in „Filzparisern" daher. Das beste, was er der heranwachsenden Jugend wünschen könne, sei, daß sie noch einst die großen Zeiten des Krieges und des Sieges miterleben könnte. Sodann trat General Deimling heftig gegen die Friedensbewegung, die unser Volk zu einem „politischen Eunuchen" machen wolle. Deimling wiederholt in dieser seiner Kriegsrede seine anderen Ausfälle gegen die Füh-

rer des Pazifismus, welche er als Männer bezeichnete, die zwar Hosen trügen, aber nichts darin hätten . . .

Nach dem Kriege aber wechselte der gewandte Generalleutnant ausgerechnet in das Lager dieser „politischen Eunuchen“ hinüber, wurde Hauptkommandierender des schwarzrotgoldenen Nie-wieder-Krieg-Banners und beschimpfte alle Nichtpazifisten als Kriegshetzer und Militaristen. Unter dem Titel „Das Ganze sammeln“ hielt er unter dem Jubel der „Frankf. Zeitung“, des „Berliner Tageblattes“ und aller anderen Deutschland zersetzenden Blätter Reden zugunsten der Selbstentmannung unseres Volkes. Wie man sieht, ein Charakterheld von echtem Schrot und Korn, wie er in die heutige Zeit der Schückings und Friedrich Wilhelm Foersters wundervoll hineinpaßt. Besonders charaktervoll verhielt sich General Deimling anläßlich der Reichspräsidentenwahl 1925, während der er den Generalfeldmarschall v. Hindenburg öffentlich anzugreifen für gut befand. Er bezeichnete den Kyffhäuserbund und den Deutschen Offiziersbund (diesen harmlosen Verein!) als Vergifter unseres politischen Lebens und erklärt „ihre Unduldsamkeit“ und „ihren Haß“ als die Hauptquellen des unseligen Zwiespalts der deutschen Nation! Wie anders denke doch Wilhelm Marx! Das deutsche Volk könne nur diesem seine Stimme geben.

Dieser Aufsatz ist mit dem Vermerk „Nachdruck verboten“ im „Berl. Tageblatt“ vom 19. April 1925 abgedruckt. Der General Deimling scheint weder von der marxistischen, den Klassenkampf verherrlichenden, volksvergiftenden Hetze, noch von der börsianischen Auswucherung unseres Volkes zu wissen. So ist er zum Paradegeneral und Paradechristen des Reichsbanners und anderer unbewußten Fremdenlegionen Frankreichs in Deutschland geworden.

2.

Sein „Kampfgenosse“, wenn man dieses böse Wort überhaupt noch in den Mund nehmen darf, ist der Doktor h. c. und Generalmajor v. Schönaich. Der Kampf dieses honorigen Doktors richtet sich natürlich getreu den Parolen der von Paris inspirierten Friedensliga nur gegen das deutsche Volk. Nach Westen und Osten hin trieft der ehemalige deutsche Generalmajor ebenso vor Unterwürfigkeit, wie die „Voss. Ztg.“ und der „Vorwärts“.

Aber er geht selbstverständlich noch weiter und veröffentlicht mit seinen Gesinnungsgenossen Prof. Gumbel, dem Polizeiobersten a. D. Lange, dem Kapitän Persius und anderen Pazifisten Bücher, in denen die angeblich vor sich gehende militärische Rüstung Deutschlands, die angeblich vorhandenen Freiwilligenorganisationen Frankreich denunziert werden. So erschien z. B. 1925 ein sogen. „Weißbuch", dessen Inhalt wir natürlich nicht wiedergeben werden, in dem es aber u. a. ausdrücklich heißt:

„Unsere Betrachtungen sind nur als Material gedacht und beschränken sich daher auf die Feststellungen des aktuellen Zustandes und der jetzigen Möglichkeiten. Der Leser (gemeint ist natürlich der Feindbund. D. Verf.) sollte sich aber davor hüten, die vorliegende Arbeit, die nichts weiter darstellt, als die Analyse eines Ausschnittes als vollständige Bloßlegung der geheimen Rüstungen zu betrachten. Sie ist nichts weniger als das. Und jeder Einsichtige wird die Gründe hierfür ohne weiteres erkennen.

„Unsere vier Untersuchungen haben uns zu dem Resultat geführt, daß, wenn man die Existenz des „Schattens" (schwarze Reichswehr!) als richtig unterstellt, dieser „Schatten" wenigstens heute noch für den großen Außenkrieg jeder entscheidenden Bedeutung entbehren würde. Daß er aber eine Bedeutung besitzt, einerseits für kleinere Verwicklungen, andererseits zur Niederhaltung jeder politischen Opposition in Deutschland. In dieser aktuellen Wirkung erschöpft sich aber die Bedeutung der geschilderten geheimen, halbgeheimen und öffentlichen Vorgänge (Wehrhaftmachung des Volkes! D. Verf.) nicht. Wesentlich sind vielmehr ihre potentiellen Auswirkungen: die breite Basis, auf der der Aufbau dieser künftigen militärischen Zusammenfassung der Kräfte des deutschen Volkes vor sich geht, schafft die Möglichkeit neuer Weltrüstungen innerhalb Europas und damit neuer großer kriegerischer Verwicklungen."

„Die französische Regierung muß eine klare, festere kategorische Sprache führen. Der eiserne Wille der deutschen Reaktion wird sich nur beugen, wenn ihm ein noch festerer Wille entgegengesetzt

wird. Die deutsche Regierung muß bekämpft werden."

Es ist überflüssig zu bemerken, daß dem General v. Schönaich in der heutigen Demokratie auch nicht das geringste geschehen ist. Im Gegenteil, man stellte ihm im Sommer 1925 bereitwilligst einen Auslandspaß zur Verfügung und er dampfte froh nach Osten ab, um die Sowjetherrlichkeiten „aus eigener Anschauung" loben zu können. In Petersburg und Moskau wurde der Pazifist mit offenen Armen empfangen: man wußte also ganz genau, daß Herr v. Schönaich gegen den blutigen Sowjetterror, der dem russischen Volke über 30 Millionen Tote gekostet hat, nichts Böses schreiben würde. Schönaich wurde von Trotzky empfangen und die „Voss. Zeitung" veröffentlichte in großer Aufmachung ein Gespräch zwischen dem angeblichen Pazifisten und dem sowjetjüdischen Terroristen. Der Dr. h. c. war selbstverständlich von diesem Monsieur Trotzky höchst entzückt und sprach in bewundernden Ausdrücken über ihn. Von der Beraubung des russischen Volkes schrieb Herr Schönaich nach seiner Rückkunft: „Die Enteignung, die man in Rußland gewaltsam vorgenommen hat, ist anständiger als die Enteignung in Deutschland während der Inflation." Von den kommunistischen Kommissaren weiß Schönaich zu berichten, daß man nur Leute mit „ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl" anstelle; und in einem langen Aufsatz der „Voss. Ztg." vom 5. September 1925 beschließt er seine Ausführungen mit den Worten: „In Rußland gehen Kultur und Wirtschaft vorwärts."

Die Reise des pazifistischen Generals ist als eine politische Rückendeckung aufzufassen, denn im Unterbewußtsein scheint er selbst zu fühlen, daß seine gesamte volkszerstörende Tätigkeit nicht bei der „Demokratisierung" enden kann, sondern nach ihrer Durchsetzung zu einem Bürgerkrieg mit bolschewistischer Pöbelerhebung führen muß. Als echter Pazifist und Demokrat aber möchte sich Herr v. Schönaich bei den kommenden Herrschaften beliebt machen, um sich bei einer Aenderung der Verhältnisse wieder und ebenso elegant wie früher auf den neuen Boden der Tatsachen stellen zu können. Er umschmeichelt deshalb Sowjetrußland in einem großen Artikel in der Zeitschrift des Landesverräters Friedrich

Wilhelm Foerster, d. h. in der „Menschheit" (Nr. 36, 1925) und schildert kurz die kapitalistischen Herrschaften, um dann fortzufahren: „Die Anhäufung des Besitzes der für alle Menschen notwendigen Rohstoffe in den Händen einiger Weniger wird von der übergroßen Mehrheit der Menschen als Unrecht empfunden. Es gibt daher heute zahlreiche Menschen, die an sich durchaus für eine sittliche Politik eintreten, die aber der Ansicht sind, daß dieser in ihren Augen unsittliche Zustand im Interesse der Gesamtheit auch mit Gewalt gebrochen werden müsse, wenn das auf gewaltlosem Wege nicht erreicht werden könne.

„Das ist der Gedankengang der Führer der bolschewistischen Revolution gewesen. Wer die Lage der vertrusteten Monopolwirtschaft betrachtet, wird zu der Ueberzeugung kommen, daß diesem Gedankengang eine gewisse Berechtigung innewohnt."

„Die aber, die heute ihre Macht so fest verankert wähnen, daß kein Sturm sie zu erschüttern vermag, sollten einmal in ihrem stillen Kämmerlein darüber nachdenken, ob es nicht klüger wäre, sich rechtzeitig (!) an die Spitze einer unaufhaltsamen Bewegung zu stellen, als sich von ihr überrennen zu lassen, wenn es zu spät geworden ist."

Aus den letzten Worten geht ein inneres Schwanken des pazifistischen Generals deutlich genug hervor. Er möchte gern mit einem Bein im Reichsbanner, mit dem anderen in der Roten Garde stehen, um je nach der Konjunktur sich auf das eine oder das andere zu stützen. Die — Gesinnungstüchtigkeit steht auf jeden Fall außer Frage.

Es war klar, daß General Schönaich gleich nach seiner Rückkunft von den jüdischen Pressevertretern überfallen und um Aufsätze ersucht wurde, um die völkischen Feststellungen von der jüdischen Herrschaft in der Sowjetregierung zu „entkräften". Der pazifistische General, der schon früher in der „Voss. Zeitung" geschrieben hatte, tat den Herrschaften natürlich den Gefallen und veröffentlichte zum Wohl und Nutzen Israels im Hamburger „Israelitischen Familienblatt" einen Leitartikel zugunsten der sowjetjüdischen Herren und gleichfalls in der

Prager „Wahrheit" einen Aufsatz mit dem gleichen frommen Zweck. Es können also alle, auf die es heute ankommt, mit dem pazifistischen Generalmajor äußerst zufrieden sein. Er tritt ein für den Pazifismus, für die „Verständigung" mit Frankreich, für den Völkerbund der Hochfinanz und bereitet sich vor, mit den Henkern des russischen Volkes Blutsbruderschaft zu trinken. Er ist ein Charakter und der geborene Führer der Truppen der Novemberdemokratie. Einzig und allein General Deimling könnte ihm den Rang noch streitig machen.




WILHELM MARX




Es scheint ein unvereinbarer Widerspruch, von einem deutschen Politiker zu behaupten, er sei Unitarist und Foederalist in einer Person. In Wirklichkeit bietet das Leben mehr als e i n Beispiel für diese Tatsache, man muß sich nur vergegenwärtigen, daß sowohl der Unitarismus als auch der Foederalismus oft nicht Z i e l e für einen Politiker darstellen, sondern nur M i t t e l sind, um andere Pläne zu verwirklichen.

Das Zentrum dient rein konfessionellen Interessen, ist ganz offen mit dieser Bestimmung ins Leben gerufen und geführt worden; es hat jetzt durch seine „Programmatiker" kühl erklären lassen, die Staatsform sei angesichts der Zentrumsziele eine Frage zweiten Ranges. Früher — als man nicht anders konnte — pries man sich als unwandelbare Stützen für Thron und Altar an, nachher ging man skrupellos mit der atheistischen Sozialdemokratie zusammen. Früher brandmarkte man den Marxismus als eine betrügerische Bewegung, die erkläre, „alles fürs Volk" tun zu wollen und sich doch nur auf das Ausbeuten des Volkes" verlegt hätte (M. Erzberger in „Sozialdemokratie und Frauenarbeit, Zentrum und Anarchie"); früher warnte man vor der „jüdischen Unverfrorenheit" marxistischer Führer und der Börse („ABC für die Mitglieder der Zentrumspartei", 1900), später ging man mit Marxisten, Juden und der Börse vereint vor gegen einen starken deutschen Staatsgedanken. Man handelte so, wie man es im Interesse einer Konfession für notwendig erachtete, ohne die geringste Rücksicht auf das g a n z e Deutschland zu nehmen.

Aus diesem „Unterbewußtsein" heraus ist es auch erklärlich, daß der heutige Vorsitzende der Zentrumspartei, Wilhelm Marx, eine Zeitlang offen Separatist war, um später — als Reichskanzler — das unitarische Prinzip fast bis auf die Spitze zu treiben.

Es war in den Dezembertagen 1918. Der Zentrumsgenosse Matthias Erzberger hatte Deutschland im Walde von Compiègne ausgeliefert, Millionen schienen aus dem blöden hypnotischen Schlaf zu erwachen, in den sie von den Marxisten, Demokraten und den Zentrumsgenossen versetzt worden waren, als sie plötzlich sahen, daß niemand von unseren Feinden an „Verständigung" dachte. In diesen schweren Tagen hatte das Zentrum im Westen zu einem großen Schlag ausgeholt, um das katholische Rheinland vom protestantischen Preußen zu trennen. Geführt vom Kölner Bürgermeister Adenauer, den Zentrumsführern Trimborn und Marx fand am 4. Dezember zu Köln eine große Tagung mit dem Ziele statt, eine „Rheinisch-Westfälische Republik" zu gründen. Die fromme Versammlung sandte folgende Entschließung in die Welt hinaus:

„In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzung im Deutschen Reiche, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und in Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und in den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik in die Wege zu leiten."

Zu diesem skandalösen Aufruf machte der „Vorwärts" folgende Anmerkung: „Dem Zentrum kommt es offenbar vor allem darauf an, sich eine Privatdomäne klerikaler Rückständigkeit zu schaffen, in welche die Schulreform keinen Eingang findet. Falls das Reich eine lose Bundesrepublik bleibt, wird es am Reiche festhalten. Bekommt aber das Reich eine straffe Zentralgewalt, dann dürfte sich sofort der wahre Charakter der Zentrumsbewegung enthüllen."

Das führende Marxistenblatt wußte also ganz genau, zu welchem Zweck diese separatistischen Umtriebe veranstaltet wurden. Hand in Hand mit dem Zentrum Matthias Erzbergers war der Sozialdemokratie der politische Zusammenbruch des Bismarckreiches gelungen, in kulturellen Fragen schieden sich die Wege der bisherigen Genossen. Denn beide Parteien müssen an den Nachwuchs denken, d. h. an die Schule.

Die demokratisch-marxistische Form siegte damals über die konfessionell-separatistischen Instinkte. (Am 1. Dezember 1918 forderte auch Dr. Heim bekanntlich im „Bayer. Kurier" die Bildung eines katholischen Südstaates.) Das Zentrum nahm in bekannter aalglatter Weise einen Frontwechsel vor. Es schickte den marxistisch angehauchten Joseph Wirth in die Umarmung Rathenaus; als dieser Herr unmöglich wurde, kam der ehemalige Separatist Marx ans Ruder des unitaristischen Neudeutschlands.

Zunächst standen die politischen Fragen im Vordergrunde: Marx sorgte als Reichskanzler dafür (mit Unterstützung des Antikapitalisten Ebert), daß das Diktat der internationalen Hochfinanz in der sadistischen Form des Dawes-Gutachtens angenommen wurde. Sein Name wird in Zukunft von diesem „Verständigungs"pakt nicht zu trennen sein, der uns als Volk jede Widerstandsmöglichkeit gegen die fremde Ausbeutung rauben soll. Marx ging in seiner Diktatur so weit, dem widerspenstigen Bayern sogar eine französische Besatzung zu wünschen, um es zur „Vernunft" zu bringen. Dem General Dawes aber pries er dessen Ausbeutungsplan als einzige Hoffnung Deutschlands. . . .

Die Novemberwahlen 1924 zwangen Marx zum Rücktritt, sie brachten der sogenannten „Rechten" eine geringe Mehrheit. Das Zentrum überlegte sich die neue Lage und hielt die Zeit für gekommen, nach gelungener Sicherung seiner machtpolitischen Stellung, nun die kulturellen Fragen einer näheren Behandlung zu unterziehen. Zwar kandidierte Marx gegen Hindenburg als Vertrauter des aus Zentrum, Demokraten und Marxisten bestehenden Barmatblocks, jedoch hatte das Zentrum sicher beabsichtigt, die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten später für seine Schulpolitik auszu-

nutzen, galt doch gerade Marx für einen bahnbrechenden Führer in diesen Fragen. Nach dem Durchfall machte das Zentrum zum erstenmal seit 1917 wieder an die „Rechte“ Konzessionen in den Zoll- und Steuerfragen, um sich etwas anzubiedern und den Weg freizumachen für das — Reichskonkordat.

Wilhem Marx gehörte der Führerschaft des sog. Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an (von einem witzigen Mann als die jüdisch-französische Fremdenlegion in Deutschland bezeichnet), war also im trauten Verein mit den Hörsings, Gumbels, Tucholskys, Schützingers usw., und erst die Folgen der Wiener Revolte im Juli 1927 erzwangen geradezu seinen offiziellen Austritt, jedoch mit der Erklärung, er sympathisiere nach wie vor mit den Reichsbannerbrüdern. Als die republikanische Mitte nicht geschaffen werden konnte, steckte Marx um — und die Stresemänner empfingen pochenden Herzens das Zentrum wieder in ihren Armen.

So wurde das Zentrum — und mit ihm Marx — wieder „national“. Und treibt auch hierbei nichts als enge Konfessionspolitik auf Kosten des ganzen Volkes. Diesem Gesetz, wonach das Zentrum angetreten, kann es nie entgehen. Es ist ein „Reichstag im Reichstag“; wie wir hinzufügen, ein „Staat im Staate“.

Das Blatt der Bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung“ schrieb am 16. März 1924: „Sie (die katholische Kirche) ist die einzige religiöse Einrichtung, die sich nie (!) dem Staate unterordnete. Darum sind ihre Bande heiliger als die des Volkes, ihre Ordnungen höher als die des Staates.“

Damit ist die alte Wahrheit ausgesprochen, daß die Kirche sich in steter Rebellion dem Staate und dem Volke gegenüber befindet, solange sie nicht beide beherrscht. Tut sie das (wie etwa seit 1924 in Bayern), dann ist die „Staatsautorität“ ein unantastbarer Grundsatz, der nur zugunsten der kirchlichen Interessen — mit Wonne — durchbrochen wird.

Ein zielbewußter Führer zum Mittelalter ist Wilhelm Marx: ob Separatist, ob Unitarist, ob Reichsbannerführer, ob „Nationalist“: er ist immer Konfessionalist.




ERICH ZEIGNER



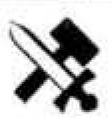

Ende August 1925 tagte in Heidelberg die „Deutsche Friedensgesellschaft", um ihre Kampfkraft für den Frieden durch gegenseitige Raufereien zu stärken. Ueber diese Zwistigkeiten hinweg aber beschloß der Pazifistische Kongreß an den soeben aus dem Gefängnis entlassenen ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen, Dr. Erich Zeigner, ein Begrüßungstelegramm abzusenden. In diesem Telegramm wurde dem Genossen Zeigner der Dank aller Pazifisten für seine tatkräftige Unterdrückung der „Reaktion" ausgesprochen. Es steht also unumstößlich fest, daß trotz einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen Bestechlichkeit Herr Zeigner auch heute noch in den Augen der aus moralischen Gründen für den Weltfrieden kämpfenden Pazifisten ein zu verehrendes Ideal darstellt. Und tatsächlich hat Herr Zeigner alles das getan, was heutzutage ein gesinnungstreuer Marxistenführer unbedingt tun muß. Er hat, kaum daß er Justizminister von Sachsen wurde, dafür gesorgt, daß alle „reaktionären" Beamten ihrer nationalen Gesinnung wegen zunächst ausgehorcht und dann hinausgeworfen wurden. Er setzte das sogenannte Beamtenpflichtgesetz durch, wonach ein Beamter ohne jede Begründung und zu jeder Zeit einstweilen in den Ruhestand versetzt werden konnte. Er füllte die leer gewordenen Posten mit marxistisch eingestellten Gesinnungs- und Parteigenossen aus, so z. B. ernannte er zum Amtshauptmann von Flöha den Führer der Matrosenrevolte in Wilhelmshaven und später hinausgejagten Revolutionspräsidenten von Oldenburg, Kuhnt. Der nächste Schritt zur „Pazifierung und Säuberung" des Beamtenwesens bestand darin, daß Herr Zeigner alle Akten, welche Gnadengesuche und Schuldfragen betrafen, den alten Beamten abnahm, um sie selbst zu erledigen. Ganze 19 000 Begnadigungen hat er in einem einzigen Jahr erlassen und alle Galgenvögel auf freien Fuß gesetzt, die unter der Flagge des Kommu-

nismus Landstraßen und Geldschränke unsicher gemacht hatten.

Es stellte sich aber noch mehr heraus: diese Begnadigungen waren nämlich nicht so ganz dem guten Herzen des Herrn Zeigner entsprungen, sondern er hatte sich auch gut dafür bezahlen lassen. Sein Büro, dessen Vorzimmer von Verwandten der hinter eisernen Gardinen sitzenden Genossen überfüllt war, war zu einem richtigen Kramladen geworden; nahm der Herr Justizminister und spätere Ministerpräsident doch a l l e s dankbar und mit Vergnügen entgegen, was nicht niet- und nagelfest war: Eier, Mehl, Butter, Geflügel, Anzüge, Mäntel, Schmucksachen und Geld. Wenn der Zudrang zu stark wurde, so verabredete sich Genosse Zeigner in einem Café, ja sogar an einer Straßenecke und ließ sich dort das Honorar für seine Begnadigungen auszahlen. Mit einem langen und weiten Radmantel bekleidet, nahm der Justizminister die Waren selbst eines Bäuerleins in Empfang, das wegen Getreidewuchers bestraft worden war. Wenn das Geschäft über die Kräfte eines Mannes ging, so besorgte Frau Zeigner die Entgegennahme der Gelder und Brillanten der Armen und Enterbten, mit denen geschmückt man sie später an der Seite ihres mit einem kostbaren Pelz bekleideten Gatten durch die Straßen wandern sah.

Die Anklage gegen Herrn Zeigner war wegen Bestechlichkeit erhoben worden, doch verfuhr man mit dem hohen Genossen sehr milde, und anstatt ihn, wie es sich gehört hätte, zu dem vorgesehenen Strafmaß von fünf Jahren Zuchthaus zu verurteilen, kam er mit einigen Jahren Gefängnis davon. Wie es später unwidersprochen hieß, konnte sich Genosse Zeigner im Gefängnis mit eigenen Möbeln bequem einrichten, so daß ihm selbstverständlich nichts abging, während die armen Proletarier, die aus Hunger vielleicht einmal gestohlen hatten, unbarmherzig auf die harte Pritsche gestreckt werden.

Ende August 1925 ist also, wie gesagt, der Vorkämpfer für den Bolschewismus in Sachsen in Gnaden entlassen worden, ebenfalls durch eine Amnestie, deren Begriff er zu so hohem Rufe verholfen hatte, und die ethischen Vorkämpfer für Frieden und Recht, die Quiddes, die Schückings, die Gerlachs und Genossen, sprechen ihm in einem offiziellen Telegramm den Dank für seine überaus wertvolle Tätigkeit aus. . . .

KARL SEVERING




Bei einigen Vertretern des Novembersystems kann man ab und zu einen inneren Zwiespalt feststellen: es regt sich, namentlich angesichts der heute fürchterlichen Lage Deutschlands und seiner schmählichen Behandlung seitens der früher hochgepriesenen Pariser und Londoner Diplomaten, doch manchmal ein deutsches Abwehrgefühl. Ein nicht zu unterdrückendes organisches Wesen bäumt sich auf gegen die gepredigte und doch nicht vorhandene „internationale Solidarität", gegen das blindwütige Dogma vom Klassenkampf und sucht — vielleicht zum erstenmal — nach Volksgemeinschaft. Nur ganz wenige aber der früher führenden Sozialdemokraten haben das marxistische Gift ausscheiden können: in ausschlaggebenden Augenblicken siegte dieses immer wieder von neuem. So bieten die Ebert, Scheidemann, Noske ein erbarmungswürdiges Bild innerlich zerfressener, organisch unwahrhaftiger, ziel- und wesenloser Menschen. Ein ganz anderer Typus dagegen ist der langjährige preußische Innenminister Karl Severing.

Severing vertritt das volkszerstörende Dogma des Internationalismus ungehemmt durch volkliche Bedenken; mit unbeirrbarer Gradlinigkeit verfolgte er jedes nationale Erwachen, in welcher Form, unter welchem Namen immer es sich auch zeigen mochte. Haussuchungen, Parteiverbote, Presseknebelungen, Gefängnis, das alles kennen jene Deutschen, die, sei es auch nur im kleinsten Ort des großen Preußens, die alte Ehrenfahne wieder aufzurollen bemüht waren, oder die gar im Zeichen des Hakenkreuzes gegen die internationale Hochfinanz für einen völkischen Staatsgedanken zu kämpfen begannen. Unter der Herrschaft des Marxisten Severing ist die Periode des reaktionären Metternichtums neu erstanden: dasselbe Schema, dasselbe Schnüffelsystem, dieselbe Günstlingswirtschaft, nur steht das alles nicht mehr im dynastischen Dienste, sondern im Dienst der marxistischen Parteiherrschaft, des

demokratischen Börsenkapitals (innerpolitisch) und der Ergebungs- und Verelendungspolitik gegenüber den Diktaten den Entente (außenpolitisch).

Severing war seit Jahren planmäßig daran tätig, die höheren und sonst maßgebenden Posten mit Persönlichkeiten marxistischer Gesinnung, zionistischer (d. h. jüdisch-völkischer) Einstellung, oder mit sonst irgendwie auf ihn eingeschworenen Leuten zu besetzen, um jederzeit den ganzen technischen Verwaltungsapparat für marxistisch-internationale Politik zur Verfügung zu haben. Diese Leute hat der Genosse Severing bis zum äußersten gedeckt und nur, wenn die Korruption gar nicht mehr vertuscht werden konnte, gut pensioniert entlassen. Die großen Skandale, die immer wieder in Prozessen auftauchen, sind weniger Affären der Genossen Richter, Vogl usw., sondern unmittelbare Folgen Severingscher Regierungsmethoden.

Nur einige Fälle, die kein Deutscher vergessen darf.

Jahrelang leitete als besonderer Günstling Severings der ehemalige Metalldreher R i c h t e r das Berliner Polizeipräsidium. Der Barmat-, Kutisker-, Holzmannskandal enthüllte den ganzen Pfuhl in der Hauptstadt Deutschlands: Für Geld und gute Worte verschafften sich östliche Einwanderer ohne Schwierigkeiten Aufenthaltsscheine, und während deutsche Frontsoldaten und deutsche Arbeiter froh sein mußten, in Kellerwohnungen eine kümmerliche Unterkunft zu finden, erschlich sich das hergelaufene Schiebergesindel die besten Wohnungen, ja, brachte es fertig, unbequeme Deutsche fremder Staatsangehörigkeit ausweisen zu lassen. Mit der Schieberfamilie Barmat aus Galizien schlemmte der Genosse-Polizeipräsident in den teuersten Hotels. Der Chef der Schwindelfirma nahm ihn auf Vergnügungsreisen mit, führte ihn nach Holland zur Kur. . . . Und während Julius Barmat im Hotel bis 12 Uhr mittags im Bett zu bleiben geruhte, entsandte er „Freund" Richter in die Stadt, um „Liebesgaben" für andere deutsche Genossen zu kaufen, damit die Fettgeschäfte noch besser abgewickelt werden konnten. Zum Dank für seine Dienste schenkte Julius Barmat dem Polizeipräsidenten von Berlin seinen goldenen Zahnstocher, den dieser mit Dank annahm. . . . Severing hat den Genossen Richter bis zum Schluß

gehalten. Erst als die Korruption zum Himmel stank, wurde er beurlaubt.

Getreu seinem Grundsatz, nur Parteigenossen zu fördern, setzte Severing u. a. auch den Marxisten Vogl als Landrat von Liebenwerda ein. Die Korruption folgte auch hier auf dem Fuße. Es konnte festgestellt werden, daß der famose Genosse den Kreis um viele Millionen geschädigt hatte. Severing setzte es durch, daß die vom Staatsanwalt verfügte Verhaftung des Vogl wieder rückgängig gemacht wurde. Ja, er bewilligte dem Genossen 80 % seiner Einkünfte für den Ruhestand. Noch mehr! Der Landrat Dr. Brügmann, der die verfahrenen Geschäfte wieder in Gang gebracht hatte und pflichtgemäß das Vorgefallene untersuchte, wurde im Gegensatz zum einstimmigen Ersuchen des Kreisausschusses nach Ostpreußen versetzt. Kaltgestellt! Das Disziplinarverfahren gegen Vogl ließ Genosse Severing ebenfalls einstellen. Er hatte die Stirn, dies durch eine Verfügung zu tun, deren Wortlaut ein schlagendes Beispiel darstellt für den „Geist", der am 9. November 1918 in Deutschland seinen Einzug hielt. Die Verfügung lautet:

„Die in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Krisen in einzelnen Kreisen auf finanzwirtschaftlichem (!) Gebiete vorgekommenen Unregelmäßigkeiten (!) sind naturgemäß (!) nach einem anderen Maßstabe zu messen, als die Verfehlungen in ruhigen Zeiten. Da ein förmliches Disziplinarverfahren nur eingeleitet werden soll, wenn infolge der Schwere der Verfehlung die Entfernung aus dem Amte (Herr Vogl soll wohl woanders wieder in Erscheinung treten?) zu erwarten ist, so entschließe ich mich zu diesem Schritt erst dann, wenn der bei solchen Verstößen meist unübersichtliche Tatbestand hinreichend geklärt ist und den in Frage kommenden Landrat schwer belastet. In dem Falle des Landrats z. D. Vogl in Liebenwerda ist mit der Möglichkeit der Durchführung eines Disziplinarverfahrens im Hinblick auf das schwebende Verfahren im Augenblick nicht zu rechnen (!) (§ 4 des Disp.Ges. von 1852). Sobald die Bahn hierfür frei ist und sofern die Voraussetzungen noch gegeben sein sollten, wird gegen den Landrat Vogl im Dienstwege vorgegangen werden."

„Landrat" Vogls „Unregelmäßigkeiten" bestanden in üblen geschäftlichen „Transaktionen", die außerhalb seiner Beamtentätigkeit lagen. Trotzdem hielt im Zeichen der versprochenen Schönheit und Würde der Innenminister des größten deutschen Bundesstaates seine schützende Hand über ihn. . . . (Anfang Oktober 1927 wurde ein anderer „Landrat", Krüger, wegen Unterschlagung von Geldern für ein Kinderheim zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.)

Aus der antinationalen Einstellung Severings und seiner, sagen wir Freundschaft dem Judentum gegenüber, ergab sich eine starke Ueberfremdung der preußischen Beamtenoberschicht mit Juden. Sein nächster „Berater" war der 1924 verstorbene Jude Freund, in dessen Kopf in erster Linie alle die deutsche Freiheitsbewegung knebelnden Verordnungen entstanden waren; Leiter des „preußischen" Presseamtes war ein gewisser Cohn. Regierungsrat im Oberpräsidium Breslau ist der Zionistenführer Dr. Marcus; Zionisten sind gleichfalls Regierungsrat Dr. Hamburger-Breslau, die Ministerialräte Dr. H. Badt und Goslar. Nun stellt der Zionismus die Kampftruppe alljüdischer Politik dar und seine „deutschen" Vertreter haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie sich nur von jüdischen Interessen — selbst wenn diese den deutschen widersprächen — leiten lassen (siehe Dokumente darüber in meiner Schrift „Der staatsfeindliche Zionismus"). Er ist also ein gewisses Gegenstück zur völkischen Bewegung, jüdisch, alljüdisch, nichts als jüdisch. Diesen nationalen Chauvinismus aber stützt und fördert Herr Severing gegen das deutsche Erwachen.

Seit 1919 haben die Polen über 900 000 Deutsche aus den geraubten Gebieten hinausgedrängt. Im Frühherbst 1925 wurden 30 000 Optanten mit unmenschlicher Rücksichtslosigkeit ausgewiesen. Seit Jahren geht ein unerhörter Terror über die Deutschen in „Polen" hinweg, in Berlin aber stellte man den polnischen Sokoln deutsche Schulen zur Verfügung, die ihre Uebungen mit dem Gesang „Noch ist Polen nicht verloren" begannen. Severing setzte allem die Krone auf, indem er Mitte 1925 im Kreise Stuhm in Westpreußen einen Polen, Casimir Donniesminski, zum Amtsvorsteher ernannte.

Es liegt in dieser Tätigkeit des Genossen Severing also ein ganz klares System: ergebene Genossen, Juden, Polen sollen darüber wachen, daß der völkische Freiheitswille geknebelt bleibt. So will es der internationale Marxismus.

Einen besonderen Haß empfindet Severing — im Verein mit allen jenen Elementen, die am Umsturz beteiligt gewesen sind — gegen jenes Symbol, unter dem zwei Millionen deutsche Helden starben: gegen die sagenumrauschte Ehrenfahne Schwarz-Weiß-Rot. Trotz aller Befehle lehnen die Deutschbewußten die schwarz-rot-gelbe Farbe ab, unter der die französischen Flieger durch Flugzettel zur Desertion und zum Meineid aufgefordert hatten. Im Jahre 1925 — nach der Wahl Hindenburgs (!) — blieb es endlich Severing vorbehalten, die deutsche Siegesfahne als eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" hinzustellen. Er verbot ihr Aushängen auch in kommunalen Dienstgebäuden und ließ erklären, „durch Bereitstellen genügender Polizeikräfte" dieser Verfügung „im gegebenen Falle entsprechenden Nachdruck" verleihen zu wollen.

Man ist im „Preußen" des Genossen Severing noch weiter gegangen. Ungehindert wird das Land von pornographischen Wochenschriften überflutet, unbeanstandet werden üble, schmierige Filme abgerollt, aber Darbietungen, die uns stolz auf unsere Geschichte machen könnten, werden verboten. Ein Beispiel:

In Berlin wurde 1925 ein vaterländisches Filmunternehmen gegründet. Einer der Filme dieser Gesellschaft behandelte die Befreiungskriege. Im Titel mußten die Namen Blücher und König Friedrich Wilhelm III. gestrichen werden. Aus dem Text und aus den Bildern, die diese Männer in Entscheidungsstunden darstellten, wurden die „anstößigen" Stellen entfernt. Gestrichen wurde der Satz: „Als aber Deutschland die Stunde der Befreiung schlug . . ." Gestrichen wurde der Schluß: „Aber Deutschlands Weg zur Höhe ist noch nicht beendet". Dafür wurde von den Neo-Metternichen befohlen: „Deutschlands Zukunft im friedlichen Wettbewerb der Nationen wird noch größer sein."

Diese dem Geiste Severingscher Politik entsprechenden Vergewaltigungen alles Großen unserer Vergangenheit und tagtägliche Förderung der nationalen Gehirnerweichung *sollten* eigentlich genügen, um eine allgemeine Empörung hervorzurufen. Leider ist dem nicht so, ein Beweis, wie tief sich die Giftstoffe bereits in unsere Seele eingefressen haben. Außerdem hat Karl Severing eine Polizeigarde von 80 000 Mann herangezogen, die zum größten Teil auch aus „Genossen" besteht.

Es ist selbstverständlich, daß Severing als Symbol der Unterdrückung *völkischen* Wesens nach dem *feindlichen* Westen hin sich größten — Entgegenkommens befleißigt. So haben seine Beamten während des Ruhreinbruches der Truppen Poincarés alle aktiven Kämpfer verhaftet, den Franzosen denunziert, steckbrieflich verfolgt. Diesem System verdankte ein Albert Leo Schlageter seinen Tod durch französische Mörder. Bezeichnend ist auch, daß der „preußische" Minister Severing im besetzten Gebiet genau die gleichen deutschen Parteien und Verbände verbot wie der Kommandierende der französischen Einbrechertruppen, General Dégoutte.

Als aber der französische Jude Prof. Basch in Potsdam sprechen wollte, schützte ihn die Polizei Severings und stellte ihm einen Dienstwagen zur Fahrt aus Berlin nach Potsdam zur Verfügung.

Dank diesen Taten hat sich der Marxist Karl Severing den Dank auch der in Deutschland erscheinenden Börsenpresse erworben. Im Sommer 1925 wurde er 50 Jahre alt, was Anlaß zu ganz besonderer Ehrung gab. Das alljüdisch-börsianische „Berliner Tageblatt" schrieb am 1. Juni, Severing diene dem Land und dem Volke (welchem?) „mit einer fast religiösen Inbrunst". Der Schmock der „Vossischen Zeitung" aber lobte seinen „lächelnden schalkhaften Gleichmut" und wußte von der „Verehrung" zu erzählen, die er bei seinen „Kampfgenossen" genieße. Er schloß damit, daß Severings Verdienst auch darin bestände, den Hitlergeist in Preußen unterdrückt zu haben; er arbeite sogar so lange, „daß dieser zarte Körper mit dem feinen, grazilen Haupt . . . unter dieser Last zerbrechen müßte". (29. 5. 1925.)

Die Organe der jüdischen Presse haben somit dem Feinde des völkischen Freiheitswillens ihren offiziellen Dank bekundet. Da auch die Ministerpräsidentschaft Preußens sich in marxistischen Händen befindet, kann der Kurfürstendamm ruhig schlafen. Der Zweck der Uebung vom 9. November 1918 ist erreicht.

Ende 1926 trat Genosse Severing — aus noch ungeklärten Gründen zurück — um im sog. Reichsbanner führend mitzuarbeiten. Man hoffte, ihn als Reichswehrminister durchzusetzen, was aber mißlang.

So wartet er, bis er wieder „gebraucht" wird.




WEISMANN




Es ist selbstverständlich, daß die Novemberdemokratie, um ihre öffentliche staatliche Sicherheit äußerst besorgt ist. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß sie in ihren Reihen strenge Musterung hielt und unter ihren allerbesten Männern Musterung hielt, um das Amt eines Sicherheitskommissars richtig zu besetzen. Nach einigem Hin und Her fiel die Wahl der preußischen Machthaber auf Herrn Weismann. Das Bild des Herrn Weismann sehen wir auch heute immer wieder in der „Berl. Illustr. Ztg." des Hauses Ullstein abgebildet, wenn er geruht, sich auf Rennen oder sonstigen Veranstaltungen öffentlicher Art zu zeigen. Herr Weismann ist also auch heute noch eine hochgeachtete Persönlichkeit. Aber ganz vergessen ist es, was man einst gegen ihn einzuwenden hatte, und deshalb ist es Pflicht und Schuldigkeit eines Chronisten, die große Vergangenheit des „preußischen" Staatskommissars für öffentliche Sicherheit der unverdienten Vergessenheit zu entreißen, dem man eine jüdische Herkunft bisher unwidersprochen nachgesagt hat.

Im Jahre 1920 wirkte der bekannte bolschewistische Agitator Radek-Sobelsohn mit noch größerer Energie als früher in Berlin, so daß man trotz aller Liberalität sich gezwungen sah, den Apostel aus Sowjetjudäa auf einige Zeit hinter Schloß und Riegel zu setzen. Große Politiker haben bekanntlich Radek dort aufgesucht (auch Walter Rathenau) und so mancher, der selbst hinter eiserne Gardinen gehört hätte, ist dort ein- und ausgegangen. Später stellte sich heraus, daß der Kommissar für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Herr Weismann, es gewesen war, welcher die vielen Besuche bei dem Bolschewistenhäuptling huldvoll genehmigt hatte.

Man weiß nicht warum, jedenfalls geriet Radek nach seiner Freilassung mit seinem Gönner Weismann in eine sehr heftige Auseinandersetzung, und wie es manchmal geschieht, begann Radek seinen alten Freund und neuen

Feind plötzlich auf das Heftigste anzugreifen. Am 20. August 1920 veröffentlichte er in der „Roten Fahne" seinen ersten wutschnaubenden Aufsatz und erklärte, Weismann hätte verschiedene politische Persönlichkeiten zu ihm ins Gefängnis hereingelassen als Dank dafür, daß er es verstanden hätte, dem Herrn Weismann einen Schweizer Paß zu verschaffen. Und Radek fügt freundlich hinzu, zu welchem Zweck dies geschehen war: „Der biedere Hüter der Ordnung hatte beim Hasardspiel etwa eine Million gewonnen und mußte sie nach der Schweiz verschieben." Man sollte nun glauben, daß Herr Weismann daraufhin klagen würde. Aber siehe da, zwei Tage später schrieb die „Rote Fahne", der Herr Staatskommissar versuche die Vorwürfe Radeks dadurch zu widerlegen, daß er sie summarisch als Lügen bezeichne. Man hätte sehr gewünscht, wenn Herr Weismann auf die Einzeltatsachen eingegangen wäre. Besonders interessant sei es, zu erfahren, wie Weismann seine Schiebergeschäfte beurteile, ein Punkt, den er in seinem Dementi sorgsam verschweige. Auch dieser Artikel, der unter dem Titel „Der Herr Spitzelkommissar" erschien, vermochte Herrn Weismann nicht so zu kränken, daß er zum Gericht ging. Er zog es vor, zu schweigen.

Mittlerweise war Freund Radek wieder ins Mekka des Proletariats zurückgewandert und begann von Moskau aus mit neuen Enthüllungen. Am 24. Septbr. 1921 erklärte er in der „Prawda", Weismann habe trotz aller Angriffe sich gehütet, eine Klage gegen ihn anzustrengen, da er ganz genau wüßte, daß die gesamte Berliner Gerichtswelt von dem Kartenspiel des Herrn Weismann ganz genau unterrichtet sei. Nach einigen weiteren grobkörnigen Bezeichnungen behauptete Herr Radek, daß nicht nur Herr Weismann eine höchstverdächtige Person sei, sondern daß er außerdem noch eine Bande gewöhnlicher Gauner um sich versammelt habe. Diese Bande nannte dann Herr Radek in der Moskauer „Prawda" am 2. Dezember 1921 beim Namen. Ein Gehilfe des Herrn Weismann, Schwarz, wurde beschuldigt, die irische Revolution bei der englischen Regierung zu denunzieren. Also einem Freunde Weismanns wurde einer der schlimmsten Schurkenstreiche vorgeworfen. Aber Herr Weismann

rührte keinen Finger. Von einem anderen Gehilfen Weismanns, einem gewissen Eugen Stieglitz, behauptete Radek, er hätte Geld von der englischen Spionage, sei von Weismann dann nach Kowno geschickt worden, wo er für Polen arbeite.

Diese und ähnliche Dinge wurden mehrfach wiederholt, aber siehe da, der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit klagte nicht. Nichtsdestoweniger ist er noch heute ein hochgeehrter Mann der Novemberdemokratie, und wir können aus seinem Leben und Wirken entnehmen, welche Vergangenheit einer haben muß, um in der heutigen Zeit ein großer Mann zu sein und sich der Gönnerschaft der heutigen Barmatpresse, das heißt der Demokratie, Sozialdemokratie und des Zentrums zu erfreuen.




FRIEDRICH EBERT




1.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Historikers, sich mit dem ersten, wenn auch nie vom Volke gewählten Präsidenten der Novemberrepublik zu befassen, wenn er erfahren will, welch ein Charakter die Führung sämtlicher schwarz-rot-gelber Parteien viele Jahre über beherrscht hat. Uns interessiert dabei weniger der ehemalige biedere Handwerksbursche und Sattlermeister, auch nicht der Schankwirt aus Bremen, dessen Lokal zu betreten dem deutschen Soldaten verboten war, sondern lediglich der Parteimann, der sich von einer kleinen Redaktionsstellung in der „Bremer Bürgerzeitung" allmählich heraufdienerte zum parlamentarischen Führer der Sozialdemokratie und der, durch Munitionsarbeiterstreiks geschoben, schließlich, er wußte selbst nicht wie, Reichskanzler des Kaisers und gleich darauf Reichskanzler der Novemberrepublik wurde, um schließlich, entgegen der eigenen Verfassung, jahrelang den Präsidentenstuhl einzunehmen.

Der Ende 1924 in Magdeburg vor sich gegangene Beleidigungsprozeß Friedrich Eberts gegen einen kleinen Redakteur sollte die Erledigung aller Angriffe auf den Reichspräsidenten bringen, wuchs sich aber zu einer fürchterlichen Bloßstellung Friedrich Eberts aus. Er führte dazu, daß das Gericht sich genötigt sah, beim amtierenden Reichspräsidenten Landesverrat festzustellen, also ein Verbrechen, auf welches entehrende Zuchthausstrafe steht.

Nachdem vorher bei einem Besuch Friedrich Eberts in München dieser vom Nationalsozialisten Dr. Gansser als Landesverräter bezeichnet worden war und ein Verfahren gegen den „Verleumder" des Reichspräsidenten einsetzte, wurde auch Friedrich Ebert vernommen. Er sagte unter Eid aus:

1. Er habe bis zum letzten Tage alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Niederlage vom Lande abzuwehren.

2. Von Beginn des Krieges bis zu dessen Ende habe er sich rückhaltlos auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und in diesem Sinne gehandelt.

3. Während des ganzen Krieges wäre er gegen die Streiks der Arbeiter der Kriegsindustrie gewesen.

Dr. Gansßer erließ darauf einen offenen Brief an den Reichspräsidenten und beschuldigte ihn erneut des Landesverrates. Bei den kommenden Vernehmungen und Zeugenaussagen wurde Reichspräsident Ebert nochmals zum Schwure vorgelassen und gab erneut einen Eid ab, wenn auch in einem weniger bestimmten Wortlaut. Mit diesen eidlichen Aussagen ist es nun mehr als sonderbar bestellt:

Denn derselbe Herr Ebert, welcher als Reichspräsident nicht genug von Volk und Vaterland sprechen konnte, welcher, wie oben festgestellt, eidlich erklärte, er sei stets für die Landesverteidigung und für das Vaterland eingetreten, derselbe Mann hatte in der Sitzung des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917 erklärt, der Krieg habe 1914 der Partei bloß die Pflicht zur Landesverteidigung auferlegt, diese ganze Politik sei jedoch „lediglich eine Frage der Taktik" gewesen. Diese Worte allein werfen schon ein eindeutiges Licht auf die Charakterstärke des Führers der Sozialdemokraten! Auf dem Parteitag am 14. Oktober 1917 zu Würzburg hielt Genosse Ebert eine große Begrüßungsansprache, in der er ausrief: „Schlägt dann die Stunde, in der das Schicksal des Volkes neu geschmiedet wird, so wird am Amboß des neuen Deutschland die Sozialdemokratie ihren Mann stellen." Der russischen Revolution jubelte Ebert natürlich zu, und als bekannt wurde, daß die französische Regierung ihren Sozialdemokraten die Pässe für die Stockholmer Friedenskonferenz verweigert hatte, sagte Ebert drohend: „Hätte die deutsche Regierung es gewagt (!), das gleiche zu unternehmen, so wäre das für die Sozialdemokratie eine Kraftprobe gewesen, sie hätte alles (!!) darangesetzt, diesen Widerstand zu brechen." Und zum Schluß dieser revolutionären Rede erklärte er: „Mögen die Gegner auf der Hut sein, daß die sozialdemokratische Flut nicht die Dämme durchbricht und über ihnen zusammenschlägt."

Im Januar 1918 brach in Oesterreich der große politische Massenstreik, geführt vom Juden Deutsch, aus und Ebert, der 1924 als Reichspräsident nichts mehr von der Streikarbeit seiner Genossen wissen wollte, derselbe Herr erklärt am 22. Januar 1918 im Hauptausschuß des Reichstages, die Sozialdemokratie drücke dem Vorgehen des Proletariats in Oesterreich seine „volle Sympathie" aus. Er versprach ferner, alles daran zu setzen, um jede Bestrebung zur Verhinderung dessen, was er einen Frieden der Verständigung nannte, zu durchkreuzen. Als dann der Aufruhr und die Tätigkeit auch in Deutschland darauf ging, den großen politischen Munitionsarbeiterstreik durchzuführen, fuhr Genosse Ebert mit Dittmann und anderen Herrschaften nach Teltow, um eine Rede zu halten. Genosse Dittmann wurde während seiner Streikhetze verhaftet und wegen Landesverrats verurteilt. 1920 aber erklärte derselbe Herr Dittmann in einer Reichstagsrede vom 10. Februar wörtlich:

„Die Situation im Eisenbahnerstreik erinnert mich an den großen Januarstreik des Jahres 1918. Damals streikte das Proletariat gegen das Gewaltdiktat von Brest-Litowsk und wollte einen Frieden der Verständigung. Auch damals mißbilligten die Spitzen der freien Gewerkschaften den Streik. (Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Oberbefehlshaber in den Marken, General v. Kessel, verbot den Streik, verfolgte die Streikleitung und verbot jede Tätigkeit für den Streik. Der Staatssekretär Wallraf als Minister des Innern lehnte jede Verhandlung mit den Streikenden ab. Damals gehörten zur Streikleitung auch sechs Parlamentarier: außer Haase, Ledebour und mir auch Scheidemann, Otto Braun (Hört, hört! bei den U. S. P.), der gegenwärtige Ministerpräsident, und Fritz Ebert (Hört, hört! bei den U. S. P.), der jetzige Reichspräsident. (Hört, hört! bei den U. S. P.). Mit verächtlichem Lächeln und entsprechender Handbewegung teilte uns Ebert eines morgens mit, daß er als erster das Verbot des Generals v. Kessel zugestellt erhalten habe, und er fügte hinzu: „Der Wisch ist für die Katz!" (Hört, hört! bei den U. S. P. und bei den Kommunisten. — Große Heiterkeit). Genau wie jetzt die Streikleitung der verfolgten Eisenbahngewerkschaften, so sind wir von der Streikleitung damals

— Ebert eingeschlossen — von einem Lokal zum andern vor den Polizeischergen geflüchtet. (Hört, hört! auf der äußersten Linken.) Ein außerordentliches Kriegsgericht hat mich damals zu zwei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Festungshaft verurteilt. (Hört, hört! bei den U. S. P.), weil ich in einer Versammlung der Streikenden im Treptower Park für einen Frieden der Verständigung hatte sprechen wollen. Schon nach den ersten Sätzen wurde ich verhaftet. Aber vor mir hatte ein Mann zwanzig Minuten lang für das Streikziel sprechen können. Sein Name ist bisher in der politischen Oeffentlichkeit nicht bekannt gewesen. Es war der jetzige Reichspräsident Fritz Ebert. (Hört, hört! bei den U. S. P. und bei den Kommunisten. — Schallende Heiterkeit.) Ebert, dem Kessel das Verbot als ersten zugeschickt hatte, „den Wisch" — und heute unterzeichnet derselbe Ebert als Reichspräsident einen solchen Wisch, um den Eisenbahnern das Streikrecht zu verbieten . . ."

Beim Ausbruch des Streiks wurden in London Flugblätter herausgegeben mit der großen Ueberschrift, die Revolution in Deutschland sei jetzt unaufhaltsam auf dem Marsche und die alliierten Völker könnten angesichts der deutschen Zermürbung ihres Sieges vollkommen gewiß sein. Man bedenke, was das bedeutet. Ungeschlagen stand das deutsche Heer 1917 den schwersten Angriffen gegenüber; die russische Revolution erleichterte im Osten den Kampf. Alle Welt wußte, daß Deutschland sich mit aller Energie zu einem neuen Riesenangriff rüstete, der im Frühjahr vor sich gehen mußte. Und in diesem selben Augenblick ungeheuerster weltpolitischer Spannung, der jedem Soldaten der Entente das drohende Schicksal der Vernichtung klar vor Augen führte, da setzte in Deutschland unter der Führung einer der stärksten Parteien ein Riesenstreik ein. In einem Moment änderte sich die ganze Lage, auch der zusammengesunkenste Soldat der Alliierten schöpfte erneut Mut und die Heere im Westen standen wieder zusammengeschweißt da. Das war die Folge der verbrecherischen Tat vom Januar 1918 und einer der ersten Schuldigen daran ist der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert. Zeugeneidlich steht fest, daß

Herr Ebert auf der großen Streikversammlung in Teltow anfänglich ruhig gesprochen hatte, dann aber immer erregter wurde und schließlich die Riesenmenge aufforderte, im Streik ruhig auszuhalten, da auch aus dem übrigen Deutschland gute Nachrichten vorlägen!

Es steht außer Frage, daß Herr Ebert Angst vor der eigenen Courage bekommen hatte und dann wieder vor der Revolution und allen Gewalttätigkeiten warnte, um bei erster Gelegenheit, wenn es nicht auf Spitz und Schneide stand, erneut zu drohen.

2.

Die Sozialdemokratie als Nutznießerin der Novemberrevolte preist die „Errungenschaften" dieses Umsturzes, aber möchte angesichts der Jämmerlichkeit dieser ganzen Bewegung von Streikenden, Verrätern und Deserteuren heute nichts mehr mit den Vorbereitungen zur „herrlichen Bewegung", wie Ebert die Revolte im Manifest vom 9. 11. 1918 nannte, zu tun haben. Gleich Scheidemann leugnete auch Ebert später die Mittäterschaft am 9. November. Wir müssen gestehen, das offene Geständnis etwa eines Ledebour berührt uns viel angenehmer als jenes Ableugnen der Ebert und Scheidemann, welches mit den Tatsachen vollkommen in Widerspruch steht und nur ein Zeugnis der Angst und des schlechten Gewissens darstellt.

Im November 1918 wurde Friedrich Ebert nach dem Abgang des Prinzen Max von Baden kaiserlicher Reichskanzler. Unterdessen ging die Revolte ihren Gang; Herr Ebert hatte weder den Mut, gegen dieses Verbrechen an deutschen Interessen vorzugehen, noch brachte er die Energie auf, die Bewegung selbst in die Hand zu nehmen und in eine volksbefreiende Bahn zu führen.

Wohl nichts in der ganzen Geschichte der erbarmungswürdigen Revolte wirkt niederdrückender, als jenes Gespräch, das der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie, Ledebour, am 8. November 1918 mit Ebert und Scheidemann hatte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten für den 9. November das Losschlagen beschlossen und saßen zur Beratung zusammen, um den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Friedrich Eberts durchzuführen. Zum Erstaunen aller öffnete sich plötzlich

die Tür und in das Beratungszimmer der U. S. P. traten ein der Reichskanzler Ebert mit seinem Freunde Scheidemann und boten den linken Sozialdemokraten ihre Hilfe zur Revolution gegen sich selbst an! In seiner Verteidigungsrede am 20. Mai 1919 vor dem Berliner Schwurgericht hat Ledebour den ganzen Vorgang eingehend geschildert und fügt hinzu: „Jetzt, als die Leute zur Ueberzeugung gekommen waren, daß unsere Erhebung auch ohne ihre Beteiligung Erfolg haben würde, kamen sie zu uns in das Fraktionszimmer mit dem Angebot, mit uns halbpart zu machen. An seine Vorschläge knüpfte Ebert noch die Bemerkung: „Ja, wir halten unsere Leute noch bis 12 Uhr zurück.""

So machten Ebert, Scheidemann und Genossen prozentuale Geschäfte mit Revolutionären gegen sich selbst, und als der alte Ledebour in einem Reichstagszimmer eingeschlafen war und erst spät morgens aus dem Schlummer erwachte, da hatte der vielgewandte Philipp Scheidemann bereits die Republik ausgerufen. Die Aemter waren verteilt, Ebert, Scheidemann und Landsberg bildeten die Hauptführer und sonnten sich in der Freiheit, Schönheit und Würde der neu hereinbrechenden großen Zeit.

Damals war die Sozialdemokratie stolz auf den 9. November 1918. Der „Vorwärts" von diesem Tage schrieb in seiner 3. Extra-Ausgabe, der „Sieg des Volkes" sei errungen, „hoch die deutsche Republik!" Ebert und Scheidemann erließen ein großes Manifest an das Volk, welches mit den Worten begann: „Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet." Wenn man aber etwas v o l l e n d e t, so gesteht man zu, früher mit Taten, die zu dieser Vollendung führten, b e g o n n e n zu haben. Die Taten aber, welche etappenweise zum 9. November führten, waren die Streiks 1917, die Stockholmer Friedenskonferenz, die sog. Friedensresolution vom 19. Juli 1917; vor allem aber der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918. Ueberall war die Sozialdemokratie dabei und als erster Reichskanzler der Novemberrepublik erklärte Friedrich Ebert den 9. November 1918 als die „herrliche Bewegung", die mit diesem Tage „vollendet" sei. Der „österreichische" Genosse Otto Bauer aber äußerte 1921 zynisch:

„Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit und ich sage heute noch, daß in den imperialistischen Friedensverträgen von Versailles und St. Germain usw. trotzdem ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt."

Noch deutlicher wurde Ebert, als er Ende November im Parteiausschuß laut „Vorwärts" vom 29. Nov. 1918 ausführte: „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Sie hat das bekannte Ultimatum gestellt, als dessen Folge wir die Regierung übernommen haben. Dann erst ist es zur Vereinigung mit den Unabhängigen gekommen." Und Herr Ebert fügte stolz hinzu: „Das muß festgestellt werden, weil die Dinge vielfach draußen so dargestellt werden, als hätte die U. S. P. die Revolution gemacht und hätte uns erst nachgezogen."

Einen letzten charakterisierenden Strich zum Porträt Friedrich Eberts verdanken wir dem General Groener. Dieser wurde im November 1925 in München im sogen. Dolchstoß-Prozeß als Zeuge vernommen. Dort erklärte er unter Eid, gleich nach der Revolution habe er mit Ebert eine Art Bündnis geschlossen, um eventuell gegen die — Unabhängigen gewaltsam vorzugehen. Derselbe Herr Ebert also, der als Reichskanzler bei den Revolutionären um gut Wetter bat, verbündete sich hinter ihrem Rücken sofort wieder mit den Generälen.

Scheidemann aber erklärte drei Jahre später: „Die Behauptung, als hätte die Sozialdemokratie die Revolution gewollt, ist eine lächerliche und törichte Agitationsrede der Gegner." Er sagte noch mehr: „Hätten wir die Revolution gewollt und vorbereitet, und die Reaktion würde ihr Haupt noch so frech erheben, wie sie es heute tut, dann wären wir jämmerliche Stümper gewesen." Damit hat er wohl seinen Genossen das Urteil gesprochen und alle späteren Ableugnungsversuche können nur aufgefaßt werden als Reden von Menschen, welche die früheren fremden Taten sich angeeignet haben, wobei ihnen jedoch angesichts des jämmerlichen Zusammenbruches dieser selben Taten nicht mehr wohl ist, denn an Stelle der vielgepriesenen, endlich vollendeten „Befreiung" war mittlerweile die jämmerlichste Sklaverei getreten und an Stelle eine soziale Republik zu erhalten, wurde das

ganze schaffende Volk den Börsenbanditen aller Staaten wehrlos ausgeliefert.

3.

Als Ebert Reichspräsident wurde, da verwandelte sich der internationale Sozialdemokrat, der als Führer der S. P. D. es widerspruchslos hatte geschehen lassen, daß der „Vorwärts" erklärte, der feste Wille der Sozialdemokratie sei es, die deutsche Fahne auf immer niederzuholen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben; der ruhig zugesehen hatte, daß deutsches Wesen und deutscher Wille von der gesamten Presse tagtäglich beschmutzt und durch den Kot gezogen wurde; dieser selbe Friedrich Ebert fing auf der Höhe der Macht und Herrschaft auf einmal an, von Volk und Vaterland zu reden. Auf der großen Verfassungsfeier vor dem Berliner Schauspielhaus 1922 sprach er von Fichte und dem Vaterland, ließ das deutsche Volk hochleben und ihm stieg nicht die Schamröte ins Gesicht bei dem Gedanken, daß während der schwersten Stunde eben dieses Vaterlandes seine Partei und seine Genossen hemmungslosen Landesverrat betrieben hatten . . . Zur Feier Gerhart Hauptmanns predigte Friedrich Ebert den Gedanken einer „wahren Volksgemeinschaft" und niemand erinnerte sich dessen, daß diese Volksgemeinschaft unter jüdisch-marxistischer Führung seit Jahrzehnten verraten worden war von jener Partei, deren Führer Friedrich Ebert gewesen war. Und zu dem Posten gesellte sich der Byzantinismus der gesamten marxistischen Presse, die über Kaiser und Reich und über das Vaterland toben konnte, aber ihrer Führerschaft gegenüber in einer Ergebenheit erstarb, mit der verglichen die Huldigungstelegramme an Kaiser Wilhelm noch harmlos erscheinen. Als Ebert z. B. im Jahre 1922 München besuchte, schrieb die „Münch. Post", die Sozialdemokratie begrüße Friedrich Ebert in voller Ergebenheit, sein Aufstieg habe sich unbewußt im Drange der „inneren Stimme" vollzogen, die nur wenige Menschen begnade. Der alte Sokrates habe diese innere Stimme „einen Anhauch Gottes" genannt und Eberts unvergängliches Verdienst sei es gewesen, nichts anderes zu kennen, als das Heil des Vaterlandes. Und als Herr Ebert gar nach Frankfurt kam, um Goethe zu feiern, da schrieb das dortige alljüdische Börsenblatt: „Selten trug eine Loge

im Theater gewichtigere geistige Fracht. Das Frankfurter Opernhaus hat heute die Weihe des republikanischen Deutschland empfangen" usw.

Diese kleinen Lichter zeigen wohl Herrn Ebert drastisch genug und wir erleben die früher merkwürdige, heute allerdings gewöhnliche Tatsache, daß ein jahrzehntelanger Bekämpfer des Kapitalismus gefördert und angehimmelt wird von den Organen der internationalen Hochfinanz. Ja, noch mehr, Herr Ebert hat es sich nicht nehmen lassen, in Zeitungen dieser Hochfinanz selbst Leitartikel zu schreiben, z. B. im „Berliner Tageblatt". Am 1. Januar 1922 verfaßte er für dieses Blatt, welches seit Jahrzehnten alles Deutsche beschmutzt und alles Christliche verhöhnt, einen Aufsatz über „Demokratie und Staatsform". Darin findet sich folgendes Lob an das Organ zur Wahrung der Interessen des Judentums (als welches das „Berl. Tageblatt" bei seinem Entstehen sich selbst ausgab): „Die Bewegung der Demokratie war schon im alten Deutschland vor dem Kriege stark und gerade das „Berl. Tageblatt" ist schon seit Jahrzehnten ein tatkräftiger Vertreter demokratischer Gedanken gewesen." „Sie (die Widersprüche zwischen den Demokraten der Welt und ihren eigenen Ideen) bestehen darin, daß man ihre Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen vergaß und in die Fehler früherer Staatssysteme verfiel, die in der gewaltsamen Niederkämpfung fremder Interessen und in der Errichtung von wirtschaftlicher und politischer Vorherrschaft die Weisheit der Politik sieht." Friedrich Ebert hat scheinbar keinen Blick dafür gehabt, daß sich der demokratischen Republik der schäbigste Wirtschaftsimperialismus aller Zeiten bemächtigt hatte; der Aegypten und Indien aushungerte, der China zur Einführung des Opiumgiftes zwang, bloß weil man in London Geschäfte machen wollte; der Afrika und Indochina ausbeutete, bloß weil man im demokratischen Paris gut leben wollte. Mit diesem Wirtschaftsimperialismus verbindet sich ein politisches Machtstreben, wie es Deutschland nie gekannt hat, aber während man die Demokratisierung des Westens in der Parteipresse des Herrn Ebert jahrzehntelang lobte und gegen Deutschland hetzte, spielte man plötzlich den Erstaunten, als die Raubgier der westlichen Finanz sich nach der mit Hilfe der Marxisten und

Demokraten vollzogenen Entwaffnung Deutschlands sich auch über unser Volk ergoß. Herr Ebert und Genossen haben über Kaiser und Monarchen gewettert und angeblich den erbittertsten Kampf gegen den Kapitalismus geführt. Als dieser Kapitalismus in dem Versailler Schanddiktat seine Triumphe feierte, da erklärte Herr Ebert zwar im Namen der Reichsregierung, diesen Vertrag nicht zu unterschreiben, wir würden alle ehrlos sein, falls wir dies täten. Aber derselbe Herr Ebert ließ dieses Diktat doch unterschreiben und blieb ruhig weiter Reichspräsident. Seitdem hat er die Erfüllungs- und Verelendungspolitik bis zu seinem Tode weiter gedeckt. Er hat Wirth und Rathenau berufen und somit ist er mit in erster Linie schuld daran, daß Deutschland in ein System von Abmachungen verstrickt worden ist, welches unserem Volke die Gurgel zuschnürt.

Die größte Erniedrigung aber unseres Volkes erfolgte im August 1924, als sich die deutschen Unterhändler in London der organisierten Hochfinanz gegenüber sahen und das Todesurteil in Form des schmählichen Dawesdiktates unterschreiben sollten. Selbst dem Erfüllungskanzler Dr. Marx, dem späteren Reichskanzler Dr. Luther, schienen die Forderungen der Wallstreet so ungeheuerlich, daß sie in Berlin um Befehl anfragten. Hier griff der antikapitalistische Ebert ein und erteilte die Vollmacht zur Unterschrift unter eines der teuflischsten Erdrosselungsinstrumente, die je von feindlicher Diplomatie gezimmert worden sind.

Dann kam der Magdeburger Prozeß, wo Herrn Ebert von einem unabhängigen deutschen Richter der Landesverrat während des Krieges bescheinigt wurde. Wenige Monat darauf erkrankte Herr Ebert und starb.

Der Name Friedrich Ebert ist ein Sinnbild jener Zwitterhaftigkeit der Sozialdemokratie, in der das internationale Dogma ab und zu von nationalen Regungen gestört wird, einige nationale Worte veranlaßt, die dann aber in Entscheidungsstunden regelmäßig in das Nichts versinken; ist ein Sinnbild jener inneren Unwahrhaftigkeit des gesamten Marxismus, der angeblich gegen den Kapitalismus kämpft und doch nur zum Kampf gegen die deutsche Nation und die deutsche Wirtschaft eingesetzt wird, um der internationalen Hochfinanz zum Siege zu verhelfen.




GUSTAV STRESEMANN




1.

Viele Mitglieder der sogenannten „nationalen" Deutschen Volkspartei werden vielleicht erbittert erklären, es sei ein Skandal, „ihren" allverehrten Führer in eine Reihe mit Matthias Erzberger, Joseph Wirth, Foerster, Hilferding und Genossen zu stellen. Sie hätten sehr unrecht, falls sie so urteilen sollten, die Herren, denn das „Gesicht" der Novemberdemokratie wäre nicht vollständig gezeichnet, wenn es nicht neben den salbungsvollen Falten des Pazifisten Foerster und dem ewig lachenden Gesicht Matthias Erzbergers auch die Maske des, wenn auch andersartigen, so doch auch mild lächelnden Dr. Gustav Stresemann aufzeigen würde. Es würde sozusagen die verklärende, die Gegensätze mildernde Patina fehlen, die alle Kontraste mit einem leichten, feucht-warmen Hauche, wie Mehltau, überzieht. Und außerdem würden wir Herrn Stresemann, den Beschützer Eberts und Mitarbeiter am Gesetz zum Schutz der Republik ein bitteres Unrecht antun, wollten wir seine überall hervortretende liebliche Gestalt respektlos übergehen, die die Demokratie erst so recht salonfähig gemacht hat.

Herr Gustav Stresemann ist bekanntlich **Doktor**. Es muß deshalb für uns armselige Untertanen eine selbstverständliche Pflicht bedeuten, nachzuforschen, welche Probleme des Lebens der spätere Reichskanzler und Außenminister der Novemberrepublik für allein würdig hielt, von ihm, zwecks einer Doktordissertation behandelt zu sehen. Und man muß gestehen, daß die später so bewunderte realpolitische Denkweise schon in seinen jungen Jahren festzustellen ist.

Das Erstlingswerk Dr. Stresemanns ist sicher vergriffen. Deshalb müssen einige Stellen der Vergessenheit entrissen werden, in der Hoffnung, daß sich einst doch noch ein pariotischer Verlag (Ullstein, Mosse usw.) finden

wird, der das ganze Werk Stresemanns auf feinstem Bütten neu herausgibt. Die Doktorschrift heißt:

Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts.
Von Dr. Gustav Stresemann.
(Erschienen 1902 bei R. F. Funke, Berlin, Köpenicker Straße 114.)

Man wird zugeben, daß dieses Thema an die Exaktheit des Denkens ungeheure Anforderungen stellt; aber das Wagnis, den schwierigen Stoff zu meistern, ist Stresemann ebenso vollkommen geglückt, wie die Leitung unseres, sich ihm voll Liebe anvertrauenden Volkes. Gleich auf der ersten Seite der Schrift stehen Sätze, wie aus Granit geformt, die den Worten des späteren Meisterredners an eindringlicher Ueberzeugungskraft nichts nachgeben. Es heißt da: „Unter einem Flaschenbiergeschäft werden wir ein Unternehmen zu verstehen haben, welches sich mit dem Vertrieb von auf Flaschen gefüllten Bieren abgibt." „Die Vorbedingung jedes Flaschenbiervertriebs ist die Möglichkeit des Abzugs von Bieren auf Flaschen." Dagegen läßt sich auch vom schärfsten Gegner nichts einwenden. Namentlich der zweite Satz ist von einer alles niederschmetternden Wucht und Größe.

Ueber die Gründe, warum Bier auf Flaschen gefüllt werden müsse, stellt Stresemann tiefschürfende Untersuchungen an, die seinen weltpolitischen Forschungen ebenfalls getrost das Wasser reichen können: „Die Gründe, welche von dem Abzuge des Bieres auf Flaschen zum Verkauf über die Straße und weiterhin zum Liefergeschäft (man beachte die künstlerische Steigerung! Der Verf.) führen, sind zum Teil durch die Natur des Aufbewahrungsgefäßes gegeben. Vor allem aber kommt die Bequemlichkeit der Zustellung in Betracht!" „Die Entfernung kommt nicht in Betracht, da eine schriftliche oder telephonische Bestellung genügt, um innerhalb kurzer Zeit das Bier im Hause zu haben. . . . Den Frauen oder erwachsenen Töchtern war das Selbsteinholen des Bieres oft unbequem oder direkt peinlich, namentlich wenn kein Kolonialwarengeschäft in der Nähe war und das Bier infolgedessen in einer benachbarten Gastwirtschaft

oder Restauration (wie fein alle Möglichkeiten erwogen sind! Der Verf.) geholt werden mußte."

Darauf stellt Dr. Gustav Stresemann eine eingehende Untersuchung über die Unterschiede an, die zwischen einem Gasthaus, Restaurant, Café und Kaffeehaus bestehen, wobei wir erfahren, daß im Café meist die weibliche Bedienung vorwalte, wie aus den Inseraten zu ersehen sei. Wir können das leider nicht alles abdrucken. Auch auf die Schilderung der feinen Unterschiede zwischen den alten Weißbierstuben und den modernen Aschinger-Bierquellen können wir nicht eingehen, um Raum für folgende ergreifende Auseinandersetzung über die Ursachen des Verlustes der Bierflaschen zu gewinnen:

„Dieselben entstehen auf verschiedene Weise (wieder der alles überlegende Kopf! Der Verf.). Einesteils werden beim Füllen des Bieres auf Flaschen, beim Reinigen und beim Transport, manchmal vielleicht mit Mutwillen, Flaschen zerbrochen. Anderenteils erhält der Bierverleger von seinen Kunden nicht die gelieferte zurück, sei es, daß sie in der Haushaltung in Gebrauch genommen und zu anderen Zwecken benutzt oder beim Kunden zerschlagen sind (welch prachtvolles Deutsch! Der Verf.), sei es, daß ein Konkurrent, falls der betreffende Kunde von mehreren Geschäften Bier bezog, sich einen Teil derselben angeeignet hatte. Die an erster Stelle genannten Flaschenverluste pflegen gegenüber den letzteren in den Hintergrund zu treten."

Man muß sich bloß vergegenwärtigen, welch' großen Einzelstudiums es bedurft haben muß, um zu diesem Ergebnis zu gelangen, dann erst wird man es in seiner ganzen Größe verstehen können. Und Stresemann fährt fort:

„Wenn man die Klagen der Bierverleger über die Größe der Flaschenverluste hört, so möchte man dieselben für übertrieben halten. Wer jedoch Gelegenheit hat, die hier beklagten Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen, der wird der Behauptung zustimmen müssen, daß in bezug auf den Mißbrauch von Bierflaschen in vielen Kreisen des Publikums eine Laxheit der Ansichten herrscht, welche nicht scharf genug verurteilt werden kann. (Wer hört nicht den tiefen sittlichen Grundton des gebo-

renen Führers heraus! Der Verf.) Die Hausfrauen oder Dienstmädchen machen sich in vielen Fällen gar kein Gewissen daraus, die Bierflaschen zu allen möglichen Zwecken zu gebrauchen, sie holen Spiritus, Oel, Fleckwasser usw. darin, und in der Küche prangen die dem Bierhändler gehörenden Flaschen ganz ungeniert neben anderen Utensilien. Die Arbeiter betrachten es als ihr selbstverständliches Recht, die Bierflaschen zum Einholen von Schnaps oder Kaffee zu gebrauchen. Am tollsten geht es auf den Bauten zu, da wird die Flasche oft, wenn sie ausgetrunken ist, einfach auf den Boden geworfen, ob sie dabei entzwei geht oder nicht, ist ganz gleichgültig, wenn der Kutscher des Bierlieferanten im nächsten Tage kommt, so kann er sich die leeren Flaschen aus allen Ecken und Winkeln des Bauplatzes zusammensuchen. Ganz raffiniert verfahren oft diejenigen Familien, welche das Bier selbst abziehen, indem sie solange von den Viktualienhändlern, Gastwirten und Bierverlegern Bier in Flaschen holen lassen, bis sie diejenige Zahl von Flaschen „erworben" haben, welche zum Abzug nötig ist. Zerbricht später mal eine Flasche, so wird eine dadurch ergänzt, daß zur Abwechslung wieder einmal eine Flasche Bier beim Gastwirt usw. geholt wird und die leere Flasche zurückbehalten wird. Non olet!"

In monumentaler Größe tritt uns aus diesen Sätzen der soziale Denker entgegen! Die Sorgen um die Bierflaschen sind nur ein kleines Zeugnis für den Ausdruck desselben Wesens, das sich gleichbleibend uns auch da enthüllt, wo es sich um das Deutsche Reich handelt. Selbst im Wassertropfen spiegelt sich der ganze Himmel! Wir wissen nicht, ob Herriot, Briand und die englischen Diplomaten das einzige Werk Dr. Stresemanns gekannt haben. Wenn ja, so glauben wir, daß ihre Vorsicht im Verhandeln mit diesem unerbittlich scharfen Logiker und alle Möglichkeiten des in Rede stehenden Problems überschauenden Denkers noch viel größer gewesen wäre, als sie ihm das herrliche Dawes-Gutachten überließen und sich seines Sicherheitspaktes bemächtigten, für deren Annahme er so eifrig Propaganda hatte machen lassen.

2.

Von Stresemanns realpolitischer Folgerichtigkeit zeugt natürlich seine Tätigkeit nach dem Zusammenbruch

Deutschlands. Stresemann war bekanntlich „Monarchist"! Als solcher übersandte er mitsamt seiner Deutschen Volkspartei am 27. Januar 1919 Kaiser Wilhelm ein Telegramm, in dem er sich zum Monarchismus bekannte. Seine Partei beklebte unterdes die Häuserwände aller Städte Deutschlands mit schwarz-weiß-rot umränderten Plakaten und dem gekrönten deutschen Adler. Aber dabei blieb der kluge Stresemann nicht stehen. Mit der gleichen Logik, die wir an seiner Doktordissertation bewundern konnten, erklärte er zuerst in Hamburg am 27. Mai 1920 vor seinen versammelten Anhängern, der 9. November 1918 sei ein Tag des größten nationalen Unglücks und fügte hinzu:

„Uns stehen die öffentlichen Kassen, die Groschen der Steuerzahler, nicht zur Verfügung, wie den Regierungsparteien. (Lebhafte Pfuirufe.) Wir sind der Auffassung, daß wir in erster Linie unsere Stoßkraft gegen links zu richten haben. Wir verfechten unsere Prinzipien bis zum äußersten; wem sie nicht passen, der mag wegbleiben oder sie bekämpfen."

„Die Sozialdemokratie stellt sich als die Partei des Fortschritts hin, sie ist aber die Partei verstaubter Dogmen und verknöcherter Ideen."

„Heute haben wir in Deutschland das parlamentarisch-sozialistische System, es ist ein Räubersystem gefährlichster parlamentarischer Parteipolitik. Wenn die Deutsche Volkspartei in die nächste Regierung mit eintreten soll, dann wird sie nie prozentual ihren Anteil an dem Raubsystem, sei es an Landräten oder Bürgermeistern, fordern, sie wird vielmehr fordern, daß dieses Raubsystem restlos weggefegt wird." (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

„Wenn es zum Chaos, zum Bürgerkrieg kommt, dann fällt es nicht auf das deutsche Volk, sondern auf die Männer zurück, die eine wirkliche Gesundung der Regierung verhindert haben. Uns wird vorgeworfen, wir hätten die „Autorität" der Regierung untergraben. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß diese nur dann untergraben werden kann, weil sie von Männern der Regierung

ausgestrahlt wurde. Ist das hier der Fall gewesen? (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!) Geht es an, wenn ein Räuberhauptmann Hölz mit einer Kompanie zusammengesuchter Leute ein ganzes Land brandschatzt? Autorität war eben nie da."

Aber siehe da, bereits Anfang Dezember 1921 hören wir von Stresemann ganz andere Laute. Jetzt erklärte er in Dresden, die Politik der Demokratie habe zwar Schiffbruch gelitten, man müsse jedoch den Streit über die Schuld am Zusammenbruch vom 9. November 1918 begraben; vor allem aber müsse die törichte Politik des Rechtsblockes aufgegeben werden. Auf Deutsch: Ueber den Landesverrat von 1918 sollte der Mantel der „christlichen" Nächstenliebe gebreitet werden.

Ein halbes Jahr später ist Stresemann — nach dem plötzlichen Tod Walter Rathenaus — noch deutlicher bemerkbar nach links gerutscht. Am 10. Juli 1922 beteuerte er im Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, daß er für den Schutz der Verfassung eintrete und daß seine Fraktion bereit sei, an dem Gesetz zum Schutz der Republik mitzuwirken. Dann jammerte der monarchistisch-republikanische Stresemann über die „Verhetzung auch durch rechtsradikale Elemente" und sagte, wenn die „Reaktion" so weiter arbeite, würde es in Deutschland den blutigsten Bürgerkrieg geben. Daß der Wucher, der Bolschewismus, der uns alle ausliefernde Hochverrat sich breit in Deutschland machte, daß er es war, der die „Reaktion" hervorrief, „übersah" der große Logiker merkwürdigerweise. Am 25. Juli dieses Jahres wiederholte Stresemann das demokratische Bekenntnis und erklärte, seine Partei hätte dem Republikschutzgesetz zugestimmt, nachdem ihm sein „Ausnahmecharakter genommen" worden sei (davon können die bewußt Deutschen ein Lied singen).

Am 24. September 1922 versammelte Stresemann seine Getreuen nach Breslau, wetterte zunächst wieder gegen die Deutschnationalen, sagte aber dann wörtlich:

„Neben einer Sozialdemokratie, in der der Geist eines Crispien lebendig ist, wäre für uns kein Raum." Nun saß Herr Crispien im Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie und es war kein gan-

zes Jahr vergangen, als bald darauf Herr Stresemann mit dieser selben Sozialdemokratie in engster Freundschaft ein neues Kabinett bildete! — Der Parlamentarier, Philosoph des Flaschenbiervertriebs, wie er leibt und lebt!

Nachdem damals Herr Stresemann so tapfere Worte über die Sozialdemokraten gesprochen hatte, reiste der unermüdliche Sprecher zum Holsteinschen Parteitag Oldesloher und sprach also: „Deutschland ist das Objekt anderer Staaten unter wechselnden Persönlichkeiten. Der Mangel an Macht ist der Ruin des Staates." Und er fügte noch hinzu: „Welche Erfahrungen hat man in Rußland mit dem Sozialismus gemacht? Das läßt sich in die Form fassen: Vom Sozialismus durch den Kanibalismus zum Kapitalismus. In Rußland schreit man nach dem Kapitalismus, d. h. nach der Einzelführung. Nur durch den Kapitalismus kann Deutschland eine auswärtige Anleihe erhalten." Derselbe Herr Stresemann, der den Sozialismus in dieser Weise richtete, als eine Vorstufe zum Kanibalismus kennzeichnete, wurde im Herbst bester Freund und Reichskanzlergehilfe mit den Cohns und Hilferdings.

Zur gleichen Zeit, als Herr Stresemann als Parlamentarierdauerredner durch Deutschland reiste, machten seine „Deutschen Stimmen" mit Stolz darauf aufmerksam, daß das „Gesetz", welches dem vom Volk nicht gewählten Herrn Ebert die Verlängerung seines Reichspräsidentenpostens ermöglichte, ein persönlicher Erfolg des Herrn Stresemann gewesen sei. Die Sozialdemokraten und die Demokraten hätten sich schon auf eine Neuwahl gefaßt gemacht, aber Herr Stresemann wäre mit eiserner Energie tätig gewesen: Ebert sei im Amte geblieben. Diese Siegestat des Herrn Stresemann muß heute vermerkt werden, da es sicher eine Dankestat des Herrn Ebert war, als er Herrn Stresemann im Herbst 1923 das Amt eines Reichskanzlers übertrug. Und um diese ins richtige Licht zu stellen, sei noch vermerkt, daß Herr Stresemann in der genannten Rede zu Oldesloher erklärte:

„Hindenburg als Kandidat mit zu proklamieren, heißt mit dem großen Namen verbrecherischen Mißbrauch treiben.

Die Deutsche Volkspartei hat dem vorgebeugt."

Somit hatte der schwarzweißrote Stresemann Herrn Ebert dem Marschall Hindenburg vorgezogen. 1925 erklärte derselbe Herr Stresemann die Wahl Hindenburgs als positiven Erfolg . . .

3.

Gustav Stresemann, welcher unter gewissen Umständen, wie wir sahen, es ablehnte, über den Zusammenbruch zu debattieren, fand es vor dem preußischen Jugendbund in Dortmund am 23. Februar 1923 doch für gut, vor der neuen Zuhörerschaft den nationalen Mann herauszukehren; er sagte: „Diejenigen Mächte, die den Frieden von Versailles unterschrieben und uns veranlaßt haben, unsere Waffen niederzulegen, sind moralisch verantwortlich für die heutigen Zustände in Deutschland." Den Frieden unterschrieben hat bekanntlich der Sozialdemokrat Müller; dessen Parteigenosse Fritz Ebert saß damals auf dem Präsidentenstuhle und von diesen selben Vertretern der Macht, welche Stresemann als die Verräterpartei am deutschen Volke mehr als deutlich gekennzeichnet hatte, nahm derselbe Stresemann das Amt des Reichskanzlers entgegen!

Seit Anfang des Jahres 1923 hat der vielgewandte Herr, welcher früher so emsig gegen Frankreich predigte, einen Salto mortale geschlagen und wandelte hinüber in das Lager der „Vossischen Zeitung", welche bekanntlich in recht intimen Beziehungen zu französischen Kontrollkommissionen des Rheinlandes gestanden hat.

Am 28. Februar hielt Stresemann seinen ersten Vortrag für die „große Koalition". Am 7. März 1923 erklärte er, der Einmarsch der Franzosen sei kein wirtschaftliches Unternehmen, sondern ein politisches. Zu gleicher Zeit sagte er aber unter lebhafter Zustimmung seiner gleich genialen Mitparlamentarier über die Sachbesteuerung Deutschlands und über die wirtschaftlichen Garantien, welche Deutschland Frankreich bieten solle:

„In dem Augenblicke aber, wo damit Freiheit und die Selbstbestimmung Deutschlands erkämpft werden kann, ist es die Pflicht der Regierung und der Wirtschaftskreise, alles dasjenige hinzugeben, was notwendig

ist zur Erfüllung der Verpflichtung (!) und zur Wahrung seiner Freiheit und Selbstbestimmung." Abgesehen vom allgemeinen Widerspruch ist dieser Satz schon dadurch bemerkenswert, daß in einem Atemzuge gefordert wird, Freiheit und Selbstbestimmung zu erkämpfen und zugleich festgestellt wird, daß Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt werden müßten, also schon vorhanden sind. Ein echter Stresemann! Daß dieser Herr sich auch zu Bismarcks Geburtstagsfeiern äußerte, ist selbstverständlich und ergab eine neue, ungewollte Selbstkritik. Herr Stresemann hielt in Jena eine Bismarckrede, in welcher er sagte:

„So mußte der 9. November 1918 kommen, nicht weil das Werk Bismarcks schlecht oder morsch geworden wäre, nein, weil das Bürgertum zu feige gewesen war für die politische Tat, die es damals und früher schon hätte tun müssen."

Dieses „feige Bürgertum" aber wurde lange vor dem Kriege durch Gustav Stresemann geführt; dieses „feige Bürgertum" hatte Herrn Stresemann 1923 als seinen Reichskanzler, dann als Reichsaußenminister bestellt, zusammen mit der Sozialdemokratie. Dann in Verbindung mit den Deutschnationalen.

Ab und zu sagt Stresemann Dinge, die durchaus der Wahrheit entsprechen. Vor seinem Zentralparteivorstand hielt er Anfang Juli 1923 eine Rede, in der er erklärte, daß, wenn wir über die Garantieleistungsfrage nicht zu einer Verständigung gelangten, wir vor einer neuen Revolution ständen. Die Garantieleistungsfrage war aber gerade dasjenige, worauf es den Börsen in Paris und London ankam, denn sie bedeutete die restlose Kolonialisierung des Deutschen Reiches, die Registrierung der gesamten deutschen Industrie, die Auslieferung deutschen Erfindungsgeistes und der deutschen Arbeit an unsere Feinde. Und tragisch und komisch zugleich wirkte es, wenn man Herrn Stresemann dann flöten hört:

„Daß Reich und Volk erhalten bleiben, ist notwendig, daß die Substanz der Einzelwirtschaft sich erhält, ist nicht notwendig."

Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, wie Herr Stresemann, von der Börsenpresse in den Himmel gehoben wird. Herr von Gerlach in seiner „Welt am Montag"

erklärte bereits im April 1923 voraussehend Stresemann für den kommenden Mann:

„Cuno hat sich bisher zuviel von Helfferich beraten lassen, er täte besser daran, auf Stresemann zu hören, wie dieser jetzt ist." Georg Bernhard in seiner „Vossischen Zeitung" spendete am 18. April 1923 Herrn Stresemann ein großes Lob und führte aus, er wäre einer von den wenigen Abgeordneten, die Temperament und Besonnenheit zu vereinen wüßten. Und was besonders an ihm zu loben sei: er verstände es, das Gegenteil von dem zum Ausdruck zu bringen, was der Minister sage, ohne den Eindruck eines Oppositionsredners zu erwecken. Vor allen Dingen habe Herr Stresemann das Bestreben, sich in die Denkungsweise der Alliierten hineinzuversetzen und den alten deutschen Fehler zu vermeiden, Monologe zu sprechen. Besonders klug sei es auch von Herrn Stresemann, nicht etwa zu versuchen, einen Alliierten gegen den andern auszuspielen, ferner sei es schön, zu bemerken und für die französische Oeffentlichkeit von großer Bedeutung, daß Stresemann nicht nur Frankreich für die Regelung der Reparation verantwortlich mache. Die größte Stärke seiner Rede sei gerade der „Freimut" gewesen, mit dem er sich zu der Anschauung bekannte, das deutsche Angebot des Reichskanzlers Cuno habe zu lange auf sich warten lassen. Mit „frischem Mut" soll Herr Stresemann den „Weg wieder frei gemacht haben". Diese Worte der alljüdischen Börsenzeitung besagten für jeden Einsichtigen: Stresemann hatte mit den Weg frei gemacht für die unumschränkte Herrschaft der alljüdischen Hochfinanz über Europa . . . Aus Dank machte Stresemann den Sprößling Bernhards zu seinem Privatsekretär.

4.

Man hat angesichts der schon damals und später noch viel deutlicher werdenden Unterwerfungspolitik des Herrn Stresemann eine besonders kluge Rede von ihm vergessen. Nach Zurückweisung unwahrer Gerüchte über sächsische und rheinische Industrielle in ihrem Verhalten zu den französischen Einbrechertruppen an der Ruhr sagte der Prophet der Deutschen Volkspartei am 7. März 1923 im Reichstage:

„Frankreichs Mißerfolg ist klar. In unserem Kampfe gibt es überhaupt keinen Sieg, sondern es handelt sich darum, in welchem Lande mehr wirtschaftliche Güter vernichtet werden, und wir glauben, daß Frankreich bisher stärker gelitten hat. (Das arme Frankreich. In welchem Parlament sprach eigentlich Stresemann, im deutschen oder französischen?). Das Gerede vom Verhandeln bringt uns nicht weiter. Frankreich muß erkennen, daß es seinen Widerstand gegen die ihm angebotene Aufnahme internationaler Verhandlungen aufgeben muß!" . . .

Derselbe Mann wurde dann der Kanzler der Kapitulation.

Am 2. September 1923 hielt Stresemann in Stuttgart seine Unterwerfungsrede, in der er die großen Finanzmänner für Deutschland zu interessieren suchte, und fast alles anbot, was wir besaßen: die „Garantie des gesamten (!) deutschen Bahnbesitzes, der gesamten (!) deutschen Wirtschaft!"

Während Herr Stresemann auf diese Weise ganz Deutschland auf den Händen den Gegnern entgegentrug, fand er nach innen „machtvolle Worte": „Die Staatsautorität läßt nicht mit sich Schindluder treiben, man wird sie durchsetzen gegenüber jedem, der sich über sie hinwegsetzen will!"

Vor Jahr und Tag sahen wir Herrn Stresemann die Regierung anklagen, die Steuergelder des Volkes für „ihre" Parteien zu mißbrauchen. Jetzt, selbst an der Futterkrippe, stand er mit flammendem Schwert wie ein Cherub Posten vor der „Würde" „seines" Staates.

Das Jahr 1925 stand im Zeichen des sogenannten Sicherheitspaktes des Herrn Stresemann.

Um eine erfolgreiche Außenpolitik zu führen, muß man sich darüber klar sein, wer die Hauptfeinde Deutschlands sind, welche Mächte staatlicher und überstaatlicher Natur uns gegenüberstehen. Unsere heutigen Politiker sprechen in ihren Auseinandersetzungen immer nur ganz allgemein von „Frankreich", „England" und den „Vereinigten Staaten", wobei sie doch ganz genau wissen, daß die Politik dieser Staaten heute zu Neunzehntel von überstaatlichen Mächten, und zwar in erster Linie von der internationalen jüdischen Hochfinanz bestimmt wird.

Nimmt man also z. B. das nationale Interesse Frankreichs allein zum Ausgangspunkt, so wird man zu falschen Schlußfolgerungen und falschen Maßnahmen gelangen müssen, wenn man die Mächte nicht anerkennt, welche Frankreichs Politik von außen bestimmen. Herr Stresemann hat einmal in einer Rede gesagt: Die amerikanische Regierung habe die Mittel, um durch eine Note, in welcher sie die Rückzahlung der gestundeten Zinsen fordert, in Frankreich eine Finanzkatastrophe hervorzurufen. Damit hat Herr Stresemann und mit ihm die von ihm beeinflußten Politiker zugestanden, daß Frankreichs Politik bisher im Interesse dieser Hochfinanz gelegen war, sonst hätte man schon vor dem Ruhreinbruch die Kredite kündigen können; damit wäre das Unternehmen schon von vornherein unmöglich gemacht worden. Der amerikanische Staatssekretär Mellon und der ehemalige Bankdieb und jetzige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Dawes, haben öffentlich erklärt, wenn Frankreich nicht an die Ruhr marschiert wäre, dann hätte Deutschland das Dawesprojekt nicht angenommen! Das ist eindeutig für jeden, der zu lesen versteht. An Stelle des machtpolitischen Einbruchs durch französische Truppen (die übrigens noch in Deutschland sind und jederzeit wieder eingesetzt werden können) ist die finanzielle Eroberung ganz Deutschlands getreten. Die „Frankf. Ztg." schrieb, wie gesagt, am 8. März 1923: Das Wesen des heutigen Kampfes bestehe in der Kolonisierung Deutschlands! Diese Kolonisierung ist durch das Dawesdiktat in eine „gesetzliche Form" gefaßt worden, welche alle unsere Hoheitsrechte internationalen Bankiers ausgeliefert hat, und diese sich allmählich vollziehende Eroberung ist schlimmer als eine offene Gewaltherrschaft eines Fremdvolkes, weil man aus der latenten Drohung doch jeden Tag in eine Katastrophe gestoßen werden kann. Auch diese Möglichkeit ist in New-York vorausgesehen, und ebenso, wie man den französischen Franken heute stürzen kann, kann man die Mark zum Sinken bringen. Ein Mittel hierzu ist die Einführung der Goldwährung in allen Staaten, wodurch das Zentrum, welches über die größten Goldreserven verfügt (und das sind die jüdischen internationalen Banken in New-York) faktisch zum Herrn der Weltwirtschaft und der Weltpolitik geworden ist.

Eine Politik gegen Frankreich allein führen wollen, bedeutet weiter nichts als einen Luftstoß, **weil die Politik Frankreichs heute nicht selbständig ist, sondern bestimmt wurde und bestimmt wird ausgerechnet von jenen Mächten, mit denen die deutsche Außenpolitik sich heute auf Gedeih und Verderb zu verbinden anschickt!** Denn das bedeutet die Anerkennung der Dawesgesetze und der Pakt von Locarno.

5.

Ganze Berge Papier sind mit Gedanken über den „Geist von Locarno" und die „Politik von Thoiry" bedruckt worden. Man sprach zur Volksberuhigung zuerst von „Voraussetzungen" zum Pakt, dann von „Rückwirkungen", die **unbedingt** kommen müßten in der Form der Besatzungsverminderung, der Befreiung des Rheinlandes usw. Ehe noch der Pakt unterschrieben war, rief Stresemann in einer Dresdner Rede aus: „Würde der Vertrag nicht unterzeichnet werden, so würde die Ablehnung für Deutschland dasselbe bedeuten, als wenn auf einen schönen Maientag die drei Eisheiligen folgen". Und der „Maientag" für Stresemann kam: er bekräftigte im Namen Deutschlands freiwillig das Versailler Diktat, anerkannte freiwillig den Raub Elsaß-Lothringens als zu Recht bestehend an und tat somit das größte, was Deutschland an Versöhnungswillen tun konnte.

Die versprochenen „Rückwirkungen" blieben aus. Auch von dem Großmut in Thoiry blieb keine Erinnerung zurück als drei ausgetrunkene Flaschen Charbonnet und zwei Flaschen Sekt, die Stresemann mit Briand vertilgt hatten.

Der „Geist von Locarno" offenbarte sich in den Ueberfällen der Franzosen auf wehrlose Deutsche in Germersheim, in der Mißhandlung durch Reitpeitschen, in der Ermordung deutscher Arbeiter durch den Leutnant Rouzier. Der Mörder wurde vom französischen Gericht freigesprochen.

Der „Silberstreifen" am Horizonte.

Der „Geist von Locarno" offenbarte sich in der Forderung der Zerstörung von 34 Forts im Osten, um den Polen gegebenenfalls einen leichten Einmarsch nach Deutschland zu ermöglichen. Der gleiche Geist zeigte sich,

als nach dieser Zerstörung eine dies bekannt gebende offiziöse Note Deutschlands höhnisch als unglaubwürdig zurückgewiesen und eine neue Kontrolle gefordert wurde. Auf der Sitzung des Völkerbundrats im Juni 1927 unterwarf sich Stresemann auch hier. Zur gleichen Zeit rüstete sich Frankreich bis an die Zähne und stellte 1 600 000 Mann fertig, bereit am ersten Tage eines Krieges mit Deutschland ins Deutsche Reich einzubrechen.

Den „Geist von Locarno" offenbarte schließlich Poincaré im Einverständnis mit Bruder Briand in einer Rede zu Luneville am 19. Juni, in der er Deutschland nochmals als Friedenstörer der Welt hinstellte.

Die klatschendste Ohrfeige ins Gesicht der „Verständigungs- und Befreiungspolitik".

Georg Bernhard aber, der Intimus Stresemanns, schrieb über die Genfer Pleite höhnische Worte, die jeder Deutsche auswendig lernen müßte:

„Man sollte sich doch allmählich daran gewöhnen, daß die deutschen Delegierten in Genf sich nicht lediglich nur als Anwälte deutscher Angelegenheiten erweisen. Gewiß bringt es die eigenartige Situation, in die Deutschland durch die Friedensverträge versetzt worden ist, mit sich, daß direkt und indirekt die deutschen Delegierten häufiger, als es ihnen angenehm ist, auch in deutschen Angelegenheiten das Wort ergreifen müssen. Aber vor allem macht Deutschland, wenn es Vertreter nach Genf schickt, von dem Recht und der Pflicht jedes Völkerbundmitgliedes Gebrauch, über die Geschicke der Welt mitzuberaten, und deshalb ist es allmählich ein unmöglicher Zustand geworden, daß man nach jeder Genfer Reise untersucht, welche besonderen Erfolge die deutsche Delegation mit nach Hause bringt. Eine ganz andere Sache ist es natürlich, daß sich in Genf auch die Möglichkeit ergibt, in privaten Besprechungen mit den Staatsmännern anderer Länder, und besonders solcher Staaten, mit denen noch bestimmte Fragen zu bereinigen sind, Rücksprache nehmen zu können." („Voss. Ztg.", 19. Juni 1927.)

Wir können auf Persönliches verzichten. Verzichten auf die innigen Beziehungen Gustav Stresemanns zum Ostjuden Litwin, der undurchsichtige Geschäfte im Schrott-

handel machte, sich Kommerzienrat nennen ließ und keiner war. Wir können auf die Ausmalung des Ballinschen Wortes verzichten: „Den Stresemann werde ich mir kaufen". Wir wollen nicht näher die Tatsache würdigen, daß wie Barmat die Sozialdemokratie, so der Ostjude Litwin Stresemanns Partei und seine Zeitung finanzierte, ein geheimnisvolles „Konto S" einrichtete und später stöhnte: „Stresemann hat mich sehr viel Geld gekostet". Wir wollen auch die Silbervase mit Elfenbeineinlage nicht näher schildern, die Litwin Stresemann als Andenken schenkte. Das alles gehört auch zum Bilde des Außenministers der Novemberrepublik, aber wenn wir hier gewisse Folgerungen daraus ziehen wollten, so hätten uns die Hüter des Gesetzes zum Schutz der Republik sofort beim Wickel.

Wir fragen nur nach den Worten Bernhards ganz bescheiden:

Wen vertritt Gustav Stresemann, die „Welt" oder Deutschland?

Daß wir gezwungen werden, eine solche Frage zu stellen, darin liegt die größte Verurteilung des gesamten Systems, das am 9. November 1918 zur Herrschaft gelangte und das dahingesunken sein muß nebst allen seinen Vertretern, soll das deutsche Volk wieder einmal auferstehen.




DOKTOR HUGO PREUSS




Das Jahr 1917 ist durch eine Reihe wichtiger Ereignisse gekennzeichnet, welche eine radikale Umstellung der politischen Lage bedeuteten. Die Revolution in Rußland, d. h. der Sturz des Zarentums, hatte zur unmittelbaren Folge, daß die Demokraten und Sozialdemokraten ihr eigentliches Kriegsziel als erreicht betrachteten, wie es in ihrer späteren Denkschrift 1922 mit entwaffnendem Zynismus ausgesprochen worden ist. Es setzten deshalb sofort Bestrebungen ein, mit den börsianischen Westmächten zu einer „Verständigung" zu gelangen, d. h., für eine Unterwerfung Deutschlands zu arbeiten. Wie auf Kommando vermehrte sich plötzlich die Propagandatätigkeit an der Westfront: gerade das Jahr 1917 steht im Zeichen jener schwarz-rot-gelb umrandeten Flugblätter und Flugschriften, die von den französischen Fliegern millionenweise über das deutsche Heer ausgeschüttet wurden. In diesen Schriften wurden im Zeichen der schwarz-rot-gelben Farben alle Republikaner und Demokraten aufgefordert, den Kaiser als die einzige den Frieden hindernde Macht zu stürzen und die Republik auszurufen. Zu gleicher Zeit setzte in Deutschland selbst die pazifistische Propaganda in verstärktem Maße ein, welche zur berüchtigten Friedensresolution am 19. Juli führte, nachdem kurz vorher der marxistische Pazifistenkongreß in Stockholm stattgefunden hatte. Mitte 1917 näherten sich die Verhandlungen der zionistischen Weltorganisation mit der englischen Regierung ihrem Abschluß, welche am 2. November 1917 in der berühmten Balfour-Deklaration ihren Niederschlag fanden. In dieser Deklaration erklärt Großbritannien, die Interessen *sämtlicher Juden in allen Staaten* und ihre sogenannten politischen Rechte schützen zu wollen. Wie die „Frankf. Zeitung" später feststellte (25. Juni 1921), war diese Proklamation an *alle* Juden, d. h. an alle jüdischen Diplomaten, Bankiers

und Presseleute, ein „Ferment des (englischen) Sieges" gewesen. . . .

Und merkwürdig ist es, daß ausgerechnet im Jahre 1917, als diese weltpolitische Umstellung immer deutlicher wurde, auch der spätere sogenannte Schöpfer der Weimarer Verfassung, Dr. Hugo Preuß, sich ans Werk machte, um im Geheimen eine Verfassung fertigzustellen für den Fall, daß das Kaisertum beseitigt sein würde. Seine Entwürfe zur republikanischen Verfassung, wie sie dann schließlich unter der schwarz-rot-gelben Fahne nach einigen Aenderungen angenommen wurden, versandte er ganz im Geheimen an einige vertraute Freunde, woraus hervorgeht, daß er sich jedenfalls bewußt war, die Bewegung zum Sturz des Kaisertums zu unterstützen.

Er sprach und schrieb später offen in ähnlicher Art wie die französischen schwarz-rot-gelben Flugblätter, mit denen Deutschland überschwemmt wurde. Unter vielen sei nur eine Probe gegeben. Eine unbekannte „Vereinigung deutscher Demokraten" ließ durch französische Flieger eine Broschüre, betitelt „Wilhelm II., annoch deutscher Kaiser, wir klagen Dich an!", in Millionen Exemplaren abwerfen. Verfaßt war sie von einem Pseudonym Siegfried Balder. In dieser Broschüre wurde Wilhelm II. als die einzige Kriegsursache hingestellt, während die Feinde Deutschlands als friedenswillig erscheinen, namentlich wird Englands Friedensliebe in den höchsten Tönen gepriesen, es wird somit dasselbe behauptet, was Fürst Lichnowsky, Bethmann Hollweg und die Marxisten in Deutschland gleichfalls geschrieben haben. Am Schluß der Broschüre stehen einige Absätze, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auswendig lernen müßte. Diese Absätze lauteten:

„Du und Deine Regierung — Ihr seid nicht nur diejenigen, die den Krieg begonnen haben, sondern auch die einzigen, die das Ende des Blutvergießens verhindern. Nichts, nichts sonst steht einem für Deutschland noch immer ehrenvollen Frieden im Wege.

„Dein Sturz, der Sturz des monarchisch-militaristisch-junkerlichen Regiments in Deutschland, die Errichtung einer Hand in Hand mit England und Frankreich marschierenden deutschen Republik — sie bedeuten für die ganze

Welt den Frieden, Segen und Völkerglück, das Aufatmen aus einer Weltordnung des blutigsten Wahnsinns — für die ganze Welt, am meisten aber für Deutschland selbst."

„Wenn sich das deutsche Volk nicht dauernd zum Mitschuldigen Deiner Blutschuld machen will, — wenn es bei der künftigen Neugestaltung Europas und vor allem bei der Neugestaltung Deutschlands ein Wort mitreden will, — so muß es endlich, ehe es zu spät ist, aufwachen und gemeinsam mit den Kulturvölkern der Erde sein Schwert gegen den richten, der in Wahrheit sein einziger Feind ist, der schuld ist an dem Unglück der Menschheit, an der Schmach und dem Unglück Deutschlands. Kann sich das deutsche Volk — aus Dummheit oder aus Feigheit — zu dieser Befreiungstat nicht aufraffen, überläßt es dieses Werk allein unseren „Feinden", so hat es das Recht verwirkt, künftig im Rate der Völker zu gelten und eine Rolle in der Weltgeschichte zu spielen.

„Deutsche Kameraden und Brüder! Eure „Feinde" können und wollen Deutschland nicht vernichten, wie Euch die Regierung vorlügt. Aber Ihr selbst vernichtet Deutschland, Ihr verblutet und verhungert und tretet Deutschlands Ehre und Weltgeltung in den Staub, wenn Ihr Euch noch länger zu Sklaven des Kaisers herabwürdigt.

„Wachet auf und handelt, aber rasch, ehe es zu spät ist!"

Wir erleben also auch hier wieder die fast genaue und wörtliche Uebereinstimmung zwischen den Propagandaschlagworten unserer Feinde und der Demokraten und Marxisten im Reiche selbst. Und Hugo Preuß hat es auch später nicht an Deutlichkeit im Ausdruck des Wunsches fehlen lassen, daß er, der doch unter dem Schutz des Kaisertums seine Zerstörungsarbeit begann, willens war, später alle Nichtdemokraten verfolgen zu lassen. In einem seiner politischen Aufsätze in der „Frankf. Zeitung" fordert er ganz offen „Ruten und — Beile" für die deutschen Reaktionäre, was merkwürdig an die Forderung der französischen Jakobiner und bolschewistischen Henker in Rußland erinnert und zum Ueberfluß wiederum zeigt (siehe Schönaich und Genossen), daß die Demokraten den Pazifismus gegenüber dem deutschen Selbsterhaltungs-

willen predigten, aber selbst fühlen, daß er nur den Uebergang darstellt zur Entfesselung des roten Terrors.

Durch anmaßendes Auftreten mußte Herr Preuß, der eine Zeitlang Innenminister des Deutschen Reiches war, verschwinden und lebte bis zu seinem Tode in theoretisierender Zurückgezogenheit. Man muß aber, wenn man die Novemberrepublik nennt, diesen Mann als einen der Vorbereiter des Zusammenbruches erwähnen. Er hat diesem die Form gegeben und bleibt auf immer vor der deutschen Geschichte mit dem gebrandmarkt, was man heute noch „stolz" die Weimarer Verfassung nennt, was eine spätere Zeit aber als die Ausgeburt eines bis ins Innerste undeutschen Geistes einmal in die dunkelste Rumpelkammer seiner Geschichte werfen wird.




OTTO WELS




Seit Jahren steht an der Spitze der Sozialdemokraten Genosse Otto Wels. In früherer Zeit hatte Wels als Vertrauensmann der Partei etwa 1000 Goldmark Parteigelder, sagen wir, anderweitig verbraucht. Seiner armen Mutter gelang es mit großer Mühe, die fehlende Summe zu ersetzen. Wels kam damals — es war noch vor dem Kriege — mit einem scharfen Verweis davon, doch wurde beschlossen, ihn nicht an eine führende Stelle heranzulassen. Nun, man hat ihm die Sünde verziehen; heute ist er Vorsitzender einer Millionenpartei, eröffnet die Parteitagungen, führt das große Wort in der politischen Leitung der S.P.D. und bestimmt die Politik der marxistischen Presse.

Es ist an dieser Stelle wichtig, auf diese Politik etwas einzugehen. Zunächst sei entgegen anderen Darstellungen festgestellt, daß der „Vorwärts" abhängig ist von den Richtlinien des Parteivorstandes. Am 24. Dezember 1918 veröffentlichte dieses Blatt folgende Erklärung: „Wir erklären öffentlich: Der „Vorwärts" ist das Zentralorgan der S.P.D. Er wird unter Kontrolle des Parteivorstandes und seiner Pressekommission weiter ohne jede Rücksicht das vertreten, was er im Interesse der Arbeiterklasse zu vertreten für richtig hält...." Die Red. d. „Vorwärts".

Was hat nun dieses kontrollierte Blatt vertreten? Am 20. Oktober 1918 schrieb der „Vorwärts":

„Diesen Krieg werden wir nicht gewinnen. Wir kämpfen keinen Augenblick länger, als wir müssen, und wir kämpfen nicht um den Sieg, sondern um einen Frieden, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt. Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben. Das ist eine schwere Belastungs-

probe für das Volk, und jene, die sie bis zur Unmöglichkeit steigern wollen, nehmen eine schwere Verantwortung auf sich. Wehrlos kann kein Frieden uns machen. Sicherheit gibt auch dem Sieger nur ein Frieden, der alle entwaffnet und aus Feinden Freunde macht."

Am 10. November 1918 wird festgestellt, das deutsche Volk habe einen Sieg errungen, der „ohne Beispiel in der Geschichte" dastehe. Am 15. November kommt bereits der Katzenjammer: Der Berliner Soldatenrat der Deserteure ruft auf:

„Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede der brüderlichen Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde. . . . Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem Hungertode preisgeben, gemildert werden. . . . Als Vertreter des Vollzugsrates der A.- u. S.-Räte erheben wir unsere Stimme und bitten euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk nicht durch eure Regierungen zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns die Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen."

Dieser hysterische Aufruf blieb natürlich ohne jegliche Wirkung. Am 18. November versucht Scheidemann noch Mut zu machen:

„Revolutionen tragen ihr Recht und ihre Notwendigkeiten in sich und haben es nicht nötig, sich erst beglaubigen zu lassen."

Am 25. Dezember klagt aber Fritz Ebert bereits trübsinnig:

„Wir deutschen Sozialdemokraten haben die Erhaltung des Friedens gewollt, bevor dieses entsetzliche Morden begann. Wir haben den Frieden wieder gewollt, vom ersten Tage des Krieges an, und haben für seine Wiederherstellung gekämpft. Aber so, wie er gekommen ist, haben wir ihn nicht gewollt. Darum, und nicht um den früheren Machthabern zu dienen, die

wir stets haßten und bekämpften, und die wir stürzten, sobald die Zeit reif war, sind wir für die Verteidigung unseres Landes eingetreten."

Er ist also ein echt marxistisches Blatt, der „Vorwärts": Frech nach innen, winselnd nach außen; nach großen Versprechungen elende Zusammenbrüche. Diese Führung haben die Ebert, Scheidemann und Wels ganz direkt zu verantworten.

Wels war es, der nach der Unterschrift unter das Versailler Schanddiktat die Marxisten Deutschlands 1920 auf die sozialdemokratische Konferenz nach Genf führte und dort das Schuldbekenntnis Deutschlands ungezwungen erneuerte. Er fuhr mit einer von ihm und seinen nächsten Genossen ausgearbeiteten Denkschrift in die Schweiz. Dieses schmachvolle Dokument, das u. a. auch bedauert, die Revolution nicht fünf Jahre früher durchgeführt zu haben, enthält folgende Abschnitte („Vorwärts", 24. Juli 1920):

„Der Frieden Europas war erst gesichert, wenn der Zarismus gestürzt war und wenn es gelang, die Kluft zwischen Deutschland und den Westmächten zu überbrücken. Diesem Ziel war die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie mit fieberhaftem Eifer gewidmet. Unterstützte sie auf der einen Seite die Bestrebungen der russischen Revolutionäre— zugleich auch in der Hoffnung, dadurch die Arme auch zur Befreiung des eigenen Volkes freizubekommen — so förderte sie auf der anderen Seite die Annäherung der Westmächte. . . ."

„. . . Daneben wurde nicht genügend beachtet, daß die Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages und damit auch der Sozialdemokratie, eine Gefahr bleiben mußte, und diese Gefahr nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen. . . ."

„. . . Wir deutschen Sozialdemokraten verstehen die Enttäuschung, die wir vielen von Euch, Genossen der vormals feindlichen Länder, bereiteten, wir verstehen Eure Erbitterung. Ihr saht nur das kaiserliche Deutschland, das in Euren Augen wie ein toller Hund über die Welt herfiel. Ihr sahet nur den deutschen Militarismus,

der auf fremdem Boden wütete wie ein wildes Tier. . . ."

Das war die Sprache, die Genosse Wels als Vertreter des „neuen Deutschland" angesichts unserer Feinde führte und ihnen damit neue Waffen zu den alten lieferte.

Dieser Taktik blieb Wels und mit ihm die gesamte S.P.D. auch in späteren Jahren treu. Namentlich während des Ruhrkonflikts, als der leichtgläubige Cuno eine „nationale Einheitsfront" zusammenleimen wollte. Es fand am 25. Januar 1923 unter dem Vorsitz von Otto Wels der Berliner Bezirksparteitag statt, um über seine Stellung zur deutschen Außenpolitik zu beschließen. Wels verstieg sich zu folgendem nationalen Bekenntnis („Vorwärts", 26. 2. 1923): „Wir fürchten nicht die Dolchstoßlegende der deutschnationalen Presse, die erzählt, daß wir die Einheitsfront zerschlagen hätten. Eine solche Einheitsfront hat es nicht gegeben und wird es nicht geben."

Selten ist das volksfeindliche Prinzip des Marxismus mit dieser Brutalität ausgesprochen worden. Nur Crispien, der zweite Parteivorsitzende der S.P.D., hat etwas ähnliches am 11. Januar 1922 formuliert, als er ausrief: „Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt". Der nationale Deutsche ist für einen echten Marxisten also nicht koalitionsfähig, auch dann nicht, wenn der Feind im Lande steht und die eigenen Arbeitsgenossen mit Gewehrkolben und Peitsche zur Fron treibt.

Aber bündnisfähig für einen Marxistenführer sind andere Leute: z. B. Großschieber. Otto Wels ist es neben Heilmann gewesen, der den Schiebergebrüdern Barmat Eingang nach Deutschland verschafft hat. Er ist in erster Linie dafür verantwortlich, daß diese Sippschaft unser schaffendes Volk begaunerte, Eingang fand in höchste Regierungsstellen, Kredite erhielt, um die wir alle betrogen worden sind. Dafür schlemmten die Wels, Heilmanns, Richter bei Barmats im Bristol- und Zentralhotel. Dafür richtete Genosse Barmat dem Sohne des Herrn Wels ein Geschäft ein, als dieser eine Angestellte von Barmat heiratete. Wels wiederum dankte, indem er den Fettschieber mit einem Diplomatenschreiben an den englischen Ministerpräsidenten und Genossen Macdonald

schickte, um dem gesetzestreuen Ueberbringer den Postabrechnungsverkehr zwischen Deutschland und England zuzuschanzen. Nur schade, daß Macdonald verzichtete.

Das alles hat dem Otto Wels nicht geschadet. 1925 bis 1927 führte er auf den Parteitagen genau so, als hätte es keinen Barmatskandal gegeben. Eine kleine Opposition wurde mundtot gemacht. Die Schieberpartei war gerettet. „Die Einheit ist hergestellt", sagte die Parteileitung.

Der alte Bebel schrieb in „Aus meinem Leben": „Der Führer einer Partei wird wirklicher Führer nur durch das, was er nach seinen Kräften und Fähigkeiten der Partei als e h r l i c h e r M a n n leistet. Eine Partei ist nicht der Führer wegen da, sondern die Führer der Partei wegen. Und da jede Machtstellung die Gefahr des Mißbrauchs enthält, hat die Partei die Pflicht, die Handlung ihrer Führer unter scharfe Kontrolle zu nehmen."

Diese Mahnung haben die deutschen Arbeiter in den Wind geschlagen. Sie und mit ihnen das ganze Volk sind deshalb schwer gestraft worden: sie nehmen einen Otto Wels als ihren ersten Vorsitzenden und wir alle genießen den Segen der Schiebungen der Novemberdemokratie.




DER EHREN-BÜRGER:

Wilson / Deutsch / Kàrolyi / Masaryk
Balfour / Dawes




1.

Die Novemberdemokratie verdankt ihr Entstehen und ihr System nicht etwa der Erfindung der Nutznießer des Umsturzes von 1918, sondern hat sich ganz bewußt eine Nachahmung der Vorbilder aus den „großen Demokratien des Westens" zum Ziel gesetzt. Schon im Sommer 1917 sehnte sich der „Vorwärts" offen nach einem, dem französischen „gleichwertigen Parlamente" und gar die Korruptionszustände der Vereinigten Staaten von Nordamerika galten der „freisinnigen" und sozialdemokratischen Presse als die einzig zu erstrebenden Errungenschaften der Menschheit. Die westlichen Demokratien hatten also im Kampf gegen uns Bundesgenossen in Deutschland selbst und diese wiederum sahen verehrungsvoll auf die „großen Patrioten" in Frankreich (wie Eisner die Poincarés, Clemenceaus und Fochs nannte). Vor allen Dingen aber wurde ein Mann zum Symbol aller deutschen Pazifisten, Woodrow Wilson.

Vor dem Kriege lebte in New-York ein Rechtsanwalt und Professor, der unter dem Titel „Der Staat" ein umfangreiches Werk herausgab, in dem er nachwies, daß Preußen mit dem größten Erfolg bestrebt gewesen sei, die Vollkommenheit seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen, mehr als irgendein anderer Staat Europas. Die französische Verwaltung leide in allen ihren Zweigen und in allen Dienststufen von der niedrigsten bis zur höchsten unter tiefgehendster Korruption. Der Krieg 1870/71 sei eine berechtigte Tat gegen die französische Unverschämtheit gewesen und hätte endlich einen lange ersehnten Wunsch verwirklicht: das Deutsche Reich. Der Mann, der solches schrieb, war der Professor Woodrow Wilson. Mittlerweile aber war der betreffende Herr von einer großkapitalistischen Gruppe als Präsidentschaftskandidat gekauft worden und rückte tatsächlich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten auf. Er warf nach echt amerikanischer

Manier seine früheren Erkenntnisse über Bord, versammelte um sich die Schwerindustriellen und Bankmagnaten der Vereinigten Staaten und beriet mit ihnen, auf welche Weise diese die größten Geschäfte machen könnten. Zur einen Seite saß der Börsenkönig Jacob Schiff, zur anderen der Zionistenführer und Oberrichter von New-York Louis Brandeis, und rings im Kreise die Kupferindustrielle Guggenheim und Levysohn, der Finanzmakler Meyer, der Börsenjobber Simon Wolff; vor allem aber der spätere Wirtschaftsdirektor Amerikas Bernard Baruch. In diesem erlauchten Kreise wurde zur gleichen Zeit, da ein „Friedenskomitee" gegründet wurde, beschlossen, die Börsenentente planmäßig mit Waffen zu versorgen und Amerika gleichfalls für den Krieg vorzubereiten. Man suchte nach verschiedenen „Gründen", und nachdem Wilson in trauter Uebereinkunft mit den Presseherren Ochs, Pulitzer und Genossen Deutschland als das „wilde Tier" hingestellt hatte, gab die Versenkung der mit Munition angefüllten „Lusitania" die erwünschte Gelegenheit, den Krieg auszurufen.

Nach dem Sieg der Börse über Deutschland hat Wilson vor dem Senat eingestanden, man hätte den Krieg auch dann erklärt, wenn die Lusitania nicht torpediert worden wäre. Dieser Wilson verfaßte nun auf Anregung gewisser journalistischer Kreise Anfang 1918 seine berühmten vierzehn Punkte, welche der Welt den Frieden bringen sollten. Die gesamte „deutsche" marxistische und demokratische Presse pries diesen feindlichen Schachzug als das ehrliche Wollen eines großen Mannes; noch heute lebt die unverschämte Lüge vom Friedensengel Wilson in den Köpfen vieler Millionen und ist mit eines der traurigsten Beweise für die Macht jener Hypnose, welche die internationale Presse über Deutschland ausübt.

Die „Memoiren und Dokumente" Wilsons liegen jetzt vor uns. Aus drei Bänden, von seinem Geheimsekretär Baker herausgegeben, und zu seiner Verherrlichung geschrieben, können wir sowohl die Scheinheiligkeit als auch die Charakterlosigkeit des später an Gehirnerweichung gestorbenen Vertreters der New-Yorker Börse verfolgen. Derselbe Mann, der noch 1913 Preußen als vorbildlich gelobt hatte, ihm galt gleich darauf die preußische Monarchie als ein Symbol eines Staates, den „alle freiheitlichen

Elemente haßten". Der Mann, der sich als Weltdiktator aufschwingen wollte, mußte durch seinen Staatssekretär Lansing gestehen, daß er sich über die vorhandenen Verträge der europäischen Staaten überhaupt nicht unterrichtet hatte, und dem Senator Borah gegenüber mußte er wie ein Schuljunge (am 19. August 1919) erklären, die Geheimverträge seien ihm erst in Paris bekannt geworden. Der Weltfriedensapostel aber trat am 24. Januar 1919 dafür ein, daß dem deutschen Volke sämtliche Kolonien geraubt werden sollten, derselbe Mann, der unter der Flagge eines Friedens ohne Annektionen und Kontributionen (Rede vom 5. Jan. 1918) die deutschen Erzberger und Scheidemänner auf die Leimrute gelockt hatte. Einen schlüssigen Beweis für die planmäßige Zersetzungspolitik Wilsons und seiner Genossen geben uns die genannten „Memoiren und Dokumente". Auf Seite 26 des ersten Bandes wird eine Rede Wilsons wiedergegeben, in der es heißt: „Amerika wurde geschaffen, die Menschheit zu einigen. Amerika soll zuerst an die Menschheit denken. Wir dienen keinen selbstischen Zwecken, wir wünschen keine Eroberungen, keinen Machtzuwachs . . . Wir suchen für uns keine materiellen Kompensationen für unsere freiwilligen Opfer. Wir sind nichts als Streiter der Menschheit. Es ist mein Traum, daß sich die Welt mit den Jahren bei besserer Kenntnis von Amerikas wahrem Wesen an Amerika wenden möge, jener moralischen Inspirationen willen, die jeder Freiheit zugrunde liegen. Es möge der Tag kommen, an dem alle wissen werden, daß ihre Flagge nicht nur die Flagge Amerikas, sondern die Flagge der Menschheit ist. Welches andere Volk hat sich so hohen Zielen geweiht?"

Im September 1919, als Wilson triumphierend Frankreich bereiste, sagte er: „Ich sehe jene Männer der ersten Generation, die Generation Washingtons, Hamiltons und der beiden Adams — ich sehe sie in einer Art dauernden Entzückens herniederschauend auf das Schauspiel, wie der Geist Amerikas die Welt erobert." Um aber diese schwülstigen Redensarten des Präsidenten Wilsons recht zu verstehen, muß man in seinen Memoiren einige Seiten weiterblättern. Auf Seite 31 heißt es denn auch ganz eindeutig: „Was ein Mann oder eine Nation heim-

lich wünschen, ist Wirklichkeit, was sie sagen, ist nur Schein."

Kurz vor Einberufung der sogenannten Versailler Friedenskonferenz entstand eine große Debatte über die ungeheuerlichen Forderungen, gegen die der amerikanische General Bliss in einer Denkschrift bekannte, daß dieser Frieden ein ungerechter sei und daß Deutschland nach Mitteln sinnen werde, um an seinen jetzigen Besiegern Vergeltung zu üben. Diese Stimmung wurde aber nicht beachtet, Deutschland sollte gezwungen werden, das schmähliche Kriegsschuldbekenntnis zu unterschreiben. Am 19. Mai erklärte die deutsche Abordnung den Friedensvertrag als eine Verletzung der Wilsonschen Grundsätze für einen gerechten Frieden und führte dafür zahlreiche Belege an: die Vergewaltigung der Saar, Oberschlesiens und den Raub der Kolonien; das sogenannte Reparationssystem und die Enteignung des deutschen Privatkapitals im Ausland; die Unterstellung deutscher Staatsangehöriger unter fremde Rechtsprechung und die wirtschaftlichen Verpflichtungen ohne Gegenseitigkeit. Sogar Lloyd George erklärte, die deutschen Einwendungen hätten einen großen Eindruck in der ganzen Welt gemacht und man würde nicht umhin können, einiges zu berücksichtigen. Da stand, wie uns der Geheimsekretär Baker berichtet, der von unsern Demokraten verhimmelte Friedensapostel Wilson auf und erklärte schroff, sich auf eine Erörterung der Bedingungen vom Rechtsstandpunkt aus nicht einlassen zu wollen!

Am 22. Juni überreichte der deutsche Vertreter in Versailles, v. Haniel, eine Note mit der Erklärung, daß Deutschland sich zwar gezwungen sehe, den Friedensvertrag zu unterschreiben, aber keine Verantwortung für die Folgen übernehmen könne. Gleichfalls wäre es Deutschland unmöglich, eine Schuld am Weltkriege anzuerkennen. Diese Note der deutschen Regierung hatte eine scharfe Zurückweisung nachstehenden Inhalts zur Folge: „Die alliierten und assoziierten Mächte fühlen sich gezwungen zu bemerken, daß die Zeit zu einer Diskussion vorüber ist. Sie können weder eine Einschränkung, noch einen Vorbehalt annehmen oder anerkennen und müssen von den deutschen Vertretern

eine unzweideutige Entscheidung verlangen über ihre Absicht, den Friedensvertrag, wie er endgültig formuliert ist, als Ganzes zu unterzeichnen und anzunehmen oder ihn nicht zu unterzeichnen und nicht anzunehmen. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung jeder Klausel des Friedensvertrages verantwortlich machen." Wie Wilsons Sekretär mitteilt, ist diese unerhörte und schroffe Antwort von Wilson persönlich abgefaßt worden. So ist die große Lügenoffensive, mit der Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie das deutsche Volk überzogen hatten und in der Wilson als der Friedensbringer und ehrliche Makler hingestellt wurde, durch die Hand seiner eigenen Leute restlos als Schwindel entlarvt worden.

Präsident Wilson und unsere Novemberdemokratie hängen aber dank ihrer „Weltanschauung" doch geistig aufs engste zusammen, und deshalb ist es verständlich, daß er auch heute noch als ein von dem besten Willen beseelter Bruder der Humanität gegen alle erwachten Deutschen verteidigt wird.

Das Hauptorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts", hatte einmal (am 3. Dez. 1918) geschrieben: „Die ganze Entwicklung seit dem Niederbruch Deutschlands beweist, daß die Hoffnung der Unabhängigen auf die internationale Aktion zur Verkürzung des Krieges Traum und Schaum war. Die Gegner kannten ihre Ueberlegenheit und waren entschlossen, von ihr rücksichtslosen Gebrauch zu machen." Diese, auf unbegreifliche Weise dem „Vorwärts" entschlüpfte Wahrheit entlarvt zugleich auch die Politik der Herren Scheidemann und Erzberger, die beide durch die Predigt von der Möglichkeit einer „Verständigung", eines „Wilson-Friedens", das deutsche Volk irregeführt, zermürbt und sich so, ob bewußt, ob unbewußt, bleibt sich gleich, als die besten Werkzeuge des „großen Demokraten" Wilson erwiesen haben. Nicht umsonst ist in ihren Herzen dem Präsidenten des Weltkrieges ein ehrendes Denkmal aufgestellt.

2.

Während ein Wilson von außen seine Friedfertigkeit in den bezauberndsten Tönen pries und die Demokraten

und Marxisten mit seinen Predigten das Deutsche Reich zersetzten, waren die Gesinnungsgenossen im verbündeten Oesterreich-Ungarn natürlich ebenfalls mit größter Energie am Werke, um dem „Sinn der Weltgeschichte", der „Demokratisierung" der Mittelmächte, zum Siege zu verhelfen. Deutsch-Oesterreich hat eine ganze Reihe ähnlicher Helden zu verzeichnen, wie die Matthias Erzberger, Scheidemann und Emil Barth, doch sei hier nur ein einziges Symbol des siegreichen demokratischen Geistes vermerkt, ein Mann, der auch heute noch der Führer der österreichischen Sozialdemokratie ist: Julius Deutsch. In seinen, nach gelungenem Verrat veröffentlichten Memoiren erzählt uns dieser Mann mit zynischer Offenheit, wie er als österreichischer Offizier in das Kriegsministerium versetzt wurde und dort über die intimsten Dinge und vertraulichsten Verfügungen Kenntnis erhielt, diese Nachrichten aber, entgegen seinem Diensteid, sofort den leitenden Parteigenossen zur Kenntnis gab. Er hatte mit der Führung der Sozialdemokratie einen regelrechten Nachrichtendienst eingerichtet, so daß diese von allen militärischen Maßnahmen früher unterrichtet war, als die Armeekommandos selbst. So konnte die Sozialdemokratie ihre Streiks und sonstigen Kundgebungen immer in der gewünschten Weise vorbereiten oder für den Fall, daß eine militärische Gegenaktion angesetzt war, diese abbrechen. Dr. Deutsch erklärt ferner mit zynischer Offenheit, er und seine Parteigenossen hätten dafür gesorgt, daß die Sozialdemokraten ebenfalls mit Waffen versehen worden seien, um sich für die kommende Revolution vorzubereiten. So kam denn unter falschen Vorspiegelungen auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte im Januar 1918 der große Munitionsarbeiterstreik zustande, von dem der Genosse Ebert im Hauptausschuß des Reichstages mit Stolz erklärte, die Sozialdemokraten Deutschlands fühlten sich mit den österreichischen Genossen solidarisch. Aber während Ebert und Scheidemann ihre aktive Betätigung am Umsturz später ableugneten, hat Julius Deutsch wenigstens den Zynismus gehabt, seine Unterhöhlungsarbeit offen einzugestehen und sich mit seinem Landesverrat zu brüsten.

Nach einigen Absätzen, welche als letzte Rückendeckung aufzufassen sind, wonach Dr. Deutsch und Genossen die

Landesverteidigung angeblich nicht gefährden wollten, heißt es wörtlich: „Im Amt hatte ich es mir so einrichten können, daß die amtlichen Meldungen, die sonst nur an die Abteilungsvorstände gingen, auch in meine Hand gelangten. Sobald ich eine wichtige Nachricht hatte, eilte ich damit zu Otto Bauer (auch eine marxistische Größe! Verf.), der damals in der im selben Hause untergebrachten Kriegswissenschaftlichen Abteilung des Kriegsministeriums Dienst machte." „Auf dem Gang auf und abgehend", um von anderen Offizieren nicht belauscht zu werden, berieten dann die beiden Biedermänner ihre Zersetzungspläne. Weiter heißt es: „Als der Streik (1918) ausbrach, war die militärische Situation in Wien für die Regierung recht ungünstig. . . . Wie ich aus einem amtlichen Bericht an das Kriegsministerium ersah, verfügte die Regierung am Tage des Streikausbruchs nur über 3000 Mann wirklicher Kampftruppen." Das änderte sich in den nächsten Tagen und der Verräter und Spitzel Deutsch blies zum Rückzuge. Dafür wurde mit allen Meuterern eifrig Fühlung genommen. Und dann heißt es:

„Ich begann unter den Soldaten der Wiener Kasernen nach Vertrauensleuten Umschau zu halten. Bald hatte ich fast in jedem deutschen Truppenkörper Soldaten oder Unteroffiziere gewonnen, die mich über alle Vorkommnisse in den Kasernen auf dem Laufenden hielten. Allmählich zog ich das Netz dieses Vertrauensmännersystems, in das auch einige Offiziere mit einbezogen werden konnten, dichter. Auch in den Kanzleien fanden wir Eingang, das bewirkte, daß alsbald kein Befehl, kein wichtigeres Dienststück abgefertigt werden konnte, ohne nicht auf dem kürzesten Wege zu meiner Kenntnis zu gelangen.

„Als es soweit war, konnte ich, gestützt auf die Mitarbeit der Vertrauensmänner, einen Schritt weiter gehen. Die Agitation gegen den Krieg war ohnehin bereits in vollem Gange und brauchte durch unsere Militärorganisation kaum mehr ernstlich betrieben zu werden. . . . . Wir brauchten sie nur für unsere engeren, rein militärischen Zwecke zu benützen. Es kam da vor allem darauf an, einzelne Formationen so weit zu bringen, daß sie im Ernstfall nicht mehr den Befehlen ihrer Vorgesetzten, sondern den Weisungen meiner Vertrauensmänner folg-

ten. Dabei war anfänglich immer nur an die Defensive gedacht. Die Mannschaften sollten sich weigern, auf Arbeiter zu schießen! Erst später, als der Krieg schon fast in sich zusammengebrochen war und es, wie uns schien, nur mehr eines entschlossenen Stoßes bedurfte, um die Militärherrschaft in den wohlverdienten Abgrund zu stürzen, gaben wir die Parole aus, sich auch zu einem offensiven Eingreifen an der Seite der Arbeiterschaft bereitzuhalten."

Das nennt der Dr. Deutsch dann noch frech, den Dolchstoß nicht gefördert haben. . . .

Dieser Julius Deutsch ist nun nicht etwa als ein meineidiger Bursche von der Sozialdemokratie abgeschüttelt worden. Im Gegenteil, er ist heute noch ein führendes Glied der österreichischen Marxisten und Gründer und Befehlshaber des sogenannten Republikanischen Schutzbundes, dessen Haupttätigkeit seit Jahren darin besteht, die Völkischen und Nationalsozialisten zu überfallen und die willigste Schutzgarde für die börsianischen Ausbeuter Wiens, ganz Oesterreichs, abzugeben. Was die Revolte am 15. Juli 1927 zu Wien allen bewies, die sehen wollten.

Am 9. August 1925 brachte das Zentralblatt der deutschen Marxisten, der „Vorwärts", einen Leitartikel von Dr. Julius Deutsch, in dem er die „gut disziplinierte, stramme Abteilung" des Republikanischen Schutzbundes lobte und zum Schluß ausrief: „Uns verbindet enge Freundschaft mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Deutschlands. Wir sind mit ihm eines Sinnes im Kampfe gegen die Reaktion und im Kampfe für die demokratische Republik . . . Unsere Herzen schlagen zusammen, und wenn heute eine Abteilung des Republikanischen Schutzbundes Deutschösterreichs durch die Straßen Berlins ziehen wird, dann werden wir alle im Geiste mit dabei sein." Es ist also nicht zu leugnen, daß die Sozialdemokraten Deutschlands und die treuen Novemberdemokraten mit dem Landesverräter Julius Deutsch in trautestem Verein weiter wirken. Auch er hat das Recht auf eine Ehrenbürgerstelle im Herzen aller jener, die im 9. November 1918 nicht einen jämmerlichen Verrat, sondern eine große Tat erblicken.

3.

Gleich wie in Deutschösterreich fand sich auch in Ungarn eine starke Strömung der Ententefreunde und

Verräter, die Hand in Hand mit den Marxisten und Demokraten Deutschlands und Oesterreichs an der pazifistischen Zersetzung ihrer Heimat gearbeitet haben. Diese Bewegung wird symbolisiert durch den heute des Landes verwiesenen Landesverräter Michael Graf Károlyi. Auch dieser Herr hat vor einiger Zeit seine Erinnerungen unter dem Titel „Gegen eine ganze Welt" herausgegeben, in denen er mit verblüffender Offenheit alle die Fäden aufzeigt, die zwischen ihm, der Entente, den jüdischen Freimaurern und Journalisten und anderen Gegnern Deutschlands, die Jahre über gesponnen wurden und die schließlich im Herbst 1918 sich alle vereinten. Gleich am Anfang erklärt Károlyi, das Bündnis mit Deutschland habe Ungarn zum „Vasallen der Hohenzollern" gemacht. Die Monarchie sei ein „blindes Werkzeug des deutschen Imperialismus" gewesen; die „ganze Menschenschlächterei ging just im Zeichen des germanischen Gedankens" los. Italien hätte vollständig recht gehabt, sich zurüzuziehen: „Wenn jemand im letzten Augenblick seine Spießgesellen, die auf Mord ausgehen, im Stiche läßt, so wird ihn der Richter nicht strenger bestrafen, im Gegenteil, er wird ihm mildernde Umstände zubilligen. . . ."

Graf Károlyi war bei Beginn des Krieges in Frankreich interniert gewesen, doch hatte man ihn als treuen Freund der Entente wieder freigelassen. In diesen Monaten, erklärt er, in denen er auf französischem Boden war, hatte er die Kraft des wiedererstehenden französischen Volkes „vibrieren" gefühlt. Gleich darauf gesteht er, er habe keine einzige Gelegenheit verpaßt, um die Armeeleitung der Mittelmächte zu kritisieren. Es erfolgte die Gründung der Károlyi-Partei, von der er stolz gesteht: „Die Blätter der Entente begannen zu merken, daß sich endlich auch eine ungarische Partei gefunden hatte, die die Union sacrée durchbrochen hatte: man sah in uns Separatisten, man sah in uns die Partei der Entente und begrüßte uns als solche." Und vor Wonne bekennt sich dann Graf Károlyi zu dieser Börsen-Entente und spricht zugleich von der „Todesgefahr der deutschen Hilfe" und dem „deutschen Joche". Von Czernin führt er frohlockend die Worte an, dieser habe ihm im März 1917 erklärt, die Ungarn hätten jetzt nur

eine Gefahr, und das wären die Deutschen. In der U-Boot-Abwehr sieht Károlyi natürlich eine Maßnahme, welche den Eintritt Amerikas in den Krieg „erzwungen" hätte. Was die Konfessionspolitik betrifft, so erzählt uns Károlyi, die treuen habsburgischen Kreise hätten eine katholische Monarchie angestrebt, die auch Süddeutschland einschließen sollte, also etwas ähnliches, was Dr. Heim und Herr Eberle später fortgeführt haben. Auf Seite 233 erklärt Graf Károlyi sich ausdrücklich als „Freund der Entente" und lobt selbstverständlich die von Wilson verkündeten Ideen. Trotz mancher Enttäuschungen müßte er bekennen: „Wilson und der Pazifismus waren mir ein großes Erlebnis — und mögen die Ereignisse unsere Gedanken auch noch so verwandelt haben, es bleibt Wahrheit, daß jenes Erlebnis eine geschichtliche Kraft wurde." Diese geschichtliche Kraft, das waren die „Friedens"verträge von St. Germain, Versailles und Trianon, welche neben Deutschland und Oesterreich auch Ungarn unter das Joch der Börsenentente und unter die Kontrolle der demokratischen Hochfinanz brachte. An einer anderen Stelle (S. 275) gesteht Károlyi flüchtig zu, nach dem Kriege sei jedermann Amerikas Schuldner geworden, welches durch die Möglichkeit der Kündigung der Kredite den ganzen europäischen Kapitalismus in der Hand hielte; das hindert den demokratischen Grafen natürlich nicht, auch weiterhin noch für den Pazifismus im Gewande der Börsenentente zu schwärmen. Daß Wilson von Anfang an der vorgeschobene Agent der Wallstreet und nicht ein ehrlicher Friedensbringer gewesen war, wird Graf Károlyi ebensowenig eingestehen, wie Prof. Schulze-Gaevernitz, Prof. Schücking und alle übrigen deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.

Diese jahrelange politische Unterhöhlungsarbeit fand schließlich in der ungarischen Revolution im Herbst 1918 ihren Abschluß. Kurz vorher hatte sich eine erregte Debatte im ungarischen Parlament abgespielt. Károlyi, im Bewußtsein seiner starken Ententefreunde, sagte zum Grafen Tisza: „Sie werden von der Nation auf die Anklagebank gesetzt werden und ich glaube nicht, daß man Sie wird freisprechen können. Ich sage, daß der ganze Krieg eine Irreführung war. Die Arbeiterpartei unterbrach seine Rede: „Das ist eine Schmach! Ein Vater-

landsverrat!" Aber Martin Lovaszy, der neben ihm saß, rief ihnen zu: „Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir Ententefreunde sind". Johann Vasz wiederholte dröhnend: „Jawohl, wir sind Ententefreunde!"

Es ist unnütz, näher auszuführen, daß Graf Károlyi von einem ganzen Schwarm jüdischer Politiker, Journalisten und Freimaurer umgeben war, die das ganze Zersetzungswerk mit allen ihren Kräften in ähnlicher Weise förderten, wie Julius Deutsch es in Wien tat. Es seien nur die Mitglieder des freimaurerischen „Galilei-Klubs" genannt, an der Spitze mit Jászi-Jakubovic, den Graf Károlyi mehrfach als „seinen Freund" hinstellt; ferner der gesamte Mitarbeiterkreis des jüdischen Blattes „Az Est". Von seinem Freunde Justh sagt Károlyi, er sei stets ein Fürsprecher des Bündnisses mit der Sozialdemokratie gewesen: „Er trat dem Reformklub bei! Das war zu jener Zeit nichts Geringes. Es war das Bündnis mit jüdischen und Freimaurerkreisen." (S. 57.) In naher Beziehung stand der Landesverräter Graf Károlyi zu der bekannten Pazifistin Rosa Schwimmer, zu Samuel Bakonyi, welcher der Leitung seiner „Unabhängigen Partei" angehörte. Eine Freundschaft verband ihn ferner mit „einem der besten Köpfe der Sozialdemokratie", dem Juden Siegmund Kunfi. Vom Mörder des Grafen Stürgkh meinte Károlyi, daß, wenn es überhaupt Idealisten gebe, Friedrich Adler ein solcher gewesen sei. Auf seinen diplomatischen Reisen begleitete ihn oft der Jude Max Marcus, während Alexander Garbai mit ihm eifrig in Budapest zusammenarbeitete, Hand in Hand mit Vaszonyi, einem seiner liebsten Gesinnungsgenossen. Auf den Pazifistenkongreß zu Bern fuhr er mit den Juden Jaszi, Josef Diner-Denes, Rosa Schwimmer. Dort lernte er Alfred Fried und Eduard Bernstein kennen, während ihn später besonders rege Zersetzungsarbeiten mit den Juden Paul Keri und Ludwig Magyar verbanden. Von Jaszi, mit dem er später in allerengste Beziehungen trat, erzählt er, daß er außerhalb der Partei durch die Zeitschrift „Huszadik Szazad" (20. Jahrhundert) und die Tageszeitung „Világ" (Welt), sowie in einigen „freisinnigen Freimaurerkreisen seine bahnbrechende (!) Arbeit verrichtete. . . ."

Wie man sieht, ist auch die Umgebung des führenden ungarischen Novemberdemokraten ganz eindeutig. Schließlich kam dann nach geglückter Zersetzungsarbeit das Kabinett des Grafen Károlyi zustande, welches fast nur aus Juden bestand: Ladislaus Fényis, Siegmund Kunfi, Ernst Garami, Ludwig Biró, Ludwig Purjesz, Oskar Jeszi, Wilhelm Böhm, Paul Szende, Eugen Landler, Ludwig Hatvany, Karl Kernstock. Und dann trat Bela Kun das Erbe des Grafen Károlyi an, genau, so, wie es Eugen Leviné in München nach Eisner getan und wie es in Berlin Herr Jogisches und Rosa Luxemburg versucht hatten. Es ist dieselbe Entwicklung, welche der Pazifistengeneral v. Schönaich als eine sittliche Politik gepriesen hat, auf die man sich vorzubereiten hätte; noch mehr, an deren Spitze man sich stellen sollte, um nicht überrannt zu werden. So reichen sich die ungarischen und deutschen Novemberdemokraten die Hand, sind geistig und politisch aufs engste verbunden und auch dem Landesverräter Károlyi gebührt ein Ehrenplatz in der Geschichte der „deutschen" Demokratie als einem der wichtigsten Vorarbeiter für den Zusammenbruch vom November 1918.

*

Auf dem Präsidentenstuhl der Tschechoslowakei sitzt der 1927 neugewählte, heute 81jährige Professor Thomas Masaryk. Alle Blätter der deutschen Demokratie sind sich in der Verherrlichung dieses Mannes einig. Der „große Menschenfreund", der „edle Masaryk", der „überzeugungstreue Demokrat", das sind die stehenden Redensarten, wenn von dem Führer des tschechischen Nationalismus gesprochen wird. Und in der Tat: es gibt viele Anschauungen, in denen die Demokraten Deutschlands mit Masaryk übereinstimmen! Gleich ihm haßten sie den russischen, aber auch den „preußischen Zarismus"; gleich ihm erblickten sie im Staate Bismarcks ein politisches Gebilde, das umzustürzen eine Lebensaufgabe darstellte; gleich ihm predigten sie — angesichts der börsianischen Korruption — unentwegt „die sittliche Erneuerung durch Demokratie"; gleich ihm geraten sie in Entzücken, wenn vom „vorgeschrittenen Westen" die Rede ist und die „große Revolution" von 1789 erwähnt wird. Und wie die Demokraten in Deutschland Ludendorff und Bismarck hassen und die Landesverräter Foerster, Grelling, Stil-

gebauer verehren, so spendet auch Masaryk ihnen („Weltrevolution", S. 360) sein väterliches Lob. Aber *ein* Unterschied besteht zwischen dem tschechischen Demokraten und unseren Novembergrößen: *er* trieb Hochverrat, Landesverrat, Spionage *zugunsten seines Volkes*, während „*unsere*" Führer durch ihre pazifistische Propaganda den *Feinden unserer* Nation dienten; ja, darüber hinaus standen viele heute verehrte Novemberköpfe ganz direkt im Solde unserer Gegner. Das müssen wir zu Ehren Masaryks sagen, wenn wir die materiell gleichgerichtete Tätigkeit der Novemberdemokraten von uns und des am österreichischen Staat zum Landesverräter gewordenen Masaryk betrachten.

Masaryk darf heute noch nicht *alles* sagen. Im Vorwort zu seinen Memoiren stellt er dies ausdrücklich fest und man versteht, daß er (gleich wie die Entente) verschiedene Führer unseres Novemberumsturzes nicht nennen darf, um ihre heutige einflußreiche Stellung in Deutschland nicht zu gefährden; dann aber auch, um ein fortdauerndes Druckmittel ihnen gegenüber nicht aus der Hand zu geben. Aber *was* Masaryk mitteilt, genügt, um auch in ihm einen erprobten Ehrenbürger unserer Demokratie zu erblicken.

Gleich bei Ausbruch des Krieges war er sich darüber im klaren, daß er seine alte Tätigkeit auf die Auflösung Oesterreich-Ungarns fortführen müsse. Dieses bedingte auch die Arbeit für die restlose Niederlage Deutschlands. Wie er erzählt, waren die Aussichten für eine bewaffnete Erhebung anfangs gering; er suchte deshalb „von Prag aus Verbindung mit Freunden in den Ententeländern". Hier kam ihm Herr Steed, der Vertreter der Londoner „Times", sehr gelegen. Mit diesem Weltverschwörer (der sich dieser Arbeit in seinem Werk „Durch dreißig Jahre" voller Stolz gerühmt hat) verhandelte Masaryk eingehend und besprach alle Mittel der Spionage. Als Dank dafür erhielt er von Steed Empfehlungen an wichtige politische Persönlichkeiten, u. a. an den russischen Botschafter in London, den Grafen Benckendorff. Durch ihn wurde ein tschechisches Deserteurwesen durchgeführt, dann die Bildung tschechischer Regimenter in Rußland organisiert. Nach Amerika leitete ein Freund Masaryks, Vosca, die Fäden, der einen größeren Fonds sammelte und An-

gehörige neutraler Staaten als „Kuriere", d. h. als Spione, nach Deutschland und Oesterreich reisen ließ. „Auf diese Weise wurden regelmäßige Beziehungen zu den Ententestaaten angeknüpft", schreibt Masaryk befriedigt nieder. Nach und nach vergrößerte sich dieser Geheimdienst, und zwar „mit Hilfe mehrerer offizieller Persönlichkeiten der Entente", besonders mit dem englischen Militärattaché Gaunt, wobei der tschechische Beamte im österreichischen (!) Konsulat, Kopecky, die Entente eifrig mit Nachrichten versorgte. Unter den ständig reisenden 80 Spionen des Herrn Voska hat sich kein Verräter gefunden. Später bezahlten London, dann Washington den gesamten Spionagedienst der Herren Masaryk, Steed, Vosca. Herr Benesch war seinerseits in Paris und in Holland am Werk, um diese Arbeit weiter auszubauen. . . .

Wie man sieht, schlich auch hier der organisierte Verrat durch das deutsche Land, und Masaryk gesteht schon am Anfang: hätte die Regierung eine Ahnung von seiner Tätigkeit gehabt, so wäre ihm der Galgen sicher gewesen. Im übrigen habe er dafür gesorgt, daß alle wichtigen Meldungen über deutschösterreichische Schwierigkeiten der Entente sofort übermittelt wurden. . . .*)

Der Beweis für die planmäßig durch Jahre hindurch fortgeführte Spionage ist also von Masaryk selbst erbracht worden. Gleich wie in Deutschland Dittmann, Levi, Cohn, Eisner und Konsorten durch ihre Unterhöhlungsarbeit das Zerstörungswerk der „großen" Patrioten Poincaré, Clémenceau, Foch (so nannte sie Eisner) förderten, so waren im verbündeten Oesterreich-Ungarn die Masaryk, Benesch, Deutsch, Károlyi und hunderte von anderen Ver-

---

*) Masaryk betont in seiner Ueberheblichkeit sogar, daß ohne sein Wirken die Entente vermutlich sogar auf billigere Friedensbedingungen eingegangen wäre. Diesem notorischen Deutschenfeinde darf jedoch die „deutsche" „Frankfurter Zeitung" auf der ersten Seite ihrer Ausgabe vom 4. September 1925 bei Besprechung seiner Memoiren das Zeugnis ausstellen, er sei ein „alter Vorkämpfer für Recht und Freiheit". Der Landesverrat am Verbündeten Deutschlands ist in den Augen des Hauptorgans der Novemberdemokratie also ein Kampf für „Recht und Freiheit" gewesen. Daß ihm zudem noch der Titel eines „redlichen Mannes" ausgestellt wird, versteht sich von selbst. Wahrlich, die Kräfte, die Deutschland „von innen" ausgehöhlt hatten, haben „dauerhafte Arbeit" geleistet. („Fr. Ztg." 12. Dezember 1918.)

schwörern nach Kräften bemüht, zunächst Oesterreich-Ungarn, dann Deutschland zu verraten.

Masaryk rechtfertigt seine Tat durch die Erklärung, für die Demokratie, d. h. für Menschlichkeit, Sittlichkeit und Freiheit gekämpft zu haben, ausgerechnet er, der jahrelang in Paris, London, New York gewesen ist und die demokratisch-plutokratische Weltzersetzung am Werk gesehen hat. Lange, unendlich langweilige Erklärungen schreibt er auf den 550 Seiten seiner Memoiren und im „Neuen Europa" über diese Demokratie. Es ist das senile Geschwätz eines sterbenden Vertreters eines verfaulenden Staatsgedankens, der das Leben der Gegenwart und Zukunft nicht mehr begreift. Alle die abgeschlissenen Flitter der Aufklärungszeit werden noch einmal aufgebügelt und mit greisenhafter Eitelkeit als die neueste Mode herumgezeigt. Sympathisch wirkt allein die offenkundige Liebe zu seinem Volk, dessen Sicherung dem Patentdemokraten alle sonstigen Grundsätze vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" plötzlich vergessen macht. Während der Vielvölkerstaat Oesterreich-Ungarn als „unsittlich" bekämpft wird, hütet Masaryk eifrig sein bastardiertes tschechisches Staatsküken und erklärt die „tschechische Kultur" als wertvoll genug, die 55 % Nichttschechen in seinem zusammengeleimten Staat zusammenzuhalten. Er hat auch keine Augen und Ohren für die 3½ Millionen Deutschen und schreibt mit naiver Unverfrorenheit nieder, diese *wollten* sich ja gar nicht an Deutschland anschließen! Unterdes räubern seine tschechischen Kulturträger in urdeutschen Landschaften, schließen seine Beamten 4000 deutsche Schulklassen, schießen tschechische Legionäre auf deutsche Frauen und Kinder. Dafür hat der tschechische „edle Menschenfreund" kein Auge, und es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß der Zerstörer eines anorganischen Vielvölkerstaates Oesterreich-Ungarn selbst das Haupt eines solchen Räuberstaates geworden ist, der, weil er von kleinen Ausmaßen ist, auch alle Lächerlichkeit des kleinen Emporkömmlings aufweist....

So spielt „Demokratismus" und Nationalismus in Thomas Masaryk ein verlogenes Spiel als Kennzeichen innerer Unwahrhaftigkeit und unbelehrbarer Greisenhaftigkeit. So wird auch die Liebe zu seinem Volk, die ihn noch von einer sympathischen Seite zeigt, überwuchert

von jenem Phrasenschleim, der heute die ganze Welt überzieht und vergiftet. Deshalb gehört auch der ehemalige Landesverräter und Spion in jenen Kreis von Leuten, die uns unsere Novemberdemokratie, d. h. die Korruption, die Niedrigkeit und Unwahrhaftigkeit an sich beschert hat. Deshalb lobt er die Verräter Foerster und Grelling; deshalb wird er auch von ihnen gepriesen. „Gleiche Brüder, gleiche Kappen."

5.

Voller Stolz erzählt Herr Professor Masaryk („Weltrevolution", S. 249), daß die Juden ihn „überall" in seiner Zersetzungsarbeit und Spionage unterstützt hätten, und ihre journalistische und politische Macht, wenn nicht offen zu seiner Verfügung stellten, so ihn doch nirgends hinderten. Und dann steht noch ein anderes wichtiges Geständnis in den Memoiren des tschechischen Revolutionärs (a. a. O., S. 221): „Im November 1917 machte England den vorzüglichen Zug, daß es sich für einen jüdischen Nationalstaat in Palästina erklärte, dadurch gewann es die Zionisten und auch die Nichtzionisten-Juden der ganzen (!) Welt." Hier wird also von unterrichteter und ganz unbefangener Seite die Tatsache festgestellt, daß die gesamte jüdische Weltpolitik ihre Sache als mit dem Kriege der Entente den gleichen Zielen zustrebend anerkannte. Diese konnten jedoch nur über die Vernichtung Deutschlands erreicht werden, und so sehen wir hier neue Fäden, die von unseren Novemberdemokraten und ihren jüdischen Herren hinüberführen in das Lager der Feinde Deutschlands. Das Dokument, auf welches Masaryk in den angeführten Sätzen anspielt, ist die sog. Balfour-Deklaration vom 2. Nov. 1917. Dem englischen Lord Balfour gehört also auch ein Ehrendenkmal auf dem Wege zum 9. November 1918.

In keiner offiziellen Aktenveröffentlichung finden wir eine Darstellung darüber, wie diese Balfour-Deklaration zustandegekommen ist, in der Großbritannien dem Lord Rothschild und der gesamten Judenschaft versprach, „die größten Anstrengungen" zu machen, um ein jüdisches Heim in Palästina einzurichten, zu gleicher Zeit aber zusagte, die Vertretung der jüdischen „Rechte" in allen Staaten zu übernehmen, falls ein Land sich erdreisten

sollte, die doch logische Folgerung aus der Deklaration eines jüdischen Nationalstaates zu ziehen und die Juden der Bürgerrechte verlustig zu erklären.

Der Schacher um den höchsten den Juden zu bietenden Preis hatte lange gedauert. Deutschland konnte — als Verbündeter der Türkei — die Zerschlagung des ottomanischen Reiches natürlich nicht versprechen, die Entente jedoch ohne sonderliche Gewissensbisse. So trafen sich denn am 7. Februar 1917 eine Anzahl bedeutender Zionisten in der Wohnung des Colonel Mark Sykes, um über das britische Protektorat über Palästina zu beraten. Der Wortlaut der in Aussicht genommenen „englischen" Deklaration wurde den amerikanischen Zionisten unter Führung des Vertrauten von Wilson, des Oberrichter Brandeis (auch Gönner des Herrn Masaryk) telegraphiert, der seinerseits mehrere Verbesserungen vornahm. Nach dieser Korrektur schrieb Balfour das jüdische Manifest ab und übersandte es „im Namen Se. Majestät" an Lord Rothschild. Damit war „die Einigkeit der Rasse, Religion, Kultur und Tradition" und die „Gemeinsamkeit mit den Juden der Welt" (wie Brandeis erklärte) erneut hergestellt. Alle Juden arbeiteten fortan für die Entente, wie Masaryk feststellte, wie aber auch der englische Minister und Zionistenführer Alfred Mond noch Anfang 1922 mit besonderem Stolz verkündete. Er sagte in einer Rede zu Oxford: „Sie (die Balfour-Deklaration) hatte den beabsichtigten und sofortigen (!) Erfolg, mitten im Weltkriege eine gewaltige Summe jüdischer Sympathien in den Staaten aller (!) Weltteile auf der Seite der Verbündeten zu vereinen. . . ." („Jüd. Rundschau", Nr. 20, 1922.) Auch die „deutschen" Zionisten machten nach dem Zusammenbruch Deutschlands kein Hehl aus ihrer deutschfeindlichen Tätigkeit, ohne daß sich ein Staatsanwalt gefunden hätte, der ihre Führer hinter eiserne Gardinen gebracht hätte. Bereits auf der ersten offiziellen Zusammenkunft nach dem Kriege (zu London) erklärte der Vertreter der deutschen Zionisten, Richard Lichtheim, diese hätten sich sofort (!) hinter die Balfour-Deklaration gestellt („Jüdische Rundschau" Nr. 20, 1920), d. h. für die Niederlage Deutschlands gearbeitet, ohne welche die Zerschlagung der Türkei und die Uebernahme Palästinas durch England ja nicht möglich war. Die alljüdische

Politik in Deutschland ist somit nachweislich auf einen Zusammenbruch des Deutschen Reiches eingestellt gewesen, lag also auf der gleichen Linie wie die Zersetzungsarbeit jener Verräter, denen wir den Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres, die Revolte vom 9. November 1918 zu verdanke nhaben.

Und in den Schriftleitungen der sog. „deutschen" Zeitungen, die die Revolte freudig begrüßten, wußte man um diese zionistische Tätigkeit, wenn man das auch selten äußerte. Aber einmal ist die Feder einem Schriftleiter der alljüdischen „Frankf. Ztg." ausgeglitten. Diese erklärte am 25. Juni 1921, die Balfour-Deklaration sei ein „Ferment des (englischen) Sieges gewesen!!!" Somit hat auch der englische Lord Balfour mit seiner Arbeit, Hand in Hand mit der jüdischen Hochfinanz, ein Recht auf ein treues Gedenken seitens eines „deutschen" Pazifisten und Novemberdemokraten. „Freudigen Herzens" schrieb im Dezember 1918 der Freund der Foerster, Grelling und Quidde, der Jude Fried in seiner „Friedenswarte", müßten wir den Demokratien des Westens für ihren Sieg danken, sie hätten „auch uns befreit. . . ."

6.

Die Novemberdemokraten sind — von Bethmann Hollweg bis Paul Levi — tief empört über den „deutschen Machtfetischismus" gewesen, und es war ihnen nach Versailles, Oberschlesien, Ruhreinbruch usw. immerhin etwas peinlich, die sich ganz offen zeigende französische Brutalität nicht ableugnen zu können, wenn auch das Menschenmöglichste am Vertuschen getan wurde. Ihre Politik bestand, wie wir öfters festgestellt haben, in dem immer erneuten Notschrei an die Welt, doch endlich einmal die Dinge „wirtschaftlich zu sehen". Das bettelte Wirth, das erflehte Cuno, das ersehnte Gustav Stresemann. Und siehe da: nachdem Deutschland vollkommen entwaffnet, politisch zerstückelt, von einem eisernen Wall im Westen, Süden und Osten umgeben war, da wurde man „friedlich". Die sog. „Sachverständigen", d. h. die Börsenpiraten der City und der Wallstreet, setzten sich hin und klügelten einen Plan aus, wie nun Deutschland „wirtschaftlich gesehen," ans Sterbebett geführt werden könne. Nach vielen Mühen wurde dann das grausigste „wirtschaftliche" Würgeinstrument geschaffen, das je skrupellose

Blutsauger erdacht haben. Dieses Werkzeug der Sieger des Weltkrieges benennt sich nach dem Vorsitzenden des Sachverständigen-Komitees, nach dem „General" Dawes, dem jetzigen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dieses „wirtschaftliche Sehen" fordert von Deutschland die Aufgabe seiner Finanzhoheit, die Verpfändung seiner Eisenbahn, die Auslieferung seiner Zölle und Steuern. Dieses „Gutachten" erklärt zynisch, die fremde Bank werde „den Sammler und Steuereinnehmer der deutschen Regierung spielen"; es erklärt unverblümt, die Eisenbahntarife dürften nicht herabgesetzt werden, um der deutschen Industrie einen Vorteil zu bringen; es höhnt über den „Größenwahn" Deutschlands, zu fordern, daß die „Eisenbahnanlagen" sich auf einen sehr hohen Stand befinden sollten; es behält sich „Eingriffe jeder (!) Art" in Deutschlands Einnahmequellen ausdrücklich vor und gipfelt in den für sich selbst sprechenden Worten: „Wir lehnen selbstverständlich die Ansicht ab, daß aus Deutschlands Hilfsquellen zuerst seine vollen inneren Bedürfnisse erfüllt werden müßten, und daß für die Erfüllung dieser Verpflichtungen lediglich das herangezogen wird, was es etwa an Ueberschüssen herauswirtschaften kann. Das deutsche Volk muß auf ein nicht weiter einzuschränkendes Minimum seiner eigenen inneren Bedürfnisse gebracht werden."

Und die Scheidemänner nebst Genossen, die einst pathetisch erklärten, der Versailler Vertrag könne nie das Gesetzbuch der Zukunft werden, sie alle traten für die Annahme des furchtbaren, über das Versailler Diktat hinausgehenden Joches ein; das Gutachten wurde in gefälschter Form auf Reichskosten im Volke verbreitet, ja mit frecher Stirn als die „Bibel der Wirtschaft" bezeichnet, während Gustav Stresemann einen hoffnungsvollen „Silberstreif am Horizonte" unseres Lebens darin erblickte. So nahm denn der Reichstag das neue Versklavungsdiktat des „Generals" Dawes an, der heute als Retter Deutschlands in allen novemberdemokratischen Blättern angepriesen wird. Wer ist nun dieser hochgelobte Ehrenbürger des geistigen Europas?

Unter dem Titel „Eine interessante Geschichte" veröffentlichte die in Münster (Kanada) erscheinende deutsch-

sprachige „St.-Peters-Zeitung“ (auch andere Blätter) höchst wichtige Enthüllungen, die, zusammengefaßt, folgendes ans Licht der Sonne brachten:

Im Jahre 1910 gründete in Chicago ein gewisser Lorimer, ein Mann von so anrüchigem Leumund, daß er durch Mehrheitsbeschluß aus dem Senate der Vereinigten Staaten ausgestoßen worden war, die La Salle Street National-Bank. Darin hauste er, seinen alten Praktiken getreu, in einer solchen Weise, daß sie bis Oktober 1912 völlig bankrott war, so daß die Aufsichtsbehörden des Bundes nach wiederholten Warnungen mit der Schließung der Bank drohten. Um nicht auf diese Weise kaltgestellt zu werden, gründete Lorimer eine neue Bank, die La Salle Street Trust and Savings Bank, und wies bei dieser Gründung plötzlich ein Kapital von 1 250 000 Dollar auf. Dabei beschwor er, daß dieses Geld das Eigentum seiner neuen Bank darstelle und erhielt auf Grund dessen die Erlaubnis zur Führung des neuen Unternehmens. Nach zwei Jahren fallierte auch diese Bank; Tausende von Einlegern wurden um ihr Geld gebracht. Die dem Bankrott folgende gerichtliche Untersuchung machte die überraschende Entdeckung, daß sich von den 1 250 000 Dollar des Gründungskapitals auch nicht eine Spur vorfand. Was war daraus geworden? Weitere Nachforschungen brachten die Tatsache an das Licht, daß dieses Geld niemals der Bank Lorimers gehört hatte. Dieser hatte einen Meineid geschworen. Aber wie kam es, daß er bei der Eröffnung des Schwindelunternehmens den Besitz von 1 250 000 Dollar nachweisen konnte?

Lorimer hatte einen guten Freund, welcher Präsident der Central Trust Company in Chicago war. Dieser nun hatte ihm, ohne daß die übrigen Direktoren und Beamten seiner Bank etwas davon wußten, die 1¼ Millionen zur Verfügung gestellt, um die Aufsichtsbehörden des Bundes hintergehen zu können; auf Lorimers Eid hin gaben diese die Erlaubnis zum Betriebe der Bank. Nachdem das geschehen war, stellte Lorimer seinem guten Freunde das Geld wieder zurück. Nach dem Bankkrach verklagten die Konkursverwalter die Central Trust Company auf Rückgabe der 1¼ Millionen, da sie durch ungesetzliche und betrügerische Schiebung es der Bank Lorimers ermöglicht hatte, die Leute um ihr Geld zu bringen.

Bei allen Gerichtsverhandlungen wurde nicht bloß die Verantwortlichkeit der Trust Company festgestellt, deren Präsident die Schiebung vornahm, sondern auch, daß er der einzige Schuldige war. Das hinderte aber nicht, daß er nicht nur in Chikago, sondern in den ganzen Vereinigten Staaten und weit darüber hinaus als „hervorragender Geschäftsmann" und Finanzier das höchste Ansehen genoß. Es ist der berühmte Charles G. Dawes, „der Mann mit dem gesunden Menschenverstand". „Es ist derselbe, der mit seinem teuflischen Reparationsplane aus Deutschland eine Sklavenkolonie machen will."

Zu diesen sensationellen Enthüllungen machte „Der Sonntagsbote" (Pittsburgh, Nr. 7, 1924) folgende, namentlich für Amerikaner und Deutsche beherzigenswerte Anmerkung:

„Fürwahr, eine saubere Geschichte. Der zukünftige Vizepräsident als Handlanger jüdischer Ausbeuter, als Schieber und Betrüger. Und von diesem pfiffigen Finanzier soll sich nun auch Deutschland reinlegen lassen, gewissermaßen im Namen der Vereinigten Staaten. Kein Wunder, wenn Coolidge sparsam zu wirtschaften gedenkt, wenn sein treuer Freund Dawes ins Weiße Haus zieht.

„Und die ungezählten amerikanischen und deutschen Käsblätter werden nicht müde, für diesen Gaukler zu agitieren und ihn als Zukunftsgröße loszulassen. Die besten Vorzeichen für den kommenden Saustall im Lande der Freiheit sind bereits gegeben und die bevorstehende Präsidentenwahl wird den Auftakt zu einem politischen Zirkus sein, der sich auf Kosten der denkfaulen Bürger abwickeln wird. Wir beneiden die Amerikaner keineswegs um ihren unnahbaren Finanzstrategen, und haben nur ein Pfui Teufel für ihn, der uns Deutschen die Haut vom Kopfe ziehen möchte."

Dieser famose Herr Dawes wurde während des Krieges von Wilson zum wirtschaftlichen Inspektor der amerikanischen Armee ernannt. Um diesem Schieber eine größere Autorität zu verschaffen, erhielt er den Titel eines Generals, trotzdem er nie Soldat gewesen war. Präsident Harding ernannte den tüchtigen Bruder später zum Glied der Budgetkommission. Präsident Coolidge endlich sah ihn neben sich als Kandidaten für den Posten

des amerikanischen Vizepräsidenten, zu dem er nach der Wahl auch tatsächlich aufrückte.

Der Bruder des famosen Charles Dawes, Rufus Dawes, war mit dem Herrn Gutt (!) und Herrn Owen Young am 4. September 1924 in Deutschland eingetroffen, um die Sklavenkolonie unter Kontrolle nehmen zu helfen . . .

Haben somit die anderen Ehrenbürger tatkräftig an den Errungenschaften der Novemberrevolte von 1918 mitgearbeitet, so ist „General" Dawes, der Bankdieb, auf dem Stuhle des Vizepräsidenten der amerikanischen Freimaurerrepublik, jener Mann, der den „Sinn der Weltgeschichte" erst zur ausgereiften Verkörperung verholfen hat; der Moses, welcher uns die „Bibel der Wirtschaft" schenkte.

SCHLUSS

Das sind nur einige der bekanntesten Persönlichkeiten des novemberdemokratischen Olymps. Ihre Zahl ließe sich leicht verhundertfachen, aber schon diese sechs zeigen die Gemeinsamkeit der weltzersetzenden Ideen und Methoden, die heute im Dienste des Chaos stehen. Sie alle sind samt den deutschen Demokraten und ihren Nachläufern die Vertreter eines dahinsterbenden, richtiger: verfaulenden Zeitalters. Der hemmungslose Subjektivismus in Politik, Wirtschaft, Kunst und Erziehung warf mit der ersten großen Katastrophe von 1789 alle kulturbildenden Bindungen der Vergangenheit ab. Der kirchliche, seit dem Erwachen der abendländischen Seele unerträgliche Lebensstil wurde schon früher durch die „Renaissance" und die Reformation abgestreift; das höfische Kulturideal verkam durch Inzucht auf großen und kleinen Residenzen; die „große Revolution" von 1789 hat keinerlei positive Kulturbindungen geschaffen. Die händlerische, hemmungslose Weltanschauung, die unsittlichste Herrschaft, die Geldherrschaft, die Verspottung der rassischen Substanz unseres ganzen Daseins, das war es, was als „Fortschritt" galt, was man im Namen der „Demokratie" als „vornehmstes Ziel" anzupreisen wagte. Aber inmitten dieses Bastardzeitalters regte sich eine Erkenntnis, eine neue Fragestellung ist eingetreten, ein neuer absoluter Maßstab ist geboren worden: das Volkstum, losgelöst von Weltwirtschaft und Börse, mit denen der alte Nationalismus sich verbunden hatte, und woran er heute ebensozugrunde geht, wie die internationalistische Seuche, die seit dem 9. November 1918 ihre Schmutzwellen über Deutschland entsendet.

*

Der Weltkrieg hat noch keinen Denker und Dichter hervorgebracht, weil im tiefsten Innern noch kein Mensch wußte, daß er für einen neuen Glauben kämpfte und starb. Heute denken Millionen aller Völker an das Grab des

„unbekannten Soldaten". Millionen Deutsche blicken auf ernste Kriegergräber; kürzlich ist ein Plan entworfen worden, einen heiligen Hain in Deutschland zu Ehren der Helden des Weltkrieges zu errichten. Bald wird man ganz erleben, daß diese 12 Millionen Männer der weißen Rasse — Märtyrer sind einer zusammenbrechenden Zeit und zugleich Künder einer neuen. Sie, die heute Toten, sind die lebendigen Bindeglieder zwischen den einzelnen der vielen Millionen, die Gründer des kommenden Staates. Sie sind die erhabensten Zeugen für das Ewige der Ideen Rasse und Volk. Ist das einmal erlebt worden, dann wird auch der Philosoph und Staatsmann des Weltkrieges geboren wurden. Aus diesem Erleben aber wird auch einst eine neue Kultur entstehen können. Dieses mythische Erlebnis ist die Grundlage, das einzige Fundament unserer Zukunft. Es allein ist es, das einen neuen Lebensstil möglich macht.

Paul de Lagarde schrieb in den achtziger Jahren: „Es hat noch nie einen deutschen Staat gegeben." 1878 sagte er: „Wir kranken an der Notwendigkeit, 1878 das tun zu müssen, was wir 1878 hätten tun sollen." Er war der einzige, der das Wesen des schon damals entbrannten Kampfes erkannt hatte. Aus diesem einzigen sind heute schon Hunderte geworden, Tausenden beginnt das Bewußtsein zu erwachen, Millionen fühlen bereits eine Sehnsucht in sich, und das Wesen der völkischen Bewegung ist es, diesen Instinkt zum Bewußtsein zu führen, die Feinde des neuen Lebensgefühls zu bekämpfen, den zerstreuten Millionen eine einzige neue seelische und geistige Richtung zu geben, auf daß eine große, reine Welle hinweggeht über das heutige „Deutschland" und das schafft, was ein Prophet ersehnte, einen wahren deutschen Staat als Beispiel für andere völkische Staaten in Europa.

ALFRED ROSENBERG
SCHRIFTEN

Die Bücher des Kampfverlages

in

Berlin

III

1 * 9 * 2 * 7